

Silke Franke / Holger Magel (Hrsg.)

DIGITALISIERUNG

Neue Plattformen für Beteiligung und Demokratie auf dem Land?

AMZ

108 Argumente und Materialien
zum Zeitgeschehen

Silke Franke / Holger Magel (Hrsg.)

DIGITALISIERUNG

Neue Plattformen für Beteiligung und Demokratie auf dem Land?

Impressum

ISBN	978-3-88795-542-7
Herausgeber	Copyright 2018, Hanns-Seidel-Stiftung e.V., München Lazarettstraße 33, 80636 München, Tel. +49 (0)89 / 1258-0 E-Mail: info@hss.de , Online: www.hss.de
Vorsitzende	Prof. Ursula Männle, Staatsministerin a.D.
Generalsekretär	Dr. Peter Witterauf
Redaktion	Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser (Chefredakteur) Barbara Fürbeth M.A. (Redaktionsleiterin) Susanne Berke, Dipl.-Bibl. (Redakteurin) Claudia Magg-Frank, Dipl. sc. pol. (Redakteurin) Marion Steib (Redaktionsassistentin)
V.i.S.d.P.	Thomas Reiner
Titelgestaltung	Formidee München
Druck	Hanns-Seidel-Stiftung e.V., Hausdruckerei, München

Hinweise Die Abgabe dieser Publikation erfolgt kostenfrei im Rahmen der Stiftungsarbeit der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Ein Verkauf oder eine sonstige gewerbliche Nutzung der von der Hanns-Seidel-Stiftung herausgegebenen Medien ist nicht gestattet. Weitere Exemplare können über die Hanns-Seidel-Stiftung, Lazarettstraße 33, 80636 München, E-Mail: publikationen@hss.de bezogen werden.

Zur besseren Lesbarkeit der Texte wird auf die gleichzeitige Verwendung männlicher und weiblicher Sprachformen verzichtet. Sämtliche Personenbezeichnungen gelten gleichermaßen für beiderlei Geschlecht.

Alle Rechte, insbesondere das Recht der Vervielfältigung, Verbreitung sowie Übersetzung, vorbehalten. Kein Teil dieses Werkes darf in irgendeiner Form (durch Fotokopie, Mikrofilm oder ein anderes Verfahren) ohne schriftliche Genehmigung der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. reproduziert oder unter Verwendung elektronischer Systeme verarbeitet, vervielfältigt oder verbreitet werden. Davon ausgenommen sind Teile, die als Creative Commons gekennzeichnet sind. Das Copyright für diese Publikation liegt bei der Hanns-Seidel-Stiftung e.V. Namentlich gekennzeichnete redaktionelle Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers wieder.

INHALT

- 5 EINFÜHRUNG**
Silke Franke
- 9 DIGITALE LEBENSWELTEN**
Eva-Maria Kern
- 17 DIGITALISIERUNG – ENDLICH MACHEN WIR UNS SELBST ÜBERFLÜSSIG**
Harald Lesch
- 25 EINE DIGITALE AGENDA FÜR EINE RESILIENTE DEMOKRATIE**
Markus Blume
- 31 DIGITALE DEMOKRATIE – FLUCH ODER SEGEN?**
Franz Josef Pschierer
- 37 DIGITALE ÖFFENTLICHKEITEN IN DER POLITISCHEN KOMMUNIKATION**
Nutzung, Partizipation und Interaktion
Christian Nuernbergk
- 45 BILDUNG IM DIGITALEN ZEITALTER**
Eine Chance für Bayern?!
Christian J. Büttner
- 53 JUGEND 3.0**
Digitale Beteiligungsprozesse als Chance für die Kommunen in Bayern
Regina Renner
- 61 VORAUSSETZUNGEN DIGITALER BETEILIGUNG IN KLEINSTGEMEINDEN**
Ein Vergleich
Nicole Opiela
- 69 DIGITALE BÜRGERBETEILIGUNG FÜR KOMMUNEN**
Karl Atzmanstorfer / Markus Kerschbaumer
- 75 STEIGERUNG DER BÜRGERBETEILIGUNG ANHAND
WEBBASIERTER 3D-MODELLE**
Christian Bauer / Willi Wendt

- 83 DIGITAL VERNETZT UND LOKAL VERBUNDEN?**
Nachbarschaftsplattformen als Potenzial für sozialen Zusammenhalt
und Engagement – ein Werkstattbericht
Anna Becker / Hannah Göppert / Olaf Schnur / Franziska Schreiber
- 93 KREATIVE SZENE UND DIGITALE PLATTFORMEN AUF DEM LAND**
Sabine Gollner / Martin Uckley
- 103 DAS DIGITALE RATHAUS**
Thesen
Franz Dirnberger
- 107 DIGITALES DORF STEINWALD-ALLIANZ**
Chancen der Digitalisierung nutzen, Herausforderungen begegnen
Bettina Williger / Annemarie Wojtech
- 117 DIGITALISIERUNG –
FÖRDERUNG ODER GEFÄHRDUNG UNSERER DEMOKRATIE?**
Wir müssen sorgsam sein
Holger Magel

EINFÜHRUNG

SILKE FRANKE || Die Digitalisierung eröffnet eine Vielzahl an Möglichkeiten gerade auch für Gemeinden und ländliche Räume. Noch nie war das Angebot an Informations- und Diskussionsforen so groß. Es entstehen völlig neue Ideen für Dienstleistungen, für neue Formen der Vernetzung und Zusammenarbeit. Auch für das Zusammenspiel von (Kommunal-)Politik und Bürgern tun sich neue Spielfelder auf. Die Digitalisierung verändert Prozesse und Kulturen. Verbessert sie auch die (politische) Teilhabe? Mit dieser Publikation wollen wir anhand verschiedener Autorenbeiträge auf Spurensuche gehen und eine erste Bilanz ziehen und insbesondere im Praxisteil beispielhaft aufzeigen, welche Ansätze Akteure auf kommunaler Ebene erproben.

GESELLSCHAFT

Gerade die jüngere Generation könnte sich ein Leben ohne Internet und Smartphone wohl kaum mehr vorstellen. **Eva-Maria Kern**, Münchner Professorin für Wissensmanagement, zeigt einführend auf, wie die Informations- und Kommunikationstechnik in alle unsere Lebensbereiche Einzug hält und unseren Alltag wie auch die Arbeitswelt verändert. Die digitale Welt ist facettenreich, birgt aber nicht nur Chancen, sondern auch Risiken, so Kern in ihrem Beitrag. Der digitale Mensch lebt in „einem Spannungsfeld zwischen Freiheit, Zwang und Kompetenz“.

„Wir wissen nicht, was wir tun, wenn wir etwas digital tun.“ Der Physiker und Philosoph **Harald Lesch** macht in seinem Beitrag klar, dass Digitalisierung auch Nebenerscheinungen hat, die nicht immer positiv zu bewerten sind: All die smarten Anwendungen sind einfach zu bedienen und machen das Leben einfacher. Doch mit ihrer Nutzung begeben wir uns in die Hände einer Technik, die wir nicht verstehen, und von Unternehmen, deren Ziele wir nicht kennen. Der Verlust an Selbstbestimmung und die Schwierigkeit, ethische Rahmenbedingungen zu formulieren, sind nicht die einzigen möglichen Konsequenzen. Ein weiteres ernst zu nehmendes Problem ist beispielsweise die Verwundbarkeit durch Hackerangriffe.

POLITIK

Auch in der digitalen Welt müssen die Grundsätze sozialer Marktwirtschaft und eines durchsetzungsfähigen Rechtsstaats gelten, bestätigt der Landtagsabgeordnete **Markus Blume**, zugleich Vorsitzender der CSU-Grundsatzkommission in seinem Beitrag zur digitalen Agenda. Technologie ist per se nie gut oder schlecht, aber sie muss gestaltet werden: „Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass die Digitalisierung dem Menschen dient und nicht umgekehrt.“ Damit außerdem möglichst viele Menschen an den „digitalen Chancen“ teilhaben können, gilt es einerseits für den Ausbau der entsprechenden Infrastrukturen und Anwenderzentren zu sorgen, andererseits aber auch durch „digitale Bildung“ die Menschen zu befähigen.

Die Meinungsfreiheit gehört zu den elementaren Eckpfeilern einer demokratischen Wertordnung. Ist das Internet hier mehr Fluch oder Segen? In seinem Beitrag zieht **Franz Josef Pschierer**, Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie, Bilanz. Auf der einen Seite stehen Aspekte, wie Informationsflut, Filterblasen, Fake News und Stimmungsmache, auf der anderen Seite aber zusätzliche Möglichkeiten für gut aufbereitete Information, Transparenz und Beteiligungsangebote. Mit einer Mischung

aus Online- und Offline-Kommunikation lassen sich breite Bevölkerungsschichten in die politische Willensbildung einbeziehen. Ein Aufwand, der sich seiner Meinung nach lohnt: „Digitalisierung und Bürgerbeteiligung sind so etwas wie ein Update für die parlamentarische Demokratie.“

WISSENSCHAFT

Der Kommunikationswissenschaftler **Christian Nuernbergk** hat das Zusammenspiel von Politik, Medien und Bürgern genauer untersucht und kommt, was die Rolle sozialer Medien angeht, auf ein noch eher „nüchternes“ Ergebnis, denn bislang sind für die Mehrheit der Deutschen immer noch die traditionellen Medien bei der Meinungsbildung bedeutender als die Onlinequellen. Über das Internet werden in erster Linie Personengruppen mobilisiert, die ohnehin ein Politikinteresse aufweisen. Auch eine Auswertung der Beiträge von Bundestagsabgeordneten zeigt, dass diese vorwiegend an politische Akteure adressiert sind. Doch auch wenn die eigentliche Mitmachkultur noch schwach entwickelt ist, ist die digitale Öffentlichkeit für die Gesellschaft inzwischen von zentraler Bedeutung.

Wie sieht es bei der nachfolgenden Generation aus? Das Internet ist für die Jugend die wichtigste Informationsquelle. Für **Christian Büttner**, in der Stadt Nürnberg für den Geschäftsbereich Schule verantwortlich, ist es daher wichtig, dass die medienpädagogischen Konzepte für alle Altersklassen und Schulformen auch darauf eingehen. Beim Stichwort „digitale Bildung“ geht es vor allem darum, den Schülern Kompetenzen wie kritisches Denken, soziales Verhalten und selbstgesteuertes Lernen beizubringen: „Es gilt die Trias aus Infrastruktur, Mensch und Lernen gemeinsam zu entwickeln.“

Regina Renner ist Politikwissenschaftlerin und Referentin beim Bayerischen Jugendring. Sie zeigt in ihrem Beitrag auf, wie wichtig die Beteiligung der Jugend für Gemeinden ist und was die Voraussetzungen dafür sind. Zum einen geht es darum, ihre Identifikation mit der Gemeinde zu stärken, zum anderen darum, ihre Entwicklung zu einem „kulturellen und politischen Bürger“ zu unterstützen. Damit dies ge-

lingt, braucht sie neben dem Grundwissen über Demokratie und Politik auch ganz praxisnahe Informationen zu einem konkreten Sachverhalt vor Ort, zu dem sie sich einbringen können. Junge Menschen wollen ihr Lebensumfeld durchaus mitgestalten. Digitale Plattformen bieten durch die zeitliche und räumliche Unabhängigkeit und die Einbettung verschiedenster Medien für sie ansprechende Möglichkeiten.

KOMMUNALE PRAXISBEISPIELE

Wie aktiv greifen kleine Kommunen den digitalen Wandel auf und was muss gegeben sein, damit sich Bürger aktiv am Geschehen in ihrer Gemeinde beteiligen können? **Nicole Opiela** vom Fraunhofer-Institut für Offene Kommunikationssysteme nennt hierzu drei Voraussetzungen: digitale Infrastruktur, digitale Kompetenzen, digitales Engagement. In einem deutschlandweiten Vergleich sieht sie, dass auch dort, wo die digitale Infrastruktur noch nicht so gut ausgebaut ist, die vorhandenen digitalen Angebote rege genutzt werden. Die Voraussetzungen für „E-Partizipation“ sind daher auch in ländlich geprägten Bundesländern als gut einzuschätzen.

Tatsächlich gibt es digitale Angebote, die gezielt auf eine umfassende Bürgerbeteiligung in Kommunen zugeschnitten sind. Ein solches Produkt stellen die beiden Salzburger **Karl Atzmanstorfer** und **Markus Kerschbaumer** anhand konkreter Gemeindebeispiele vor. Das so genannte „Bürgercockpit“ bindet Bürger über Smartphone und Homepage in kommunale Planungs- und Entscheidungsprozesse der Gemeinde ein. Der Diskussionsprozess zwischen Bürgern und Verwaltung wird strukturiert und transparent dargestellt. Themen und räumliche Zusammenhänge können dabei auf Karten visualisiert werden. So werden bewährte Methoden der Bürgerbeteiligung mit modernen Web-Technologien und sozialen Medien kombiniert.

Wie hilfreich gerade die Visualisierung von Vorhaben ist, zeigt auch das Beispiel der Stadt Grafing bei München. Stadtkämmerer **Christian Bauer** und **Willi Wendt** vom Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation berichten von ihren Erfahrungen mit einer 3D-Stadtmodell-Plattform, die entwickelt wurde, um



Foto: Thomas Reiner, HSS

Die Veranstalter des Sommerkolloquiums zu den Chancen der Digitalisierung auf dem Land: Holger Magel, Silke Franke und Ursula Männle mit den Rednern Franz Josef Pschierer und Markus Blume

städtebauliche Vorhaben, Entwicklungspotenziale und Visionen mit den Bürgern diskutieren zu können. Das 3D-Modell bietet den Bürgern einen guten Überblick über den Ist-Zustand der Stadt und verschiedene mögliche Entwicklungsszenarien, zu denen sie ihre Kommentare und weitere Anregungen eingeben können. Diese Möglichkeit, so die Erfahrung in Grafing, wurde auch intensiv und vor allem ausgesprochen konstruktiv genutzt.

Immer mehr Menschen nutzen auch das Angebot digitaler Nachbarschaftsplattformen. Welche Auswirkungen haben diese auf das soziale Zusammenleben und politische Engagement vor Ort? **Anna Becker, Hannah Göppert, Olaf Schnur** und **Franziska Schreiber** (Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung sowie das Forschungs- und Beratungsinstitut adelphi, Berlin) berichten von einem Forschungsprojekt, das genau das untersucht. Dabei zeigt sich, dass die meisten Plattformen tatsächlich primär für das gegenseitige Kennenlernen und gemeinschaftliche Zwecke (sharing

economy) genutzt werden. Vor allem für weniger mobile Gruppen wie Senioren sind sie ein wichtiger Bezugsrahmen. Der digitale Raum ist dabei Impulsgeber für den Austausch im analogen Raum.

Ein weiteres Beispiel für solche Vernetzungs- und Impulsfunktionen liefern **Sabine Gollner** und **Martin Uckley** mit der Gründungsgeschichte der Künstlerkolonie Fichtelgebirge. Das Netzwerk für Kreativunternehmer wurde über einen Aufruf in Facebook gestartet und zählt mittlerweile an die 90 aktive Mitglieder. Die digitale Plattform wirkt sowohl nach innen als Medium für den Austausch untereinander und zur Initiierung gemeinsamer Projekte als auch nach außen durch Öffentlichkeitsarbeit zur Vermittlung der zumeist unterschätzten Rolle von Kreativschaffenden als Wirtschaftsfaktor und im Standortmarketing. Und es wirkt: Inzwischen ist der Verein z. B. damit beauftragt, die Möglichkeiten von Coworking Spaces in der Region bekannt zu machen und ein entsprechendes Modellprojekt zu initiieren.

WIR BLEIBEN DRAN!

Franz Dirnberger, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags rät in seinem Beitrag den Gemeinden, die Chancen der Digitalisierung zu nutzen: Bürger erfahren eine Vereinfachung und Beschleunigung von Prozessen und erwarten dies auch im Bereich der Verwaltung. Jede Gemeinde sollte sich daher eine kommunale Strategie zur Digitalisierung überlegen. Dirnberger verweist dabei auf die verschiedenen Einsatzmöglichkeiten: von Informationen aus dem Rathaus, die ins Internet gestellt werden, über das Streaming von Gemeinderatssitzungen bis hin zum Aufgreifen von Angebotsplattformen im Bereich Mobilität, Schule und Einzelhandel zusammen mit anderen Gemeinden und externen Partnern.

Gerade für ländliche Räume können flexible und mobile Angebote im Zusammenhang mit der Digitalisierung dazu beitragen, bestehenden Herausforderungen zu begegnen. Die Bayerische Staatsregierung fördert daher das Projekt „Digitales Dorf“. Hier sollen in zwei Modellregionen gezielt Handlungsansätze aufgegriffen und pilothaft gezeigt werden, wie die Potenziale der Digitalisierung nutzbar gemacht werden können. **Bettina Williger** und **Annemarie Wojtech** von der Fraunhofer-Arbeitsgruppe für Supply Chain Services begleiten dieses Projekt und stellen in ihrem Beitrag die ersten Ergebnisse vor. Zusätzlich wurde eine „Community“ ins Leben gerufen, um die gewonnenen Erkenntnisse bereits während der Projektphase der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und den Erfahrungsaustausch unter den bayerischen Gemeinden anzuregen.

Wir hoffen, dass diese Publikation Gemeinden, Bürger und unternehmerische Aktive dazu anregt, Digitalisierung chancenorientiert, aber risikobewusst aufzugreifen und im Sinne von Demokratie und Beteiligung positiv mitzugestalten. Die Idee zu diesem Heft, wie auch die meisten Autorenbeiträge, gehen auf das gemeinsame Sommerkolloquium der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum und der Hanns-Seidel-Stiftung zu dem Thema zurück, das am 25. Juli 2017 stattfand. In seinem Schlussstatement zeigt sich **Holger Magel**, Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, skeptisch gegenüber einseitigen „Verheißungen“ der

Digitalisierung in Bezug auf Wachstum und Beschäftigung in Stadt und Land und regt weiterhin eine intensive Beschäftigung an. Chancen und Risiken der Entwicklung müssten genauso beobachtet werden wie die Frage der sozial wie auch räumlich gerechten Teilhabe an den Vorteilen. Wir bleiben dran! Mit dem neuen Referat „Digitalisierung und Politik, Medien“ in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen greift die Hanns-Seidel-Stiftung verstärkt gesellschaftspolitische Fragestellungen zu diesem Zukunftsthema auf.

SILKE FRANKE, DIPL.-GEOGR.

Leiterin des Referats „Umwelt und Energie, Städte, Ländlicher Raum“ in der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

DIGITALE LEBENSWELTEN

EVA-MARIA KERN || Digitale Medien prägen unser tägliches Leben. Der vorliegende Beitrag illustriert die Facetten der digitalen Lebenswelt und versucht, diesbezügliche Chancen und Risiken aufzuzeigen. Näher ausgeführt wird die Notwendigkeit einer zielorientierten Gestaltung des digitalen Wandels. Abschließend werden exemplarisch verschiedene Gestaltungsfelder genannt und ausgewählte Fragestellungen abgeleitet.

DAS DIGITALE ZEITALTER

Wir leben im sogenannten digitalen Zeitalter. Computer, auch wenn diese nicht immer von uns als solche wahrgenommen werden, sind aus unserem Alltag nicht mehr wegzudenken. Das Internet wird längst nicht mehr nur im beruflichen Umfeld als Arbeitsmittel genutzt, sondern stellt auch im Privatleben ein für viele unverzichtbares Medium beispielsweise zur Informationsbeschaffung oder zur Gestaltung ihrer sozialen Interaktion dar. Deutschlandweit nutzten 2016 laut Digitalisierungsindex 79 % aller Deutschen das Internet; ein immer größerer Anteil tut dies über das Mobilfunknetz (59 %). Die Altersgruppe der 14- bis 49-Jährigen ist fast ausnahmslos online, aber auch bei Älteren ist verglichen mit dem Jahr 2015 eine Zunahme zu verzeichnen. So nutzen bei den über 60-Jährigen 69 %, bei den über 70-Jährigen 36 % das Internet.¹ Geräte wie Smartphones, Notebooks oder Tablets sind aus dem täglichen Leben vieler Menschen nicht mehr wegzudenken. Sie sind zum selbstverständlichen Gebrauchsgegenstand geworden, der einfach verwendet wird wie ein Werkzeug. Über weitergehendes Wissen bezüglich der genauen Funktionsweise verfügen jedoch nur wenige Anwender. Auch das Bewusstsein für die Konsequenzen und Risiken der Digitalisierung (wie z. B. Umgang mit persönlichen Daten, Sicherheit im Netz) ist nur eingeschränkt vorhanden.

Digitalisierung bedeutet jedoch weit mehr als die einfache Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnik. Bereits heute begegnen uns Schlagworte wie Industrie 4.0 oder Big Data nicht nur auf Schritt und Tritt in diversen Medien, sondern prägen auch die politische Diskussion,² nicht zuletzt auch den Bundestagswahlkampf 2017. Der digitale Wandel verändert unser Arbeitsleben ebenso wie unser Privatleben – und damit unsere gesamte Gesellschaft. Er muss entsprechend gesteuert und gestaltet werden.

DIGITALISIERUNG IST MEHR ALS TECHNIK

Was bedeutet nun aber Digitalisierung? Der Begriff der Digitalisierung wird heutzutage unterschiedlich verwendet und kann zwei grundlegende Bedeutungen besitzen. In ihrer ursprünglichen Bedeutung wird Digitalisierung als technische Transformation von der analogen zur digitalen Abbildung von Sachverhalten verstanden. Dabei werden Informationen in eine Abfolge von Bits umgewandelt.

Innovationstreiber der Digitalisierung ist damit unzweifelhaft die Informations- und Kommunikationstechnik (IKT). Die rasante Entwicklung der IKT hat viele neue Möglichkeiten zur Gestaltung der Arbeits- und Privatwelt eröffnet und wird dies weiter tun. IKT diffundiert in alle Lebensbereiche. Insbesondere die webbasierten Anwendungen verändern fundamen-

tal die Art und Weise, wie Menschen sich informieren und kommunizieren, wie sie ihre Freizeit gestalten und wie ihre Arbeitswelt aussieht. Ebenso ist einem massiven Wandel unterworfen, wie politische Prozesse funktionieren, wie Meinungen entstehen, Werte geschaffen werden und Wissen vermittelt wird.³ Daher ist die zweite Bedeutung von Digitalisierung viel breiter gefasst. Sie bezieht sich auf die Durchdringung aller Lebensbereiche mit IKT und die damit verbundenen Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft.⁴ Sie umfasst den gesamten digitalen Wandel und betrachtet diesen als einen zu steuernden Prozess. Dass das Aufkommen und der Einsatz innovativer Technologien massiven Einfluss auf die Gesellschaft haben, konnte bereits in der Vergangenheit bei den drei letzten industriellen Revolutionen beobachtet werden. So war die erste industrielle Revolution getrieben durch die Entwicklung der Dampfmaschine. Die zweite industrielle Revolution wurde durch arbeitsteilige Massenproduktion mit Hilfe elektrischer Energie geprägt. Die dritte industrielle Revolution wurde durch die Elektronik und später die IKT hervorgerufen, die eine weitergehende Automatisierung von Produktionsprozessen ermöglichte. Die fortschreitende Digitalisierung gilt nun als Treiber der vierten industriellen Revolution, die auch als Industrie 4.0 bezeichnet wird.⁵ Das Besondere an dieser vierten industriellen Revolution ist, dass die ihr zugrunde liegende IKT sehr rasch und nachhaltig auch in das Privatleben der Menschen Einzug gehalten hat.

Die Digitalisierung hat mittlerweile ALLE Lebensbereiche des Menschen erfasst.

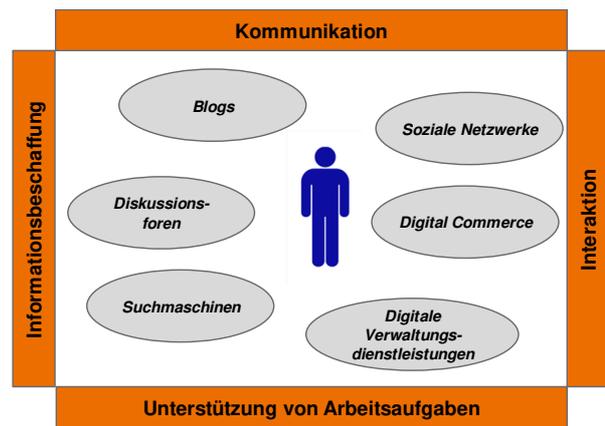
FACETTEN DER DIGITALEN LEBENSWELT

Die Facetten der digitalen Lebenswelt sind mannigfaltig und eng miteinander verwoben. Nachfolgend werden aus dem Blickwinkel des Individuums einige dieser Facetten kurz vorge-

stellt und illustriert. Insbesondere wird dabei das private und persönliche Umfeld des Menschen beleuchtet, wiewohl auch ein kurzer Blick auf die Arbeitswelt gerichtet wird. Dabei soll versucht werden, Chancen und Risiken der einzelnen Facetten anzureißen.

Aus Sicht des Individuums können IKT-Anwendungen unterschiedliche Funktionen erfüllen (Abb. 1).

Abbildung 1: Funktionen der IKT-Anwendungen



Quelle: Eva-Maria Kern (wie auch die folgenden Abb.)

Einerseits dienen sie zur Unterstützung diverser Tätigkeiten bzw. Arbeitsaufgaben. So werden diese vor allem im beruflichen, aber auch im schulischen, studentischen oder privaten Umfeld zur Textverarbeitung, Tabellenkalkulation oder zur Erstellung von Präsentationen verwendet. Darüber hinaus werden digitale Anwendungen immer mehr Bestandteil alltäglicher Gebrauchsgegenstände. Hierzu zählen zum Beispiel Bedienelemente von Wasch- und Geschirrspülmaschinen, das Navigationsgerät im Auto, die Heizungssteuerung und anderes mehr. Andererseits stellen webbasierte Anwendungen vielfältige Funktionalitäten zur Informationsbeschaffung, Kommunikation und Interaktion zur Verfügung. Insbesondere diese gewinnen immer mehr an Bedeutung.

Die am häufigsten genutzte Anwendung im Netz sind diverse Suchmaschinen.⁶ „Googeln“ ist in den allgemeinen Sprachgebrauch übergegangen. Das Internet ist zur selbstverständlichen, jedoch oft unhinterfragten Informationsquelle geworden. Der umfassende Zugang zu verschiedenartigster Information stellt eine der

Die BEWERTUNG der Qualität der Information stellt eine der größten Herausforderungen des Internets dar.

großen Chancen des Internets dar. Inhalte werden nicht nur als Text, sondern auch multimedial, beispielsweise als Videos oder Podcasts, angeboten. Internetnutzer haben die Möglichkeit, sich differenziert über unterschiedliche Themen und Meinungen zu informieren und verschiedene Medien zur Bewertung von Sachverhalten heranzuziehen. Herausforderungen bestehen jedoch für den Nutzer in der Bewertung der Qualität der vorhandenen Information bzw. der Vertrauenswürdigkeit einer Informationsquelle oder darin, sich davor zu schützen, von gezielten Falschinformationen (z. B. Fake News) manipuliert zu werden. Darüber hinaus birgt der freie Zugang das Risiko in sich, dass Personengruppen wie Kinder und Jugendliche mit Inhalten konfrontiert werden, die für sie eine Gefahr darstellen (z. B. pornographische oder gewaltverherrlichende Inhalte).

Häufig genutzt werden auch die Möglichkeiten, die das Internet zur Kommunikation bietet, d. h. zum Austausch von Daten, Informationen und Inhalten. Hierzu zählt beispielsweise die Nutzung von Instant-Messaging-Diensten wie WhatsApp, die nicht nur das Kommunikationsverhalten insbesondere der Jüngeren massiv verändert haben, sondern auch die soziale Interaktion. Weitere Möglichkeiten zur Vernetzung und Kommunikation bieten soziale Netzwerke wie Facebook, LinkedIn oder Xing sowie die Beteiligung an Blogs und Diskussionsforen. Derartige Anwendungen ermöglichen eine schnelle, unaufwändige Kommunikation mit der Familie, mit Freunden, Arbeitskollegen und Geschäftspartnern. Sie helfen dabei, räumliche, zeitliche und soziale Grenzen zu überwinden. Menschen, die sonst nicht zueinander finden würden, treffen in der virtuellen Welt eher zufällig aufeinander bzw. können auch gezielt nach Gleichge-

sinnten suchen. Dies reicht von einer themenbezogenen Vernetzung bis hin zur Partnersuche. Herausforderungen und Risiken ergeben sich u. a. durch das Verschwimmen der Grenzen zwischen realer und virtueller Welt, durch das Entstehen neuer Mechanismen des Miteinanders, die kritiklose Preisgabe persönlicher Daten sowie durch die Möglichkeit, eine „virtuelle“ Wahrheit zu schaffen, die mit der Realität wenig zu tun hat. Der Umgang mit dem eigenen Ich im Netz stellt viele Menschen vor große Probleme ebenso wie der vermeintliche Zwang, sich und sein Privatleben mit anderen in Wort und Bild zu „teilen“ und bewerten zu lassen. Sowohl positive als auch negative Meinungsäußerungen über andere sind in Sekundenschnelle einer großen Zahl von Menschen zugänglich. Zusätzlich macht die Anonymität des Netzes „mutig“. So werden beleidigende Meinungen geäußert (Hate-Speech) oder aber Handlungen gegenüber anderen gesetzt, die in der realen Welt besser geahndet werden können wie z. B. Mobbing.

Das Internet schafft NEUE Kommunikationsmöglichkeiten und erleichtert die Organisation des Alltags.

Wie eingangs erwähnt, erfolgt die Internetnutzung immer mobiler. Smartphones sind bereits jetzt für viele ständige Begleiter. Einerseits bieten sie komfortable Unterstützung in allen Lebenslagen. Sie dienen als Orientierungshilfe, als Kommunikationsmittel, zur Informationsversorgung, als Arbeitsmittel oder als Mittel zum Zeitvertreib. Menschen, die gebeugten Hauptes in der U-Bahn oder (zu zweit) im Restaurant sitzen, beim Gehen auf ihr Smartphone schauen oder mit diesem interagieren, sind eher Regel, denn Ausnahme. Hier nun stellt sich die Frage, welche Folgen eine exzessive Nutzung desselben auf die kognitive Leistungs- bzw. Konzentrationsfähigkeit ihrer Besitzer hat oder ob dadurch

andere Fähigkeiten, wie beispielsweise sich ohne Hilfsmittel zu orientieren, beeinträchtigt werden oder verloren gehen.

Einkäufe erledigen, Überweisungen tätigen, Flugtickets buchen, einen neuen Wohnsitz anmelden oder die Steuererklärung erstellen und abgeben: Viele Interaktions- bzw. Transaktionsprozesse, die früher ausschließlich in der realen Welt durchgeführt wurden, können bereits internetgestützt abgewickelt werden. Waren und Dienstleistungen aller Art können über Plattformen diverser Betreiber einfach im Internet in Bezug auf Funktionsumfang und Qualität miteinander verglichen, bestellt und bezahlt werden. Ein Beispiel hierfür ist check24, ein Preisvergleichsportaal für die Bereiche Versicherungen, Finanzen, Energie, Reisen und „Shopping“.⁷ Zudem bieten auch die meisten Handelsketten bzw. Geschäfte die Möglichkeit, Waren online zu bestellen. Auch in der Verwaltung nehmen digitale Dienstleistungen wie die elektronische Steuererklärung oder Gewerbeanmeldung zwar langsam, aber doch zu.⁸ Anwendungen des Digital Commerce ermöglichen die schnelle Erledigung unterschiedlicher Besorgungen. Nutzbringend ist hierbei nicht nur die Zeitersparnis, sondern insbesondere auch die Transparenz über das verfügbare Waren- und Dienstleistungsangebot. Mögliche Risiken aus Nutzersicht bestehen zum Beispiel durch Internetkriminalität in unterschiedlichen Ausprägungen wie etwa die Manipulation von Zahlungsvorgängen. Viel diskutiert wird überdies ein weiteres Risiko, nämlich das des Datenschutzes bzw. der Verwendung und Weitergabe persönlicher Daten für geschäftliche Zwecke. So wird das Kaufverhalten von Kunden erhoben, gespeichert und ausgewertet. Die daraus gewonnenen Erkenntnisse werden gezielt, z. B. für Werbekampagnen, eingesetzt.

Auch für die Gestaltung und Erleichterung des Lebens in den eigenen vier Wänden können die Möglichkeiten der Digitalisierung genutzt werden. Derzeit werden verstärkt sogenannte Smart Home bzw. Smart Living Anwendungen diskutiert, bei denen vernetzungsfähige Geräte zur Steigerung des Komforts oder zum Energiesparen beitragen können.⁹ So kann beispielsweise kurz vor dem abendlichen Heimkommen mithilfe des Smartphones die Heizung höher

geschaltet werden. Auch die Steuerung von Sicherheitssystemen ist auf diese Weise möglich. Das Smart Home basiert auf Datenaustausch. Ein mögliches Risiko besteht darin, dass Unbefugte Zugang zu diesen Daten bekommen, daraus diverse Informationen über die Lebensgewohnheiten der Bewohner gewinnen und diese zu kriminellen Zwecken verwenden.

Mit der Verbreitung des Internets wächst auch die Gefahr der INTERNETKRIMINALITÄT.

Die vorangehenden Ausführungen beschäftigten sich mit den Facetten der privaten digitalen Lebenswelt. Abschließend soll nun auch, wieder aus Sicht des Individuums, die Berufswelt kurz betrachtet werden. Die Digitalisierung hat massiven Einfluss auf die Arbeitswelt und wird diese grundlegend verändern. Berufsbilder wandeln sich. Traditionelle Berufe werden verschwinden, neue Berufe mit verändertem Anforderungsprofil entstehen. Zudem werden sich neue Arbeits(zeit)modelle entwickeln. Digitale Medien ermöglichen es auch heute schon, gewisse Arbeiten im Homeoffice oder unterwegs durchzuführen. Dies kann einerseits zu einer größeren Flexibilität wie z. B. in Bezug auf die Vereinbarkeit von Beruf und Familie führen oder aber auch die zeitliche Einteilung der Arbeit beeinflussen. Andererseits besteht die Gefahr, dass durch die Möglichkeit der ständigen Erreichbarkeit die Erwartungshaltung des Arbeitgebers an die Verfügbarkeit des Arbeitnehmers auch in der Freizeit steigt bzw. auch dem Einzelnen selbst die Trennung zwischen Arbeit und Freizeit nur mehr unzureichend gelingt.

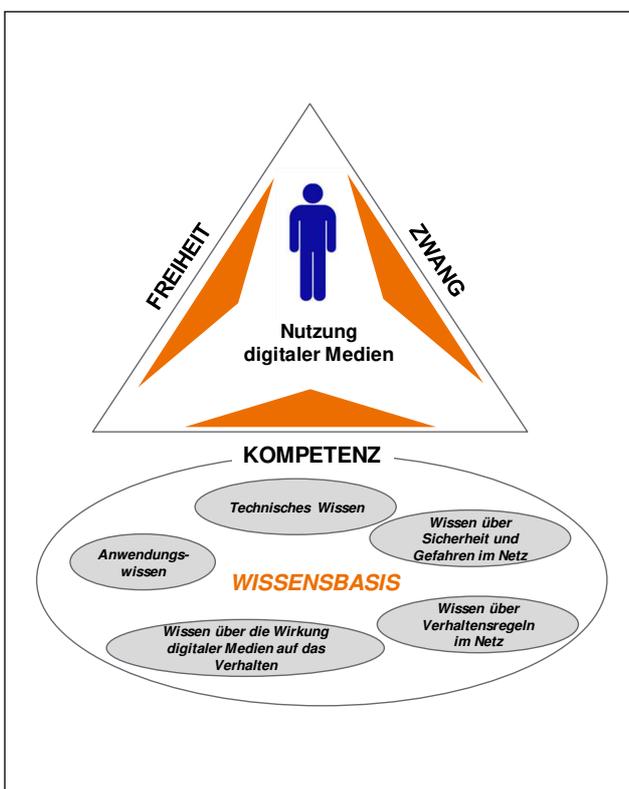
Auch der kurze Einblick in ausgewählte Facetten der digitalen Lebenswelt gibt einen Eindruck von den zwei Seiten der Digitalisierung – von Chancen und Risiken, die gleichermaßen kritisch diskutiert werden müssen.

DER MENSCH IM SPANNUNGSFELD

Die heutige Gesellschaft ist in Bezug auf ihren Digitalisierungsgrad nicht homogen. Einzelne Bevölkerungsgruppen unterscheiden sich zum Teil sehr stark hinsichtlich ihres Nutzungsverhaltens, ihrer Technikaffinität und ihrer digitalen Kompetenz. Zu beobachten ist dabei, dass eine intensive Nutzung digitaler Anwendungen nicht notwendigerweise mit einer hohen digitalen Kompetenz einhergeht.

Der heutige Mensch lebt in Bezug auf die Nutzung von digitalen Anwendungen in einem Spannungsfeld zwischen Freiheit, Zwang und Kompetenz (Abb. 2).

Abbildung 2: Der Mensch im Spannungsfeld



Zwar hat jeder einerseits grundsätzlich einen gewissen Spielraum zu entscheiden, welche Rolle digitale Anwendungen in seinem Privatleben spielen sollen und wie intensiv er diese nutzen will. Andererseits sind für die Bewältigung des täglichen Lebens heutzutage vielfach zumindest grundlegende Fähigkeiten des Umgangs mit digitalen Medien erforderlich. Ob in der Schule, der Universität oder am Arbeitsplatz – digitale Kompetenzen werden immer wichtiger. Zudem

spielt das Internet für die soziale Interaktion insbesondere bei der jüngeren Generation eine immer größere Rolle, sodass dessen Nutzung für eine entsprechende Teilhabe am sozialen Leben immer wichtiger wird.

Ohne DIGITALE KOMPETENZEN lässt sich das berufliche und private Leben kaum noch bewältigen.

Auf der anderen Seite genießt der Einzelne in der virtuellen Welt des Internets große Freiheit. Die Voraussetzung dafür, dass er mit dieser Freiheit verantwortungsvoll und selbstbestimmt umgehen kann, sind Bewusstsein für und kritische Reflexion über die Möglichkeiten, Gefahren und Spielregeln der digitalisierten Welt. Dies ist insbesondere deshalb von Bedeutung, weil im Netz Bedrohungen bestehen, auf die der Mensch als Spezies (noch) nicht vorbereitet ist und deshalb nicht instinktiv reagieren kann.¹⁰

Die oben schon angesprochene, digitale Kompetenz beinhaltet damit weit mehr als nur die Fähigkeit zur reinen Anwendung. Eine gezielte und verantwortungsvolle Nutzung digitaler Medien ist nur dann möglich, wenn der jeweilige Nutzer bereit ist, sich mit dem Phänomen Digitalisierung auseinanderzusetzen und darüber entsprechendes Wissen aufzubauen bzw. dieses auch kontinuierlich weiterzuentwickeln. Unter Wissen sind dabei Kenntnisse und Fähigkeiten zu verstehen, über die Individuen, die digitale Medien nutzen, verfügen sollten.¹¹ Hierzu zählen u. a.:

- Anwendungswissen, das es ermöglicht zu entscheiden, welches digitale Werkzeug sich wofür eignet bzw. was es bei dessen Nutzung zu beachten gilt;
- technisches Wissen, das Kenntnisse über die grundlegende Funktionsweise, über die Installation oder Mechanismen zur Fehlerbehebung beinhaltet;

- Wissen über Sicherheit und Gefahren im Netz, das Aspekte des Datenschutzes, der IT-Sicherheit, der Internetkriminalität und des kritischen Umganges mit Informationen aus dem Netz umfasst;
- Wissen darüber, inwieweit digitale Medien das eigene Privat- und Sozialleben bzw. Verhalten beeinflussen können;
- Wissen über den Umgang miteinander im Netz und grundlegende Verhaltensregeln.

Jeder Nutzer sollte zumindest über Basiskenntnisse in den genannten Wissensfeldern verfügen. Die Verantwortung für eine diesbezügliche Sensibilisierung allein auf den Staat und dessen Bildungssystem, d.h. Schulen und Universitäten, abzuschieben, ist jedoch zu kurz gegriffen. Die Vermittlung digitaler Kompetenz sollte, so gut es geht, auch im familiären Umfeld angestrebt werden.

DIE DIGITALE TRANSFORMATION MUSS GESTALTET WERDEN

Die digitale Transformation kann nicht mehr aufgehalten werden. Die große Herausforderung unserer Zeit besteht darin, diesen Prozess nicht einfach geschehen zu lassen, sondern entsprechend zu gestalten. Unzweifelhaft eröffnet die Digitalisierung viele Möglichkeiten und Chancen für Wirtschaft und Gesellschaft. Die Schaffung einer virtuellen Welt und deren immer stärkere Verzahnung mit der realen Welt bringt jedoch auch ebenso Risiken mit sich. Einige davon sind bereits erkannt, andere mit ziemlicher Sicherheit noch nicht. Ob die erkannten Risiken richtig eingeschätzt wurden, wird sich mit der Zeit zeigen.

Eine unabdingbare Voraussetzung für die Gestaltung des digitalen Wandels ist eine differenzierte Auseinandersetzung mit dessen Chancen und Risiken. Die aktuelle Diskussion wird zum Teil sehr einseitig und wenig reflektiert geführt. Auf der einen Seite preisen enthusiastische Technikbefürworter die Vorzüge der Digitalisierung, auf der anderen Seite entwerfen Technikskeptiker diesbezügliche Schreckensszenarien. Die Diskussion muss jedoch aus unterschiedlichen Blickwinkeln konstruktiv und ergebnisoffen geführt werden. So genügt es bei-

spielsweise nicht, sich bei der Entwicklung autonomer Fahrzeuge nur auf die Funktionsfähigkeit der Technik zu konzentrieren. Vielmehr müssen hier neben anderen auch ethische Aspekte berücksichtigt werden. So stellt sich die Frage, ob es ethisch zulässig und vertretbar ist, Algorithmen zur Unfallvermeidung Entscheidungen über Leben und Tod zu überlassen. Auch im Kontext der Digitalisierung der Arbeitswelt wäre es zu kurz gegriffen, sich nur mit der technischen Gestaltung von Produktionssystemen zu befassen. Fragen der IT-Sicherheit und des Datenschutzes spielen hier ebenso eine Rolle wie die Analyse der Konsequenzen für die Beschäftigten.

Chancen und Risiken des digitalen Wandels müssen gut abgewogen werden; eine EINSEITIGE Diskussion nützt niemandem.

Zur Versachlichung der Diskussion kann die Wissenschaft einen Beitrag leisten, indem sie sich der vielfältigen Fragestellungen in den unterschiedlichen Gestaltungsfeldern der Digitalisierung interdisziplinär annimmt. Darüber hinaus müssen sich weitere relevante Anspruchsgruppen der Gesellschaft, wie z. B. Wirtschaft, Verwaltung und Politik, dem Thema Digitalisierung widmen und ihre jeweilige Perspektive in die Diskussion einbringen. Nur so kann es gelingen, Lösungsansätze von gesamtgesellschaftlichem Nutzen und Relevanz zu entwickeln und vor allem auch die richtigen Fragen zu stellen. Eine mögliche Strukturierung des vielschichtigen Feldes der Digitalisierung kann anhand von themenbezogenen Gestaltungsfeldern erfolgen. Zur Illustration werden nachfolgend exemplarisch drei relevante themenbezogene Gestaltungsfelder genannt und für jedes ausgewählte Fragestellungen formuliert.¹²

Gestaltungsfeld Lebenswelt

- Wie entwickelt sich das Sozialverhalten in der virtuellen Welt und wie gelingt es, Regeln für ein Miteinander im Netz zu entwickeln?
- Welche Auswirkungen hat die Nutzung digitaler Medien bzw. Geräte auf die physische und psychische Gesundheit?
- Wie können digitale Medien sinnvoll zur Unterstützung älterer und kranker Menschen eingesetzt werden?
- Welche unterschiedlichen Herausforderungen entstehen durch die Digitalisierung für (Groß)Städte bzw. den ländlichen Raum und wie kann diesen begegnet werden?

Gestaltungsfeld Wirtschaft und Arbeit

- Wie verändern sich einzelne Wirtschaftszweige, wie sehen Wertschöpfungsstrukturen der Zukunft aus und welche Geschäftsmodelle sind erfolgsversprechend?
- Welche Chancen und Risiken ergeben sich für Kleinunternehmer und den Mittelstand?
- Wie entwickelt sich der Arbeitsmarkt und wie verändern sich Berufsfelder und Anforderungen an berufliche Qualifikationen?

Gestaltungsfeld (Aus-)Bildung

- Was bedeutet digitale Bildung, welchen Stellenwert sollte sie haben und wie kann sie vermittelt werden?
- Welchen Nutzen kann der Einsatz digitaler Medien im (Aus-)Bildungssystem haben und welche Bedeutung soll diesen zukommen?

- Wie verändert sich im Zeitalter der Digitalisierung das (Aus-)Bildungssystem? Was bedeutet diese Veränderung für das Berufsbild eines Ausbilders, Lehrers oder Professors?

Neben den genannten Gestaltungsfeldern gibt es auch übergreifende Fragestellungen, die für alle Gestaltungsfelder relevant sind. Hierzu zählen u. a. rechtliche und ethische Problemstellungen, Fragen der IT-Sicherheit oder IT-Infrastrukturen sowie die Gestaltung der Mensch-Technik-Interaktion.

FAZIT

Digitalisierung ist aus der heutigen Welt nicht mehr wegzudenken. Wir leben im digitalen Zeitalter und sollten versuchen, dieses zum Wohle unserer Gesellschaft zu gestalten. Zentrales Element hierbei wird sein, die richtigen Fragen zu stellen, diese wissenschaftlich fundiert zu beantworten und die gefundenen Antworten und entwickelten Lösungsansätze kritisch zu reflektieren und diskutieren. Dies kann nur dann gelingen, wenn die Gestaltung des digitalen Wandels als gesamtgesellschaftliche Aufgabe und Herausforderung verstanden wird, an deren Bewältigung alle relevanten Akteure gemeinsam arbeiten.

|| **UNIV.-PROF. DIPL.-ING. DR. MONT.
DR.-ING. HABIL. EVA-MARIA KERN, MBA**

Inhaberin der Professur für Wissensmanagement und Geschäftsprozessgestaltung an der Universität der Bundeswehr München

Zur Digitalisierung allgemein und zur Internetkriminalität lesen Sie auch die vor Kurzem erschienenen „Argumentation Kompakt“ der Hanns-Seidel-Stiftung:



Argumentation Kompakt 11/2017
CYBERCRIME

Argumentation Kompakt 9/2017
**BRAUCHT DEUTSCHLAND EIN
DIGITALISIERUNGSMINISTERIUM?**



ANMERKUNGEN

- ¹ <http://initiated21.de/app/uploads/2017/01/studied21-digital-index-2016.pdf>, Stand: 5.10.2017.
- ² https://www.digitale-agenda.de/Content/DE/_Anlagen/2014/08/2014-08-20-digitale-agenda.pdf;jsessionid=D77AC3A97763E1800F28D79F16EF4DF9.s6t1?__blob=publicationFile&v=6; Stand: 5.10.2017.
- ³ Anding, Markus / Boes, Andreas / Eckert, Claudia u. a.: Herausforderungen an der Schnittstelle von Informatik und Gesellschaft: Institutionalisierte Erforschung der Digitalisierung zur Sicherung von Wohlstand und Fortschritt; in: 50 Jahre Universitäts-Informatik in München, hrsg. von Arndt Bode, Manfred Broy, Hans-Joachim Bungartz und Florian Matthes, München 2017, S. 141-147.
- ⁴ Picot, Arnold / Hopf, Stefan / Sedlmeir, Joachim: Digitalisierung als Herausforderung für die Industrie – Das Beispiel der Automotive Branche, in: Technologie, Strategie und Organisation von Wolfgang Burr und Michael Stephan, Wiesbaden 2017, S. 87-112.
- ⁵ Bauernhansl, Thomas: Die Vierte Industrielle Revolution – Der Weg in ein wertschaffendes Produktionsparadigma, in: Industrie 4.0 in Produktion, Automatisierung und Logistik, hrsg. von Thomas Bauernhansl, Michael ten Hompel und Birgit Vogel-Heuser, Wiesbaden 2014, S. 5-35.
- ⁶ <http://initiated21.de/app/uploads/2017/01/studied21-digital-index-2016.pdf>, Stand: 5.10.2017.
- ⁷ <https://preisvergleich.check24.de>, Stand: 16.10.2017.
- ⁸ <http://www.oeffentliche-it.de/publikationen>, Stand: 10.10.2017.
- ⁹ <http://www.smart-living-germany.de/SL/Navigation/DE/Home/home.html>, Stand: 15.10.2017.
- ¹⁰ Weber, Stefan G.: IT-Sicherheit und Nutzer: Chancen und Risiken in der Digitalisierung, in: iit-Themenband Digitalisierung – Bildung. Technik. Innovation, hrsg. von Volker Wittpahl, Berlin / Heidelberg 2016, S. 27-34.
- ¹¹ Vgl. zur Definition von Wissen: Probst, Gilbert / Raub, Steffen / Romhardt, Kai: Wissen managen: Wie Unternehmen ihre wertvollste Ressource optimal nutzen, Wiesbaden, 7. Aufl., 2012.
- ¹² Vgl. zu Handlungs- und Problemfeldern der Digitalisierung z. B. die Digitale Agenda der Bundesregierung: Anding u. a.: Herausforderungen an der Schnittstelle, S. 143 ff.

DIGITALISIERUNG – ENDLICH MACHEN WIR UNS SELBST ÜBERFLÜSSIG

HARALD LESCH || Wollen wir die totale Digitalisierung? Politiker werben für und fordern die vollständige Überdeckung unseres Landes mit digitalen Netzen, denn sie meinen: Ohne diese Maßnahmen verlieren viele Menschen ihren Arbeitsplatz. Sachthemen wie die Digitalisierung brauchen aber mehr als Meinung, sie brauchen Ahnung, also Kenntnis der Faktenlage. Befragt man die Kenner dieses Gebietes, dann hören sich deren Äußerungen eher nach Warnungen als nach Werbung an: Die Verwundbarkeit unseres Landes würde enorm zunehmen. Und die Gesellschaftswissenschaft verweist auf die Folgen für uns alle – der Blick auf Japan und Südkorea lässt einen schauern. Also was tun?

Digital ist in aller Munde. Die Generalsekretäre beider großer Parteien treten auf der Gamescom, der großen Messe der Digitalisierung in Köln, auf. Die Kanzlerin war auch da, alle gesellschaftlich relevanten Gruppen sind präsent. Unter den Gamern, den sogenannten „digital natives“, den „digitalen Eingeborenen“, herrscht gute Stimmung. Der Tenor: endlich digitaler Aufbruch, mehr Risiko, mehr Kreativität, endlich auch in Deutschland. Deutschland einig Digitalland! Das scheint die große Vision der zumeist jungen Männer zu sein, die gerne am Computer spielen, manchmal stundenlang, die programmieren und damit elektronische Routinen schaffen, die auf digitale Weise viele Abläufe unseres Alltags und unserer Arbeitswelt automatisieren können. Man könnte meinen, der Fortschritt unserer Gesellschaft wird immer nur als technischer Fortschritt begriffen, weil der den Wohlstand unseres Landes garantiert. Und der muss digital sein, oder er wird gar nicht sein.

Der Vorsitzende der FDP, Christian Lindner, wirbt sogar ganz plakativ mit dem Spruch: „Digitalisierung first, Bedenken second“. Klingt nach Trump und ist auch hoffentlich nur satirisch gemeint. Einfach nur digitale Technologien flächendeckend einzuführen und dann erst die

Konsequenzen zu bedenken, scheint mir fast eine Beleidigung für unseren Verstand zu sein. Wofür verfügen wir denn über die Fähigkeit, uns Handlungen vom Ergebnis her vorzustellen, wenn wir sie nicht nutzen? Ich werde als Physiker und Philosoph hier mal meine bedenklichen Gedanken vorstellen.

Die große Vision scheint der DIGITALE AUFBRUCH in Deutschland zu sein.

DIE PHYSIK DER DIGITALISIERUNG

Digitalisierung betrifft die Erzeugung und Verarbeitung von elektrischen Signalen in Netzwerken von Mikroprozessoren. Die Geschwindigkeit der elektrischen Vorgänge ist die maximale Wirkungstransportgeschwindigkeit im Universum, die Lichtgeschwindigkeit. Elektrische Signale breiten sich also mit knapp 300.000 Kilometer pro Sekunde aus. Typische Prozessoren des 21. Jahrhunderts können bis zu einige Mil-

liarden Signale pro Sekunde verarbeiten, die Zeitskalen sind im Nanosekundenbereich. Diese Grenze der erkennbaren Wirklichkeit in Alltagstechnologie umzusetzen, stellt die größte Herausforderung für uns Menschen dar. Während wir für mechanische Vorgänge zumindest noch Formen der Anschauung besitzen, wir können zum Beispiel zuhause in der Waschmaschine Umdrehungen von 1.000 pro Minute anschauen, fehlt uns für elektrische Signalübertragung jede Art von Vorstellungskraft.

Aus diesem Missverhältnis ergibt sich ein ethischer Abgrund. Wir wissen nicht was wir tun, wenn wir etwas digital tun. Inzwischen haben wir uns zwar längst daran gewöhnt, die technischen Geräte um uns nicht mehr zu verstehen, aber zumindest im Prinzip konnten wir bis vor einigen Jahren der Funktion und dem Betrieb einer technischen Einrichtung, wenn auch mit Mühe, folgen. Die mit der Miniaturisierung von Regelung- und Steuertechnologie einhergehende Digitalisierung ist aber absolut entkoppelt von allem, was wir Menschen überhaupt noch ohne intensive Abstraktion mathematisch-physikalischer Begriffe verstehen können. Mit anderen Worten, wir haben nicht einmal die kleinste Ahnung davon, wie Signale innerhalb von Nanochips tatsächlich verarbeitet werden. Wie soll man unter diesen Bedingungen ethische Rahmenbedingungen formulieren? Was sollen wir mit einem technischen Instrument tun, dessen Funktionsweise uns überhaupt keinen Zugang eröffnet? Es in seinen Möglichkeiten auf die Konsequenzen hin abzuklopfen?

Kann der Mensch überhaupt die **KONSEQUENZEN der Digitalisierung erfassen?**

ÖKONOMIE UND DIGITALISIERUNG

Wenn, wie es ja inzwischen längst im Mantra der Moderne gebetsmühlenartig heißt, Zeit Geld ist, dann hat die Digitalisierung eine grundlegend ökonomische Bedeutung. Kurz und gut,

je schneller Signale verarbeitet werden können, umso mehr ökonomische Wirkung lässt sich pro Zeit erzeugen und zugleich sinken die Kosten. Immer mehr digitalisierte Daten lassen sich verarbeiten, miteinander vernetzen und können so ökonomisch fruchtbar werden. Kurz gesagt, die Gewinne, definiert als das Verhältnis von erbrachter Leistung (die vom Verbraucher bezahlt werden) zu entstandenen Kosten (die zumindest im Prinzip vom Erzeuger bezahlt werden), steigen. Da zudem viele digitalisierte und damit auch automatisierte Leistungen von Maschinen übernommen werden können, sinkt die Notwendigkeit der Teilnahme des Menschen am Produktionsprozess. Der Homo sapiens wird nur noch als Kontrolleur der digital arbeitenden Automaten gebraucht. Allerdings auch nur mehr eingeschränkt, denn die bereits angesprochene Geschwindigkeit digitaler Technologien wird am effektivsten ebenfalls von digitalisierten Maschinen kontrolliert, gesteuert und wenn nötig korrigiert. Wir sind in diesen Kreisläufen nur noch auf Bildschirme starrende Individuen, die allenfalls gewissen Indikatoren folgen, die den jeweiligen Zustand des digital arbeitenden Prozessablaufs angeben.

Wie ein Arzt den Zustand seines Patienten durch Temperatur, Blutbild oder EKG und EEG charakterisiert, werden digitale Produktionsnetze nur durch gewisse allgemeine Parameter in ihrer Wirkung beschrieben. Was da im Einzelnen abläuft, entzieht sich sowohl dem Arzt als auch dem Digitalwart. Da in der Ökonomie am Ende ja ohnehin nur der Gewinn zählt, fällt dieses Manko der fehlenden Kenntnis und damit auch Kontrollfähigkeit zunächst nicht weiter ins Gewicht. Man könnte auch sagen, betriebswirtschaftlich ist die Digitalisierung das Huhn, das ständig goldene Eier legt und zwar mit annähernder Lichtgeschwindigkeit. In reinsten Form lässt sich dieser Prozess an den Börsen der Welt beobachten. Immer größere Volumina an Aktien, Rentenpapieren und zutiefst dubiosen Finanzprodukten werden dort mittels Computer gehandelt. Während in früheren Zeiten eine Aktie über einige Jahre „gehalten“ wurde, sind es heute zumeist nur noch wenige tausendstel Sekunden. Für unsere normale Anschauung winzige Gewinnmargen werden in Mikrosekunden ausgenutzt und wachsen additiv zu riesigen

Gewinnen an, deren entsprechender Gegenwert in der sogenannten Realwirtschaft aber gar nicht existiert. Interessant, dass es die Digitalisierung der Finanzgeschäfte möglich gemacht hat, schneller Geld mit Geld zu verdienen als mit „normaler Arbeit“.

Diese Entkopplung der zeitlichen Entwicklung der Geldmenge von der tatsächlichen Wirtschaftsleistung in dinglichen Produkten und Dienstleistungen führt seit rund zwei Jahrzehnten zu einer immer dramatischeren Konzentration von Kapital bei immer weniger Besitzern. Die Berichte der verschiedenen Organisationen lassen uns ja immer wieder erstaunen, wie die Zahl der Menschen sich verringert, die so reich sind, wie die ärmste Hälfte der Bevölkerung eines Landes. Oder um es noch krasser auszudrücken: Eine Studie von Oxfam im Januar 2017 kam zu dem Ergebnis, dass die acht reichsten Milliardäre der Welt genauso viel Vermögen besitzen wie die ärmere Hälfte der Weltbevölkerung. Der Oxfam-Bericht zeigte außerdem, dass das reichste Prozent der Weltbevölkerung 50,8 Prozent des weltweiten Vermögens besitzt – und damit mehr als die restlichen 99 Prozent zusammen.

In allen industrialisierten Ländern ist dieser Trend der Kapitalkonzentration zu beobachten. Technische Voraussetzung dafür ist die Digitalisierung. Und wieder scheint es keine Abhilfe für diesen möglicherweise tragischen Missstand zu geben. Weder sind politische Institutionen in der Lage, der globalisierten Digitalwelt härtere Einschränkungen und Kontrollen vorschreiben zu können, noch gelang es den turbo-kapitalistischen Zeitgeist durch alternative Gesellschafts- oder Wirtschaftsmodelle zu bändigen. Der Grund ist die enorme Kundenfreundlichkeit digitaler Instrumente: Sie machen unser Leben in vieler Hinsicht leichter, weil sie uns von vielen Aufgaben, die unser selbstständiges Handeln erforderten, befreien. Das beginnt bei Suchmaschinen, in denen wir unser ausgelagertes Wissen speichern oder speichern lassen, geht über Navigationssysteme, die uns sagen, wie wir dorthin kommen, wo wir hin wollen und endet bei kleinen digitalen Diktatoren, die alle unsere Körperfunktionen überwachen, uns auffordern, mehr Sport zu treiben und effizienter mit unserer Zeit umzugehen. Kurz-

um, die Digitalisierung ist in ihrem Kern unsere neue Ideologie, deren Hinterfragen einer Gotteslästerung gleichkommt. Dann schauen wir uns doch mal eine digitalisierte Gesellschaft an.

Die Digitalisierung der Finanzgeschäfte ermöglicht eine KONZENTRATION von Kapital bei immer weniger Besitzern.

DIE DIGITALE VERSKLAVUNG

„China ist Vorreiter und Treiber der Wirtschafts- und Gesellschaftsentwicklungen in Asien. Die Uhren ticken hier etwas anders als im Westen: Ein Jahr in China entspricht ungefähr einem Zeitraum von vier Jahren in Europa. Die Digitalisierung als hochaktueller Megatrend verstärkt diesen Zeitraffereffekt zusätzlich und prägt die Entwicklung von Asien wesentlich mit.“¹ Asien – der Kontinent, auf dem die digitalen Träume Wirklichkeit werden. Ob China, Japan oder Südkorea, die allmähliche Digitalisierung sämtlicher Lebensbereiche ist in vollem Gange. Mit dem Effekt, dass wir in allen diesen Ländern fast nur noch Menschen sehen, die auf ihr Smartphone starren oder darüber wischen. Sowohl das Kommunikationsverhalten als auch das Sexualverhalten der Japaner hat sich in den letzten zehn Jahren dramatisch verändert.

Japan ist eines der am dichtesten vernetzten Länder der Welt, mit eindrucksvollen Verhaltensänderungen, ausgelöst durch den flächendeckenden vernetzten Einfluss der Digitalisierung. War früher vor allem der öffentliche Raum von Stille beherrscht, so sind es heute auch die privaten Bereiche. Familien reden nicht mehr, weil alle auf ihre Handbildschirme glotzen. In den U-Bahnen und Eisenbahnen werden keine eBooks gelesen oder Informationen geholt, nein, es wird hauptsächlich gespielt, einige sehen Filme oder lesen Mangas, niemand „merkt“, wenn Alte und Behinderte sitzen möchten. Japans Pendler sind sogar so in ihre Smartphones vertieft, dass sie auf den Bahnstei-

gen aufeinanderprallen. Die Bahn warnt: Tausende Personen fallen von den Bahnsteigen auf die Gleise, weil sie nur noch auf das Display ihres Smartphones blicken. Schulämter führen eine digitale Sperrstunde ein, zukünftig dürfen Schulkinder nach 21 Uhr keine Mobilgeräte mehr benutzen. Japanische Ehepaare haben notorisch wenig Sex. Dagegen suchen viele Japaner online Abenteuer. Die hohe Vernetzung Japans trägt dazu bei, die ohnehin vereinzelte Gesellschaft noch weiter zu atomisieren.

**Die Gesellschaft Japans und Südkoreas
VERÄNDERT sich aufgrund der Digitalisierung
stark.**

Südkorea ist noch vernetzter als Japan. 90 Prozent aller Haushalte haben Breitband-Internet, 80 Prozent aller Südkoreaner ein Smartphone. Das ist Regierungsprogramm. Aber während Japan öffentlich in Stille erstarrt, ist es in Südkoreas Zügen laut. Zwar tippen vom Rentner bis zum Studenten alle auf ihren Bildschirmen herum, trotzdem wird geplaudert – und gesurft. Viereinhalb Stunden am Tag verbringt der Koreaner auf seinem Smartphone, so eine Regierungsstudie. Fast 10 Prozent aller Südkoreaner und 25 Prozent der Teenager gelten als akut Smartphone-suchtgefährdet. Es gibt sogar Video-Game-Suchtzentren und internet-süchtige Kinder müssen in militärisch geführte Erziehungslager. In privat geführten koreanischen Internaten sind inzwischen absolute Verbote für die Mobilgeräte Standard geworden und ein großer Geschäftserfolg. Da die Bevölkerung immer weniger liest, wählen die Verlage für Bücher immer größere Schriften. Viele Studenten kennen keine koreanische Literatur mehr, noch sprechen sie korrektes Koreanisch. Heute adaptieren die Koreaner neue Technologien schneller als jedes andere Volk, sie sind allen anderen digital voraus. Wie in Japan vereinzeln auch viele Südkoreaner online, die Universitäts-

bibliotheken sind verwaist, in der Armee sind Smartphones verboten. Neuerdings erhalten Soldaten, die zwei Bücher pro Monat lesen, ein paar Urlaubstage mehr. Die Aufmerksamkeitsspanne der jungen Südkoreaner nimmt stetig ab, sie schreiben nicht einmal mehr E-Mails, nur Kurzmeldungen. Südkoreas Regierung passt sich der schleichenden Re-Analphabetisierung an. Sie publiziert, was wichtig ist, inzwischen in Comic-Form.²

So also verändert sich eine Gesellschaft, wenn sie sich, von den politischen Institutionen gewollt und gefördert, flächendeckend vernetzt und digitalisiert, sich mit voller Wucht im Internet und in der virtuellen Welt herumtreibt. Und dass dabei jede Menge höchstinteressanter Daten gesammelt wird, ist natürlich offensichtlich. Und wer Zugriff auf diese Daten hat, der kann sie natürlich auch nutzen. Die Regierung Chinas tut genau dies. Laut einem Bericht des Deutschlandfunks vom 26. Mai 2017 will Chinas kommunistische Führung mit dem sogenannten „Sozialkreditsystem“ seine Bürger digital umfassend durchleuchten und abweichendes Verhalten sanktionieren. Künftig werden die 1,4 Milliarden Bürger besser und effizienter kontrolliert. Die Führung in Peking hat verstanden, dass die alten Kontrollwerkzeuge wie Aufenthaltsregistrierung, Polizei und Personenspitzel im digitalen Zeitalter der sozialen Medien nicht mehr ausreichen. Um das System der sozialen Kontrolle entsprechend weiterzuentwickeln, schafft der Staat ein Sozialkreditsystem. Die Idee dahinter ist radikal und einfach: Fast jede Handlung der Bürger hinterlässt Spuren im Netz. Der Staat sammelt so viele Daten wie möglich, trägt sie zusammen und wertet sie aus. Jeder Mensch bekommt ein Punktekonto, und auf dieser Grundlage kann der Staat dann bestrafen oder auch belohnen. Es werden zentrale Internetplattformen entwickelt, die alle Daten der öffentlichen Verwaltungen und Institutionen sammeln. Die Daten werden ausgewertet und die Regierung kann sie nutzen. Für diese Plattformen liefern mehr als 50 Regierungsstellen ihre Daten. Die angeschlossenen Behörden senden diesen Plattformen Informationen über ihre Bürger: Familienstand, Strafregister, Verkehrsdelikte, Kredithistorie, Informationen der Finanzbehörden und der Sozialkassen.

Bis 2020 soll in China so ein umfassendes Sozialkreditsystem aufgebaut werden, mit einer Bewertungsskala A, B, C, und D. Diejenigen mit der Bewertung A stehen auf der Roten Liste, die anderen auf der Schwarzen Liste. Die auf der Roten Liste werden bevorzugt behandelt, zum Beispiel bei Zulassungen für Schulen, bei sozialen Leistungen und auch bei Versicherungen. Die aus der C-Gruppe werden täglich kontrolliert. Sie bekommen schriftliche Hinweise über bestimmte Einschränkungen, zum Beispiel die Kürzung von sozialen Hilfen. Diejenigen, die zur untersten Klasse D gehören, dürfen keine Führungspositionen mehr besetzen, bekommen Leistungen gestrichen und haben keine Kreditwürdigkeit mehr. Besonders schwer dürften es die haben, die in den sozialen Medien die Partei kritisieren oder kritische Petitionen einreichen. Sie bekommen Minuspunkte und müssen mit Konsequenzen rechnen. Die Führung in Peking möchte ihre Bürger zu moralisch einwandfreien Bürgern erziehen. Das chinesische Big-Data-Projekt ist in Größe und Ausmaß weltweit konkurrenzlos. Kein anderes Land treibt es so radikal voran, seine Bürger im digitalen Zeitalter zu kontrollieren. So viel zu einer möglichen digitalen Zukunft. Doch jetzt zurück zur Gegenwart und der Frage, wie sieht es mit der Sicherheit bei flächendeckender Digitalisierung aus?

SICHERHEIT UND DIGITALISIERUNG

Einbrecher nähern sich einem Haus mit einer Drohne. Mit den Daten, die sie auf diese Weise abgreifen, werden sie elektronische Schlösser hacken und die Alarmanlage deaktivieren. Ohne eine Scheibe zu zerbrechen, ohne Spuren zu hinterlassen, dringen zwei junge Männer in das Gebäude ein. Doch hierbei geht es um mehr als nur Einbruch. Der Dokumentarfilm „Wir hacken Deutschland“³ zeigt, wie man mit dieser Strategie einen unvergleichbar größeren Schaden anrichten könnte: Den Blackout, das Aus für die gesamte Energieversorgung nicht nur Deutschlands, sondern ganz Europas. Ausgerechnet ein ökologisches Vorzeigeprojekt macht das möglich: die Digitalisierung der Energiewende. Die Recherchen zeigen, wie anfällig jene technischen Systeme sind, die unsere energetische Zukunft sein sollen. Smart Meter,

Router, Windkraft- und Solaranlagen – alles könnte zur gefährlichen Waffe werden, wenn böswillige Hacker in die vernetzten Systeme eindringen. Die Filmemacher begegnen auf ihrer Recherchereise zahlreichen Experten mit Hack-Erfahrung, die zeigen, wie schnell man „drin“ ist, wenn man nur über das entsprechende technologische Know-how verfügt. Das alles passiert zu einer Zeit, in der das „Internet der Dinge“ in unsere vier Wände einzieht, mit intelligenten Kaffeemaschinen, sich selbst organisierenden Kühlschränken oder smarten Glühbirnen, die vom Handy aus gesteuert werden. Dazu kommen Überwachungssysteme, die dem großen Bedürfnis nach mehr persönlicher Sicherheit entgegenkommen.

Kriminelle HACKER sind die große Gefahr der Zukunft.

Die Dokumentation „Wir hacken Deutschland“ macht deutlich, wie trügerisch diese Sicherheitsversprechen sind. Wir werden stattdessen immer verwundbarer – etwa beim Router-Angriff auf die Telekom, bei dem mit einem Schlag fast eine Millionen Menschen vom Internet abgeschnitten waren, oder der Erpressung eines Krankenhauses durch Kriminelle, die über eine Schadsoftware alle Daten verschlüsselten. Damit war das Krankenhaus von der Notfallversorgung abgeschnitten.

Aber auch auf staatlicher Ebene spielt das Hacken eine immer größere Rolle. Der Film zeigt, wie in der Ukraine Stromausfälle durch Cyber-Angriffe Teil einer hybriden Kriegsführung sind und zu einer allgemeinen Verunsicherung und Destabilisierung des Staates führen. Die Verantwortlichen im Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnologie (BSI) geben sich jedoch überzeugt: Blackouts wie in der Ukraine sind in Deutschland nicht wahrscheinlich. Diese Haltung erschüttert der Film: Ob Kabel-Modem oder Windrad-Steuerung, ob Smart

Home oder Smart Meter – die neuen, intelligenten Steuerungen, mit denen das Leben vernetzt ist, sind erschreckend leicht zu knacken. Und das mit dramatischen Folgen. Gespräche mit IT-Sicherheitsexperten, die die Bundeswehr und die NATO beraten, bestätigen die Recherchen dieses Films.

CYBERKRIMINALITÄT muss mit teuren IT-Experten entgegengewirkt werden.

Einer von ihnen, Sandro Gaycken, er forscht an der FU-Berlin zur digitalen Kriegsführung, schockte die Experten des BKA bei ihrer Herbsttagung schon im Jahr 2013 mit Einblicken in die Welt der digitalen Angriffe, die längst alltäglich sind. Er demonstrierte dabei nicht die Arbeit von Kriminellen und Terroristen, sondern die von Geheimdiensten. Es scheint so, als würden wir in der Öffentlichkeit diese Tätigkeit der digitalen Angreifer trotz der Enthüllungen Edward Snowdens noch deutlich unterschätzen.

BKA-Präsident Ziercke warnte auf dieser Tagung auch vor den Kosten, die die Cyberkriminalität verursacht. Sie seien größer als jene, „die der Handel von Kokain, Heroin und Marihuana gemeinsam erzeugen“. Im virtuellen Raum fänden Erpressung und Diebstahl statt, Drogenhandel, Geldwäsche und Kinderpornographie. Hinzu kommt die Nutzung des Internets durch Terroristen oder zum Zweck der Spionage. Ziercke sprach von einer „entgrenzten Kriminalität“, die „ungebremst entwicklungs-fähig“ sei und die Strafverfolgungsbehörden an funktionale und territoriale Grenzen bringe. Der BKA-Präsident appellierte an die Politik, der Polizei die Anpassung an sich rasch wandelnde Tat- und Technikumstände zu ermöglichen. Die Cybercrime-Tagung machte deutlich, dass die Veröffentlichungen zu amerikanischen und britischen Spionageaktivitäten offenbar einen wünschenswerten Bewusstseins-schub ausgelöst haben, etwa in der deutschen Wirtschaft, aber

auch bei den privaten Nutzern, die mehr auf die Sicherheit eigener Netze achten. „Spionage in Deutschland findet auf allen Ebenen statt, insbesondere zu Lasten der deutschen Wirtschaft. Gerade der hochinnovative Mittelstand ist hier akut bedroht.“

Selbst die Bundeswehr reagiert inzwischen auf die Herausforderungen des Cyberkrieges. Sie rüstet im Bereich der elektronischen Kriegsführung massiv auf und zwar mit der Einrichtung einer neuen und eigenständigen Abteilung im Bundesverteidigungsministerium und der Aufstellung eines militärischen Organisationsbereichs für den Cyberkrieg. Die neue Einheit wird mit einem Inspekteur an der Spitze de facto den Status einer neuen Teilstreitkraft der Bundeswehr haben. Sie soll von einem Kommando Cyber- und Informationsraum (KdoCIR) in Bonn geführt werden und rund 13.500 Dienstposten umfassen. Nur um die wirklich guten Experten der IT-Sicherheit anheuern zu können, müsste die Bundeswehr ihre Besoldungsstruktur massiv verändern. Die Gehälter in der IT-Branche sind so hoch, dass diese am Anfang bereits dem Endgehalt eines Generals entsprechen müssten.

Man merkt, welche revolutionäre Kraft hinter der Digitalisierung mit ihren mächtigen globalen Spielern steckt. Einfach so weitermachen wie bisher geht nicht. Die Einführung einer flächendeckenden digitalen Infrastruktur kann nur gelingen, wenn gleichzeitig eine Sicherheitsstruktur aufgebaut wird, die teuer wird und völlig neu entwickelt werden muss.

UND WIR, WAS IST MIT UNS?

Bevor dieser Beitrag mit dem Fingerzeig auf die staatlichen Einrichtungen endet, doch noch einige ganz persönliche Bemerkungen zu Veränderungen des gesellschaftlichen Klimas, die mit der Einführung digitaler Technologien heute schon Einzug gehalten haben. Unsere ständigen Begleiter, die Smartphones, haben uns längst in der Hand. Es gab Zeiten, da hatten nur Ärzte solche Piepser am Gürtel und zwar meistens diejenigen auf einer Intensivstation. Die wurden gerufen, wenn es ernst wurde, wenn es ganz ernst wurde. Heute sind wir alle Herzchirurgen, heute haben wir alle diese Dinger an uns oder

um uns herum, und der Blick geht regelmäßig immer wieder auf diese digitale Oberfläche. Das führt zu einem hohen Grad an Aktivierungspotenzial im Hirn, das kann man auch messen. Man kann nachweisen, was mit uns passiert, wenn das Smartphone nicht da ist, oder wenn die Batterie zur Neige geht. Dann verfallen viele fast in Panik. Wir sind längst alle hysterisch geworden, ständig darauf angewiesen, online zu sein, verbunden mit dem Netz, dem globalen, digitalisierten Informationsnetz. Da dauernd Nachrichten einlaufen, müssen sie kurz und pointiert sein, zwangsläufig wird verkürzt und zugespitzt. Denn differenzierte Meinung, ausgebreitet in Pro- und Kontra-Argumente, findet immer weniger Konsumenten im Netz. Das Netz ist schnell und verlangt Schnelligkeit von seinen Konsumenten. Da gilt Performance mehr als Inhalt. Eine populäre Forderung ist schnell aufgestellt und in soziale Netzwerke verteilt. Aber Konsequenzen und Bedenken müssen bedacht werden.

In einem Gespräch mit Sandro Gaycken hat dieser deutlich hervorgehoben, dass er die Vorstellung, in Deutschland ein flächendeckendes Netz einzuführen und damit die Republik an allen Ecken und Enden zu digitalisieren, geradezu absurd findet, nicht zuletzt wegen des Verwundbarkeitspotenzials. Dieser Mann, der seit einem Jahrzehnt in der IT-Sicherheitsbranche eine herausragende Expertenrolle spielt, hat mir gegenüber das hohe Lied auf die analoge Politik gesungen. Er hat darauf hingewiesen, wie viele Kommunikationsmöglichkeiten uns verloren gehen, wenn wir nur noch digital oder vermehrt digital kommunizieren. Die wirkliche Art der Kommunikation, auf die wir evolutionär eingestellt sind, ist die der direkten Kommunikation. Dabei kommunizieren wir zu 85 bis 90 Prozent nicht über Sprache. Man kann digital natürlich Informationen übertragen, aber wirklich kommunizieren im Sinne von Überzeugung zu transportieren, das wird auf der rein digitalen Ebene nicht gelingen.

Das Netz soll schnell sein, es soll sicher sein – aber es ist komplex. Und nicht nur das Netz ist eine komplexe Situation, eine komplexe Struktur. Die Themen, die in den modernen Gesellschaften behandelt werden, sind nicht kompliziert, sie sind komplex.

Um kurz den Unterschied klarzumachen: Kompliziert ist das Einbahnstraßensystem von Florenz. Wenn Sie da allerdings eine Weile gewohnt haben, dann wissen Sie Bescheid. Sie werden sich nicht mehr verfahren. Komplex würde dieses Einbahnstraßensystem, wenn die erlaubte Fahrtrichtung davon abhinge, wie viele Wagen auf der Straße sind. Dann würden Sie nämlich selbst als Verkehrsteilnehmer auf einmal mit darüber entscheiden, in welche Richtung der Verkehr überhaupt fließen kann.

Die Komplexität hat also etwas damit zu tun, dass man selber Teil dieses Systems ist. Und was Sie nicht vergessen dürfen, bei allen Möglichkeiten, die Sie an Entscheidungen treffen, sei es, ob es nun von unten oder von oben ist: Sie sind ein Teil eines digitalen Netzes, das ganz andere Ziele verfolgt als die, die Sie verfolgen. Sie wollen kommunizieren, Sie wollen möglichst schnell Informationen übertragen. Das Netz ist allerdings in weiten Teilen in Händen von Datenkraken, die alles nutzen, was sie kriegen können. Und was damit gemacht werden kann, nun ja, China, Amazon, Facebook und viele andere lassen grüßen.

|| **UNIV.PROF. DR. HARALD LESCH**

Lehrstuhl für Astronomie und Astrophysik –
Beobachtende und Experimentelle Astronomie
an der Ludwig-Maximilians-Universität, München

ANMERKUNGEN

- ¹ Zitat siehe: <https://www.s-ge.com/de/article/aktuell/asien-digital-heterogen-oekonomisch-reizvoll>
- ² Zusammengefasst nach einem Bericht der Süddeutschen Zeitung (SZ) vom 28.2.2015 von Christoph-Neidhart.
- ³ Kolvenbach, Marcel: Wir hacken Deutschland, ARD, 22.5.2017.

EINE DIGITALE AGENDA FÜR EINE RESILIENTE DEMOKRATIE

MARKUS BLUME || Digitalisierung ist allgegenwärtig. Sie durchdringt und verändert zunehmend unsere Lebenswirklichkeit. Wie können wir die Chancen der Digitalisierung sinnvoll für uns nutzen, ohne blind zu sein für die Risiken? Und welche Kompetenzen und Rahmenbedingungen müssen wir entwickeln, um die digitalen Möglichkeiten zu beherrschen, ohne von ihnen beherrscht zu werden? Wir brauchen eine digitale Agenda, um diese Fragen zu beantworten und die Demokratie widerstandsfähig zu machen.¹

Größtmögliche technologische Veränderung hat heute einen neuen Namen: digitale Disruption. Für die Politik lautet die Aufgabe, sicherzustellen, dass aus digitaler Disruption am Ende nicht politische Disruption wird. Politische Disruption: Das sind politische Entscheidungen, mit denen keiner gerechnet hat und die auch nur damit zu erklären sind, dass sich etwas von Grund auf verändert. Das Jahr 2016 hat uns schon einen Vorgeschmack gegeben: mit der Entscheidung zum Brexit ebenso wie bei der Wahl von Donald Trump zum amerikanischen Präsidenten. Gleichwohl ist es jetzt nicht an der Zeit, deswegen Dystopien an die Wand zu malen. Und geradezu absurd mutet die Vorstellung an, dass man Globalisierung und Digitalisierung verbieten wollte (und könnte!), weil sie nicht beherrschbar wären.

Ich bin überzeugt, die Antwort kann nur lauten: Wir verbieten nicht Digitalisierung, sondern wir gestalten Digitalisierung. Wir müssen sie gestalten, weil Technologie *per se* nie gut oder schlecht ist. Das galt für die Erfindung des Buchdrucks ebenso wie für die Entwicklung der Dampfmaschine oder des Automobils. Am Ende steht immer die Frage, was der Mensch aus den neuen Möglichkeiten macht. Diese Möglichkeiten in den Nutzen des Menschen zu

stellen, war damals die Maßgabe – und ist es auch heute. So ist es natürlich Aufgabe der Politik, dafür zu sorgen, dass die Digitalisierung dem Menschen dient und nicht umgekehrt. Der Gedanke ist deshalb wichtig, weil in der ersten Euphorie über das Aufkommen des Internets nur die Chancen in den Mittelpunkt gestellt wurden. Diese sind zweifelsohne gegeben, aber wir müssen konkret daran arbeiten, dass diese Chancen letztlich zum Tragen kommen.

Wir müssen Digitalisierung GESTALTEN und sie muss dem Menschen dienen.

DAS INTERNET ALS DEMOKRATISIERUNGSMASCHINE?

Wenn wir heute speziell über die neuen Chancen für politische Beteiligung und direkte Demokratie reden, dann ist das – wie man in Bayern sagt – keine „gmahde Wiesn“. Das Internet führt eben nicht automatisch zu mehr

Chancen für Beteiligung und Demokratie. Ich möchte dies im Folgenden an drei Fragen plakativ aufzeigen:

Bringt das Internet mehr Vielfalt? Danach sah es zunächst aus, ja, das war eine der großen Verheißungen: Endlich entscheiden nicht mehr nur einige wenige über das, was wir zu lesen, zu sehen oder zu hören bekommen; es herrscht grenzenlose Informationsvielfalt und damit einhergehend auch Meinungsvielfalt. Heute, einige Jahre später, sind wir uns schon nicht mehr so sicher, ob es tatsächlich mehr Vielfalt gibt – oder ob nicht mehr Einfalt herrscht, gerade mit Blick auf die zunehmende Meinungsmonopolisierung in den Filterkammern der sozialen Medien.

Das Internet bringt KEINESWEGS mehr Vielfalt, Objektivität und demokratisches Verhalten mit sich.

Bringt das Internet mehr Objektivität in die Welt? Ursprünglich dachte man, ein Mehr an Informationen würde es dem mündigen Bürger erlauben, sich seine Meinung anhand unumstößlicher Fakten zu bilden. Inzwischen muss man einsehen, dass das Internet auch zum Gegenteil beiträgt: der tausendfach verbreiteten, kommerzialisierten und teilweise gar automatisierten Lüge – Stichwort: fake news.

Und schließlich: Sorgt das Internet für mehr Demokratie? Oder schafft es nicht auch neue Möglichkeiten für eine Art „smarte Diktatur“? Wenn man sich anschaut, was heute in Autokratien mit den Ressourcen des Netzes möglich ist, dann hat das nichts mit dem Demokratisierungsschub zu tun, den man sich von sogenannten Facebook-Revolutionen erträumt hat.

Auch in politischer Hinsicht ist deshalb richtig: Wir müssen das, was uns das Internet an Möglichkeiten eröffnet, aktiv gestalten. Für die Politik leitet sich daraus unmittelbar eine politische Agenda ab. Es ist eine digitale Agenda für das 21. Jahrhundert.

DIGITALE AUFKLÄRUNG FÜR ALLE

Eine digitale Agenda muss mit Aufklärung beginnen. Lediglich über Medienkompetenz zu reden, wäre zu wenig. Digitale Aufklärung heißt, Bewusstsein zu schaffen für die Mechanismen, die in der digitalen Welt wirken. Die Kanzlerin ist viel gescholten worden für den Gebrauch des Wortes vom „Neuland“. Dabei ist es nach wie vor sehr angebracht. Die digitale Welt ist für uns alle Neuland. Wir sind jeden Tag Lernende. Selbst als „digital native“ ist man häufig überrascht, was sich plötzlich für neue Möglichkeiten auftun. Daher ist es so wichtig zu reflektieren, welche Entwicklungen gegenwärtig bereits im Gange sind.

Dafür müssen wir uns neue Kulturtechniken aneignen. Entscheidend für digitale Aufklärung ist also digitale Bildung. Programmierkenntnisse gehören zu diesen wertvollen Techniken, die uns auch in die Lage versetzen, Algorithmen verstehen zu können. Algorithmisch zu denken, das muss in den Lehrplänen genauso selbstverständlich verankert sein wie Lesen, Rechnen und Schreiben. Es ist die notwendige vierte Kulturtechnik – und auch eine Frage der Autonomie des Menschen, wenn wir nicht nur noch irgendwelchen Algorithmen gehorchen wollen. Das erfordert im Übrigen auch unser christliches Menschenbild: Der Mensch muss in der Lage sein, die Dinge, die sein Leben bestimmen, selbst nachvollziehen zu können.

Und schließlich: Wie schützt man sich in der neuen, digitalen Welt? Oder noch wichtiger: Wie weiß man überhaupt, ob man sicher ist – oder manipuliert oder gar angegriffen wird? Auch das ist eine Frage von digitaler Aufklärung. Nicht digitale Askese, also quasi digitale Enthaltensamkeit, ist dafür die richtige Antwort, sondern digitale Souveränität, nämlich der selbstbewusste und befähigte Umgang damit.

DIGITALE CHANCEN FÜR DIE MENSCHEN

Wenn wir die digitale Aufklärung ernst meinen, müssen wir sie zwingend zusammen mit digitaler Befähigung denken. Wir müssen die Menschen in die Lage versetzen, die Möglichkeiten der Digitalisierung und des Internets sinnvoll zu nutzen. Deshalb bringen wir in Bayern die digitalen Chancen zu den Menschen ins ganze Land.

Dazu ist schnelles Internet für alle die Grundvoraussetzung. Wir schreiben deshalb unsere Breitbandförderung fort für die Zeit von Glasfaser, 5G-Mobilfunk und WLAN. So wird Bayern beginnend ab 2019 zum ersten Gigabit-Land Deutschlands. Digitalisierung muss auch erlebbar sein, zum Beispiel durch den Ausbau der BayernLabs und mehr digitalen Bürgerservice. „Digitalisierung für alle“ heißt, digitale Chancen in die Fläche zu bringen: durch die weitere Stärkung der Hochschulen, durch Gründerzentren im ganzen Land sowie durch innovative Anwendungszentren für Handwerk und Mittelstand, zum Beispiel in den Feldern IT-Sicherheit und 3D-Druck.

Digitale Chancen erschließen sich vor allem durch digitale Bildung. Der Wettkampf um die Talente von heute und morgen ist voll entbrannt. Digitale Befähigung wird gleichzeitig zum elementaren Bildungsauftrag, quer über alle Altersgruppen und Lernsituationen. Deshalb bringen wir das digitale Klassenzimmer in die Schulen und machen Informatikunterricht verpflichtend. Mit Blick auf die begehrten IT-Fachkräfte setzen wir auf eine Ausbildungs-offensive für Software Engineering an den Hochschulen und die Einführung moderner Berufsausbildungen (z. B. für E-Commerce-Kaufleute).

Eine wichtige Aufgabe in diesem Zusammenhang ist die Klärung der Stadt-Land-Thematik. Die Digitalisierung verspricht eine nachhaltige Stärkung ländlicher Räume, da künftig der Ort nur noch eine untergeordnete Rolle spielt. Man kann heute praktisch überall ein Startup gründen, denn mehr als eine gute Idee und ein Internetanschluss sind dafür im Informationszeitalter nicht nötig. Ehrlicherweise muss man jedoch attestieren, dass die Digitalisierung den Drang zur Urbanisierung paradoxerweise nochmals zu beschleunigen scheint. Alle wollen möglichst nahe am Puls der Zeit sein – ein Teufelskreis, der noch mehr Menschen in die Ballungszentren führt. Der Boden für die digitalen Ökosysteme muss folglich überall fruchtbar gemacht werden, damit gerade auch die suburbanen und vor allem ländlichen Regionen ihre Stärken ausspielen können.

DIGITALE ORDNUNG FÜR DIE WELT

Die Kraft der Digitalisierung ist so groß, dass es nicht nur darum gehen kann, wie man die Chancen nutzt. Es wird auch nötig sein, ordnungspolitische Leitplanken einzuziehen, wenn wir unsere Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht ausgehebelt wissen wollen. Wir müssen ganz konkret dafür sorgen, dass im Internet nicht Wild-West herrscht, sondern die Grundsätze von sozialer Marktwirtschaft und einem durchsetzungsfähigen Rechtsstaat gelten.

Die MEINUNGSVIELFALT muss auch im digitalen Zeitalter elementar sein.

Ein Beispiel: Wettbewerbssicherung ist ein Prinzip, das selbstverständlich auch in der digitalen Welt zum Tragen kommen muss. Freier und fairer Wettbewerb heißt zu verhindern, dass die globalen Datenkraken ihre Geschäfte außerhalb jeder wettbewerbsrechtlichen Regulierung betreiben können. Zur Zeit der Erfindung der sozialen Marktwirtschaft konnte sich niemand vorstellen, dass es einmal Unternehmen mit solcher Potenz geben könnte, wie wir sie heute erleben: mit dieser Akkumulation von Daten, von Nutzern und Kapital. Die neue Logik der Plattformwirtschaft funktioniert ja gerade deshalb besonders gut, weil diese Unternehmen bereits die größten sind und sie deswegen auch die größten Chancen haben, in Zukunft noch besser zu werden.

Übrigens: Vielfaltsicherung ist ebenfalls ein eminent wichtiges Konzept, wenn wir vor diesem Hintergrund an unsere Demokratie denken. Die Idee der Vielfaltsicherung muss in die digitale Welt übertragen werden. Das, was früher die Meinungsvielfalt im Analogen hochgehalten hat, das muss auch ein tragendes Prinzip für die Meinungsvielfalt im Digitalen werden.

Zur digitalen Ordnung gehört auch Sicherheit. Die häufig gehörte These, eine zunehmend vernetzte Gesellschaft mache sich in hohem

Maße angreifbar und sei zu vermeiden, erfordert eine Antwort. Folgt man dieser Argumentation, würde heutzutage nicht einmal eine Eisenbahn fahren, da diese anfänglich wegen ihrer „immensen“ Geschwindigkeit für zu gefährlich gehalten wurde. Wir dürfen das Thema der IT-Sicherheit nicht kleinreden und es ist völlig richtig, dass eine hochvernetzte Gesellschaft auch verwundbar ist. Umso wichtiger ist aber gerade im digitalen Zeitalter ein starker Staat, der die grundlegenden Regeln einer digitalen Ordnung durchsetzt.

Der Staat muss den Rahmen und die Regeln der digitalen Ordnung DURCHSETZEN.

DER STAAT ALS DIGITALER VERTRAUENSANKER

Der Staat hat die große Verpflichtung, aber auch die große Chance, in der digitalen Welt als Vertrauensanker zu fungieren. Er kann diese Aufgabe gar nicht ablehnen. Denn selbst wenn sich der Staat aus der digitalen Entwicklung ausklinken würde, käme sie trotzdem auf uns zu. Andere Länder wie auch die eigenen Bürger werden sich mit Sicherheit nicht im Verzicht üben. Die Menschen werden gewissermaßen mit ihren Smartphones abstimmen und sagen: „Ich nutze die Möglichkeiten. Und wenn der Staat unbeteiligt an der Seitenlinie steht, ist das sein Problem.“ Klar wäre dann aber auch: Die Sicherheits- und Datenschutzstandards würden anderswo gesetzt, ohne dass wir einen Einfluss darauf hätten. Und neue Arbeitsplätze würden ebenfalls entstehen, nur eben nicht bei uns.

Beim Thema Gesundheit sind wir gerade dabei zu erleben, wohin dies führt. Während Deutschland Jahre gebraucht hat, um mit Milliardenaufwand eine so genannte Gesundheitskarte umzusetzen, die praktisch nichts kann, haben die Menschen in der Zwischenzeit begonnen, mit ihren Smartphones intensiv digitale Gesundheits-Apps zu nutzen – unkontrolliert

vom Staat und ohne genau nachvollziehen zu können, was mit ihren Daten passiert. Bereitwillig werden sensibelste (Gesundheits-)Daten unreguliert und unbeaufsichtigt weitergegeben – und zwar nur deshalb, weil der Staat nicht in der Lage war, eine digitale Gesundheitsinfrastruktur so aufzusetzen, dass sich die Menschen davon einen Nutzen versprochen.

Im Ergebnis kann man festhalten, dass der Staat schneller werden muss. Digitalisierung bedeutet etwa alle zwei Jahre eine Verdopplung der technischen Möglichkeiten. Zwanzig Jahre weitergedacht entspricht das bereits einem Faktor 1.000. Diese Beschleunigung wird dazu führen, dass Digitalisierung ganz konkret in unserer Alltagswelt aufschlägt. Digitale Umbrüche werden allgegenwärtig und erfordern entsprechende Antworten: im Gesundheitssystem, in der Energieversorgung, in der Mobilität. Wir werden schon jetzt hautnah mit autonomen Systemen und künstlicher Intelligenz konfrontiert.

Der Staat muss sich auch mit anderen Akteuren zusammenschließen. Ganz offenkundig sind Bayern und Deutschland alleine zu klein, um die notwendigen Rahmenvorgaben ins Werk zu setzen. Ja selbst die Europäische Kommission ist gerade noch in der Lage, eine Milliardenstrafe gegenüber einem der großen Suchmaschinenanbieter zu verhängen. Das bedeutet: Wir müssen sehr schnell auch internationale Übereinkünfte erzielen, um wirksame Rahmenvorgaben zu setzen.

DIGITALE ZUKUNFT UNSERER DEMOKRATIE

Es ist nicht zu spät, aber offenkundig höchste Zeit: Wir müssen uns auf die digitale Zukunft vorbereiten und unsere Demokratie widerstandsfähig machen. Kurz: Wir brauchen neue Resilienz für unsere Gesellschaft. Das ist eine Aufgabe, die mehr erfordert als warme demokratietheoretische Worte und wohlfeile medienpolitische Bekenntnisse.

Gesteuerte Meinungsmache im Internet – vielleicht gar gestützt von Trollen und Social Bots als Meinungsrobotern: Das manipuliert zunächst Wähler, beeinflusst dann Wahlen und destabilisiert am Ende vielleicht das politische System und damit ganze Staaten als solche. Digitale Partizipation von allen und für alle – unter-

stützt von einem modernen Staat, der von den Bürgern und aus deren Lebenslagen her gedacht ist: Das macht Betroffene zu Beteiligten, stärkt die Akzeptanz des politischen Systems und erzeugt neue politische Stabilität.

Es gilt also, die Chancen der Digitalisierung auch für unser Gemeinwesen vollumfänglich zu realisieren. Es wäre dabei eine fatale Verkürzung der Debatte, das Althergebrachte einfach in die neue Welt zu übertragen oder nur noch auf das Digitale zu setzen. Richtig ist: Die digitale tritt zur analogen Welt hinzu und wird sie sinnvoll ergänzen. Auf den politischen Bereich heruntergebrochen, kann man formulieren: Selbstverständlich wird auch in Zukunft der Stammtisch als politische Kommunikationsform höchster Güte erhalten bleiben. Aber ebenso wichtig wird in Zukunft auch der digitale Stammtisch.

Die Zukunft war selten so weit offen wie heute. All die digitalen Veränderungen, die vor uns liegen, sind weder gut noch schlecht. Es liegt jetzt an uns, die besten Seiten zum Tragen zu bringen.

|| MARKUS BLUME, MDL

Stellvertretender Generalsekretär der CSU und medienpolitischer Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, München. Er zeichnet verantwortlich für das neue CSU-Grundsatzprogramm mit dem Titel „Die Ordnung“.

ANMERKUNG

- ¹ Dieser Artikel ist die bearbeitete Zusammenfassung eines Gastbeitrags von Markus Blume auf dem Sommerkolloquium 2017 „Digitalisierung – Neue Plattformen für Beteiligung und Demokratie?“ der Hanns-Seidel-Stiftung in Kooperation mit der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum e.V.

DIGITALE DEMOKRATIE – FLUCH ODER SEGEN?

FRANZ JOSEF PSCHIERER || Das Internet wurde von Anfang an als Kommunikations-Revolution verstanden – während die wirtschaftlichen Aspekte, die wir heute als Digitalisierung vorantreiben, erst später offensichtlich wurden. Als Instrument für Transparenz, Meinungsvielfalt und neues Kommunikationsmittel gab es immer auch die Hoffnung, das „Netz“ werde einen Beitrag zur weiteren Demokratisierung leisten. Heute, da das Internet allgegenwärtig ist, ist es daher an der Zeit, einmal Bilanz zu ziehen, wo wir in Sachen digitaler Demokratie stehen und wie die Digitalisierung ein Mehr an Bürgerbeteiligung bewirken kann.

Bereits in der Frühphase des Internets zeigt sich die wechselvolle Geschichte dieser Technologie: Als Projekt des US-Verteidigungsministeriums gestartet und damit einem geschlossenen Personenkreis zugänglich, wurde 1969 mit der Vernetzung von Forschungseinrichtungen und Universitäten in den USA der Grundstein für die weltweite Verbreitung des Internets gelegt. Es folgten eine rasante Ausbreitung und die Entwicklung einer Vielzahl an Anwendungen und Tools. Damit einher ging die Hoffnung, dass das Internet einen entscheidenden Beitrag zu Transparenz, Informations- beziehungsweise Kommunikationsfreiheit und so zur Demokratisierung in allen Ecken der Welt führen werde.

Ohne zu viel vorwegnehmen zu wollen: Diese Hoffnung hat sich nur in Teilen bewahrt, und schon bald wurden auch die Schattenseiten der allgegenwärtigen Vernetzung offensichtlich. Das Internet hat eben nicht nur dazu geführt, dass man unabhängig von Zeit und Ort erfahren kann, was im entferntesten Flecken dieser Erde los ist. Das Internet hat auch zur massenhaften Verbreitung von Viren, Trojanern und anderen Formen von Cybercrime beigetragen. Im Hinblick auf die Demokratie stehen aber insbesondere zwei Aspekte im Vordergrund: Erstens die Frage, wie der Einzelne sich in der Fülle an Informationen noch zu rechtfinden kann. Wir nennen das Problem „information overload“ und bezeichnen damit das quantitative Problem hinsichtlich der Infor-

mationsmenge. Andererseits geht es aber auch um die Qualität der Informationen, also um die Frage, welcher Online-Quelle ich trauen kann. Bei einem redaktionellen Beitrag im Fernsehen oder einer Tageszeitung kann der Konsument davon ausgehen, dass die Information gut recherchiert ist und unterschiedliche Aspekte ausgewogen dargestellt werden. Für einen Internet-Blog oder soziale Netzwerke gilt das nicht immer in gleichem Maße.

Fake News und Bots führen zu einer DESINFORMATION des Bürgers im Internet.

Der zweite Aspekt ist damit eng verbunden: So wird das Internet teilweise gezielt zur Desinformation oder Stimmungsmache genutzt. Häufig sind es gar keine Menschen mehr, die diese vermeintlichen Informationen generieren, sondern so genannte Bots. Das Problem von „Fake News“ wird dadurch verstärkt, dass soziale Netzwerke Filterblasen und Echokammern begünstigen. Das heißt, dass Facebook, Twitter und Co dazu führen können, dass eben kein demokratischer Diskurs mehr zustande kommt.

Stattdessen beschäftigen sich die User nur noch mit Quellen, die ihre bereits vorhandene Meinung bestätigen oder verstärken.

Ich möchte aber noch einmal einen Schritt zurück ins analoge Zeitalter machen. Politische Partizipation hieß damals, regelmäßig an Wahlen teilzunehmen und vielleicht Mitglied einer Partei zu sein. Als Informationsquelle dienten Fernsehen, Hörfunk und Tageszeitungen. Wenn man etwas zu sagen hatte, schrieb man einen Leserbrief und wartete mit Spannung darauf, ob er abgedruckt wird. Natürlich gab es immer auch andere Formen der Teilhabe. Das, was Sozialwissenschaftler als unkonventionelle Partizipation – etwa Demonstrationen oder Unterschriftenaktionen – nennen. Die Grenzen verlaufen hierbei fließend über zivilen Ungehorsam bis hin zu illegitimen Formen der politischen Partizipation, zum Beispiel Hausbesetzungen.

POLITISCHE STANDPUNKTE WERDEN SICHTBAR

Im Zuge der Digitalisierung wurden die Möglichkeiten zur demokratischen Beteiligung erheblich erweitert, und das ist mit Sicherheit einer der positiven Aspekte. Nahezu alle staatlichen Stellen veröffentlichen offizielle Dokumente heute im Internet, das steigert die Transparenz. Gleichzeitig steht den Bürgern mittels E-Petitionen ein Instrumentarium für die politische Teilhabe zur Verfügung. Somit hat das Internet das Meinungsbild stärker demokratisiert und lässt auch politische Standpunkte von Menschen sichtbar werden, die vorher keine wahrnehmbare Stimme hatten. Die öffentliche Meinung ist dadurch natürlich differenzierter, und Konflikte treten deutlicher zutage als in analogen Zeiten. Mit anderen Worten: Der Zugang zur Politik ist niederschwelliger geworden.

Das Internet bietet dem Bürger die Möglichkeit zur POLITISCHEN TEILHABE – Fluch oder Segen?

Der mündige Bürger kann seine Meinung praktisch uneingeschränkt kundtun und wird dadurch gestärkt. Das Internet schafft somit ein Mehr an Demokratie. Allerdings ist nicht gewährleistet, dass diese Chancen auch ergriffen werden. Das beste Beispiel hierfür sind die Verhandlungen um das Freihandelsabkommen TTIP. Es ist durchaus nachvollziehbar, dass sich die Menschen über die anfangs geringe Transparenz der Verhandlungen beklagt haben. Auch die diffuse Angst „Was machen die da eigentlich?“ ist grundsätzlich verständlich. Was ist aber passiert, als die Kommission die aktuellen Verhandlungsdokumente komplett online zur Verfügung gestellt hat? Kaum jemand wollte sie lesen. Politik ist oftmals komplex und viele Menschen schrecken davor zurück, sich mit einzelnen Details zu beschäftigen. Im Fall von TTIP blieb es somit dabei, dass neben den etablierten Medien vor allem online hochaktive Globalisierungsgegner das Meinungsbild prägten. Ausgewogenheit oder Faktenkenntnis waren dabei häufig nicht die Grundlage, vielmehr stand vielfach plumpe Stimmungsmache im Vordergrund.

Das Transparenz-Angebot wurde nicht genutzt, was ein Zeichen dafür ist, dass der digitale Wandel dem Einzelnen auch etwas abverlangt: Man muss sich informieren und beteiligen wollen. Das Beispiel TTIP zeigt aber auch, dass es schwer ist, gegen vorgefertigte Meinung anzukommen. Dabei verhärtet „social media“ oftmals Vorurteile noch. Jeder kann sich im Internet in seine Nische zurückziehen und den kontroversen Diskurs verweigern. Das galt in der analogen Welt zwar auch schon, im heutigen Digital-Zeitalter ist es aber einfacher als früher, dass sich Gleichgesinnte abkapseln und in ihrer verfestigten Meinung gegenseitig bestätigen. Wenn diese Verweigerungshaltung dann noch auf die entsprechenden Anheizer trifft, wird es kritisch. Und das hat einen einfachen Grund: Beim Wählen gilt „one man, one vote“. Im Internet gilt „one opinion, many votes“.

Das Frappierende dabei ist, dass hier nicht nur Akteure unterwegs sind, die aus Überzeugung eine bestimmte Agenda verfolgen, sondern in vielen Fällen geht es schlicht darum, wer seine Meinung am besten verkaufen kann. Und „kaufen“ ist hier durchaus wörtlich ge-

meint. Denn Meinung ist im Internet käuflich. „Likes“ und „Follower“ sind in beliebiger Zahl für wenige Euros zu haben. Dahinter verbergen sich in der Regel Fake-Profilen oder Klick-Worker vom anderen Ende der Welt. Sie suggerieren Meinung und Bedeutung, sind aber doch nur bezahlte Propaganda. Hinzu kommt ein graues Heer an „Social Bots“. Diese Roboter betreiben Nutzerprofile und geistern unermüdlich durch die Kommentarspalten der sozialen Medien. Experten schätzen, dass weltweit bis zu 100 Millionen solcher Bots im Netz ihr Unwesen treiben.

Follower und Likes sind im Internet für wenige Euros KÄUFLICH.

MEINUNGSMACHE UND GEZIELTE MANIPULATION ZU BEFÜRCHTEN

Dabei ist es gar nicht so einfach, Bots zu erkennen, da sie mittlerweile eine gewisse Intelligenz besitzen, etwa indem sie wie Menschen Schlafenszeiten einhalten, in denen sie nicht aktiv sind. Die Jagd nach diesen Meinungsmaschinen gleicht einem Katz- und Maus-Spiel. Bots können zwar selbst nicht an die Wahlurne gehen, aber sie können die Wähler sehr wohl in ihrer politischen Entscheidung beeinflussen. Sie verbreiten gezielt Nachrichten, um damit politische Trends zu manipulieren. Sie können persönliche Sympathien und Antipathien streuen. Sie polarisieren, verstärken bestimmte Meinungen und verbreiten falsche oder unvollständige Informationen.

Zuletzt war das Internet wiederholt Schauplatz solcher zumindest fragwürdigen Einflussnahme auf die öffentliche Meinung. Die britischen Parteien setzten bei der jüngsten Unterhauswahl hochpersonalisierte Werbealgorithmen auf Facebook ein. Automatisierte Meinungsmacher verbreiteten auf sozialen Medien vermeintliche „Leaks“ rund um Emmanuel Macron. Und die Vorwürfe einer russischen Einflussnahme auf die US-Wahlen 2016 durch Hackerangriffe

und Fake News sind auch noch nicht vom Tisch. Bei der Bundestagswahl sind nach bisheriger Kenntnis solche Angriffe unterblieben. Klar ist aber, dass die Parteien soziale Medien effektiv genutzt haben. Und wir stellen auch fest: Politische Extreme neigen besonders dazu, das Internet für ihre Zwecke zu missbrauchen. Im Vorfeld der Bundespräsidentenwahl von Frank-Walter Steinmeier sind wohl rund 20 Prozent der Twitter-Inhalte von Social Bots angestoßen worden oder waren Fake News.¹

Auch für die Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen liegen Zahlen vor, dass politische Parteien soziale Netzwerke strategisch nutzen und damit ein falsches Bild der Wirklichkeit erzeugen. In den heißen Tagen vor der Wahl wurden auf Twitter die Posts untersucht, die im Zusammenhang mit der NRW-Wahl standen. Demnach waren 47 Prozent der Daten auf Twitter auf die AfD zurückzuführen. Mit weitem Abstand folgten SPD (26 Prozent), CDU (10 Prozent) und die Piraten (9 Prozent). Der Anteil des Traffics steht in keinem Verhältnis zu den Endergebnissen der Landtagswahl. Es wäre also falsch, aus dem vermeintlichen Stimmungsbild im Netz auf das Stimmungsbild der gesamten Bevölkerung zu schließen.

Die Gefahr der öffentlichen EINFLUSSNAHME durch das Internet ist groß.

BAYERN NUTZT DIE CHANCEN UND POTENZIALE DER DIGITALISIERUNG

Ob und wie weit solche Auffälligkeiten tatsächlich auf Bots oder Fake News zurückzuführen sind, lässt sich noch schwer beurteilen. Im Grunde sollten solche Methoden oder die Beschäftigung von Klick-Workern unter demokratischen Parteien kein Thema sein. Schließlich reicht schon der Verdacht einer unlauteren Einflussnahme, um das Vertrauen der Bürger in legitime politische Kommunikation im digitalen Raum erodieren zu lassen. Das kann nicht unser Ziel sein.

Seitens der Politik werden wir den technologischen Wandel nicht verhindern können, und das wollen wir auch nicht. Ganz im Gegenteil: Wir in Bayern nutzen die Chancen der Digitalisierung. Wir wollen sie nach unseren Vorstellungen gestalten. Und wir nutzen unsere Potenziale, um auch hier an der Spitze des Fortschritts zu stehen. Gleichzeitig müssen wir jetzt dafür Sorge tragen, dass bestimmte Auswüchse im Internet nicht überhandnehmen und letztlich die positiven Aspekte überwiegen.

Die geltenden GESETZE müssen auch im Internet konsequent durchgesetzt werden.

In der Online-Welt müssen vergleichbare Rechtsgrundsätze gelten wie in der realen Welt. Und Akteure im Internet müssen sich auch daran halten. Insbesondere müssen wir die Rechte derjenigen stärken, die von „hate speech“, von Verleumdungen oder Desinformation betroffen sind. In einem ersten, überfälligen Schritt wäre es daher notwendig, die geltenden Gesetze konsequent auch im Internet durchzusetzen, etwa um die Kostenlos-Kultur zu beenden oder um strikt gegen Hetze im Netz vorzugehen. Noch mehr brauchen wir aber einen kulturellen Wandel. Gutes Benehmen darf nicht mit dem Einloggen aufhören. Oftmals ist es aber leider so, da das Internet eine gewisse Anonymität vorgibt, gegen die sich der Einzelne kaum zur Wehr setzen kann.

Was wir jedoch nicht wollen, ist eine staatlich verordnete Zensur oder Meinungspolizei. Die Meinungsfreiheit gehört zu den elementaren Eckpfeilern unserer demokratischen Wertordnung. Das gilt auch im Internet und dort sogar besonders, weil es als Medium gerade zum freien Meinungs austausch einlädt. Trotzdem wünsche ich mir eine Debattenkultur, die andere Ansichten respektiert und nicht diskreditiert – einen echten Austausch von Argumenten an Stelle persönlicher Angriffe. Wir dürfen

die Meinungsbildung im Internet nicht den Brandstiftern und Hasspredigern überlassen. Es ist wichtig zu zeigen, dass wir gewillt sind, den Kampf um Meinungsvielfalt und eine offene Gesellschaft zu führen. Gegen Manipulation durch Fake News, gegen die Vergiftung des gesellschaftlichen Klimas durch Hass, aber auch gegen Zensur.

INFORMIERTER UMGANG MIT DEN NEUEN MEDIEN IST SCHLÜSSELKOMPETENZ

Das kann die Politik allerdings nicht alleine leisten. Es bedarf dafür auch mehr gesellschaftlicher Widerstandsfähigkeit, damit aus Medienkompetenz digitale Mündigkeit wird. Deswegen ist der informierte Umgang mit den neuen Medien heute auch eine Schlüsselkompetenz. Dabei geht es eben nicht nur darum, technische Hürden zu überwinden und Wichtiges von Unwichtigem zu unterscheiden. Entscheidend ist auch, sich der Folgen seines Tuns im Internet bewusst zu werden. Auch bei den „digital natives“ gibt es durchaus noch Erkenntnislücken. Selbst bei Snapchat löst sich ein peinliches Foto nicht einfach so in Wohlgefallen auf. Und der Mitschüler, den ich via Whatsapp mobbe, wird dadurch genauso verletzt, wie wenn es in der Schule direkt geschieht. Diese Einsicht muss natürlich auch für alle anderen gelten, die im Netz aktiv sind.

Bayern soll zu einem Spitzenreiter der DIGITALISIERUNG werden.

Mir geht es aber vor allem darum, dass wir die vielfältigen Chancen der Digitalisierung nutzen und das in jeder Hinsicht. Das gilt für die Wirtschaft ebenso wie für unsere Demokratie. Was die Wirtschaft angeht, hat die Bayerische Staatsregierung bereits ein sehr erfolgreiches Maßnahmenbündel auf den Weg gebracht, damit Bayern zu einem Spitzenreiter der Digitalisierung wird und zwar vom kleinen Hand-

werksbetrieb bis zum DAX-Konzern. Mit dem Projekt „digitale Dörfer“ untersuchen wir gerade, welche Chancen digitale Anwendungen spezifisch im ländlichen Raum bieten. Wir wollen aber auch die Digitalisierung von Gesellschaft und Politik weiter vorantreiben. Dass das notwendig ist, zeigt ein erneuter Blick nach Großbritannien. Es gibt erhebliche Anzeichen dafür, dass britische Jungwähler mehrheitlich den Brexit-Wahltag nicht kannten und viel zu viele ließen so ihr Stimmrecht ungenutzt. Genau diese Altersgruppe gibt aber an, sich Informationen vor allem aus sozialen Netzwerken zu verschaffen.² Das allein macht schon deutlich, dass Facebook, Twitter und Co als Informationsquelle allein nicht ausreichen. Es gilt daher, ein ausgewogenes Maß an Online- und Offline-Kommunikation zu finden, um möglichst breite Bevölkerungsschichten in die politische Willensbildung mit einzubeziehen.

So gehen wir beispielsweise beim geplanten Bürgergutachten „2030. Bayern, Deine Zukunft“ vor. Wir nutzen dazu das Jubiläumsjahr 2018 – in dem wir 100 Jahre Freistaat Bayern feiern – um die Menschen zu fragen, wie sie sich das künftige Zusammenleben in Bayern vorstellen. Im Fokus steht dabei das Prinzip der Mitmachdemokratie. Ab Herbst finden acht regionale Bürgerkonferenzen im ganzen Land statt, bei denen Bürgerinnen und Bürger mit Vertretern der Staatsregierung über die Zukunft ihrer Heimat diskutieren können. Ab Dezember öffnen wir den Diskurs für alle Menschen in Bayern in Form eines Online-Dialogs. Sechs Wochen lang können sie die auf den Bürgerkonferenzen eingebrachten Vorschläge gewichten, kommentieren und weiterentwickeln. Dafür richten wir aktuell die Plattform *www.2030-deine-zukunft.bayern* ein. Im Frühjahr 2018 soll dann das Bürgergutachten auf einem Bürgergipfel in München fertiggestellt werden. Teilnehmer der regionalen Konferenzen und ausgewählte Teilnehmer der digitalen Phase werden beschließen, welche online eingebrachten Empfehlungen in das Gutachten aufgenommen werden sollen. Das fertige Gutachten wird im Anschluss auch online verfügbar sein, so dass alle Interessierten sich über die Inhalte und den Prozess informieren können. Dann wird es Aufgabe der Staatsregierung sein, die Handlungsempfehlungen aufzugreifen.

Bürgerbeteiligung sowie die Einführung von VOLKSENTSCHEIDEN auf Bundesebene haben oberste Priorität.

Im Wirtschaftsministerium haben wir mit dem Energiedialog und ebenso mit der Taskforce Netzausbau bereits ein ähnliches Verfahren zur Anwendungen gebracht. Mit der Mischung aus Präsenzveranstaltungen und Online-Kommunikation haben wir gute Erfahrungen gemacht. Alles in allem ist der Aufwand hier erheblich größer, vor allem wenn alle digitalen Eingaben auch ausgewertet werden und in den Dialogprozess einfließen. Aber es lohnt sich. Uns ist es auf diese Art gelungen, ein breites Stimmungsbild zur Energiewende einzuholen, Bedenken auszuräumen und auf berechnete Einwände einzugehen. Diese Erfahrungen waren ein Grund, warum dem Thema Bürgerbeteiligung im Bayernplan zur Bundestagswahl ein so hoher Stellenwert eingeräumt wurde. Unsere Maxime ist Bürgerbeteiligung auf allen Kanälen – offline wie online. Deswegen machen wir uns auch für die Einführung von Volksentscheiden auf Bundesebene stark. Insbesondere bei nicht zu revidierenden Weichenstellungen und europäischen Fragen von besonderer Tragweite soll die Bevölkerung in Abstimmungen entscheiden.

DEMOKRATIE LEBT VON MEINUNGS-AUSTAUSCH

Genau darum geht es nämlich: Wenn die Digitalisierung einen echten Mehrwert für die Demokratie bieten soll, dann ist es nicht damit getan, mit dem Bürger zu chatten oder E-Mails zu beantworten. Online-Kommunikation muss dann auch zu konkreten politischen Handlungen führen. Es geht uns um echte, reale Teilhabe am politischen Prozess. Ernst gemeinte Bürgerbeteiligung bereichert und ergänzt unsere parlamentarische Demokratie. So führt die Digitalisierung zu einer direkteren Demokratie. Dabei könnte man meinen, dass sich diese Entwick-

lung gegen die Parteien als Transmissionsriemen wendet. Dem ist aber nicht so. Direkte Demokratie in ihrer modernen Ausprägung ist keinesfalls revolutionär. Im Gegenteil: Sie ist vielmehr konservierend. Gerade weil die Politik der Hinterzimmer und der Basta-Rhetorik schon lange nicht mehr zeitgemäß ist. Digitalisierung und Bürgerbeteiligung sind so etwas wie ein Update für die parlamentarische Demokratie.

Um die eingangs gestellte Frage zu beantworten: Für mich persönlich, und dabei weiß ich viele politische Mitstreiter an meiner Seite, ist die Digitalisierung mehr Segen als Fluch. Das Internet ist vor diesem Hintergrund eine Bereicherung für alle Menschen und macht Partizipation vielfältiger. Für uns Politiker bedeutet das aber auch, sich noch mehr mit den Bürgern auseinanderzusetzen. Die Kommunikation ist umfangreicher, kontinuierlicher und transparenter. Dem müssen wir uns aber stellen, und tun das auch gerne. Denn schließlich lebt die Demokratie vom Meinungs austausch.

|| FRANZ JOSEF PSCHIERER, MDL

Staatssekretär im Bayerischen Staatsministerium
für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie

ANMERKUNGEN

- ¹ Neudert, Lisa-Maria N.: Computational Propaganda in Germany: A Cautionary Tale, Working Paper No. 2017.7, Oxford; <http://comprop.oii.ox.ac.uk/wp-content/uploads/sites/89/2017/06/Comprop-Germany.pdf>
- ² Vgl. Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs): Stuttgart und bitkom: Jeder Fünfte nutzt soziale Netzwerke als Nachrichtenquelle, JIM-Studie 2016; www.bitkom.org/Presse/Presseinformation/Jeder-Fuenfte-nutzt-soziale-Netzwerke-als-Nachrichtenquelle.html

DIGITALE ÖFFENTLICHKEITEN IN DER POLITISCHEN KOMMUNIKATION

Nutzung, Partizipation und Interaktion

CHRISTIAN NUERNBERGK || Digitale Öffentlichkeiten prägen heute die politische Kommunikation. Einflussreiche Plattformen, aber auch interessierte Netzbürger, Aktivisten, Politiker und Journalisten gestalten sie. Dieser Beitrag befasst sich mit den nicht unumstrittenen Rahmenbedingungen der Partizipation sowie den Interaktionen zwischen den genannten Gruppen.

In den letzten Jahren hat sich die Debatte über das Internet und die digitalen Öffentlichkeiten verändert: Die Hoffnungen, dass dieses Medium mit seinen niedrigen Zugangshürden und seinem hohen Potenzial für Interaktivität die politische Beteiligung fördern sowie durch seine Offenheit die politische Kultur bereichern kann, rücken angesichts der aktuell geführten Diskussionen um Hasskommentare („Hate Speech“) oder absichtlich gefälschte Nachrichten („Fake News“) eher in den Hintergrund. Auch wird befürchtet, dass die Verbreitung und Sichtbarkeit von Nachrichten zum Teil durch Social Bots beeinflusst und gesteuert werden kann. Dies sind Computerprogramme, die eine menschliche Identität vortäuschen können und die zu manipulativen Zwecken einsetzbar sind. Bots können automatisiert Nachrichten erstellen, Postings gezielt weiterleiten und auf diese Weise Einfluss auf Diskussionen in den sozialen Medien nehmen. Die öffentliche und mediale Aufmerksamkeit ist mit Blick auf die angesprochenen Punkte zweifellos wichtig. Allerdings ist bisher z. B. in Deutschland keine größere Beeinflussung der Bundestagswahl 2017 registriert worden. Die Erkenntnisse zur Mediennutzung lassen vermuten, dass die tatsächliche Rolle von Fake News, Hasskommentaren und Social Bots insgesamt eher überschätzt wird.¹ Gleichwohl zeigten Senatsanhörungen im November

2017 in den USA, dass besonders über den Weg gekaufter Werbung auf Facebook Falschnachrichten im Kontext der US-Präsidentschaftswahlen 2017 platziert werden konnten. Millionen von US-Bürgern kamen damit nach eigenen Angaben der Netzwerkplattform zumindest in Kontakt.² Für diese problematische Verbreitung von „Sponsored Posts“ sind allerdings weniger die Nutzer verantwortlich, sondern die Plattformen, die ihr Verhalten und Geschäftsgebaren kritisch überprüfen müssen.

WELLENFÖRMIGE DEBATTE ÜBER STÄRKEN UND SCHWÄCHEN

Im Ganzen verläuft der Diskurs über das Internet seit etwa zwei Jahrzehnten wellenförmig. Neuere technische Innovationen werden stets aufgegriffen und ihr Potenzial für den Wandel der Öffentlichkeit abgeklopft. Überraschende Schlüsselereignisse, die die Aufmerksamkeit wie durch ein Brennglas auf negative oder positive Entwicklungen im Netz lenken, liefern Anlässe, die Potenziale des sich immer noch formierenden Mediums „neu“ zu reflektieren. In der Vergangenheit wurde mit den sozialen Medien, mit der Etablierung von Facebook, Twitter, Wikis und Weblogs, auch viel über die Chancen des Internets für die Beteiligung gesprochen. Für die öffentliche Kommunikation wird generell eine

Flexibilisierung der Kommunikationsverhältnisse angenommen. Die lineare, einseitige Kommunikation wandelt sich hin zu einer netzwerkartigen, partizipativen und interaktiven Kommunikation.³ Dies betrifft auch die politische Kommunikation und mit ihr die Möglichkeiten, wie Bürger, Politiker, Parteien, Journalisten und Medien untereinander in Kontakt treten können. Die neuen Kommunikationsmöglichkeiten führen zu einer Erweiterung des politischen Raums.

Im Internet kann sich jeder medial beteiligen, im Normalfall ist eine PRÜFUNG vor Veröffentlichung nicht üblich.

Anders als Teile der medial geführten Debatten über die sozialen Medien erwarten lassen, liefert die Wissenschaft eine eher nüchterne Betrachtung des Mitmachnetzes und seiner Rolle in politischen Prozessen. Wie also verändern sich die Bedingungen der politischen Kommunikation für die Bürger? Wie werden die neuen Möglichkeiten bereits genutzt?

Ein Grund für diese nüchterne Analyse ist sicherlich, dass sich Laien bei der Veröffentlichung und Gestaltung von Inhalten nicht an zentralen Standards und journalistischen Normen orientieren müssen. Wer medial partizipieren will, kann dies im Internet erst einmal frei tun. Eine Prüfung vor der Veröffentlichung, ob z. B. Regelverstöße vorliegen, ist im Normalfall nicht üblich. Das Nichtbeachten von Standards und Normierungen kann Segen und Fluch zugleich sein: Zum einen erweitert die inhaltliche Freiheit öffentliche Diskurse auch um alternative Meinungen, Stimmungen und um unkonventionelle, subjektiv gefärbte Inhalte. Zum anderen führt ihr Fehlen zu neuen Unübersichtlichkeiten und zu Vertrauensproblemen auf der Nutzerseite. Außerdem richten sich Laien bei Veröffentlichungen in den sozialen Medien intentional nicht zwingend an ein

unbekanntes Massenpublikum, sondern eher an eine „persönliche Öffentlichkeit“ aus ihnen bekannten Freunden und Followern.⁴ Dieser Umstand hat einen Einfluss darauf, was man überhaupt (von sich) veröffentlicht und auch, wie man es darstellt. Aus dem Verhalten und Feedback vieler Nutzer kann dann eine Art Netzwerklogik resultieren, die ebenfalls die Vorstellung der Nutzer prägt, was auf einer Plattform erwartet wird und was ankommt oder nicht. Eine mögliche Folge könnte sein, dass Inhalte stärker zugespitzt, personalisiert und dramatisiert werden.

Im Folgenden soll vor allem die Frage beleuchtet werden, wie die Möglichkeiten der politischen Kommunikation und Information bereits durch die Bürger genutzt werden. Bei weitem nicht alle Nutzer sind selbst aktiv im Internet und veröffentlichen dort Inhalte. Deswegen sind Kommentare in den sozialen Medien oder kollektive Netzproteste auch nicht repräsentativ, falls es um eine angemessene Einschätzung der Bevölkerungsmeinung geht. Allerdings können sie Stimmungsveränderungen andeuten, die durch die politischen und journalistischen Akteure beobachtet werden sollten.

AKTUELLE NUTZUNG DES INTERNETS UND SOZIALER MEDIEN

Die wissenschaftliche Betrachtung macht deutlich, dass der Abruf von politischen Informationen und gerade eine aktive Partizipation der Internetnutzer keine Selbstverständlichkeiten sind. Das Internet ist auf der Nutzungsseite ein vielfältig gebrauchtes Unterhaltungsmedium sowie ein Medium zur Individualkommunikation. Es ist weniger bereits das zentrale Medium der politischen Information. Dies belegen Studien, darunter die aktuelle ARD/ZDF-Onlinestudie, die jährlich die Internetnutzung deutscher Internetnutzer untersucht, oder der Digital News Report des britischen Reuters Institute, der international vergleichende Befunde zu den Nutzern von Nachrichten im Internet liefert. Zunächst einmal ist das Internet in Deutschland mittlerweile weit verbreitet: Fast neun von zehn Menschen zählen zu den Onlinern und 72 % nutzen es der repräsentativen ARD/ZDF-Onlinestudie zufolge sogar täglich.⁵ Vor allem

die Altersgruppen bis 50 Jahre gehören bei der täglichen Nutzungsdauer zu den überdurchschnittlichen Nutzern. Im Schnitt verwenden die Onliner das Internet 2,5 Stunden am Tag, davon allerdings nur 45 Minuten für mediale Inhalte, die gesehen, gehört oder gelesen werden. Gerade jüngere Nutzer (14- bis 29-Jährige) verwenden das Internet auch unterwegs. Wer mobil surft, tut dies häufig auch in einer flüchtigen Nutzungssituation. Dadurch steigt die Wahrscheinlichkeit, dass Informationen eher oberflächlich aufgenommen und weniger reflektiert verarbeitet werden.

Die Nutzungszahlen der sozialen Medien machen klar, dass nicht jede Plattform überhaupt von den Internetnutzern in Anspruch genommen wird. Die größten Nutzungszahlen weist Facebook (wöchentliche Nutzung in der Gesamtbevölkerung: 33 %) auf, danach folgen Instagram (9 %), Snapchat (6 %) und Twitter (3 %).⁶ Die deutschen Onliner sind international gesehen vergleichsweise stärker an Nachrichten interessiert (Rang 9 von 36 Nationen im Digital News Report).⁷ Allerdings sind die sogenannten Mitmachmedien beim Abrufen von aktuellen Inhalten trotzdem nur für eine Minderheit der Menschen in Deutschland relevant. Für die Meinungsbildung sind in Deutschland traditionelle Medien für eine Mehrheit bedeutender als reine Onlinequellen. Unter den Onlinern informieren sich im Laufe einer Woche mehr Menschen aus dem Fernsehen (77 %) und über Radionachrichten (45 %) als durch soziale Medien (29 %). Selbst bei den 18- bis 24-Jährigen nutzen noch 59 % Fernsehnachrichten.⁸ Nachrichten auf Facebook lesen im Laufe einer Woche 25 % der Onliner, auf den übrigen Plattformen sind es weniger (YouTube: 14 %, Twitter: 4 %).⁹ Vor allem jüngere Internetnutzer bis 34 Jahre (33 %) kommen häufiger mit Nachrichten auf Facebook in Kontakt. Eine repräsentative Befragung im Rahmen der Allensbacher Werbeträger-Analyse (AWA) für das Jahr 2017 zeigt, dass sich 17 % der deutschsprachigen Bevölkerung ab 14 Jahre zumindest häufiger über Politik im Internet informieren.¹⁰ Immerhin 11 % der erwachsenen Onliner in Deutschland, so konstatiert der Reuters Institute Digital News Report, folgen Politikern oder Parteien in den sozialen Medien.¹¹

BEFUNDE ZUR BÜRGER-PARTIZIPATION IM INTERNET

Die politische Kommunikationsforschung interessiert sich dafür, ob es durch das Internet zu einer stärkeren Mobilisierung auf der Ebene von Informations- und Partizipationsaktivitäten kommt. Die neue Vielfalt an Beteiligungsmöglichkeiten verleitet zu der Annahme, dass das Internet bei der Mobilisierung auch bisher inaktiver Personen helfen könnte, also zu einem absoluten Zuwachs der gesellschaftlichen Partizipation führt. Diese Vermutung wird allerdings häufig mit dem Einwand konfrontiert, dass nur die ohnehin politisch Aktiven und Motivierten in ihrem Engagement bestärkt werden. Durch dieses „Reinforcement“ würde die Kluft zwischen den politisch aktiven und den inaktiven oder uninteressierten Bürgern medienbedingt noch verbreitert. Die empirischen Befunde sprechen allenfalls für eine begrenzte selektive Mobilisierung. Es werden in erster Linie Personengruppen mobilisiert, die ohnehin ein Politikinteresse aufweisen.

Das Internet MOBILISIERT hauptsächlich die Personengruppen, die sich ohnehin für Politik interessieren.

Interessant sind in diesem Zusammenhang die Befunde zu der aktiven medialen Partizipation: Der größte Teil der erwachsenen Onliner bringt sich im Laufe einer durchschnittlichen Woche *nicht* ein. Im Kontext der Nachrichtenberichterstattung oder in den sozialen Medien beteiligen sich Onliner am häufigsten (14 %) mit einem Markieren von Nachrichten („Gefällt mir“). 10 % der Onliner teilen und 8 % kommentieren Nachrichten in den sozialen Medien. Häufiger bringen sich die Internetnutzer jedoch durch das Aufgreifen von Nachrichten in persönlichen Gesprächen auch außerhalb des Internet ein (31 %). Einen eigenen Blog über politische Themen schreiben sogar nur 1 % der

erwachsenen Onliner.¹² Diese geringen Anteile lassen annehmen, dass eine konkrete Beteiligung auf Seiten der ohnehin Interessierten eintritt. Eine Detailauswertung hinsichtlich der politischen Orientierung zeigt für Deutschland allerdings, dass sich eher Menschen aus dem linken politischen Spektrum mit einem „Like“ (23 %) oder mit einem Teilen von Nachrichten in den sozialen Medien beteiligen (21 %). Auch das eigentliche Kommentieren von Nachrichten in den sozialen Medien ist sowohl rechts (12 %) als auch links (14 %) der Mitte verbreiteter. Diese Befunde, die zum Teil das polarisierte Klima in den sozialen Medien erklären können, zeigen sich verstärkt auch in Großbritannien, Italien, Spanien und in den Vereinigten Staaten. In allen genannten Ländern wird überdies häufiger durch Onliner kommentiert als in Deutschland.¹³ Die Allensbacher Computer- und Technik-Analyse (ACTA 2015) zeigt ergänzend, dass etwa 7 % der deutschsprachigen Bevölkerung Kommentare zu Artikeln von Journalisten verfasst haben. Drei Viertel sind Männer, überdurchschnittlich oft sind Anhänger von Piratenpartei, AfD und FDP vertreten.¹⁴

Engagierte Nutzer haben im politischen MITMACHNETZ eine Möglichkeit, sich leichter an öffentlichen Diskursen zu beteiligen.

Warum nutzen die deutschen Onliner Beteiligungsformen nur in geringem Maße? Etwa zwei Fünftel der befragten Onliner im Reuters Institute Digital News Survey gaben an, daran kein Interesse zu haben (42 %). Einige halten das Engagement offenbar für nicht lohnenswert und antworteten, dass sich nichts ändert (17 %). Auch Sorgen vor Auswirkungen auf die eigene Privatsphäre oder die Angst vor einem „Shitstorm“ wurden angegeben.¹⁵ Neben der hier abgefragten medialen Partizipation sind auch direkte Formen der politischen Beteiligung denkbar. Eine Möglichkeit, politische Anliegen

direkt zu unterstützen, besteht im Teilen und Mitzeichnen von E-Petitionen. Eine Auswertung der eingereichten E-Petitionen beim Deutschen Bundestag zeigt, dass insgesamt 1,32 Millionen Menschen in Deutschland im Zeitraum der Jahre 2008 bis 2013 gezeichnet haben. Eine Befragung der Mitzeichnenden ergab, dass diese insgesamt eine überdurchschnittliche politische Partizipationsbereitschaft verglichen mit der Gesamtbevölkerung haben.¹⁶

Insgesamt lässt sich sagen, dass das Alter, das Geschlecht, das politische Vorinteresse und der Bildungsgrad (und damit mittelbar auch die Schichtzugehörigkeit) die Intensität der politischen Partizipation im Internet beeinflussen. Allerdings variieren diese Einflüsse je nach Partizipationsform und genutztem Kanal. Partizipation ist auch außerhalb der digitalen Öffentlichkeiten kein Mehrheitenphänomen – mit Ausnahme von Wahlen.¹⁷ Konventionelle Formen politischer Partizipation, die eine längerfristige Bindung oder Mitgliedschaft voraussetzen, verlieren in westlichen Staaten beispielsweise an Bedeutung. Weniger als ein Zehntel der Bürger engagiert sich etwa in Deutschland in politischen Parteien.¹⁸ Trotz der eingeschränkten Nutzung und Produktion im politischen Mitmachnetz darf aber nicht darüber hinweggesehen werden, dass engagierte Nutzer jetzt eine Möglichkeit haben, sich leichter an öffentlichen Diskursen zu beteiligen. Auf diese Weise können auch nicht-etablierte Meinungen und spezialisierte Ansichten oder Interessen vertreten werden, die unter den Bedingungen der Massenmedien mit ihrer eingeschränkten Kapazität an Druckfläche und Sendezeit oft außen vor blieben oder erst eines spektakulären Anlasses bedurften, um breite öffentliche Aufmerksamkeit zu bekommen.

NUTZUNG SOZIALER MEDIEN: POLITIKER, JOURNALISTEN

Wie sieht es mit Politikern und Journalisten aus? Nutzen sie die Kapazitäten der sozialen Medien? Über Abgeordnete des frisch gewählten 19. Bundestags ist bekannt, dass 452 der 709 Abgeordneten über ein Twitter-Profil verfügen.¹⁹ Eine Befragung von Mitgliedern des Deutschen Bundestages zeigte, dass bereits

2013 20 % der Abgeordneten täglich Twitter zur politischen Information nutzten und 43 % Facebook. Weniger als die Hälfte (48 %) gab an, Twitter nie für diesen Zweck zu verwenden. Facebook nutzten 18 % der Abgeordneten nie.²⁰ Verglichen mit den Zahlen der Gesamtbevölkerung zeigt sich also, dass Politiker weit stärker von den sozialen Medien Gebrauch machen. Das verwundert nicht, sind sie doch mittlerweile auch zu einem weiteren wichtigen Kanal der Öffentlichkeitsarbeit und der Beobachtung von Botschaften und Vorgängen in allen Parteien geworden. Politikern ist heute weitgehend bewusst, dass soziale Medien auch für ihre Medienarbeit von Bedeutung sind. Eine Befragung von deutschen Nachrichtenredaktionen im Jahr 2014 im Auftrag der LfM Nordrhein-Westfalen zeigt, dass in den allermeisten Redaktionen Twitter und Facebook für journalistische Recherchezwecke eingesetzt werden.²¹ Für die kontinuierliche Beobachtung prominenter Quellen setzen 65 % der Redaktionen Twitter ein. Eine weitere Befragung der Mitglieder der Bundespressekonferenz – also politischen Journalisten in Deutschland –, die der Autor im Sommer 2016 durchführte, ergab, dass sogar 72 % der Befragten (n = 158) Twitter verwenden. Für Facebook traf dies auf weniger als zwei Drittel (61 %) der Journalisten zu.

INTERAKTIONEN VON BÜRGERN, POLITIKERN, JOURNALISTEN

Die Kommunikationsbeziehungen zwischen Bürgern und politisch-medialen Akteuren werden im Internet auf Seiten der Bürger durch eine interessierte Minderheit gestaltet. Wie gehen Politiker und Journalisten damit um? Eine Möglichkeit, dieser Frage nachzugehen, besteht in der Auswertung ihrer veröffentlichten Inhalte in den sozialen Medien. Eine Analyse der Tweets von Bundestagsabgeordneten durch Nuernbergk und Conrad zeigt, dass Beiträge, die andere Nutzer ansprechen oder an diese gerichtet sind, vorwiegend politische Akteure adressieren (je nach untersuchtem Zeitraum zwischen 45 % und 49 %). Einzelne Bürger werden in mehr als einem Drittel der Tweets adressiert (35 % bis 37 %). Auf journalistische Akteure entfallen zwischen 9 % und 14 % der

Tweets, die sich an Twitter-Nutzer richten.²² Beim Weiterleiten von Botschaften („retweeten“) nutzen Politiker dagegen deutlich seltener Bürger-Tweets. Weniger als jeder zehnte Tweet ließ erkennen, dass Politiker an einem Feedback der Bürger interessiert sind und z. B. ihre Ideen erfragen. Häufiger dient Twitter eher einem Aussenden von Botschaften, mit dem gezielt bestimmte Anspruchsgruppen im politisch-medialen Komplex erreicht werden können, darunter eben auch Journalisten und Mitstreiter.

Politiker, Journalisten und Bürger tauschen sich ZUNEHMEND über die digitalen Öffentlichkeitsstrukturen aus.

Auch politische Journalisten sind an einem solchen Austausch mit Politikern interessiert. Eine Auswertung ihrer Tweets durch Nuernbergk ergab, dass sie ihre Beiträge häufiger direkt an Politiker und politische Organisationen (23 %) adressieren als an einfache Bürger (14 %).²³ Auf Twitter zwitschern die Journalisten aber am häufigsten mit ihresgleichen: 55 % der Tweets mit Bezügen zu anderen Nutzern richten sich an Journalisten und Medienorganisationen. Auch Journalisten setzen Twitter vorwiegend dazu ein, um aktuelle Nachrichten und Meinungen zu verbreiten. Konkrete Aktivitäten, die Nutzer im Rahmen von Recherchen aktiv ansprechen oder um Feedback zu eigenen Fragen bitten, finden sich eher selten. Wenn mit Bürgern interagiert wird, dann meistens im Meinungsaustausch zu aktuellen Themen.

Digitale Öffentlichkeiten – wie am Beispiel von Twitter demonstriert – sind vielschichtig und komplex. Das gilt nicht nur für die in ihnen stattfindenden Interaktionen, sondern auch für die Diskussionen und Nachrichten, die sich in ihnen mit meist stark schwankender Qualität verbreiten. Trotz der beschriebenen, eingeschränkten Mitmachkultur und der weiterhin starken Stellung traditioneller Medien im Infor-

mationsrepertoire der meisten Menschen sind digitale Öffentlichkeitsstrukturen gesellschaftlich bereits von zentraler Bedeutung. Die traditionellen Einzelmedien und die Informationsquellen des Journalismus lassen sich heute nicht mehr ohne soziale Medien und Suchhilfen im Internet denken. Diese können allen gesellschaftlichen Akteuren Themenanregungen und Denkanstöße liefern. Sie ermöglichen bereits heute eine erste Grundlage für die kontinuierliche Beobachtung der politischen und journalistischen Szene. Voraussetzung dafür ist, diese Netzwerke zu pflegen und kompetent durch das eigene Abonnieren von Quellen zu gestalten. Das heißt aber auch, dass die Anforderungen an die Medien- und Netzwerkkompetenz weiter wachsen. Der Journalismus kann dazu wichtige Orientierungen über das in den digitalen Öffentlichkeiten Publierte vermitteln und Unsicherheiten abbauen. Dafür müssen seine Prüfmechanismen allerdings auch mit einer schnelllebigen und komplexen Informationsumgebung zurechtkommen.

|| DR. CHRISTIAN NUERNBERGK

Akademischer Rat am Institut für Kommunikationswissenschaft und Medienforschung der Ludwig-Maximilians-Universität München; 2017/2018 Vertretung einer Professur für Kommunikations- und Medienwissenschaft an der Universität Trier

ANMERKUNGEN

- ¹ Vgl. speziell zu „Fake News“ Müller, Philipp / Denner Nora: Was tun gegen „Fake News“? Eine Analyse anhand der Entstehungsbedingungen und Wirkweisen gezielter Falschmeldungen im Internet, Gutachten für die Friedrich-Naumann-Stiftung, Potsdam 2017.
- ² Vgl. Gruber, Angela: Manipulationen im US-Wahlkampf: Plötzlich sind Google und Facebook ganz kleinlaut, <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/russlands-einfluss-auf-us-wahlen-silicon-valley-verteidigt-sich-a-1176161.html>, Stand: 2.11.2017.
- ³ Vgl. Neuberger, Christoph: Internet, Journalismus und Öffentlichkeit: Analyse des Medienumbuchs, in: Journalismus im Internet: Profession – Partizipation – Technisierung, hrsg. von Christoph Neuberger, Christian Nuernbergk und Melanie Rischke, Wiesbaden 2009, S. 19-105.
- ⁴ Vgl. Schmidt, Jan-Hinrik: Das neue Netz – Merkmale, Praktiken und Folgen des Web 2.0, Konstanz 2011.
- ⁵ Koch, Wolfgang / Frees, Beate: ARD/ZDF-Onlinestudie 2017: Neun von zehn Deutschen online, in: Media Perspektiven 9/2017, S. 434-446.
- ⁶ Ebd., S. 444 ff.
- ⁷ Newman, Nic / Fletcher, Richard / Kalogeropoulos, Antonis u. a.: Reuters Institute Digital News Report 2017, Oxford 2017.
- ⁸ Hölig, Sascha / Hasebrink, Uwe: Reuters Institute Digital News Survey 2017: Ergebnisse für Deutschland, in: Arbeitspapiere des Hans-Bredow-Instituts 42/2017, S. 16 ff.
- ⁹ Ebd., S. 39 ff.
- ¹⁰ Institut für Demoskopie Allensbach: AWA 2017: Allensbacher Marktanalyse, Werbeträgeranalyse, Codebuch, http://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/AWA/AWA2017/Codebuchausschnitte/AWA2017_Politik_Gesellschaft.pdf, Stand: 5.11.2017.
- ¹¹ Hölig / Hasebrink: Reuters Institute Digital News Survey 2017: Ergebnisse für Deutschland, S. 41 ff.
- ¹² Ebd., S. 43 ff.
- ¹³ Kalogeropoulos, Antonis / Negredo, Samuel / Picone, Ike / Nielsen, Rasmus K.: Who Shares and Comments on News? A Cross-National Comparative Analysis of Online and Social Media Participation, in: Social Media + Society 4/2017, S. 1-12.
- ¹⁴ Köcher, Renate: AWA 2016. Flüchtlingszustrom: Auswirkungen eines gesellschaftlichen Aufregungszyklus auf politisches Interesse und Mediennutzung, http://www.ifd-allensbach.de/fileadmin/AWA/AWA_Praesentationen/2016/AWA_2016_Koecher_Fluechtlingskrise_Medien.pdf, Stand: 24.7.2017.
- ¹⁵ Hölig / Hasebrink: Reuters Institute Digital News Survey 2017: Ergebnisse für Deutschland, S. 45 ff.
- ¹⁶ Vgl. Schmidt, Jan-Hinrik / Johnsen, Katharina: On the Use of the E-Petition Platform of the German Bundestag, in: HIIG Discussion Paper Series No. 2014-03, <http://dx.doi.org/10.2139/ssrn.2444672>, Stand: 24.7.2017.
- ¹⁷ Vgl. Kersting, Norbert: Politische Online-Beteiligung im internationalen Vergleich. Eine Revitalisierung politischer Beteiligung?, in: Zeitschrift für vergleichende Politikwissenschaft 10/2016, S. 91-113.
- ¹⁸ Petersen, Thomas / Hierlemann, Dominik / Vehrkamp, Robert B. / Wratil, Christopher: Gespaltene Demokratie: Politische Partizipation und Demokratiezufriedenheit vor der Bundestagswahl 2013, Gütersloh 2013.

- ¹⁹ Fuchs, Martin, https://twitter.com/wahl_beobachter/status/914793312355278850?lang=de, Stand: 5.11.2017.
- ²⁰ Dohle, Marco / Bernhard, Uli: Mediennutzung und -wahrnehmung von Bundestagsabgeordneten: Ersetzen oder ergänzen Online-Medien klassische Informations- und Kommunikationskanäle?, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 4/2014, S. 763-774.
- ²¹ Neuberger, Christoph / Langenohl, Susanne / Nuernbergk, Christian: Social Media und Journalismus (LfM-Dokumentation Bd. 50), Düsseldorf 2014.
- ²² Nuernbergk, Christian / Conrad, Julia: Conversations and Campaign Dynamics in a Hybrid Media Environment: Use of Twitter by Members of the German Bundestag, in: Social Media + Society 1/2016, S. 1-14.
- ²³ Nuernbergk, Christian: Political Journalists' Interaction Networks: The German Federal Press Conference on Twitter, in: Journalism Practice 7/2016, S. 868-879.

BILDUNG IM DIGITALEN ZEITALTER

Eine Chance für Bayern?!

CHRISTIAN J. BÜTTNER || Die Digitalisierung als disruptive Technologie hat mit seinen Innovationen alle Bereiche des wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens verändert und wird dies auch weiterhin mit zunehmender Rasanz tun. Geltende rechtliche, gesellschaftliche und ökonomische Regeln der analogen Welt passen nicht mehr als Rahmenbedingungen in diese digitale Zeit und müssen ggf. angepasst werden. Wie kann eine Gesellschaft auf diese Herausforderungen reagieren? Welche Kompetenzen und welches Wissen benötigen die Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen im Digitalen Zeitalter und wie kann dadurch auch der ländliche Raum in Bayern gestärkt werden?

DIGITALISIERUNG ALS MULTIDIMENSIONALE INNOVATION

Die Digitalisierung wird oftmals mit der Erfindung des Buchdrucks¹ oder der Eisenbahn verglichen und somit als disruptive Innovation bezeichnet, d. h. sie löst bestehende Technologien ab und verändert bisher geltende Rahmenbedingungen.

Digitale Inhalte, Daten und Dienstleistungen haben vor allem in den letzten Jahren das Alltags- und Berufsleben für nahezu alle grundlegend verändert und beeinflussen das gesellschaftliche Zusammenleben, die Kommunikation, das politische Handeln und nicht zuletzt die demokratische Grundordnung in einem Land. Heute sind in den meisten Demokratien nahezu unendlich viele Informationen für alle immer und überall verfügbar und alle können ihre Meinungen und ihre Erlebnisse innerhalb von Sekunden global veröffentlichen. Mediatheken und Streamingdienste bieten den Konsumenten individualisierte Angebote, Meinungsbildung findet verstärkt über die sozialen Medien statt und klassische Nachrichtenformate und Berichterstattung werden in Frage gestellt.

Jeder kann ALLES im Internet bekommen,
legal oder illegal.

Das öffentliche Internet oder auch Darknets bieten alles für alle, mit der Konsequenz, dass weder die Quantität noch die Qualität kontrollierbar sind und viele, gerade junge Menschen im Umgang mit dieser Vielfalt an digitalen Möglichkeiten, welche Chancen und Risiken bergen, Anleitung brauchen. Als die Bundeskanzlerin Angela Merkel beim Besuch des US-amerikanischen Präsidenten im Juni 2013 sagte: „Das Internet ist für uns alle Neuland ...“ wurde sie vielfach belächelt, der zweite Teil des Satzes: „... und es ermöglicht auch Feinden und Gegnern unserer demokratischen Grundordnung natürlich, mit völlig neuen Möglichkeiten und völlig neuen Herangehensweisen, unsere Art zu

leben in Gefahr zu bringen“² wurde jedoch kaum beachtet.

Dies gilt nicht nur für Social Bots, die in den sozialen Medien menschliches Verhalten imitieren und somit gezielt Wähler und Meinungen beeinflussen, sondern auch für viele Regelungen und Gesetze, die für eine analoge Welt gemacht sind und in der digitalen Welt keine oder nur teilweise Anwendung finden. Nicht zuletzt geht es aber auch um die wirtschaftliche Zukunft des Standorts Deutschland, denn manchmal hat man den Eindruck, dass „Made in Germany“ für die Industrie 2.0 und 3.0³ gilt, für die Digitalwirtschaft aber eher „consumed oder used in Germany“ gelten könnte, da vor allem US-amerikanische und asiatische Unternehmen das Internet, die Digitalisierung und andere Zukunftstechnologien beherrschen bzw. entscheidend mitgestalten.

Digitalisierung ist also weit mehr als Online-shopping, die Nutzung verschiedenster sozialer Medien und mobiler Endgeräte, vielmehr handelt es sich um eine multidimensionale Veränderung, die es zu gestalten gilt. Um diesen Prozess zu gestalten, benötigen wir teilweise andere und vielleicht auch neue Rahmenbedingungen für das gesellschaftliche Zusammenleben, was auch eine Veränderung der Anforderungen an die Kompetenzen mit sich bringt. Die Bildung und auch das Verständnis von Bildung nimmt somit eine Schlüsselrolle im Zeitalter der Digitalisierung ein.

Digitalisierung bringt VERÄNDERUNGEN in vielen Bereichen mit sich.

DIE SCHLÜSSELROLLE DER BILDUNG IM DIGITALEN ZEITALTER

Über die notwendigen Kompetenzen, die Rolle von digitalen Medien, Inhalten und auch deren Nutzung vor allem in der Schule wird in den analogen wie digitalen Medien äußerst

kontrovers diskutiert. Mit dem Satz „Digitale Medien machen dumm“ bekommt man in 0,2 Sekunden über 100.000 Treffer, 0,56 Sekunden dauert es, bis google.de über 150.000 Treffer für „Digitale Medien machen schlau“ anzeigt (Stand: 30.9.2017). Die Anzahl der Treffer sagt aber weder etwas über die Qualität noch über die Herkunft der Quellen und über die Plausibilität der Daten aus.

Unabhängig davon, ob das Internet dumm oder schlau macht, ist unbestritten, dass wir in einer digitalen und globalen Welt leben und sich diese Entwicklungen nicht mehr umkehren lassen. Deshalb ist es unabhängig vom Alter notwendig, zu lernen, sich in diesem neuen digitalen Zeitalter zurechtzufinden. Für die Kinder und Jugendlichen in der Schule bedeutet dies, neben Lesen, Schreiben, Rechnen eine vierte Grundfertigkeit „Leben im Digitalen Zeitalter“ zu erlernen und zu beherrschen.

HERAUSFORDERUNG DIGITALISIERUNG FÜR DIE SCHULISCHE BILDUNG

Die Nutzung digitaler Medien ist für Jugendliche eine Selbstverständlichkeit und ein Tablet oder Smartphone mit Internetanbindung ist für sie wie für die meisten Erwachsenen ein Alltagsgegenstand. Dies macht auch die JIM-Studie – Jugend, Information, Multimedia – aus dem Jahr 2015 deutlich, nach der nahezu alle Haushalte über ein Smartphone, Computer und einen Internetzugang verfügen und fast 90 % der Befragten angaben, dass sie täglich bzw. zumindest mehrmals die Woche ihr Handy bzw. Smartphone und das Internet nutzen. Die Studie des Medienpädagogischen Forschungsverbunds Südwest (mpfs) macht aber auch sehr deutlich, dass das Internet (88 %) die wichtigste Informationsquelle für Jugendliche ist, die Tageszeitung (33 %) und das Fernsehen (49 %) hingegen vergleichsweise deutlich weniger genutzt werden. Auffallend ist, dass dieses Nutzungsverhalten unabhängig vom Ausbildungsstand oder der besuchten Schulform⁴ ist und zeigt, dass es für alle Altersklassen und Schulformen medienpädagogischer Konzepte bzw. einer Überprüfung der bestehenden Lehrinhalte bedarf. Diese Weiterentwicklung der Institution Schule bedeutet nicht, dass das Lernen digital

wird, denn unbenommen findet Lernen im Kopf statt und auch ein einseitig technikgeprägter Unterricht wird dieses Lernen nicht beschleunigen.⁵ Vielmehr sind es Kompetenzen wie beispielsweise das kritische Denken, das Hinterfragen von Sachverhalten, das Denken in Zusammenhängen sowie soziales Verhalten und das selbstgesteuerte Lernen in Verbindung mit analogen und digitalen Medien, um beispielsweise eine qualifizierte Recherche durchführen zu können und ggf. sich eine eigenständige Meinung über den Nutzen des Internets machen zu können.

Das bayerische Kultusministerium reagierte auf diese Veränderungen und hat beispielsweise die Lehrpläne aller Schularten sukzessive kompetenzorientiert gestaltet und auch die Medienpädagogik bzw. Informatik in den Lehrplänen und Prüfungsordnungen verankert. Zudem wurde mit dem Landesmedienzentrum mebis⁶ eine online-Plattform aufgebaut und alle staatlichen Schulen müssen bis zum Ende des Schuljahres 2018/19 ein medienpädagogisches Konzept für ihre Schule entwickeln. Modellversuche wie die Referenzschulen für Medien, Digitale Schule 2020⁷ sowie Industrie 4.0 an bayerischen Berufsschulen werden durch den Freistaat Bayern bzw. im Rahmen der Stiftung Bildungspakt auch seitens der bayerischen Wirtschaft gefördert und sollen als Leuchtturmprojekte dienen.

Die genannten Veränderungen und Leuchtturmprojekte sind jedoch nicht unumstritten und reichen aus Sicht vieler Elternvertreter, der Lehrkräfte und Unternehmen nicht aus. Dies spiegeln auch die Rückmeldungen der Fachtagung Digitalisierung vom Bayerischen Philologenverband am 28. Juni 2017 wider. Deren Teilnehmer bemängelten neben dem Fehlen einer gezielten Aus- und Fortbildung in allen Phasen der Lehrerbildung auch eine verlässliche Infrastruktur in den Schulen.⁸ Zudem fehlt es an didaktisch guten und veränderbaren digitalen Lehr- und Lernmitteln für den unterrichtlichen und außerschulischen Einsatz, denn nur die Individualisierung der digitalen Lehrinhalte bietet den Lehrern und Schülern einen echten Mehrwert und ermöglicht ihnen, unterschiedliche Lernszenarien zu gestalten und gezielt zu fördern. Außerdem bedarf es auch der Überprüfung geltender Regelungen. So plädiert bei-

spielsweise die Präsidentin des Bayerischen Lehrer- und Lehrerinnenverbandes, Simone Fleischmann, für einen gelockerten Umgang mit Smartphones und Co in den bayerischen Schulen: „Wir Lehrer dürfen nicht die Ewiggestrigen sein.“⁹ Die Forderungen nach einer verbesserten, zuverlässigen Ausstattung, pädagogischen Konzepten, digitalen Lernmaterialien sowie gezielter Aus- und Fortbildung spiegelt auch eine Erhebung der Bertelsmann Stiftung für die Beruflichen Schulen wider.¹⁰

Schulen benötigen neue MEDIENPÄDAGOGISCHE Konzepte.

HERAUSFORDERUNG DIGITALISIERUNG FÜR DIE BETRIEBLICHE AUS- UND WEITERBILDUNG

Die veränderten Anforderungen sind jedoch nicht nur eine Herausforderung für die allgemeinbildenden und beruflichen Schulen, sondern auch für die Fort- und Weiterbildung in den Unternehmen, denn dort gilt es den Veränderungsprozess, der in Deutschland oftmals mit dem Begriff „Industrie 4.0“ bezeichnet wird, mit den Mitarbeitern gemeinsam zu gestalten. Dies macht die SWOT-Analyse des Fraunhofer Instituts im Auftrag der Stadt Nürnberg deutlich (siehe Tabelle auf folgender Seite).

Auffallend ist vor allem, dass die Unternehmen in der Digitalisierung eine Chance für sich selbst, aber auch für die Gründung neuer Unternehmen, also von Startups, sehen, wenn sie dazu über ausreichend qualifizierte Mitarbeiter verfügen, die neuen Technologien offen gegenüberstehen. Aus Unternehmersicht besteht, ähnlich wie bei den Lehrkräften, ein hoher Qualifizierungsbedarf bzw. es bedarf an Berufseinsteigern, die über die notwendigen Kompetenzen für das digitale Zeitalter verfügen. Die Ergebnisse der Analyse gelten zwar für den Standort Nürnberg, können aber in vielen Bereichen auch auf ganz Bayern übertragen werden.

Auszug aus der SWOT-Analyse zum Produktionsstandort Nürnberg 4.0¹¹

Stärken	Schwächen
<ul style="list-style-type: none"> • Vielseitige Hochschullandschaft, die engen Kontakt zur Wirtschaft pflegt • Nürnberger Unternehmen spüren den Digitalisierungsdruck und haben die Motivation zur Veränderung • Unternehmen haben erkannt, dass digitale Produktion neue Kompetenzen bei den Mitarbeitern erfordert • Unternehmen sind bereits überregional und national gut vernetzt • Die regionale Nähe zu Partnern und Lieferanten bleibt den Unternehmen wichtig 	<ul style="list-style-type: none"> • Unterangebot an qualifizierten Fachkräften für den Standort Nürnberg • IT-Kenntnisse der Mitarbeiter nicht ausreichend • Qualifizierungsbedarf in Ausbildung / Studium und im Umgang mit spezifischen IT-Systemen • Mangel an spezifischen, regionalen Vernetzungsmöglichkeiten zu Industrie 4.0 • Der Grad der Digitalisierung ist bei den Nutzern niedriger als bei den Gestaltern
Chancen	Risiken
<ul style="list-style-type: none"> • Nürnberger Unternehmen sehen Wachstumspotenzial bei der Mitarbeiterzahl • Digitale Produktion erlaubt für die Nutzer durch Prozessverbesserungen Effizienzsteigerungen der Unternehmen und sichert die Wettbewerbsfähigkeit • Durch die Öffnung der bisherigen Wertschöpfungsketten aufgrund der Vernetzung und Digitalisierung einzelner Systeme und Partner werden Markteintrittsbarrieren gesenkt, dies erlaubt neuen Unternehmen den Zugang zum Markt 	<ul style="list-style-type: none"> • Komplexität und Geschwindigkeit der technischen Entwicklung • IT-Sicherheit wird von Gestaltern als große Herausforderung gesehen • Akzeptanz der Mitarbeiter gegenüber neuen digitalen Technologien • Digitalisierung der Geschäftsbeziehungen schränkt den persönlichen Kontakt ein • Durch die Digitalisierung entstehen neue Berufsfelder, die aktuell noch nicht in Studium und Ausbildung realisiert sind • Bei sonst gleichen Voraussetzungen wird der nähere Standort bevorzugt, aber Kosten sind das ausschlaggebende Kriterium • Ein bestimmter Standort in Deutschland ist nur für Wenige von Bedeutung

INVESTITION IN DIGITALE INFRASTRUKTUR

„Digitalisierung – das ist keine Mode, das ist die Zukunft.“¹² Diesem Satz von Charles Edouard Bouée, dem Geschäftsführer von Roland Berger aus dem Jahr 2015, werden heute die Wenigsten widersprechen, im Umkehrschluss heißt das aber auch: Wenn Bayern zukunftsfähig bleiben möchte, muss der Digitalisierung ganzheitlich und flächendeckend eine hohe Priorität beigemessen werden.

Flächendeckendes Glasfaser- und Mobilfunknetz

Waren früher ein Bahn- oder Autobahnanschluss ein wichtiges Kriterium bei der Standort- oder Wohnortwahl, wird heute der Anbindung an das Glasfasernetz und der Verfügbarkeit eines schnellen und zuverlässigen Mobilfunknetzes fast eine höhere Bedeutung beigemessen. Diese beiden Netze sind heute vor allem in den Ballungszentren verfügbar. Will man also den ländlichen Raum stärken, ist ein schneller und

flächendeckender Ausbau des Glasfaser- und Mobilfunknetzes in allen bayerischen Landesteilen zwingend erforderlich. Diese Aufgabe muss unabhängig von renditeorientierten Unternehmen und den finanziellen Möglichkeiten einzelner Kommunen oder Landkreise vom Freistaat Bayern geleistet werden, denn ansonsten wird der Standortnachteil für diese Gebiete noch größer, als er jetzt schon ist.

Digitale Infrastruktur in Bildungseinrichtungen

Nach Artikel 8 des Bayerischen Schulfinanzierungsgesetzes sind die Kommunen und Landkreise als sogenannte Schulaufwandsträger für den Bau und den Unterhalt der schulischen Infrastruktur verantwortlich. Auch hier führt die unterschiedliche Finanzkraft der Aufwandsträger zu Standortnachteilen und ggf. zu schlechteren Bildungschancen, wenn Schulen entweder über keine ausreichende oder nur unzuverlässige digitale Infrastruktur verfügen. Es reicht also nicht aus, Leuchtturmprojekte zu fördern, sondern es braucht eine flächendeckende, zuverlässig funktionierende Infrastruktur, die es allen Lehrkräften ermöglicht, kompetenzorientiert und zukunftsgerichtet zu unterrichten. Diese Infrastruktur kann in den nichtschulisch genutzten Zeiten oder Räumen auch anderen Bildungseinrichtungen, Vereinen, aber ggf. auch als Coworkingspaces für neue Unternehmen oder Kooperationen zur Verfügung stehen, wie dies beispielsweise in skandinavischen Ländern bereits der Fall ist. Schulgebäude können sich so zu digitalen Kompetenzzentren in einer Kommune entwickeln.

ZUKUNFTSORIENTIERTE BILDUNGSANGEBOTE FÜR ALLE ALTERSGRUPPEN

Aus- und Weiterbildung des Bildungspersonals

Die Kinder und Jugendlichen von heute sind die Unternehmer und Arbeitnehmer von morgen. Wenn also Lehrkräfte fehlende Aus- und Fortbildungsmöglichkeiten beklagen, müssen alle drei Phasen der Lehrerbildung auf ihre Zukunftsfähigkeit überprüft und ggf. geändert werden. Wie bereits angesprochen, geht es dabei

nicht um eine totale Digitalisierung des Lernens, sondern um eine Weiterentwicklung der methodischen, pädagogischen und didaktischen Kompetenzen, die es den Lehrkräften gemeinsam mit dem Elternhaus ermöglichen, die Schüler auf die heutigen Herausforderungen vorzubereiten.

Fort- und Weiterbildung in den Unternehmen

Als große Herausforderung sehen die Unternehmen das Unterangebot an qualifizierten Fachkräften. Dieser wird gerade in den ländlichen Gebieten noch durch den demographischen Faktor und den Wegzug in Ballungszentren verstärkt. Mangelnde IT-Kenntnisse ihrer Mitarbeiter und die Qualifikation von zukünftigen Mitarbeitern wurden als Schwäche identifiziert. Will man also gerade den ländlichen Raum stärken, benötigen diese Regionen eine Stärkung durch Weiterbildung, beispielsweise durch übergreifende Bildungsk Kooperationen und -netzwerke – mit Hochschulen, Berufsschulen und beruflichen Bildungsträgern.

Die Unternehmen müssen ihre Mitarbeiter WEITERBILDEN, um dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

E-Government trägt zur Akzeptanz der Digitalisierung bei

Skandinavische Länder und auch die baltischen Staaten sind Leuchttürme der Digitalisierung. Öffentliche Dienstleistungen sind in der Regel komplett digital verfügbar und werden von den Bürgern gut und gerne genutzt. In Deutschland und Bayern steht man da teilweise noch am Anfang, obwohl mit dem Bayerischen E-Government nun die Möglichkeiten für digitale Dienstleistungen geschaffen worden sind. Die Bürger werden die behördlichen Angebote jedoch nur nutzen, wenn sie für sich einen Mehrwert dafür erkennen. Einerseits sollten diese Angebote offensiv beworben werden, an-

dererseits müssen diese Angebote nutzerfreundlich gestaltet sein, denn auch so kann eine höhere Akzeptanz für neue Technologien erreicht werden. Gerade auch in den ländlichen Regionen kann dann so der digitale Behördengang ein echter Mehrwert sein.

FAZIT

Der Freistaat Bayern hat sich nach dem Zweiten Weltkrieg von einem landwirtschaftlich geprägten Bundesland zu einem der führenden Industriestandorte in Deutschland und der Welt entwickelt. Die Digitalisierung verändert die bisherigen Rahmenbedingungen für die Produktion von Gütern und für Dienstleistungen nachhaltig. Eine zuverlässige digitale Infrastruktur und ein zukunftsorientiertes Bildungssystem sind wichtiger denn je in einer globalisierten und digitalisierten Welt. Kompetente Bürger sind dabei nicht nur als wirtschaftliche Ressource oder als Humankapital zu betrachten, sie sind auch ein Garant für ein nachhaltiges Zusammenleben in einer demokratischen Gesellschaft. Alle Altersgruppen benötigen daher ein digitales Grundwissen, um sich beispielsweise sicher im Internet zu bewegen und ggf. Fake News von echten Nachrichten unterscheiden zu können. Besonders der schulischen und akademischen Bildung wird dabei zu Recht eine wichtige Rolle beigemessen und soll in den nächsten Jahren durch mehrjährige Förderprogramme vom Bund und vom Freistaat Bayern unterstützt werden. Dennoch fehlt es an einer bildungspolitischen Gesamtstrategie aller Beteiligten aus Bund, Land, Kommunen und der Zivilgesellschaft für eine flächendeckende und nachhaltige Konzeption. Diese Nachhaltigkeit kann nur erreicht werden, wenn Infrastruktur, Aus- und Fortbildung und Lehr- und Lernmittel verfügbar sind, denn die Lehrkräfte stehen der Digitalisierung mehrheitlichgeschlossen gegenüber. Doch muss die Pädagogik die Technik bestimmen und nicht die Technik die Pädagogik.

Es gilt also die Trias aus Infrastruktur, Mensch und Lernen gemeinsam zu entwickeln und schnellstmöglich umzusetzen, um so äquivalente Lebensbedingungen im ländlichen Raum zu fördern und den Zuzug in die Ballungszentren nicht noch zu verstärken.

DR. CHRISTIAN J. BÜTTNER

wissenschaftlicher Mitarbeiter des Bürgermeisters, Geschäftsbereich Schule und Sport der Stadt Nürnberg, verantwortlich für die IT-Strategie „Lernen und Lehren an städtischen und staatlichen Schulen im Digitalen Zeitalter in der Stadt Nürnberg“

ANMERKUNGEN

- ¹ Brower-Rabinowistch, Grischa: Der Buchdruck war auch schon gefährlich, Soziologieprofessor Nassehi über Digitalisierung, in: Handelsblatt, 25.5.2017, <http://www.handelsblatt.com/my/technik/it-inter-net/soziologieprofessor-nassehi-ueber-digitalisierung-der-buchdruck-war-auch-schon-gefaehrlich/19844306.html?ticket=ST-739973-EXANvfmtDMMpdK6fcTX-ap3>, Stand: 30.9.2017.
- ² Angela Merkel – gemeinsame Pressekonferenz mit Barack Obama (Journal), Deutsche Welle Deutsch, 19.6.2013, https://www.youtube.com/watch?v=2n_-lAf8GB4
- ³ Vgl. Bundesministerium für Wirtschaft und Energie: Digitale Transformation in der Industrie, <http://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Dossier/industrie-40.html>, Stand: 30.9.2017.
- ⁴ Medienpädagogischer Forschungsverbund Südwest (mpfs): JIM 2015 Jugend, Information, (Multi-)Media. Basisstudie zum Medienumgang 12- bis 19-jähriger in Deutschland. Unter Mitarbeit von Theresa Plankenhorn, Thomas Rathgeb, Sabine Feierabend, Stuttgart 2015, http://www.mpfs.de/fileadmin/JIM-pdf15/JIM_2015.pdf, Stand: 30.9.2017.
- ⁵ Lesch, Harald: Podiumsdiskussion – Digitale Dörfer, Bayerische Akademie Ländlicher Raum, München, 31.7.2017.
- ⁶ Bayerisches Staatsministerium für Bildung und Kultus, Wissenschaft und Kunst (Hrsg.): Medienzentrale Bayern – mebis, www.mebis.bayern.de, Stand: 30.9.2017.
- ⁷ Vgl. dazu: Stiftung Bildungspakt Bayern, <http://bildungspakt-bayern.de>, Stand: 30.9.2017.
- ⁸ Bayerischer Philologenverband: Gymnasien jetzt für die Digitalisierung rüsten!, München, 27.7.2017, <https://www.bpv.de/presse-aktuelles/pressearchiv/presse-2017/gymnasien-jetzt-fuer-die-digitalisierung-ruesten.html>, Stand: 30.9.2017.
- ⁹ Rothhammer, Claudia: In der Schule OFFLINE, in: Welt am Sonntag, 7.2.2016, S. Bayern 1.
- ¹⁰ Behrens, Julia / Goertz, Lutz / Schmid, Ulrich: Monitor Digitale Bildung. Berufliche Ausbildung im Digitalen Zeitalter, Gütersloh 2017, <https://www.bertels>

mann-stiftung.de/fileadmin/files/BSt/Publikationen/GrauePublikationen/Studie_Monitor-Digitale-Bildung_Berufliche-Ausbildung-im-digitalen-Zeitalter_IFT_2016.pdf, Stand: 30.9.2017.

- ¹¹ Fraunhofer Arbeitsgruppe für Supply Chain Services SCS: Studie Produktionsstandort Nürnberg 4.0. Industriebranchen im Zeichen der Digitalisierung, Nürnberg 2016, https://www.nuernberg.de/imperia/md/wirtschaft/dokumente/aktuelles/2015_11_13_abschlussbericht_produktionsstandort_nuernberg_4_0.pdf, Stand: 30.9.2017.
- ¹² Bouée, Charles-Edouard: Digitalisierung: „Das ist keine Mode, das ist die Zukunft“, Die Presse, 26.7.2015, http://diepresse.com/home/zeitgeschichte/4764227/Digitalisierung_Das-ist-keine-Mode-das-ist-die-Zukunft, Stand: 30.9.2017.

JUGEND 3.0

Digitale Beteiligungsprozesse als Chance für die Kommunen in Bayern

REGINA RENNER || Die Beteiligung junger Menschen an der Gestaltung der Gemeinden stellt vor dem Hintergrund des demographischen Wandels einen wichtigen Baustein für die Zukunft der Kommunen dar. Da für Jugendliche digitale Kommunikationswege eine sehr hohe Relevanz besitzen, geraten Onlinebeteiligungsmöglichkeiten stärker in den Blick. Der Beitrag legt dar, was konkret beachtet werden muss, um (digitale) Beteiligung zum Erfolg zu führen.

(DIGITALE) JUGENDBETEILIGUNG ALS ZUKUNFTSCHANCE FÜR DIE KOMMUNEN

Dem demographischen Wandel durch Beteiligung entgegenwirken

Der Wandel der demographischen Struktur in Deutschland hat in einige Kommunen drastische Auswirkungen. Der Rückgang der Bevölkerungszahlen, insbesondere des Anteils junger Menschen, beherbergt auch für einige bayerische Kommunen überwiegend im ländlichen Raum existenzielle Probleme. Junge Menschen müssen überwiegend zur Ausbildung oder zum Studium die Heimatgemeinde verlassen. Neue soziale Bindungen entstehen an neuen Wohnorten, an denen sie zum Teil einen beträchtlichen Teil ihres Lebens verbringen. Um jungen Menschen ein Verbleiben bzw. eine Rückkehr nach der Ausbildung oder dem Studium attraktiv zu machen und der demographischen Entwicklungen entgegenzuwirken, investieren viele Kommunen in harte Faktoren, wie adäquaten Wohnraum und Arbeitsplätze, die eine Existenz vor Ort ermöglichen sollen. Doch nicht alle strukturellen Nachteile können in den ländlichen Regionen im Gegensatz zu städtischen Gebieten kompensiert werden. Um die Kommunen für junge Menschen attraktiv zu machen,

muss mit weichen Faktoren eine Verbundenheit mit der jeweiligen Kommune geschaffen werden. Werden junge Menschen, die zum größten Teil von den konstitutionellen demokratischen Verfahren wie Bürgerversammlungen, Bürgeranträgen oder Wahlen ausgeschlossen sind, im Vorfeld an Entscheidungen, die ihr direktes Lebensumfeld betreffen, einbezogen, so schafft das Identität mit der Gemeinde.

„All politics is local“

Denn es sind vor allem die politische Entscheidungen in der Gemeinde, die das alltägliche Leben der Bürger unmittelbar beeinflussen und damit Politik erfahrbar machen, wie es Tip O’Neil, der ehemalige Sprecher des US-Repräsentantenhauses, in dem Ausdruck „All politics is local“ zum Ausdruck bringt.

Eine FRÜHE Einbindung der Interessen erhöht die Zufriedenheit der Bürger.

Die Gemeinden sind nicht nur in der Geschichte der politischen Theorie, sondern auch in der Praxis der Hort der Demokratie. Eine frühe Einbindung der Interessen der Bürger erhöht die Zufriedenheit mit bzw. das Verständnis für die konkreten politischen Ergebnisse und vor allem für die Notwendigkeit der Konsensfindung in demokratischen Gesellschaften. In Zeiten, in denen sich unsere demokratische Gesellschaft einer zunehmenden Polarisierung auseinandergesetzt sieht, ist dies ein hohes Gut. Denn alleiniges abstraktes politisches Wissen wird diesem Trend nicht entgegenwirken können.

Digitale Kommunikationswege schaffen Realität

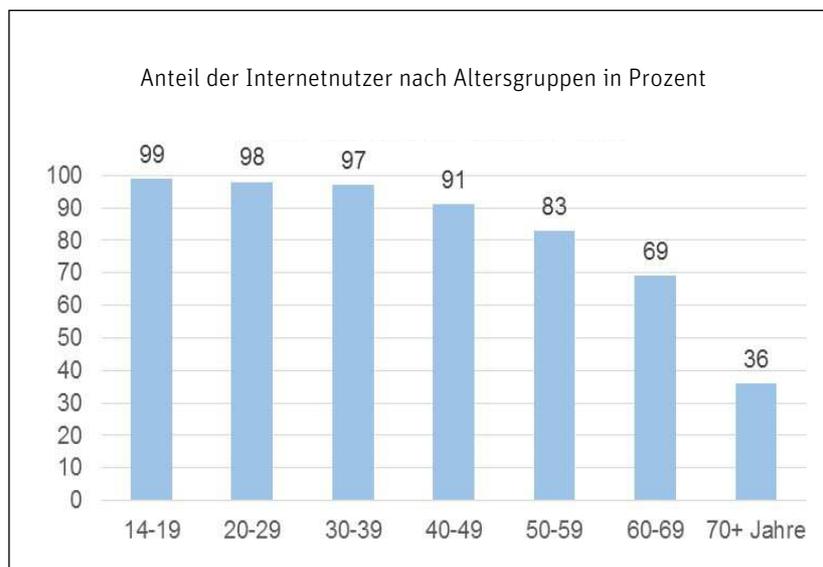
Dabei bieten auch die Entwicklungen im Bereich der Digitalisierung neue Wege und Möglichkeiten. Der digitale Wandel bezieht sich nicht nur auf die Wirtschaft, sondern erhält Einzug in das tägliche Leben. Junge Menschen wachsen mit den neuen digitalen Kommunikationsmöglichkeiten selbstverständlich auf. Wie Abbildung 1 zeigt, sind nahezu alle jungen Menschen im Alter von 14-19 Jahren online. In dieser Hinsicht unterscheiden sie sich stark von den älteren Generationen: Mit zunehmenden Alter sinkt der Anteil der Personen, die online sind, ebenso wie die tägliche Nutzungsdauer.

Über soziale Netzwerke und vor allem Messengerdienste wie WhatsApp werden große Teile des Kommunikationsbedürfnisses bedient. Der digitale Raum unterscheidet sich für junge Menschen in der Konsequenz nicht vom analogen Raum. Junge Menschen, die selbstverständlich mit der Symbiose der digitalen und analogen Kommunikation aufwachsen, haben demnach auch ein anderes Verständnis vom Zusammenspiel dieser beiden Räume – sie schaffen beide ihre Lebensrealität. In der (politischen) Beteiligung junger Menschen diesen Lebensraum außer Acht zu lassen, verkennt die Lebenswelt junger Menschen.

Des Weiteren ermöglicht die zeitliche und räumliche Unabhängigkeit der digitalen Kommunikation auch die Einbindung von den Jugendlichen, die sich aufgrund von Ausbildung oder Studium oder aufgrund der Flexibilisierung der Arbeitswelt nicht (regelmäßig) vor Ort engagieren können.

Für junge Leute hat der DIGITALE Raum den gleichen Stellenwert wie der analoge.

Abbildung 1: Internetnutzung verschiedener Altersgruppen



Quelle: Initiative D21: D21-Digital-Index 2016. Jährliches Lagebild zur Digitalen Gesellschaft, <http://initiatived21.de/app/uploads/2017/01/studie-d21-digital-index-2016.pdf>

Beteiligungsformat ist jedoch nicht gleich Beteiligungsformat. Nicht selten ist der gute Wille vorhanden, Jugendliche und junge Menschen einzubinden. Doch nach der großen Motivation erhält der Frust Einzug: leere Reihen, wenig Engagement, nur bekannte Gesichter, die sich schon sehr stark auf anderen Wegen einbringen und wenige Jugendlichen, die sich bisher nicht bereits engagiert haben. Der folgende Abschnitt erläutert, welche Aspekte zum Misserfolg von Jugendbeteiligungsformaten führen können, um daraus Empfehlungen für (digitale) Jugendbeteiligung zu entwickeln.

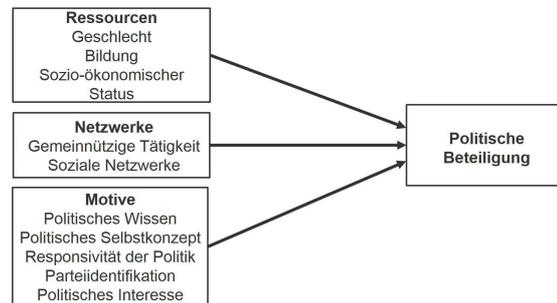
„DIE JUGENDLICHEN INTERESSIEREN SICH DOCH EH NICHT DAFÜR“ – WESHALB MANCHE BETEILIGUNGSFORMATE NICHT FUNKTIONIEREN

Um Jugendbeteiligungsformate zum Erfolg zu führen, muss in Betracht gezogen werden, welche Hindernisse für Jugendliche vorhanden sind, die dazu führen, dass sie sich nicht beteiligen. Daraus können entsprechende Konsequenzen zur Gestaltung der konkreten Beteiligungsformate – online, wie offline – gezogen werden. Denn der Vorwurf, dass Jugendliche und jungen Menschen kein Interesse an Politik haben, ist nicht zu halten. Die Shell-Jugendstudie zeigt, dass das politische Interesse junger Menschen hoch ist, es steigt seit einigen Jahren sogar an.¹ Jugendliche interessieren sich für Politik, weshalb beteiligen sie sich dann an manchen Stellen nicht? Abbildung 2 zeigt, welche Merkmale die Beteiligungsbereitschaft beeinflussen.

Generell ist es so, dass politische Beteiligungsmöglichkeiten außerhalb der Wahlen von weniger Personen wahrgenommen werden. Auch sprechen unterschiedliche (Jugendbeteiligungs-)formate verschiedene Gruppen an – weniger formalisierte Beteiligungsprozesse bspw. in Form eines Open Space oder World Cafés sprechen

Das politische Interesse junger Menschen ist in den letzten Jahren GESTIEGEN.

Abbildung 2:
Einflussfaktoren auf politische Beteiligung



Quelle: eigene Darstellung auf Basis von Gabriel, Oscar W. / Vökl, Kerstin: Politische und soziale Partizipation, in: Die EU-Staaten im Vergleich, hrsg. von Oscar W. Gabriel und Sabine Kropp, Wiesbaden 2008, S. 268-298

Oft erfolgt die MOTIVATION zu politischem Engagement über den Bekanntenkreis.

Frauen stärker an als formalisierte Beteiligungsprozesse wie Gremienarbeit (Jugendrat, Stadt- / Gemeinderat). Generell beteiligen sich Personen mit niedrigerem Bildungsabschluss oder niedrigerem Einkommen weniger häufig. Personen, die sich ehrenamtlich engagieren, zeigen auch eine höhere Bereitschaft, sich politisch zu beteiligen. Darüber hinaus werden Personen über ihren Bekanntenkreis zu politischem Engagement motiviert, wenn dieser selbst aktiv ist. Bezüglich des Einflusses dieser Faktoren der Ressourcen und der Netzwerke unterscheiden sich Jugendliche nicht wesentlich von Erwachsenen. Eine besondere Aufgabe stellen für junge Menschen jedoch die Merkmale aus Abbildung 2, die unter „Motive“ zusammengefasst sind.

Jugendliche und junge Menschen befinden sich in einer Phase, in der sie sich verschiedenen Herausforderungen gegenübersehen. Eine dieser richtungsentscheidenden Aufgaben ist die Entwicklung zu einem kulturellen und politischen Bürger. Die partizipationsrelevanten Eigenschaften, die in Abbildung 2 unter „Motive“

zusammengefasst sind, bilden sich in der Jugendphase erst aus. Damit junge Menschen ein positives Verständnis von Politik entwickeln und sich überhaupt daran beteiligen, muss auf diese Faktoren, die im Folgenden kurz umrissen werden, ein besonderes Augenmerk gelegt werden.

Politisches Wissen – „Ich habe zu wenige Informationen“

Junge Menschen möchten sich beteiligen, aber gut informiert sein. Dazu zählt ein grundlegendes Wissen über das Funktionieren der Demokratie und politischer Prozesse (politisches Wissen). Darüber hinaus geht es jungen Menschen vor allem darum, differenzierte Informationen über den konkreten Gegenstand, über den entschieden werden soll, zu erhalten. Parteilichungen, die eine generelle Orientierung bei politischen Entscheidungen liefern, nehmen in der Gesamtbevölkerung ab, junge Menschen haben sie oft noch gar nicht ganz ausgebildet. Deshalb werden ihre Entscheidungen noch stärker von der konkreten Einstellung zu einer Sachfrage beeinflusst. Wird diese Entscheidungsfindung zu wenig gefördert und jungen Menschen zu wenige Informationen an die Hand gegeben, die es ihnen erleichtern, sich gut informiert einzubringen, hält das viele davon ab, sich zu beteiligen.

Responsivität der Politik – „Es ändert sich doch nichts“

Jugendliche können kein Wahlrecht ausüben und sind damit auch von den Beteiligungsmöglichkeiten, die die Gemeindeordnung vorsieht, ausgeschlossen. Dadurch sind ihre Themen und Anliegen selten im Fokus der Politik. Junge Menschen fühlen sich häufig im politischen Prozess nicht vertreten. Bringen sie ihre Anliegen beispielsweise in einem direkten Kontakt mit einem Politiker oder in einem Jugendbeteiligungsformat ein und erhalten keine Rückmeldung darüber, was mit ihren Anliegen geschehen ist, senkt das die Chance, dass sie sich ein weiteres Mal einbringen werden. Beteiligungsformate, bei denen nicht ersichtlich ist, ob die Ergebnisse Auswirkungen haben und durch die Kommunalpolitik ernst genommen werden, stoßen auf deutlich geringeres Interesse. Gerade Onlinebeteiligungsformate laufen Gefahr, „im

Sand zu verlaufen“ und keine Konsequenzen zu haben. Zentral ist dabei, dass vor Beginn der (Online-)beteiligung klar gestellt wird, über was dort gesprochen wird: Können die Jugendlichen verbindlich entscheiden oder lediglich eine Empfehlung an den Gemeinderat geben? Falsche Erwartungen an das Beteiligungsverfahren führen zu Frust.

Jugendliche unter 18 Jahren sind von den Beteiligungsmöglichkeiten innerhalb der Gemeindeordnung AUSGESCHLOSSEN.

Politisches Selbstkonzept – „Ich traue mir das nicht zu, mich zu beteiligen“

Auch für viele volljährige Bürger sind die komplexen politischen Prozesse der politischen Entscheidungsfindung schwer durchschaubar und führen zu dem Gefühl, nicht handlungsfähig in der Politik zu sein. Nicht selten werden Jugendbeteiligungsformate an „erwachsene“ Beteiligungsformen angelehnt: Jugendräte, die in ihrer Struktur Gemeinderäten ähneln, komplexe Onlinediskussionen an konkreten Textvorschlägen. Diese Verfahren überfordern in ihrer Komplexität viele junge Menschen und halten sie davon ab, sich daran zu beteiligen.

Möchte man nicht nur die „Vorzeige-Jugendlichen“, die sich bereits auf sämtlichen Wegen (politisch) beteiligen, mit Jugendbeteiligungsformaten ansprechen, müssen die Formate vor allem einen sehr niederschweligen Zugang bieten. Gerade digitale Beteiligungsmöglichkeiten bieten hier einige Chancen.

DIGITALIZE IT?

Das Social Web ist gerade für junge Menschen zur Lebensrealität geworden, eine Unterscheidung in „offline“ und „online“ findet kaum mehr statt, beide Sphären schaffen Wirklichkeiten für junger Menschen. Neben der Tatsache, dass digitale Kommunikationswege für junge Generationen nicht mehr wegzudenken sind, bieten sie auch zusätzliche Chancen.

Geht man davon aus, dass Menschen ihre Handlungen rational abwägen, dann schätzen sie ab, welche Kosten für einzelne Handlung anfallen und welchen Nutzen sie im Gegensatz daraus ziehen.² Überträgt man diese Überlegungen auf die politische Beteiligung, so bedeutet dies, dass die Chance sinkt, dass Bürger sich politisch beteiligen, je höher der (zeitliche) Aufwand für die Beteiligung ausfällt. Gerade bei jungen Menschen, die sich bisher noch nicht politisch beteiligt haben, ist es essenziell, die Beteiligungsformate niederschwellig anzusetzen. Onlinebeteiligungsmöglichkeiten bieten hier, wie Abbildung 3 verdeutlicht, eine größere Variation an Beteiligungsmöglichkeiten und -intensitäten als Offlineformate.

So kann bereits mit einem „Like“ oder einer kurzen Unterschrift unter eine Onlinepetition, mit dem Teilen von Inhalten anderer Personen oder Gruppierungen sehr schnell die eigene (politische) Meinung zum Ausdruck gebracht werden. Eine Begleitstudie zum Modellprojekt Onlinepartizipation, in dem der Bayerische Jugendring (BJR) die Möglichkeiten und Grenzen von Onlinebeteiligungsverfahren in städtischen und ländlichen Gemeinden erprobt, zeigt, dass junge Menschen der Beteiligung im Internet einen hohen Stellenwert einräumen. Gerade im Bereich der öffentlichen Meinungsäußerung bevorzugen die jungen Menschen im Alter von 14-27 Jahren in den ausgewählten 20 bayerischen Gemeinden niederschwellige Onlineformate im Gegensatz zu öffentlichen Versammlungen. Nach der Bereitschaft zur Wahlbeteiligung, zur Meinungsäußerung im Bekanntenkreis und der Beteiligung an direktdemokratischen Verfahren würden die befragten jungen Menschen am ehesten Onlinebeteiligungsmöglichkeiten nutzen, um Einfluss auf politische Entscheidungen zu

Abbildung 3: Möglichkeiten der Onlinebeteiligung nach Aufwand



Quelle: eigene Darstellung zu eigenen Auswertungen der Studie von Renner, Regina: Politische Beteiligung junger Menschen in Bayern. Begleitbefragung des Bayerischen Jugendrings zum Modellprojekt Onlinepartizipation, München 2017

nehmen. Die Niederschwelligkeit dieses Zugangs scheint also die Beteiligungsbereitschaft junger Menschen zu erhöhen.

Aufgrund der Verfügbarkeit des Netzzuganges über mobile Endgeräte wie Smartphones stehen diese Beteiligungsmöglichkeiten nahezu zu jeder Zeit und an jedem Ort zur Verfügung. Die Beteiligung an den Belangen der Gemeinde ist also nicht von einem konkreten Termin und Ort abhängig, sondern beispielsweise auch vom (Aus-)bildungsort möglich. In Zeiten einer großen Mobilität und Flexibilität, die es bereits im Schulalter schwierig gestalten, Terminfindungen zu ermöglichen, kann Onlinebeteiligung durch die räumliche und zeitliche Unabhängigkeit Beteiligung in der Gemeinde auch in der Zeit ermöglichen, in der eine räumliche Distanz vorhanden ist.

DER WEG ZUM ERFOLG: KRITERIEN FÜR (DIGITALE) JUGENDBETEILIGUNG

Die Jugendarbeit in Bayern hat auf Basis der wissenschaftlichen Erkenntnisse und den Erfahrungen aus der Praxis der Jugendbeteiligung in Verbänden und Gemeinden Kriterien entwickelt, die zum Gelingen von Jugendbeteiligungsformaten beitragen.³ Die Kriterien werden in Thesenform vorgestellt und erläutert.

Politische Beteiligung sinkt, je höher der ZEITLICHE Aufwand ist.

These 1:**Vor der Beteiligung kommt die Information**

Junge Menschen wollen informiert sein, wenn sie sich einbringen. Vor der Beteiligung steht damit die Informationsbeschaffung. Dies beinhaltet einerseits die Ziele und den Ablauf des Beteiligungsprojekts. Andererseits sollten bei der Diskussion konkreter Maßnahmen (z. B. der Gestaltung von Freiflächen oder eines Kinderstadtplans) die verfügbaren Informationen über die Rahmenbedingungen dargestellt werden. Dabei ist es zentral, jugendaffine Kommunikationswege zu bedienen, die junge Menschen erreichen. Informationen aus Tageszeitungen erhalten Jugendliche in der Regel nur über Dritte. Da sich Jugendliche in Messengerdiensten wie WhatsApp aufhalten, ist die direkte Kontaktierung über soziale Netzwerke erschwert. WhatsApp stellt momentan das einzige soziale Netzwerk dar, in dem sich nahezu alle Jugendlichen aufhalten. Um die Onlinebeteiligungsverfahren verbreiten zu können, sollten digitale Verbreitungswege nicht außer Acht gelassen werden. Gerade bei der Einführung von Onlinebeteiligungsformaten erweist sich jedoch ein direkter Offlinekontakt, z. B. über eine postalische Kontaktierung, Schulen oder Einrichtungen der Jugendarbeit und bereits bestehende Beteiligungswege wie Jugendverbände, als unerlässlich. Nur so kann gewährleistet werden, dass alle Jugendlichen der Gemeinde Kenntnis von der Onlinebeteiligung erhalten.

Onlinebeteiligungsverfahren müssen auch über Offlinekontakte VERBREITET werden.

Tipp!

Gute (Online-)beteiligung muss:

- Kontakt über bereits bestehende Beteiligungsstrukturen herstellen: Onlineplattformen müssen die überwiegend privaten, digitalen Kommunikationskanäle Jugendlicher erreichen und sich etablieren. Der direkte Kontakt der Jugendlichen über bereits bestehende Beteiligungsstrukturen wie Jugendräte, Jugendverbände oder Einrichtungen der Jugendarbeit ist essenziell. Nur durch eine postalische Kontaktierung aller Jugendlichen in der Gemeinde kann gewährleistet werden, dass sie die Informationen über die Onlinebeteiligung erhalten.
- Informationen bereitstellen: Wie läuft das Verfahren ab, wie kann ich mich beteiligen, welche Alternativen stehen zur Diskussion? Spezialisierte Jugendbeteiligungsplattformen im Internet bieten die Möglichkeit, Informationen rund um das Beteiligungsverfahren einzubinden.

These 2:**Jugendbeteiligung muss Folgen haben**

Damit sich etwas ändert: Klare Strukturen, eine institutionelle Absicherung durch die Anbindung an Jugendbeauftragte in der Gemeinde und die finanzielle Absicherung können eine Regelmäßigkeit gewährleisten. Konkrete Beteiligungsverfahren müssen darüber hinaus einen Ausblick auf Anschlussprojekte bieten. Teilweise ergeben sich aus den Beteiligungsformaten Arbeitsgruppen, die ein längerfristiges Projekt weiterverfolgen wollen. Damit die Beteiligung nicht zu Frust führt, muss zudem vorab geklärt werden, wie die Ergebnisse in den (kommunal-)politischen Prozess eingebunden werden. Essenziell ist hierbei auch ein offengelegter Zeitplan, denn nur damit wird das Engagement für Jugendliche greifbar. Gerade bei Onlinebeteiligungsprojekten ist es wichtig, die einzelnen Beteiligungsphasen zu terminieren. Darüber hinaus muss vor Beginn des Projekts klar sein, welche Kompetenzen übertragen werden: Können die Jugendlichen selbst durch die Onlineabstimmung über Projektvorschläge entscheiden oder werden lediglich Empfehlungen für den Gemeinderat erarbeitet? Die Erfahrungen aus dem Modellprojekt Onlinepartizipation des BJR zeigen: Je höher die Verbindlichkeit der Empfehlung der Jugendlichen, desto höher die Beteiligung. Wird in der Onlinebeteiligung verbindlich über Projektideen abgestimmt, erhöht sich die Beteiligungsbereitschaft deutlich.

Wichtig ist zudem, dass den Jugendlichen eine transparente Rückmeldung über den weiteren Verlauf ihrer Ideen und Empfehlungen gegeben wird. Dies steigert auch dann das Gefühl, ernst genommen zu werden, wenn die Ideen nicht eins-zu-eins umgesetzt werden (können). So sollten die Ergebnisse beispielsweise online kommuniziert werden und vor allem auf den gängigen Jugendbeteiligungsformaten dargestellt werden. Es ist wichtig, dass die Informationen und Begründungen über die Umsetzung der Empfehlungen den Jugendlichen auf ihren Kommunikationswegen bereitgestellt werden.

Je höher die VERBINDLICHKEIT der Empfehlungen, desto höher die Beteiligung.

Tipp!

Gute (Online-)beteiligung muss:

- institutionalisiert sein: sie findet regelmäßig statt, hat einen klaren Zeitplan für die einzelnen Phasen und legt vorab fest, wie die Ergebnisse in die gemeindliche Entscheidungsfindung eingebunden werden. Eine gute Richtschnur für die Einbindung in die gemeindliche Entscheidungsfindung bietet die Bayerische Gemeindeordnung. In Artikel 18 wird festgehalten, dass die „Empfehlungen der Bürgerversammlung [...] innerhalb einer Frist von drei Monaten vom Gemeinderat behandelt werden [müssen]“.
- transparent sein: Die Ergebnisse der Beratungen in gemeindlichen Gremien müssen den Jugendlichen bspw. auf der Onlinebeteiligungsplattform oder beim nächsten Offlinetreffen präsentiert werden.
- Kompetenzen definieren: Können die Jugendlichen selbst entscheiden oder lediglich Empfehlungen geben?
- Anschlussprojekte unterstützen: Jugendliche werden bei der konkreteren Ausgestaltung der Ideen mit eingebunden.

These 3: Beteiligung muss an die Bedürfnisse junger Menschen ausgerichtet sein

Wie bereits dargestellt, beteiligen sich Zielgruppen vor allem in Abhängigkeit von Geschlecht, Bildung und sozialer Lage an Beteiligungsangeboten verschieden. Dies hängt häufig damit zusammen, dass junge Menschen von der Komplexität mancher Beteiligungsverfahren abgeschreckt werden oder andere Ausdrucksweisen – z. B. über die Produktion von Youtube-Videos oder Poetry-Slam-Texten – anstelle von Diskussionen bevorzugen. Wichtig ist es, verschiedene Beteiligungsmöglichkeiten offline und online zuzulassen – von der Einbringung der eigenen Meinung zu Vorschlägen anderer („ liken“ oder bewerten) über die Einbringung von Ideen („posten“ oder kommentieren) bis hin zur Selbstorganisation (Gründung von Diskussionsforen im Internet oder eines Jugendparlaments etc.) sollte ein breites Spektrum an Beteiligungsintensitäten ermöglicht werden.

Bei Onlinebeteiligung zeigen die Erfahrungen aus der Jugendarbeit, insbesondere des Modellprojekts Onlinepartizipation des BJR, dass ein Offlinebeteiligungsformat in Form z. B. eines Jugendforums / Jungbürgerversammlung vorangestellt werden sollte. Dies verwundert nicht, da die Verschriftlichung von Ideen beziehungsweise die Ideeneinbringung bereits eine höherschwellige Beteiligungsform darstellt. Zudem fällt es schwer, sich in einem Raum (politisch) zu äußern, der unbekannt ist – es ist nicht klar, mit welchen Personen auf der Onlinebeteiligungsplattform kommuniziert wird. Damit Onlinebeteiligung seine Vorteile ausspielen kann, empfiehlt es sich, die Ideen und Vorschläge in Offlinebeteiligungsverfahren (z. B. Open Space, World Café etc.) zu sammeln und über das begleitende (Fach-)personal für die weiterführende Onlinediskussion zu verschriftlichen.

Die verschiedenen Wege, sich zu BETEILIGEN, sollten offline und online möglich sein.

Damit Onlinebeteiligung funktioniert und seine Vorteile ausspielen kann, muss vorab geklärt werden, wer durch die Onlinebeteiligung angesprochen werden soll und welche Phasen eines Beteiligungsprozesses online stattfinden. Die Erfahrungen zeigen, dass die digitale Realität mit der analogen gekoppelt und Onlinebeteiligung mit Offlinebeteiligung kombiniert werden sollte.

Tipp!

Gute (Online-)beteiligung muss:

- junge Menschen als Experten in eigener Sache verstehen! Junge Menschen wissen am besten, welche Beteiligungsformate und -plattformen ihnen gefallen und von Jugendlichen am meisten genutzt werden. Deshalb sollten Jugendliche bereits in der Vorbereitung des konkreten Beteiligungsprojektes eingebunden werden.
- die Fachkräfte der Jugendarbeit einbeziehen: Mit den kommunalen und gemeindlichen Jugendpflegern sowie den Kreis- und Stadtjugendringen stehen Fachpersonal und Ehrenamtliche zur Verfügung, die bei der Planung und Durchführung von Jugendbeteiligungsformaten kompetent zur Seite stehen. Sie beraten zu verschiedenen Offlineformaten und Onlineplattformen. Einen Überblick und Beratung zu den Vor- und Nachteilen aktueller (Jugend-)beteiligungsplattformen im Internet gibt das Bundesprojekt jugend.beteiligen.jetzt.
- heißen: Offline first! Onlinebeteiligungsformate im Kaltstart funktionieren in der Regel nicht. Deshalb sollten sie in vorherige Offlinebeteiligungsformate eingebunden werden.

Digitale Jugendbeteiligungsplattformen bieten neue MÖGLICHKEITEN, die Ideen junger Menschen aufzugreifen.

WER DIE (POLITISCHEN) INTERESSEN JUNGER MENSCHEN NICHT ERNST NIMMT, VERSPIELT DIE ZUKUNFT

Die Beteiligung junger Menschen ist eine Chance für die Kommunen in Bayern. In Zeiten einer demographischen Entwicklung, die in vielen Kommunen vor allem im ländlichen Raum einen Rückgang der Bevölkerung zur Folge hat, muss es den bayerischen Kommunen daran gelegen sein, Bedingungen zu schaffen, die die Verbundenheit junger Menschen zur Gemeinde stärken. Neben den harten Faktoren, die eine Existenz ermöglichen sollen, kann vor allem durch die aktive Beteiligung junger Menschen an der Gestaltung ihrer Gemeinde die Identifikation gestärkt werden. Digitale Jugendbeteiligungsplattformen bieten durch die zeitliche und räumliche Unabhängigkeit und die Integration aller Medien neue Möglichkeiten, die Ideen junger Menschen aufzugreifen, die aufgrund des fehlenden Wahlrechts Minderjähriger nicht direkt im politischen Prozess vertreten sind. Junge Menschen wollen ihr Lebensumfeld mitgestalten. Diese Potenziale gilt es zu nutzen. Wer die Anliegen junger Generationen ernst nimmt, investiert in die Zukunft der Kommune.

|| REGINA RENNER M.A.

Referentin für Jugendpolitik beim Bayerischen Jugendring K.d.ö.R., wissenschaftliche Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Vergleichende Politikwissenschaft und Systemlehre, Julius-Maximilians-Universität Würzburg

ANMERKUNGEN

- ¹ Albert, Mathias: 17. Shell Jugendstudie. Jugend 2015: eine pragmatische Generation im Aufbruch, Frankfurt am Main 2015.
- ² Vgl. bspw. Downs, Anthony: An economic theory of democracy. New York 1957.
- ³ Bayerischer Jugendring: Mehr Partizipation und politische Bildung in Bayern. Beschluss vom 141. Hauptausschuss des Bayerischen Jugendrings vom 19. bis 21. Oktober 2012, München 2012.

VORAUSSETZUNGEN DIGITALER BETEILIGUNG IN KLEINSTGEMEINDEN

Ein Vergleich

NICOLE OPIELA || Der digitale Wandel bietet für kleine Kommunen große Chancen, die aktiv politisch gestaltet werden müssen. Um dabei bedarfsgerecht zu agieren, braucht es den engen Dialog von Bürgern und Verwaltung. Hierfür bietet die Digitalisierung neue niedrighschwellige Möglichkeiten. Was aber muss gegeben sein, damit sich Bürger digital aktiv am Geschehen in ihrer Gemeinde beteiligen können?

Für eine aktive digitale Bürgerbeteiligung müssen verschiedene Voraussetzungen erfüllt sein. Hierzu zählen digitale Kompetenzen und digitales Engagement der Bürger ebenso wie eine leistungsfähige digitale Infrastruktur sowie eine Verwaltung, die über die entsprechenden Strukturen verfügt, um Impulse aus der Bevölkerung aufzugreifen. In all diesen Bereichen gibt es im bundesweiten Vergleich teilweise erhebliche Unterschiede. In diesem Beitrag sollen die Voraussetzungen von E-Partizipation in den einzelnen Bundesländern verglichen und anhand von Fallbeispielen gezeigt werden, wie Kleinstgemeinden digitale Beteiligung ermöglichen. Die Daten und nachfolgenden Abbildungen (1-3, 5) sind dem „Deutschland-Index der Digitalisierung 2017“¹ des Kompetenzzentrums Öffentliche IT entnommen.

INFRASTRUKTUR ALS BASIS FÜR BETEILIGUNG

Die digitale Infrastruktur ist die Basis für das Angebot und die Nutzung digitaler Dienste und damit eine Grundvoraussetzung für digitale Partizipation. Live-Videochats mit Politikern oder Online-Tools, mit denen der öffentliche Raum spielerisch umgestaltet werden kann, tragen wenig zu einer inklusiven gesellschaftlichen Debatte bei, wenn Teile der Bevölkerung aufgrund einer zu langsamen Internetverbindung

davon ausgeschlossen sind. Auf diese Weise können digitale Gräben auch politische Teilhabe und Mitbestimmung negativ beeinflussen. Neben dem viel diskutierten Breitband zählen zur Infrastruktur auch die für die Nutzer unsichtbaren Komponenten, die sogenannten Netzknoten, sowie Mobilfunk, Technologievielfalt und Domains.

Legt man diese Kriterien zugrunde, zeigt sich, dass es um die digitale Infrastruktur und damit um die Möglichkeit zur digitalen Partizipation in den einzelnen Bundesländern durchaus unterschiedlich bestellt ist.

Eine gut ausgebaute INFRASTRUKTUR ist die Grundvoraussetzung für digitale Partizipation.

Hinsichtlich der Qualität der digitalen Infrastruktur lagen zum Erhebungszeitpunkt im Jahr 2015 die Stadtstaaten an der Spitze, die als einzige Bundesländer über eine vollständige LTE-Abdeckung verfügen. Direkt dahinter folgten im Gesamtvergleich jedoch bereits die Flächenlän-

Abbildung 1:
Index der digitalen Infrastruktur



Abbildung 2: Anteil der in Kleinstgemeinden lebenden Bevölkerung



der Schleswig-Holstein, Hessen und Nordrhein-Westfalen sowie das Saarland. Die Stadtstaaten, Schleswig-Holstein und das Saarland weisen eine (nahezu) vollständige Versorgung der Haushalte mit hohen Übertragungsraten sowie eine hohe Technologievielfalt auf. Diese Vielfalt bietet auf der einen Seite Wahlfreiheit für die Nutzer, die bei Unzufriedenheit mit ihrer derzeitigen Internetverbindung eine andere Technologie zur Verfügung haben. Auf der anderen Seite können sich dadurch auch Redundanzen ergeben, die Investitionen in zukünftsträchtigere Technologie möglicherweise entgegenstehen. So ist Hamburg das einzige Bundesland, in dem im Jahr 2015 Glasfaser mit über 70 % bereits umfassend verfügbar war. Mit großem Abstand folgten hier Schleswig-Holstein (15 %) und Bayern (10 %).

Kommunen sind diejenige Verwaltungsebene mit den meisten Bürgerkontakten. Die Möglichkeiten zur kommunalen digitalen Partizipation sind daher besonders relevant. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung unter-

scheidet zwischen Landgemeinden, kleinen und größeren Kleinstädten, Mittelstädten und Großstädten. Die Landgemeinden stellen hierbei die kleinste Einheit dar. Sie zeichnet aus, dass sie weniger als 5.000 Einwohner und keine grundzentralörtliche Funktion haben.² Da in der Erhebung lediglich die Einwohnerzahl erfasst werden konnte, wird an dieser Stelle stattdessen von Kleinstgemeinden gesprochen. Der Anteil der in solchen Kleinstgemeinden lebenden Bevölkerung wird in Abbildung 2 dargestellt.³

Im Vergleich mit der Qualität der digitalen Infrastruktur zeigt sich, dass die am besten abschneidenden Bundesländer größtenteils städtisch geprägt sind und – mit Ausnahme von Schleswig-Holstein – nur über einen sehr geringen Anteil von Gemeinden mit weniger als 5.000 Einwohnern verfügen. Dies macht die Diskrepanzen zwischen gut versorgten Ballungszentren und schlechter angebundenen ländlichen Räumen deutlich, die sich auch auf die Möglichkeiten zur digitalen politischen Beteiligung auswirken.

KOMPETENZEN UND DIGITALE BILDUNG ALS SCHLÜSSEL

Selbst wenn eine ausreichend leistungsfähige digitale Infrastruktur vorhanden ist, ist dies nur eine notwendige Vorbedingung für digitale Partizipation. Die Bürger müssen zudem in der Lage sein, digitale Mittel für politische Partizipation zu nutzen. Dies erfordert ein Mindestmaß an digitaler Kompetenz. Kompetenzen sind jedoch schwierig zu beobachten und zu messen. Um zu vergleichen, wie sich die einzelnen Bundesländer im Hinblick auf die digitale Kompetenz ihrer Bürger voneinander unterscheiden, werden deshalb das Nutzungsverhalten und das digitale Engagement betrachtet.

Für das Nutzungsverhalten wurden die tägliche Internetnutzung, die Nutzung mobiler Endgeräte wie Smartphone oder Tablet, die Nutzung sozialer Medien sowie das Einkaufen über das Internet (Online-Shopping) zum Erhebungszeitpunkt berücksichtigt. Diese Werte sind für alle Bundesländer jeweils sehr hoch, die Nutzung digitaler Angebote ist demnach durchgängig weit verbreitet. So nutzten im Jahr 2015 in jedem Bundesland mindestens 60 % der Befragten das Internet täglich. Besonders webbaffin zeigen sich die Einwohner von Bremen, Hamburg, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz, die in jedem Bereich die höchsten Nutzerwerte erreichen. Dieses Ergebnis ist in mehrfacher Hinsicht erstaunlich. Zum einen scheint die Infrastruktur einen geringeren Einfluss auf die Nutzung zumindest grundlegender digitaler Dienste zu haben als vermutet. Niedersachsen und Rheinland-Pfalz landen im Hinblick auf ihre digitale Infrastruktur nämlich nur im Mittelfeld. Gleichzeitig leben gerade in Rheinland-Pfalz viele Bürger in kleinen und Kleinstkommunen und auch Niedersachsen ist überwiegend ländlich geprägt. Die Nutzung digitaler Angebote wie Online-Shopping kann demnach auch eine Möglichkeit darstellen, die Nachteile peripherer Räume wie weniger Einkaufsmöglichkeiten, kürzere Ladenöffnungszeiten und schlechtere Verkehrsanbindungen zu kompensieren. Hier zeigt sich das Potenzial des digitalen Wandels für den ländlichen Raum.

Um einen Eindruck vom digitalen Engagement zu erhalten, wurden Wikipedia-Artikel über das jeweilige Bundesland sowie die Anzahl

an FabLabs und Treffen des Chaos Computer Clubs (CCC) im Jahr 2015 erfasst. FabLabs sind Werkstätten, in denen Privatpersonen (computergesteuert) Produkte fertigen können. Der CCC ist die größte europäische Hackervereinigung und beschäftigt sich mit technischen und sozialen Entwicklungen. Diese Formen des Engagements lassen sich als Indikator für ein tiefergehendes Interesse an der Digitalisierung auffassen. Die meisten Artikel pro Einwohner gibt es über die Stadtstaaten sowie über Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern. Bei FabLabs und CCC-Treffen stechen insbesondere Bremen, Schleswig-Holstein, Bayern und Hessen hervor. Mit Ausnahme der Stadtstaaten und Hessen sind also auch hier die am besten abschneidenden Bundesländer eher ländlich geprägt und weisen einen hohen Anteil an Kleinstgemeinden auf. Hier drängt sich ebenfalls die Vermutung auf, dass digitales Engagement als Chance genutzt wird, um möglicherweise das Fehlen anderer Möglichkeiten des Engagements auszugleichen bzw. das lokale Engagement um

Abbildung 3:
Nutzungsverhalten und Engagement



ein digitales und damit globales zu ergänzen. Fasst man Nutzung und Engagement zusammen, liegen die Stadtstaaten allerdings erneut an der Spitze. Die Flächenländer werden von Hessen angeführt, wobei die Unterschiede zu den restlichen Bundesländern nicht besonders groß ausfallen.

BÜRGERBETEILIGUNG IN KLEINSTGEMEINDEN IM VERGLEICH

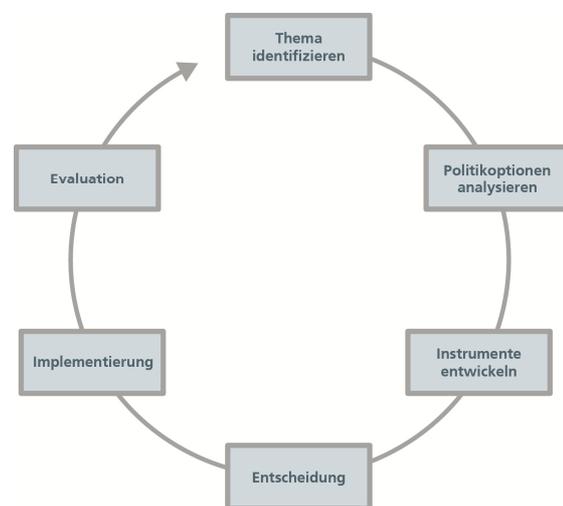
Um einen repräsentativen Einblick in die Digitalisierung der Kommunen zu erhalten, hat das Kompetenzzentrum Öffentliche IT zwischen Juni und August 2016 302 kommunale Webportale im gesamten Bundesgebiet untersucht. Im Vordergrund standen dabei Kriterien, die für das digitale Angebot einer modernen, effizienten und bürgernahen Verwaltung von Bedeutung sind. In der Analyse wird der Frage nachgegangen, wie es insbesondere Kleinstkommunen schaffen, ihren Bürgern trotz geringerer Nachfrage, begrenzter Mittel und struktureller Herausforderungen ein attraktives digitales Angebot zu bieten und digitale Partizipation zu fördern. Im Fokus stehen Beteiligungsverfahren, bei denen die Gemeinde die Initiatorin ist, und umfasst alle Stufen der Partizipation, von der Information über die Konsultation und Zusammenarbeit bis hin zur Mitbestimmung.

Digitale Beteiligung kann nur effektiv sein, wenn die öffentliche Verwaltung willens und in der Lage ist, die Anregungen, Vorschläge und Forderungen der Bürger auch aufzunehmen, in entsprechende politische Handlungen zu überführen und diese dann umzusetzen. Besonders profitiert digitale Partizipation davon, wenn die Verwaltung sich öffnet und beispielsweise Verwaltungsdaten zur Verfügung stellt, die den Bürgern wiederum helfen, Sachverhalte zu erkennen und zu bewerten und auf dieser Grundlage in einen Dialog mit der Verwaltung zu treten. Gleichzeitig profitiert auch die Verwaltung davon, wenn sie die Bürger stärker einbindet, da auf dieser Grundlage Mittel bedarfsgerechter eingesetzt werden können. Veranschaulichen lässt sich diese wechselseitige Zusammenarbeit am sogenannten Policy Cycle.⁴

Bürger können durch (digitale) Partizipation dafür sorgen, dass ein bislang unterrepräsentiertes

Thema auf die politische Tagesordnung rückt, beispielsweise durch eine Petition oder ein Bürgerbegehren. Damit helfen sie, politikrelevante Themen zu identifizieren. Auch auf die folgende politische Debatte, die Analyse verschiedener Politikoptionen und die Entwicklung politischer Instrumente können sie Einfluss nehmen, indem sie beispielsweise auf Bürgerversammlungen mit Politikern diskutieren oder ihre Abgeordneten kontaktieren. Ist das politische Vorhaben beschlossen, geht es in die Umsetzungsphase. Auch hier können sich die Bürger wiederum einbringen, indem sie beispielsweise eigene Ressourcen zur Verfügung stellen und an der Umsetzung mitwirken. Mittels einer Evaluation kann festgestellt werden, ob das Vorhaben die intendierten Effekte verwirklicht bzw. welche unbeabsichtigten Folgen sich ggf. abzeichnen. Die Ergebnisse der Evaluation können der Input für eine mögliche Überarbeitung des Vorhabens oder der Anstoß für ein weiteres politisches Vorhaben sein, wenn dabei ein neues regelungsbedürftiges Thema identifiziert wird.

Abbildung 4: Beteiligungsmöglichkeiten bei der Entstehung neuer politischer Vorgaben



Quelle: nach Bridgman, Peter / Davis, Glyn: What Use is a Policy Cycle? Plenty, if the Aim is Clear, in: Australian Journal of Public Administration 3/2003, S. 98-102

Bei politischer Partizipation kann weiterhin unterschieden werden zwischen *bottom-up* Ansätzen, bei denen die Initiative aus der Zivilgesellschaft kommt, wie beispielsweise bei Demons-

trationen, Petitionen oder Bürgerbegehren, und *top-down* Ansätzen, bei denen sich die öffentliche Verwaltung öffnet und proaktiv Schnittstellen für direkte Bürgerbeteiligung schafft. Beispiele sind offene Verwaltungsdaten, Konsultationen, Bürgerhaushalte oder auch ein Anliegenmanagement.

SOZIALE MEDIEN UND MÄNGELMELDER LIEGEN IM TREND

Betrachtet man solche *top-down*-Ansätze, stellt man fest, dass es viele Kommunen gibt, die sich über den Kernaufgabenbereich gesetzlich vorgeschriebener Verwaltungsleistungen hinaus um mehr Offenheit gegenüber den Bürgern bemühen. Sie präsentieren sich in sozialen Medien, stellen Verwaltungsdaten als Open Data bereit, weisen auf öffentliche WLAN-Hotspots hin oder bieten Möglichkeiten zur Onlinebürgerbeteiligung wie einen digitalen Bürgerhaushalt oder ein digitales Anliegenmanagement (Mängelmelder). Auf diese Weise werden neue Kanäle für einen direkteren Austausch mit der Verwaltung geschaffen, um Vorschläge, Ideen und Anregungen der Bürger stärker einzubeziehen. Knapp die Hälfte der untersuchten Kommunen nutzt bereits soziale Medien für Information und direkten Austausch, etwa genauso viele setzen ein digitales Anliegenmanagement ein. Bei den Kleinstgemeinden sind es jedoch nur etwa jede fünfte bzw. etwas mehr als jede zehnte Kommune. Die Bereitstellung öffentlicher WLAN-Hotspots über die städtische Bibliothek hinaus stellt bislang eher noch die Ausnahme dar. Dies könnte sich durch die kürzlich erfolgte Abschaffung der sogenannten Störerhaftung nun aber ändern.

Bürgerbeteiligung und Hinweise auf öffentliche WLAN-Hotspots bieten nur noch etwa ein Viertel bis ein Fünftel der Kommunen insgesamt sowie 5 % der Kleinstgemeinden. Bei weniger als 10 % der Kommunen und keiner einzigen der untersuchten Kleinstkommunen wird dezidiert auf offene Verwaltungsdaten verwiesen. Dabei gilt allerdings zu berücksichtigen, dass sich auf nahezu jedem kommunalen Portal Daten und Statistiken finden lassen, was den geringen Anteil expliziter Open Data Angebote relativiert.

Dass es auch abseits großer Ballungsräume gute Vorbilder für E-Partizipation gibt, zeigen zwei Beispiele:

Die Gemeinde Fürstenstein im Landkreis Passau in Bayern zählt 3.279 Einwohner. Auf der gemeindeeigenen Website bietet Fürstenstein ihren Bürgern einen elektronischen Mängelmelder, über den Anfragen an die Verwaltung, z. B. zu Straßenschäden, defekten Straßenlaternen oder Verunreinigungen im öffentlichen Raum direkt übermittelt werden können. Zu finden ist die Gemeinde auch bei Facebook, wo fast 1.000 Personen die regelmäßigen Neuigkeiten rund um Fürstenstein abonniert und die Seite mit 4,8 von 5 möglichen Sternen bewertet haben. Auch die Kontaktmöglichkeiten zur Verwaltung sowie deren Öffnungszeiten sind auf Facebook zu finden. Bald sollen den Einwohnern zudem kostenfrei nutzbare öffentliche WLAN-Hotspots im Stadtgebiet zur Verfügung gestellt werden. Dafür bewirbt sich Fürstenstein im Rahmen der Initiative BayernWLAN. Den Breitbandausbau mit Glasfaser treibt die Gemeinde ebenfalls aktiv voran. Im Sommer 2017 wurde ein Vertrag geschlossen, um weitere 250 Haushalte mit der Zukunftstechnologie zu versorgen.

Durch die Abschaffung der sog. Störerhaftung wird die Bereitstellung öffentlicher WLAN-HOTSPOTS erleichtert.

Die Gemeinde Deckenpfronn mit 3.232 Einwohnern liegt im Landkreis Böblingen in Baden-Württemberg. Auch Deckenpfronn bietet online einen Schadenmelder, über den die Verwaltung über Mängel im öffentlichen Raum informiert werden kann. Das Gemeindeportal ist responsiv und barrierefrei zugänglich, um allen Bürgern unabhängig von ihren besonderen Bedürfnissen oder genutzten Endgeräten die Nutzung zu ermöglichen. Auch in die digitalen

Kompetenzen ihrer Bürger investiert die Gemeinde. Der regelmäßige PC-Treff, bei dem Ehrenamtliche Hilfe bei Computerproblemen und -fragen bieten, wird von öffentlicher Seite gefördert. Über das Onlineportal von Deckenpfronn sind nicht nur die Formulare der Kommune selbst, sondern sämtliche Formulare des Landes Baden-Württemberg direkt verfügbar, was den Zugang besonders einfach und nutzerfreundlich gestaltet. Auch Deckenpfronn ist bei Facebook vertreten. Die regelmäßigen Neuigkeiten werden von 320 Personen abonniert, die Seite selbst, auf der man auch Öffnungszeiten und Kontaktmöglichkeiten der öffentlichen Verwaltung findet, ist von den Nutzern mit 4,3 von 5 Sternen bewertet.

DIGITALE INTERAKTION UND OFFENHEIT DER VERWALTUNG

Digitale politische Partizipation erfordert als ihr Gegenstück eine digitale Verwaltung. Um den Digitalisierungsgrad der öffentlichen Verwaltung zu erfassen, bietet sich ein Blick auf die vorhandenen E-Government-Angebote und deren Nachfrage durch die Bürger an. E-Government bietet eine große Chance für die schnelle und effiziente Erledigung von Verwaltungsangelegenheiten sowie eine kostengünstigere Umsetzung rechtlicher Vorgaben. Um den Ansprüchen von Bürgern und Unternehmen gerecht zu werden, bemühen sich die öffentlichen Verwaltungen um leicht bedienbare digitale Angebote, die echte Mehrwerte bieten. Elektronische Kontaktaufnahme und Übermittlung von Formularen sowie frei zugängliche Verwaltungsinformationen sind hier zu nennen. Wie gut aber werden diese Angebote angenommen?

Bezogen auf die vergangenen 12 Monate vor dem Erhebungszeitpunkt haben am häufigsten die Einwohner der Stadtstaaten sowie Bayerns das Internet genutzt, um mit Behörden zu kommunizieren. Insgesamt liegen die Länder jedoch sehr eng beieinander. Aus Sicht der Bürger ist noch interessanter, ob sie durch elektronische Verwaltungsangebote einen echten Nutzen haben, indem bspw. ein persönliches Erscheinen entfallen kann. Ein guter Indikator hierfür ist die elektronische Übermittlung ausgefüllter Formulare. Hier haben Bayern, Bremen, Hessen,

Rheinland-Pfalz und Niedersachsen mit 18-23 % der Befragten die Nase vorn. In den allermeisten Fällen ist ein persönliches Erscheinen vor Ort also immer noch unabdingbar. Ein klarer Trend ist nicht zu erkennen. Vielmehr liegen die Verwaltungen sowohl städtisch (Stadtstaaten, Hessen) als auch ländlich (Bayern, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz) geprägter Bundesländer im Bereich E-Government vorn.

Abbildung 5: Digitale Interaktionen und Offenheit der Verwaltung



45  82,2 Indexpunkte

Die Digitalisierung drängt den öffentlichen Sektor zu einem kulturellen Wandel hin zu mehr Offenheit und Transparenz. Hinsichtlich der Offenheit des Verwaltungshandelns, die digitale politische Partizipation ermöglicht und erleichtert, bieten Informationsfreiheitsanfragen einen interessanten Indikator. Die Internetseite FragDenStaat bietet die Möglichkeit, Anfragen an Verwaltungen nach den deutschen Informationsfreiheitsgesetzen zu stellen. Dabei werden die gestellten Fragen sowie die Antworten der Verwaltungen auf der Website dokumentiert.

Gemessen an der Bevölkerung gab es bis Mitte 2016 die meisten der auf FragDenStaat dokumentierten Informationsfreiheitsanfragen in Hamburg, gefolgt von Brandenburg, Berlin und Rheinland-Pfalz. Den höchsten Anteil erfolgreicher Informationsfreiheitsanfragen gab es in Schleswig-Holstein, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz mit Erfolgsquoten von jeweils über 40 %. Insgesamt lässt sich auch hier kein nennenswerter Unterschied zwischen eher ländlich und eher städtisch geprägten Bundesländern feststellen. Digitalisierung wie auch Offenheit der Verwaltung scheinen eher durch die jeweilige politische Agenda geprägt. Fasst man Digitalisierung und Offenheit zusammen, belegen Rheinland-Pfalz, Bayern und Nordrhein-Westfalen und damit zwei ländlich und ein städtisch geprägtes Bundesland die vorderen Plätze.

VORAUSSETZUNGEN FÜR E-PARTIZIPATION INSGESAMT GUT

Insgesamt gesehen sind die Voraussetzungen für digitale Bürgerbeteiligung in den Bundesländern also höchst unterschiedlich. Während bei der digitalen Infrastruktur Stadt-Land-Unterschiede deutlich sichtbar werden, sind diese zumindest auf Ebene der Bundesländer im Bereich der Nutzung digitaler Ressourcen, beim digitalen Engagement sowie im Bereich E-Government und der Offenheit der Verwaltung weit weniger stark ausgeprägt. Tatsächlich kann sogar festgestellt werden, dass die Einwohner ländlich geprägter Bundesländer digitale Mittel teils in größerem Ausmaß nutzen als die Einwohner eher städtisch geprägter Flächenländer. Die Voraussetzungen für E-Partizipation sind daher auch in ländlich geprägten Bundesländern als gut einzuschätzen.

Auf der Ebene der Kommunen zeigt sich, dass die öffentliche Verwaltung in Kleinstgemeinden weniger digitale top-down-Angebote für Online-Partizipation bietet als der Durchschnitt der untersuchten Kommunen. Diese Unterschiede sind bei der Bereitstellung eines Anliegenmanagements sowie der Nutzung sozialer Medien zur Kommunikation und Information besonders groß, obwohl diese Formen der Beteiligungsmöglichkeiten auch bei den Kleinstkommunen am häufigsten zum Einsatz kom-

men. Darüber hinausgehende digitale Beteiligungsmöglichkeiten wie Bürgerhaushalte oder Online-Konsultationen sowie offene Verwaltungsdaten sind hingegen die Ausnahme. Dies bedeutet nicht per se, dass die Möglichkeiten der direkten Bürgerbeteiligung in Kleinstgemeinden geringer sind. So kann es in Kleinstkommunen im Vergleich zu größeren Gemeinden deutlich einfacher sein, mit politischen Entscheidungsträgern direkt ins Gespräch zu kommen, Bürgerversammlungen zu veranstalten, Konsultationen per Post durchzuführen oder Anliegen persönlich oder telefonisch zu melden. Die Ergebnisse zeigen lediglich, dass für die Partizipation bislang noch im geringeren Ausmaß digitale Mittel genutzt werden. Gleichwohl gibt es auch hier beachtenswerte Ausnahmen und Vorreiter. Kleinstkommunen wie Fürstenstein und Deckenpfronn zeigen, wie mit Ideenreichtum, Engagement, gutem Design, Bürgerorientierung, Zusammenarbeit mit anderen Verwaltungsebenen sowie der Beteiligung an überregionalen Landes- und Bundesprogrammen viel erreicht werden kann. Damit belegen die Ergebnisse einmal mehr, dass auch kleine Kommunen durchaus in der Lage sind, ein attraktives digitales Angebot für die Einbeziehung der Bürger in Kommunalbelange anzubieten.

In allen Bundesländern gehören digitale Medien inzwischen selbstverständlich zum ALLTAG und werden intensiv genutzt.

ZUSAMMENARBEIT VERSTÄRKEN UND SYNERGIEN NUTZEN

Den Ländern eröffnen sich nicht unerhebliche Gestaltungsmöglichkeiten zur Unterstützung der kommunalen Anstrengungen. Hinsichtlich der Zusammenarbeit gibt es jedoch noch einiges Verbesserungspotenzial. Viele Bundesländer fördern inzwischen aktiv das E-Government

ihrer Kommunen und stellen zu diesem Zweck zentral Angebote wie (Online-)Dienste, Formular-Pools, Basiskomponenten und Informationsbausteine bereit. Auf diese Weise können beispielsweise Informationen zu Verwaltungsdienstleistungen regelmäßig zentral und einheitlich aktualisiert werden. Darüber hinaus gibt es einheitliche elektronische Ansprechpartner für einzelne Verfahren, über die diese online abgewickelt werden können. All dies trägt zu einer Entlastung der Kommunen bei und führt dazu, dass Aufbau und Layout von Informationen und Webseiten vereinheitlicht werden, was den Zugang für die Bürger vereinfacht. Vieles davon befindet sich allerdings noch in der Erprobungsphase und wird noch nicht von allen Kommunen genutzt. Um die Digitalisierung der kommunalen Verwaltung wirklich voranzubringen, sollte die Nutzung von oder der Verweis auf landes- bzw. bundesweit verfügbare Lösungen daher verpflichtend werden. Vom Land bereitgestellte Online-Dienste und andere Komponenten können dazu beitragen, das Online-Angebot der Kommunen zu erweitern, die Kommunen zu entlasten und die Angebote nutzerfreundlicher zu gestalten. Durch Kooperationen kann der Nachteil weniger Nachfrager in kleineren Kommunen wettgemacht werden. Zudem sorgen zentrale Angebote für einen effizienten Einsatz stark umworbener Fachkräfte.

Mit dem im August 2017 in Kraft getretenen Onlinezugangsgesetz, nach dem binnen fünf Jahren sämtliche Verwaltungsleistungen von Bund und Ländern über ein einheitliches Onlineportal zugänglich gemacht werden müssen, wird die Kooperation und Zusammenarbeit im E-Government-Bereich weiter forciert. Interoperable Servicekonten ermöglichen den Bürgern die Anmeldung und Authentifizierung zur Nutzung der Verwaltungsleistungen. Während die Zuständigkeiten im Hintergrund unberührt bleiben, werden IT-Komponenten, Sicherheits- und Interoperabilitätsstandards zentral geregelt. Hierdurch ergibt sich für die Bürger ein einfacher, einheitlicher digitaler Zugang zur Verwaltung.

KOMMUNEN SIND AUF EINEM GUTEN WEG

Digitale Partizipationsmöglichkeiten sind vergleichsweise einfach einzurichten und zu implementieren und bieten erhebliche Chancen für ein effektives, effizientes, nachvollziehbares und bürgernahes Verwaltungshandeln und demokratische Prozesse. Empirisch zeigt sich, dass hinsichtlich digitaler Beteiligungsmöglichkeiten und E-Partizipation größere Kommunen den kleineren noch voraus sind. Da die private Nutzung digitaler Mittel und die Digitalisierung und Offenheit des öffentlichen Sektors jedoch auch in ländlichen Regionen inzwischen Alltag sind, steht zu erwarten, dass sich diese Lücke in Zukunft weiter schließen wird.

|| NICOLE OPIELA

Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Kompetenzzentrum Öffentliche IT des Fraunhofer-Instituts für Offene Kommunikationssysteme (FOKUS), Berlin

Die komplette Analyse mit weiteren Untersuchungen zu den Themenfeldern Digitalwirtschaft und Forschung, digitale Bildung und Kommunalverwaltungen ist online verfügbar unter: www.oeffentliche-it.de/digitalindex.

ANMERKUNGEN

- ¹ Opiela, Nicole (u. a.): Deutschland-Index der Digitalisierung 2017, Berlin 2017.
- ² http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Raumebeobachtung/Raumabgrenzungen/StadtGemeindetyp/StadtGemeindetyp_node.html, Stand: 6.9.2017.
- ³ Statistisches Bundesamt: Gemeindeverzeichnis. Gebietsstand: 30.9.2015 (3. Quartal), Wiesbaden 2015.
- ⁴ Klessmann, Jens / Löhe, Martin G. / Müller, Lena-Sophie: Digitale Teilhabe, Berlin 2014.

DIGITALE BÜRGERBETEILIGUNG FÜR KOMMUNEN

KARL ATZMANSTORFER / MARKUS KERSCHBAUMER || Bürger wollen an Entscheidungen beteiligt werden und ihre Umwelt selbst gestalten. Sie wollen mitbestimmen, wie etwa das Mobilitätskonzept oder Erholungsgebiete ihrer Gemeinde in Zukunft aussehen sollen. Diese Mitsprache funktioniert nur über einen intensiven Austausch zwischen Kommunen und Bürgern. Einige Gemeinden zeigen bereits vor, wie Bürgerbeteiligung mit Hilfe digitaler Methoden funktionieren kann.

DIGITALISIERUNG VORANTREIBEN – LANDFLUCHT STOPPEN

Die kleine Gemeinde Michaelnbach im Hausruck in Oberösterreich versucht, mithilfe der Bürgerbeteiligungs-Plattform Bürgercockpit die Landflucht zu stoppen. Seit mehr als zehn Jahren bemüht sich die Gemeinde aktiv darum, gemeinsam mit ihren Bürgern kommunale Projekte voranzutreiben und neue Visionen für ein nachhaltiges Zusammenleben im Ort zu entwickeln. Obwohl die Gemeinde nur rund 1.300 Einwohner hat, zählt sie zu den Vorreitern auf dem Gebiet der digitalen Bürgerbeteiligung.

Bereits drei Mal – 2007, 2012 und 2017 – hat die Gemeinde einen Agenda-21-Prozess angestoßen. Die zentrale Frage für die Gemeinde im aktuellen Agenda-21-Prozess lautet: Wie können digitale Medien dazu beitragen, die Lebensqualität im ländlichen Raum zu erhalten bzw. zu erhöhen? Angesichts der zunehmenden Landflucht geht es auch für Michaelnbach um viel: Wie kann die kleine Landgemeinde ein attraktiver Arbeits- und Wohnort für Jugendliche und junge Erwachsene bleiben? Eine zentrale Frage ist daher, wie das kommunale Leben durch Informations- und Kommunikationstechnologien aufgewertet werden kann.

Derzeit werden in der Gemeinde die Ergebnisse des Jugend-Bürgercockpits umgesetzt. Die jungen Bürger hatten und haben im Rahmen dieses Prozesses die Möglichkeit, jene Themen mitzugestalten, die sie besonders betreffen – Ausbildung und Berufseinstieg, Jobmöglichkeiten und Freizeitgestaltung –, und zwar in der ihnen vertrauten digitalen Form der Kommunikation.

Der Startschuss erfolgte im Frühjahr 2017, als die Gemeinde in einem ersten Schritt digitale Fragebögen freischaltete. An unterschiedliche Altersgruppen adressiert, gaben die Ergebnisse aus dieser Befragung der Gemeinde einen ersten Eindruck von der Stimmung unter den jungen Bürgern. Auch erste Wünsche und Anregungen wurden formuliert.

Mit dem Bürgercockpit können sich die Jugendlichen über eine digitale Plattform in die GEMEINDEARBEIT einbringen.

Im Rahmen des ersten Jugend-Ideenkirtags im April wurden die Ergebnisse aus den Fragebögen vorgestellt und gemeinsam diskutiert. Unmittelbar danach begannen die Projektgruppen damit, konkrete Projektideen auszuarbeiten. Dazu gehörte beispielsweise der Vorschlag der Jugendlichen, einen von ihnen betreuten Jugendtreffpunkt ins Leben zu rufen. Die Projektideen wurden während der Sommermonate diskutiert, weiterentwickelt und im Anschluss mit Unterstützung der Gemeinde umgesetzt.

Das Bürgercockpit für die Jugend hat sich als attraktives, digitales Werkzeug für die Einbindung der Jugendlichen in den Agenda-21-Prozess und die Gemeindearbeit im Allgemeinen erwiesen. Die Projektarbeit selbst wird von einem Jugendrat getragen, einem (vorerst) temporär wirkenden Gremium, das in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Michaelnbach, dem Regionalmanagement Oberösterreich sowie einer externen Projektbegleitung an der Konzeption des Jugendcockpits und der Umsetzung der darin entwickelten Projektideen beteiligt ist.

Eine andere innovative Stadtgemeinde ist Steyregg im Umland von Linz in Oberösterreich. Unter dem Motto „Steyregg wird zur Mitmachstadt – mach mit!“ gelang es der Agenda-21-Projektgemeinde Steyregg, Gemeindebürger zur Beteiligung zu motivieren. Die rund 5.300 Bürger zählende Stadtgemeinde startete diesen Prozess im Mai 2017 mit einem Tag der offenen Tür. Ein engagiertes Kernteam stellte an diesem Tag die schon laufenden Projekte vor: ein „Zuagroaste / Angekommene-Fest“ etwa, Straßenbasare in den Stadtteilen oder die „grüne Stadt“ Steyregg. Auch Initiativen zu den Themen „Frei- und Kreativräume“ wurden in diesem Rahmen gezeigt; ebenso das gemeinsam entwickelte Zukunftsprofil. Vielen Steyreggern gefiel die Initiative: Die Motivation und die Beteiligung an den Projekten sind hoch. Ihre Ideen bringen die Gemeindebürger wie in Michaelnbach über das Bürgercockpit ein. Über die Plattform diskutieren sie über mögliche Projekte, kreieren Ideen, bewerten die Vorschläge und entscheiden so über die zukünftige Gestaltung der Stadt mit. Dieser Prozess gibt der Gemeinde ein Stimmungsbild und zeigt, wo Handlungsbedarf besteht.

BÜRGERCOCKPIT: DIGITALE BÜRGERBETEILIGUNG FÜR LANDGEMEINDEN

Das Bürgercockpit ist eine digitale Plattform, die Bürgerbeteiligungsprozesse auf kommunaler Ebene unterstützt. Ziel ist es, einen transparenten und strukturierten Diskussionsprozess zwischen Bürgern, Kommunen, Wirtschaftstreibenden und Fachexperten zu Themen der nachhaltigen Gemeindeentwicklung zu etablieren. Gleichzeitig wird die gemeinsame Erarbeitung und Realisierung von konkreten Umsetzungsprojekten unterstützt.



In Arbeitsgruppen diskutieren die Jugendlichen ihre Projektideen.

Quelle: Karl Atzmanstorfer / Markus Kerschbaumer (auch für die nachfolgenden Abbildungen)

Die Plattform ermöglicht die bürgernahe Durchführung digitaler Beteiligungsprozesse. Sie gibt Gemeinden darüber hinaus die Möglichkeit, sich mit anderen Gemeinden oder Stakeholdern der Gemeinde-, Stadt- und Regionalentwicklung zu vernetzen (Best-Practice-Projekte). Das Bürgercockpit ergänzt bewährte Methoden und Werkzeuge der Bürgerbeteiligung mit modernen Web-Technologien und der Einbindung sozialer Medien.

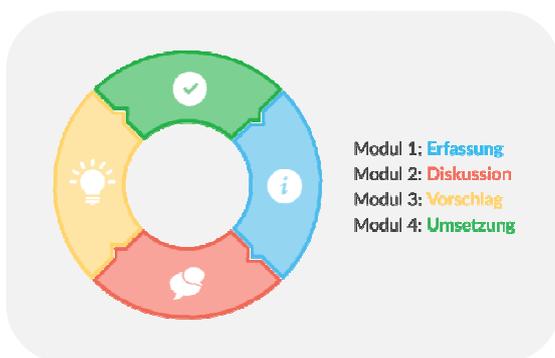
Die Teilnehmer informieren sich über die Plattform, sie geben Ideen weiter und nehmen am Diskussionsprozess teil. Die einzelnen Schritte sind leicht verständlich dargestellt, sodass ein neuer Nutzer schnell damit vertraut ist. Die Plattform hat auch den Zweck, den Beteiligungsprozess zu strukturieren und zu visualisieren. Auf einer digitalen Karte werden typische thematische und räumliche Muster gezeigt. Mit diesen Mustern lassen sich auch Ähnlichkeiten verschiedener Projekte und Prozesse erkennen und Synergien nutzen.



Die digitale Bürgerbeteiligung für die Gemeinde gibt es auch als App für das Smartphone. Die App ist im Google Play Store und im Apple AppStore für den Nutzer frei verfügbar.

DIE VIER MODULE DES DIGITALEN BÜRGERBETEILIGUNGSPROZESSES

Die mobile Bürgercockpit-App besteht aus vier aufeinander aufbauenden Modulen. Jedes Modul bildet einen Abschnitt eines typischen Beteiligungsprozesses ab. Dabei zeigt eine Prozess-Ampel den aktuellen Status an. Diese Bausteine basieren auf der langjährigen Vorarbeit im Rahmen des GeoCitizen-Projektes. Der Fachbereich für Geoinformatik der Universität Salzburg hat dieses Projekt als Forschungs- und Entwicklungsinitiative auf dem Gebiet der Bürgerpartizipation im kommunalen Management mit Hilfe von Internet- und Kommunikationstechnologien (ICT) initiiert. Das Forschungsprojekt wurde gemeinsam mit Gemeinden, NGOs sowie Hochschulpartnern vorangetrieben und kommt derzeit in unterschiedlichen Pilotprojekten zum Einsatz.



Modul 1: Erfassung – Überblick durch Online-Fragebogen

Im ersten Modul befragt die Gemeinde ihre Bürger mit Hilfe eines Online-Fragebogens und erhält damit einen Überblick über die aktuelle Situation. Der Fragebogen kann sich auf unterschiedliche Aspekte der Lebensqualität in der Gemeinde beziehen, etwa auf den öffentlichen Verkehr oder auf Grünflächen. Er eignet sich für verschiedenste Themen, die für die Gemeinde relevant sind. Auf der Website kann die Gemeindeverwaltung den Online-Fragebogen erstellen, gestalten und auswerten. Bei räumlichen Fragestellungen werden die Ergebnisse als Hintergrundkarte angezeigt und in die restlichen Module bzw. die Web-Plattform eingebunden. Die automatische Auswertung der Fragebögen ist Ausgangspunkt für die gemeinsame Entwicklung und Umsetzung von Projekten.

Modul 2: Diskussion – Information und Möglichkeit für Verbesserungsvorschläge

Im zweiten Modul bringen die Teilnehmer ihre Beobachtungen, Verbesserungsvorschläge und Ideen zur Gemeindeentwicklung ein. Die dafür im Vorfeld festgelegten Themen und Kategorien (z. B. Mobilität) erfordern, dass die Vorschläge eine mögliche Verbesserung beinhalten. Reine Beschwerden sind nicht möglich. Ihre Ideen können Teilnehmer auch über Facebook und Twitter teilen. Diese werden mit Foto auf der digitalen Bürgercockpit-Karte verständlich dargestellt. Die Gemeindevertretung hat über diese Kanäle die Möglichkeit, zu informieren und Diskussionen anzustoßen. Dieses Modul bietet auch die Möglichkeit, Audio-Aufnahmen zu erstellen und hinzuzufügen.

Modul 3: Vorschlag – Erarbeitung konkreter Projektideen

Im dritten Modul werden aus den Ideen und Anregungen der beiden ersten Module konkrete Vorschläge für Projekte oder Initiativen entwickelt. Eine im Bürgercockpit integrierte, digitale Diskussionsplattform ermöglicht einen strukturierten und transparenten Diskussionsablauf. Die Diskussion wird von einem Gemeindevertreter oder einem Dritten (Prozessbegleiter, Bürger) moderiert. Darüber hinaus kann der digitale Diskussions- und Entwicklungsprozess

in gewohnter Weise durch gemeinsame Treffen (Workshops, Bürgerstammtische etc.) ergänzt werden, ebenso durch soziale Medien wie beispielsweise Facebook-Gruppen.

Modul 4: Umsetzung – Bewertung und Qualitätskontrolle

Die zuvor entwickelten Vorschläge werden im vierten Modul von den Teilnehmern bewertet und dienen als Entscheidungsgrundlage. Diese Bewertungen geben der Gemeindeverwaltung zudem einen Eindruck davon, wie die (Qualität der) Vorschläge von der gesamten Teilnehmergruppe eingeschätzt wird.

DIE URSPRÜNGE DES BÜRGERCOCKPITS: GEOCITIZEN – BÜRGER VON SAN VICENTE NEHMEN ES SELBST IN DIE HAND

Martha Lucia Gomez lebt schon ihr ganzes Leben lang in San Vicente, einer Nachbarschaft im Norden Calis, Kolumbien. Die Gegend ist Gewerbegebiet und Wohngebiet in einem. Martha hat schon in der Vergangenheit bei Projekten mitgearbeitet, die die Lebensqualität der Anwohner verbessern und gleichzeitig die Geschäftstreibenden unterstützen sollten.

„Wie in vielen Orten haben wir auch hier Probleme mit der Sicherheit, aber auch mit dem Verkehr, der Infrastruktur und der Umwelt“, sagt Martha. „Die Sicherheitsprobleme nahmen immer mehr zu. Daher haben wir damit begonnen, uns regelmäßig mit den Anwohnern der Nachbarschaft zu treffen.“

Die Plattform „Bürgercockpit / GeoCitizens“ schafft einen Raum, um PROBLEME wie z. B. die Müllentsorgung zu besprechen.

Sieben Monate nach dem ersten Nachbarschaftstreffen erzählte ihr jemand von einer Geoinformatik-Applikation, die ihr eventuell helfen könnte, die Gemeinschaft von San Vicente bes-

ser zu organisieren. Die Gruppe kontaktierte das Team vom Bürgercockpit / GeoCiudadano und lud Beatriz Marin, Professorin an der Camacho Universität in Cali, zu einem Nachbarschaftstreffen ein.

Bei dieser Veranstaltung lernten die Bewohner von San Vicente das Bürgercockpit / Geo Citizen kennen und erfuhren, wie sie es in San Vicente nutzen könnten. Martha gefiel die Idee, dass die Beobachtungen und Probleme der Anwohner durch Fotos und Videos dokumentiert werden könnten. Vor allem war ihr wichtig, dass die Nachbarschaft über die App besser miteinander kommunizieren und sich organisieren könnte.

Da San Vicente sowohl gewerblich als auch als Wohngebiet genutzt wird, gibt es immer wieder Probleme mit der Müllabholung. Die Geschäfte in dem Areal erzeugen viel Müll. Einiges davon könnte recycelt werden. Allerdings wird der Müll in den Abendstunden zwischen 19 und 20 Uhr abgeholt, noch bevor ein Großteil der Läden schließt. Viele der Ladenbesitzer nutzen daher alternative Möglichkeiten, um ihren Müll nach Ladenschluss loszuwerden. So werden beispielsweise andere Leute dafür bezahlt, ihn wegzubringen. Diese holen den Müll dann zwar von den Läden ab, entsorgen ihn aber nicht vernünftig. Der Müll in anderen Bereichen der Nachbarschaft nimmt dadurch zu, auch die Wohngegenden sind davon betroffen. „Wir hoffen, dass das Bürgercockpit uns hilft, über die Probleme mit der Müllabholung und der Entsorgung in den Griff zu bekommen. Wir müssen gemeinsam mit den Müllunternehmen zu einer Lösung kommen“, sagt Martha. „Bevor wir allerdings mit der Plattform starten können, müssen wir uns sicher sein, dass unsere Gemeinschaft mitarbeiten will. Wir wollen uns mit einer Umfrage darüber klarwerden, welche Anwohner mitmachen wollen und welche nicht.“

In einem ersten Schritt hat es die Initiative geschafft, den Anwohnern und den Mitgliedern der Gemeinschaft einen Raum anbieten zu können, in dem sie Probleme besprechen können. „Wir haben unsere Erwartungen kommuniziert und schauen nun, wie wir unsere Ziele erreichen können.“ Martha ist optimistisch: „Nach und nach nimmt auch das Interesse der Leute zu.“

In den kommenden Monaten wird das Bürgercockpit-Team einen Probelauf zur Implementierung der Plattform in San Vicente durchführen. Martha und ihre Nachbarn können dann starten.

DIGITALISIERUNG UND BÜRGERBETEILIGUNG

Das Bürgercockpit ist typischerweise nur eines der Werkzeuge eines weiter gefassten Bürgerbeteiligungsprozesses, der von Gemeinden, Stadtteilorganisationen oder Graswurzel-Organisationen durchgeführt wird. Das digitale Tool soll dazu beitragen, transparente und strukturierte Diskussions- und Entscheidungsprozesse zu schaffen und diese in nachhaltige Ergebnisse umzusetzen.

Das Bürgercockpit ist keine Beschwerdeplattform, sondern soll zur **KONSTRUKTIVEN** Zusammenarbeit aufrufen.

Das Bürgercockpit versteht sich nicht als Beschwerdeplattform, sondern will den bisher nicht gehörten Menschen eine konstruktive digitale Stimme geben.

MAG. KARL ATZMANSTORFER, MA

Akademischer Koordinator Bürgercockpit,
Salzburg

MARKUS KERSCHBAUMER, MSC

Projektleiter Bürgercockpit, Salzburg

Erfahrene und motivierte Prozessbegleiter unterstützen den Prozess zusätzlich. Als Prozessbegleiter kommen auch Personen in Frage, die von den betroffenen Bürgern mit der Durchführung des Beteiligungsprozesses betraut werden. Sie werden im Umgang mit dem Bürgercockpit geschult. Dies stellt sicher, dass Umfragen, Diskussionen und vor allem die Ideenentwicklung bestmöglich auf die Bedürfnisse der jeweiligen Gemeinschaft abgestimmt sind und deren Umsetzung nachhaltig gesichert wird.

Typischerweise wird das Bürgercockpit in bestehende Beteiligungsprozesse wie etwa die Umsetzung von Zukunftsprofilen in Agenda-21-Gemeinden integriert und unterstützt so die nachhaltige Umsetzung von Projekten und Initiativen von engagierten Bürgern, Stadtteilinitiativen und Gemeinden. Es bietet darüber hinaus (lokalen) Wirtschaftstreibenden, die die Verwirklichung dieser Ideen unterstützen, eine transparente Plattform (Corporate Social Responsibility).

STEIGERUNG DER BÜRGERBETEILIGUNG ANHAND WEBBASIERTER 3D-MODELLE

CHRISTIAN BAUER / WILLI WENDT || Deutschland soll digital werden. Dies ist die Vorgabe einer EU-Richtlinie, die in allen EU-Ländern umgesetzt werden soll. Man hat erkannt, dass sich Visionen und Ziele besser fassen lassen, wenn sie haptisch und lebensnah, also bildhaft, dargestellt werden. Die einzelnen Bundesländer arbeiten daran, dafür LOD2-Daten ihren Städten und Gemeinden zur Verfügung zu stellen. Vorhaben werden anschaulicher und der Dialog mit dem Bürger fällt leichter. Insbesondere die Akzeptanz und Entscheidungsfindung in politischen Prozessen kann mit Hilfe von digitalen Modellen wesentlich verbessert werden. Die Stadt Grafing hat ein Leitbild erstellt, aus dem dann, im Rahmen des bundesweiten Wettbewerbs „Zukunftsstadt 2030+“, Visionen für Grafing im Jahr 2030 abgeleitet wurden. Da dies im Dialog mit den Grafinger Bürgern passieren sollte, wurde für Grafing ein 3D-Stadtmodell erstellt, welches die Grundlage für die Bürgerbeteiligung bildet.

Die Stadt Grafing hat rund 13.500 Einwohner und liegt im oberbayerischen Voralpenland, ca. 32 km südöstlich von München. Das Umland und auch Grafing selbst haben viel Grün zu bieten. Wälder und Wiesen wechseln sich in einer oft naturbelassenen oder landwirtschaftlich genutzten Landschaft ab. Dabei ist Grafing geprägt von vielen jungen Familien. Viele Arbeitnehmer pendeln mit S-Bahn oder Zug nach München und wohnen im Grünen. Im Ort gibt es wenig größere Produktionsbetriebe. Vorherrschend sind Dienstleistung und Handel. Grafing bildet zusammen mit der Nachbarstadt Ebersberg ein Mittelzentrum und verfügt neben Grund- und Mittelschule auch über ein Gymnasium. Es gibt ein Freibad, eine Eishalle sowie ein Kino und eine Stadthalle.

Die CADFEM GmbH, ein ansässiges Unternehmen in Grafing, wurde mit der Erstellung eines 3D-Stadtmodells beauftragt (Abb. 1). Die Stadt wurde in diesem digitalen 3D-Modell mit Fassadentexturierung und einzelnen Nutzungen

der Gebäude dargestellt. Das 3D-Stadtmodell sollte dem Bürger einen Überblick über den Ist-Zustand der Stadt geben. Es diente als Diskussionsgrundlage, um verschiedene Themen darzustellen und in Workshops Maßnahmen abzuleiten. Die Workshops wurden zu jedem Thema spezifisch mit Experten aus der Region und interessierten Bürgern gebildet. Parallel hierzu wurde eine Kommunikationsstrategie mit dem Bürger und der Presse entwickelt. Für Letzteres wurde ein erfahrener Partner ins Boot geholt.

Ein 3D-Stadtmodell sollte den Bürgern einen Überblick über den IST-ZUSTAND der Stadt geben.

Abbildung 1: 3D-Stadtmodell der Innenstadt Grafings mit dem historischen Marktplatz



Quelle: CADFEM GmbH

VORARBEITEN VOR PROJEKTBEGINN

Die Verwaltung und der Stadtrat hatten bereits vor Projektbeginn, im 2007 erstellten Leitbild für die Entwicklung der Stadt, zukünftige Herausforderungen identifiziert, die man gemeinsam mit den Grafinger Bürgern angehen wollte. Dabei lag der Schwerpunkt auf der Bewältigung des demographischen Wandels und in den Themenbereichen Migration und Integration. Themen waren auch die Herausforderungen im Kontext von Wachstum durch Zuzug, Integration der älteren Menschen, Aus- und Weiterbildung der jungen Bevölkerung sowie die Integration ausländischer Mitbürger und von Menschen mit Behinderung.

Weiter lag der Schwerpunkt auf dem Thema der nachhaltigen Stadtentwicklung wie Verkehrsberuhigung und Renaturierung, alternative Energiekonzepte für neue Wohngebiete, Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des städtischen Einzelhandels, Erweiterung der kulturellen Angebote und Ausbau der Gewerbeflächen mit Steigerung der Arbeitsplätze. Um diesen Herausforderungen gerecht zu werden und gleichermaßen die Probleme von „morgen“ heute schon anzugehen, hat die Stadt die folgenden Ziele definiert, die im Zuge des Projekts „Grafing 2030“ erreicht werden sollten:

- Grafing soll als generationenfreundliche und aufgeschlossene Stadt entwickelt werden. Der internationale und interkulturelle Begegnungsprozess wird weiter ausgebaut und gefördert. Weiter soll in Grafing die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbsarbeit gewährleistet sein. Es gibt qualifizierte und bedarfsgerechte Angebote der Kinderbetreuung. Permanente und bedarfsgerechte Jugendarbeit, die Bereitstellung angemessener Räumlichkeiten für deren Tätigkeit sowie die Unterstützung junger Menschen in ihrem Lebensalltag und beim Übergang von der Schule zum Beruf werden vorangebracht.
- Grafing legt Wert auf das gleichberechtigte Zusammenleben sowie die Integration von Menschen aller Generationen und Bevölkerungsgruppen. Die permanente Zukunftsaufgabe wird in Grafing durch ein Netz engagierter Menschen getragen. Die Stadt pflegt und entwickelt ihr Grünsystem, die Naturräume und Fließgewässer sowie Ausgleichsflächen. Natur soll spür- und erlebbar sein. Sie ist ein wesentlicher Bestandteil des Stadtbilds sowie des städtischen Mikroklimas. Ressourcenschonendes Flächenmanagement sichert Nachhaltigkeit.

- Öffentliche Innen- und Außenräume stehen in ausreichender Form zur Verfügung. Sie dienen der Kommunikation, der Begegnung, der Freizeit sowie der künstlerischen Betätigung. Bei der Gestaltung von Außenräumen stehen insbesondere die Nutzbarkeit, die Aufenthaltsqualität und mikroklimatische Erfordernisse im Vordergrund.
- Traditionelle Bauformen und Bauweisen sowie sich an der gesellschaftlichen und klimatischen Entwicklung ausrichtende neue architektonische Ansätze finden Raum zur Entfaltung und stehen in einem ausgewogenen Verhältnis zueinander.
- Generationenübergreifenden und kommunikationsfördernden Wohnformen wird besondere Aufmerksamkeit geschenkt. Grafing wächst und entwickelt sich durch innerstädtische Verdichtung. Dadurch wird die dauerhafte Verfügbarkeit von natürlichen Naherholungsflächen auch künftig gesichert. Hochwasserprävention und Hochwasserschutz werden bei der Stadtplanung berücksichtigt.
- Grafing ist in Kooperation mit der Region regionales Schul-, Aus- und Weiterbildungszentrum. Alle Bildungseinrichtungen in Grafing sind in einem Zustand, der den zeitgemäßen Bildungsanforderungen entspricht und eine motivierende Lernatmosphäre unterstützt.
- Das Kulturangebot richtet sich an den Bedürfnissen der Bürger aus. Seine Qualität wird durch kontinuierliche Akzente künstlerisch wie wirtschaftlich gefördert, um so eine für Bürger sowie Besucher hohe Lebens- und Erlebensqualität zu schaffen.
- Grafing verzahnt sein Angebot mit der Region und nutzt die Potenziale seiner Institutionen wie Musikschule, Volkshochschule, Theater, Museum, Bücherei und Kino sowie der nahen Kunst- und Musikakademien. Grafing bietet Kunst- und Kulturschaffenden Raum zur kreativen Begegnung sowie für Veranstaltungen und bietet Raum für die

Entwicklung von Talenten. Mit aufmerksamkeitswirksamen Veranstaltungen, Ausstellungen und Festivals findet die Stadt regional und überregional Beachtung.

- Personen und Institutionen, die sich für das Bildungs- und Kulturangebot engagieren, arbeiten im Netzwerk zusammen und sichern so den Erfolg. Sie sind offen für umfangreiche Mitgestaltungsmöglichkeiten.
- Aufgrund des stetig zunehmenden reinen Onlinehandels möchte die Stadt Grafing die Wettbewerbsfähigkeit des städtischen Einzelhandels langfristig sichern, um die lokale städtische Versorgung zu gewährleisten und Arbeitsplätze zu erhalten.

Die Stadt macht regional und überregional durch Veranstaltungen und Festivals auf sich AUFMERKSAM.

DIE ERSTE PROJEKTPHASE

Die erste Projektphase im Jahr 2015 war noch stark technisch und konzeptionell geprägt. Parallel zu einer ersten technischen Implementierung der Plattform samt eines 3D-Stadtmodells wurden durch die Stadt Grafing und mit Unterstützung aller weiteren Projektpartner lokale Entwicklungstrends identifiziert, die starke Handlungserfordernisse mit sich bringen. Diese Trends wurden visualisiert und in die 3D-Plattform integriert. So wurde beispielsweise der Handlungsbedarf hinsichtlich des städtischen Wohnraumbedarfs im Zuge der Bevölkerungsentwicklung dargestellt – mit aktuellen Zahlen sowie in alternativen Entwicklungsszenarien. Durch eine dreidimensionale Darstellung der zusätzlichen Bedarfe war es möglich, die Größenordnung zu visualisieren und die Dringlichkeit einer Konzeptentwicklung in die Bevölkerung zu tragen.

Ziel war es, die Grafinger Bürger auf Grundlage einer Bürgerpartizipationsplattform in kommende Entscheidungsprozesse einzubinden. Außerdem hat die Stadt Grafing im Jahr 2007 ein Leitbild erstellt, aus dem im Dialog mit den Grafinger Bürgern Visionen für Grafing im Jahr 2030 abgeleitet wurden. Die im Projekt entwickelte 3D-Stadtmodell-Plattform diente dazu, städtebauliche Vorhaben, Entwicklungspotenziale und Visionen mit den Bürgern diskutieren zu können.

Mit dem 3D-Stadtmodell will Grafing seinen Bürgern die Möglichkeit eröffnen, ihre zentralen Zukunftsfragen zu formulieren und auf diesem Weg die Zukunft Grafings aktiv mitzugestalten. Weiter sollen gemeinsame Ideen und Anregungen entwickelt und zur Verwirklichung gebracht werden. Das 3D-Modell soll vor allem ein Informationsportal sein, um die Vision „Grafing 2030+“ voranzutreiben. Die Beteiligung der Bürger wurde schon im Leitbildprozess als sehr wichtig angesehen.

Als Ergänzung zu den bereits bestehenden Beteiligungsprozessen ist das Projekt selbst demnach als Maßnahme zur verstärkten Einbindung der Bürger in städtische Prozesse zu verstehen. Der Ist-Zustand Grafings wurde durch Überflie-

gen in Luftaufnahmen erfasst und in ein semantisches 3D-Stadtmodell umgewandelt. Dieses gibt dem Bürger den Überblick über das heutige Grafing. Der Vorteil gegenüber reinen Visualisierungsprogrammen besteht darin, dass durch die vielfältigen Einbettungsmöglichkeiten von verschiedensten Attributen und Informationen in das Stadtmodell mehrere Themenfelder mit ihrem urbanen Bezug aufbereitet und dem Bürger sichtbar gemacht werden. Auf Basis der Verwaltungssoftware des Stadtmodells wurde ein Bürgerportal errichtet, das zum Diskutieren einlädt. Es diente als Diskussionsgrundlage, um die oben genannten Themen darzustellen und in Workshops Maßnahmen abzuleiten. Parallel hierzu konnte eine Kommunikationsstrategie entwickelt werden mit einem erfahrenen Partner in der Stadtkommunikation, Proesler Kommunikation. Dieser Partner sorgte für eine integrative Kommunikationsstrategie zwischen Bürgern und Presse.

Während bisher nur Großstädte aufgrund umfangreicherer Stadtstrukturen und funktionalen Anforderungen 3D-Stadtmodelle in der Stadtentwicklung einsetzen, konnte hierfür die Kleinstadt Grafing als Testfeld für die bürger-nahe digitale Kommunikation etabliert werden.

Tabelle 1: Abgleich identifizierter Bedürfnisfelder und Leitbilder Grafings

Identifizierte Bedürfnisfelder	„alte“ Leitbilder Grafing
Generationenübergreifende/Gemeinschaftliche Wohnformen	<ul style="list-style-type: none"> • Grafing aktiviert • Grafing bringt Menschen zusammen • Grafing lebt
Freiräume/Begegnungsflächen	<ul style="list-style-type: none"> • Grafing bringt Menschen zusammen • Grafing bietet Bildung und Kultur • Grafing macht fit
Verkehrsberuhigung	<ul style="list-style-type: none"> • Grafing macht mobil
Barrierefreiheit	<ul style="list-style-type: none"> • Grafing macht mobil • Grafing aktiviert
Optimierung des stadtinternen ÖPNV	<ul style="list-style-type: none"> • Grafing macht mobil • Grafing aktiviert
Trend zur Allmende	<ul style="list-style-type: none"> • Grafing aktiviert • Grafing bringt Menschen zusammen • Grafing bietet Chancen für Unternehmer • Grafing macht heimisch
Stärkung lokaler Produkte, Produzenten und Vertriebsketten	<ul style="list-style-type: none"> • Grafing bietet Chancen für Unternehmer • Grafing macht heimisch

Es bestand von Anfang an ein großes Interesse, über den Wettbewerb „Zukunftsstadt“ hinaus langfristige Ziele zur Transformation einer Kleinstadt innerhalb einer Metropolregion in einem Modell zu verfolgen.

Weiterhin hat die Stadt Grafing das klare Ziel, sich mit diesem Modell langfristig für nachhaltige und innovative Stadtentwicklung zu etablieren und die nun konkretisierten und bereits im Jahr 2007 identifizierten Leitbilder zu entwickeln. Dazu wurden die Schnittstellen zwischen dem bisherigen Leitbild und den Themen des Wettbewerbs „Zukunftsstadt“ gesucht (Tab. 1).

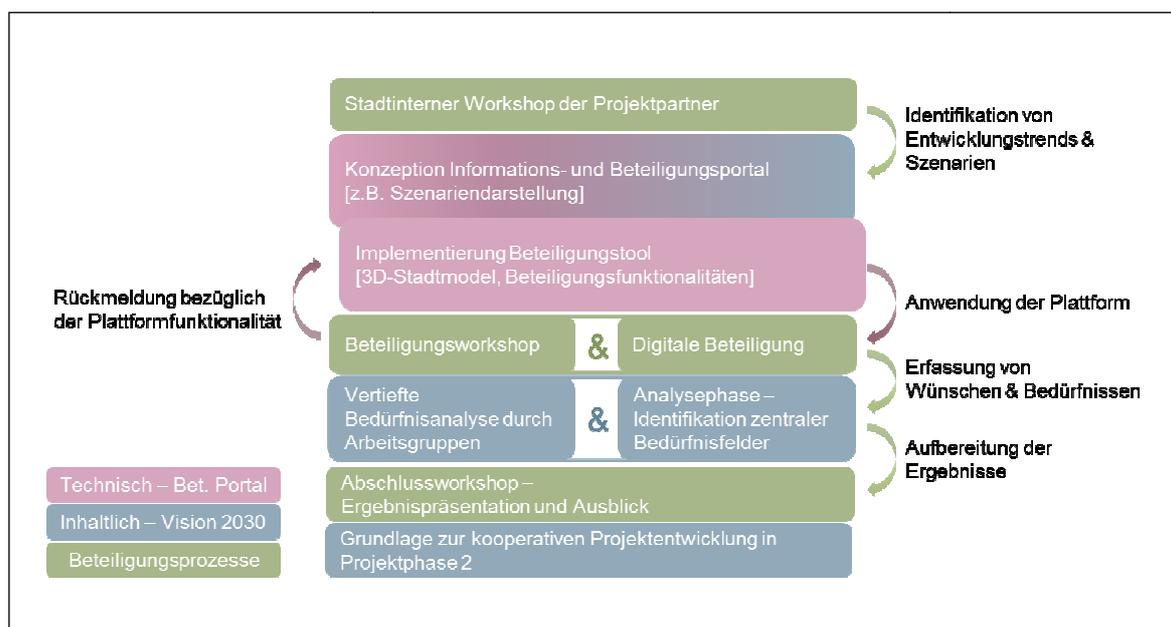
DIE ZWEITE PROJEKTPHASE

Erste Beteiligungswerkstatt

Startschuss für die zweite Projektphase war dann eine offene Beteiligungswerkstatt im Februar 2016. Bei diesem Termin wurde den ca. 300 teilnehmenden Bürgern Grafings – mehr als 2 % der Gesamtbevölkerung – nicht nur das 3D-Modell der Stadt vorgestellt, sondern sie wurden mit dessen Hilfe auch über Entwicklungstendenzen sowie mögliche Handlungsoptionen aufgeklärt.

Das 3D-Tool erlaubte es, Problemstellungen vom gesamtstädtischen Kontext bis hin zu konkreten gebäudespezifischen Fragen nachvollziehbar zu erörtern. Darauf aufbauend entstanden Diskussionsgruppen, um die dargelegten Handlungserfordernisse weiter zu präzisieren und zu erörtern. Außerdem wurde die Beteiligungsplattform ab diesem Termin für einen Monat über die städtische Website freigeschaltet und alle Bürger konnten mit Hilfe von Kommentaren weitere Bedarfe, Wünsche, Anregungen und Fragen kommunizieren. Dieses Instrument wurde intensiv genutzt – die Website wurde über tausend Mal aufgerufen und dazu zahlreiche Kommentare eingetragen und Fragen an Verwaltung und Bürgermeisterin gestellt. Unter großer Beteiligung der Bürger entstand über den Zeitraum von einem Monat eine rege Diskussion zu den dargestellten Themen und Szenarien. Die Diskussion führten einerseits die Bürger untereinander, aber auch die Bürgermeisterin Angelika Obermayr nutzte die Kommunikationsplattform, um den Bürgern Antworten, Erklärungen und detaillierte Informationen zur Verfügung zu stellen. Diese Kommentare wurden anschließend analysiert und daraus Querschnittsthemen gebildet, die mit den Zielen der Stadt vereinbart werden konnten (Abb. 2).

Abbildung 2: Arbeitsablauf



Zweite Beteiligungswerkstatt

Zum Abschluss dieser Projektphase wurde im Juni 2016 ein zweiter Bürgerbeteiligungswerkstatt durchgeführt. Der Teilnehmerkreis dieser ebenfalls öffentlichen Veranstaltung setzte sich schwerpunktmäßig aus thematischen Ansprechpartnern sowie aktiven Arbeitsgruppenmitgliedern und städtischen Verantwortlichen zusammen (ca. 70 Personen). Das Ziel dieser Sitzung war die Identifikation von thematischen Fragestellungen, die vertieft untersucht werden sollten. Dafür stellte das Projektteam die Analyseergebnisse vor, benannte die Querschnittsthemen und regte optionale Themen für Projektphase 2 an.

Zentrale Fragen des Workshops waren: Welche Fragestellungen müssen für eine Zielvision „Grafing 2030“ vertieft mit der Bevölkerung abgestimmt werden? Welche Funktionalitäten muss die 3D-Plattform hierfür bieten? Wie sieht die Vision 2030 aus? Wie fließen Beteiligungsergebnisse ein? Aus dieser Veranstaltung und ihren ausgewerteten Ergebnissen wird die Konzeptionierung der Projektphase 2 und des Projektantrags durchgeführt.

Durch Bürgerbeteiligungswerkshops können die zentralen Bedürfnisse ERFASST werden.

ERGEBNISSE AUS DER OFFENEN BETEILIGUNGSWERKSTATT UND DEM ONLINE-TOOL

Im Werkstattverfahren in der Stadthalle Grafing organisierten sich Arbeitsgruppen zu allen Themengruppen, in denen die Fragestellungen differenziert untersucht wurden. Auf diesem Wege wurden mehrere hundert Kommentare und Ideen erfasst und entsprechend der verschiedenen Themenfelder aufbereitet. Darüber hinaus konnten im Rahmen der einmonatigen Freischaltung der 3D-Beteiligungsplattform weitere Kommentare zu allen sechs Themengruppen eingebracht werden. Im Rahmen dieser

beiden Beteiligungsformen ergaben sich sieben Querschnittsthemen, welche die zentralen Bedürfnisse in den verschiedenen Themenfeldern darstellen:

- generationenübergreifende / gemeinschaftliche Wohnformen
- Freiräume / Begegnungsflächen – Außenräume und Innenräume
- Verkehrsberuhigung, auch im Kontext von Sicherheit / neuen Verkehrswegen
- Barrierefreiheit
- Optimierung des stadtinternen ÖPNV
- Trend zur Allmende
- Stärkung lokaler Produkte, Produzenten und Vertriebsketten

Es hat sich gezeigt, dass die im 3D-Modell hinterlassenen Kommentare in der Regel konkreter waren als die Wortmeldungen der Beteiligungswerkstatt in der Stadthalle. Beispielsweise wurden auch Lösungen anderer Städte als Referenzen und Orientierung eingebracht. Hier offenbarte sich ein großes Wissen der Bürger.

Darüber hinaus war das 3D-Beteiligungstool laut Bürgermeisterin Obermayr ein einmaliges Werkzeug, um niederschwellig mit Bürgern in Kontakt zu treten. Fragen konnten direkt – und für andere User sichtbar – zeitnah beantwortet werden (besser als per E-Mail, wo nur ein 1:1-Kontakt zustande kommt). Beispielsweise konnten Missverständnisse schnell und direkt aufgeklärt werden. Auch war es gut zu sehen, wo generelle Informationsdefizite in der Bevölkerung bestehen. Und auch die Bürger resümierten in zahlreichen Kommentaren „ein tolles Tool“ und sprachen sich dafür aus, es über den Projektzeitraum hinaus weiter nutzen zu können.

WEITERES VORGEHEN

Noch während der Beteiligungswerkstatt benannte man für alle Themengruppen außerdem Ansprechpartner aus der Bevölkerung. Diese trieben anschließend die weitere Entwicklung „ihrer“ Themen in separaten Arbeitsgruppen voran. Daraus entstanden schon Kooperationen wie beispielsweise für die Arbeitsgruppe „Schule / Schüler“ mit den lokalen Schulen.

Der Einsatz von 3D-Stadtmodellen bietet eine Vielzahl von Möglichkeiten. Diese reichen von einer beispielhaften Modellierung bis zur Darstellung einer Vielzahl an Planungsalternativen mit geringem Aufwand. Es entstehen ganz neue Möglichkeiten zu visualisieren und zu vergleichen. Zudem können selbst normative Vorgaben wie die Geschossflächenzahl (GFZ) oder Gebäudehöhen über die Regeln beim Entwurf integriert werden und beim Planungsprozess in besonderem Maße berücksichtigt werden.

Das 3D-Stadtmodell samt Beteiligungstool ist auf alle Typen von Städten übertragbar. Es handelt sich demnach um eine Art Modellkonzept. Für den städtischen Kontext wurden bereits unterschiedliche 3D-Modelle und dazugehörige 3D-Anwendungen entwickelt. Im Rahmen dieses Projektes konnten für die Stadt Grafing verschiedene Themen aus den Bürgerworkshops und Kommentaren der Bürger visualisiert und so dem Bürger deutlich veranschaulicht werden:

So wurden folgende Szenarien visualisiert:

Szenario Wachstum: Die Stadt Grafing rechnet mit einem Bevölkerungswachstum von jährlich bis zu 2 %. Um den Platzbedarf zu veranschaulichen, stellte man im 3D-Modell Hochhäuser auf dem Marktplatz dar, die dem zu erwartenden Wohnbedarf entsprechen. In der Beteiligungswerkstatt hat sich diese Darstellungsform als sehr anschaulich und nachvollziehbar bewiesen.

Szenario Neubaugebiete: Im Modell konnten die Bürger die städtebauliche Planung für drei ausgewiesene Neubaugebiete auf Klick im 3D-Modell nachvollziehen. Außerdem wurde in das Neubaugebiet BayWa-Gelände das städtebauliche 3D-Modell des Architekten eingebaut und parallel zur Einspruchsfrist online geschaltet. Die Bürger nahmen die Möglichkeit begeistert auf, sich das Gelände online im Stadtkontext anschauen zu können. Von Seiten der Stadt konnten viele Zweifel der Bevölkerung hinsichtlich Verdichtung, zusätzlichem Verkehrslärm u. v. m. allein durch die fotorealistische Darstellung im Stadtkontext beseitigt werden.

Szenario Hochwasser: Im Modell wurde der Pegel des errechneten Jahrhunderthochwassers dargestellt und die gefährdeten Gebiete farbig unterlegt. Bebaubare Flächen sowie auch nicht bebaubare Flächen (wie z. B. Landschaftsschutzgebiete, Hochwasserausgleichflächen) markierte man in unterschiedlichen Farben.

Das Grafinger 3D-Modell ist auf alle TYPEN von Städten übertragbar.

Die Möglichkeit, die Szenarien und Darstellungen aus dem 3D-Modell zu kommentieren und Antworten zu gestellten Fragen zu erhalten, ist ein erster Ansatz eines digitalen bi-direktionalen Austausches zwischen Bevölkerung und städtischer Verwaltung. Mit einer Beteiligung von über 1.000 Klicks wurde bestätigt, dass die Bürger diese moderne Art der Kommunikation sehr gut aufnehmen – quer durch alle Altersschichten. Zusätzlich bietet dies die Möglichkeit, Fragestellungen schnell, unkompliziert und für alle sichtbar zu beantworten und so falschen Vermutungen und Gerüchten vorzubeugen.

Zu Erreichung dieser Zielsetzung waren mehrere Zwischenschritte bzw. -ziele erforderlich, deren Realisierung der Tabelle 2 (folgende Seite) entnommen werden kann:

ZUSAMMENFASSUNG

Dem übergeordneten Ziel, im Dialog mit den Bürgern auf Grundlage einer Bürgerpartizipationsplattform ein Vision „Grafing 2030“ zu entwickeln, konnte das Projekt durch die Entwicklung und Freischaltung der 3D-Beteiligungsplattform sowie durch die Durchführung der Beteiligungswerkstätten gerecht werden. Im Ergebnis wurden zentrale Bedürfnisfelder identifiziert, die im nächsten Projektschritt durch gemeinschaftliche Lösungsentwicklung angegangen werden.

Tabelle 2: Übersicht der Zwischenschritte mit jeweiliger Zielerreichung

Zwischenschritte bzw. -ziele	Zielerreichung
Definition von Themenfeldern als Grundlage für den Beteiligungsprozess	<ul style="list-style-type: none"> • Realisierung 3D-Stadtmodell als Diskussionsgrundlage • Workshops mit Stadt zur Definition erster Themen- gruppen
Entwicklung von Szenarien zur Wissensvermittlung und damit als Grundlage für bürgerschaftliches Engagement	<ul style="list-style-type: none"> • Kooperative Entwicklung der Szenarien zwischen Stadt, Forschungs- und Medienpartner • Visualisierung der Szenarien im 3D-Stadtmodell
Beteiligung der Bürger, um gemeinsam Bedürfnisfelder zu identifizieren	<ul style="list-style-type: none"> • Beteiligungsworkshops • Einmonatige Freischaltung Beteiligungsplattform (hier wurden die Szenarien dargestellt bzw. jeder konnte sie online nachvollziehen und kommentieren)
Analyse der eingebrachten Bedarfe	<ul style="list-style-type: none"> • Gemeinsame Analyse der Workshops sowie Online-Kommentare durch Stadt, CADFEM und Fraunhofer • Thematische Aufarbeitung der Bedürfnisfelder in den bürgerschaftlichen Arbeitsgruppen
Präsentation der Ergebnisse und Vorantreiben lokaler Prozesse	<ul style="list-style-type: none"> • Öffentliche Abschlussveranstaltung und Präsentationen zu den Arbeitsständen aus den Arbeitsgruppen

Als Reaktion auf den großen Mehrwert der Beteiligungsplattform hat der Grafinger Stadtrat am Ende der Projektlaufzeit die Möglichkeit ins Spiel gebracht, die Beteiligungsplattform als Informations- und Abstimmungstool für Haushaltsfragen zu nutzen. Dieser „kleine“ Beteiligungshaushalt ergänzt die geplanten Aktivitäten der zweiten Projektphase hervorragend und stellt den Nutzen der Plattform auch über die eigentliche Projektarbeit im Vorhaben hinaus deutlich heraus.

Darüber hinaus hat das Projekt zu einem sehr regen Engagement der Bevölkerung beigetragen, was Grafing dazu veranlasst hat, eine Teilzeitstelle zu schaffen, die sich um die Pflege und Finanzierung der Plattform sowie die Einbeziehung der Wünsche und Rückmeldungen aller lokalen Stakeholder in städtische Verwaltungsabläufe kümmern soll. Auf diese Weise hat das Projekt grundsätzlich zur Stärkung der Kooperation in der Gemeinde beigetragen.

Auch die bereits in dieser Projektphase durchgeführte Diskussion zum Bebauungsplan des BayWa-Geländes kann als Vorwegnahme eines zukünftigen Einsatzfeldes des Tools verstanden werden. Zukünftig könnten nach BauGB geregelte Beteiligungsverfahren für Bauleitpläne durch digitale Beteiligungstools unterstützt werden. In diesem Kontext diente das Projekt als erster Test, der bestätigen konnte, dass umfangreiche Einwände auch auf digitalem Wege eingebracht werden.

CHRISTIAN BAUER

Stadtkämmerer in Grafing bei München

DIPL.-ING. WILLI WENDT

Fraunhofer-Institut für Arbeitswirtschaft und Organisation IAO Competence Team Informationsmanagement, Stuttgart

DIGITAL VERNETZT UND LOKAL VERBUNDEN?

Nachbarschaftsplattformen als Potenzial für sozialen Zusammenhalt und Engagement – ein Werkstattbericht

ANNA BECKER / HANNAH GÖPPERT / OLAF SCHNUR / FRANZISKA SCHREIBER¹ || Soziale Medien und digitale Plattformen ermöglichen den Menschen, sich weltweit zu vernetzen und auszutauschen. Das Aufkommen des Internets wird daher oft mit dem Bedeutungsverlust nahräumlicher Beziehungen in Zusammenhang gebracht. Seit Kurzem wächst in Deutschland jedoch ein vielfältiges Angebot an Nachbarschaftsplattformen, die Menschen digital in ihrer Nachbarschaft vernetzen und vor Ort zusammenzubringen wollen. Bislang ist allerdings noch wenig über die Auswirkungen dieser Plattformen auf das soziale Zusammenleben und politische Engagement vor Ort bekannt. Diese Wissenslücke will der Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. (vhw) mit dem Forschungsprojekt „Vernetzte Nachbarn“ schließen.

Die veränderte Bedeutung des Lokalen in Zeiten von Globalisierung und Individualisierung wird in der Soziologie und Geographie bereits seit den 1980er-Jahren intensiv diskutiert.² Einerseits wird konstatiert, dass gerade durch Mobilität sowie neue Kommunikations- und Interaktionsmöglichkeiten der unmittelbare Sozialraum für die Herstellung und den Erhalt sozialer Beziehungen an Relevanz verliert.³ Andererseits wird festgestellt, dass die aus der Globalisierung resultierenden Unsicherheiten zu einer verstärkten Sehnsucht nach Verortung, Vertrauen und Stabilität führen. Nachbarschaften bieten hier die Möglichkeit, die abstrakten, globalen Herausforderungen auf eine handhabbare Ebene zu übersetzen und durch Aktionen im „Kleinen“ sowie den Aufbau nahräumlicher Beziehungen zu begegnen.⁴ Die gestiegene Anzahl sozialer Bewegungen (z. B. „Recht auf Stadt“) und neue Formen kollaborativer Praktiken („Shared Economy“; „Urban Commons“) geben hierauf einen Hinweis.⁵ Auch der demographische Wandel mit Überalterung und einer Zunahme an Alleinerziehenden- und Single-Haushalten verweist darauf, dass nachbarschaftliche Kontakte in der Zukunft noch stärker als Unterstützungsnetzwerk an Bedeutung gewinnen.

Durch die Pluralisierung von Lebensstilen kann zudem vermutet werden, dass eine Diversifizierung von Erwartungen und Ansprüchen an Nachbarschaft und lokaler Vernetzung entsteht, die zu neuen Formen und Prozessen der Nachbarschaftsbildung beiträgt.

Zu digitalen Quartiersplattformen gibt es in Deutschland bisher keine EMPIRISCHEN Untersuchungen.

Auf die diversifizierten Bedürfnisse an Nachbarschaftlichkeit und potenziellen Funktionen von Nachbarschaft wird seit einigen Jahren mit einer zunehmenden Vielfalt an digitalen Angeboten reagiert. Nachbarschaftsplattformen (z. B. nebenan.de, nextdoor.de, allenachbarn.de, lokalportal.de, nachbarschaft.net) sowie Tauschbörsen, Facebookgruppen und weitere sozialräumlich ausgerichtete soziale Medien sollen

den Nutzern die Möglichkeit bieten, sich in ihrer Nachbarschaft mit Menschen gleicher Interessen und Intentionen zu vernetzen.⁶ Bislang wurden digitale Quartiersplattformen vor allem kommerziell betrieben oder von Anwohnern oder gemeinnützigen Trägern initiiert. Seit Kurzem nimmt allerdings auch der öffentliche Sektor das Potenzial von digitalen Quartiersplattformen in den Blick. Mittlerweile gibt es eine Reihe von Beispielen für die Einrichtung und Förderung solcher Plattformen durch Kommunen (z. B. Stadt Hannover), Länder (z. B. Quartiersakademie NRW) oder den Bund (z. B. Quartiersnetz).⁷ Grundlage dieser Förderung ist laut einem Impulspapier des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) und des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) die Annahme, dass die „Etablierung digital gestützter Quartiersplattformen [...] eine leichte Vernetzung verschiedener sozialer Milieus [ermöglicht] und neue Nachbarschaften [schafft]“.⁸ Während das Potenzial von digitalen Quartiersplattformen in der Praxis also zunehmend Anerkennung findet und gezielte Förderung erfährt, gibt es in Deutschland bislang keine empirischen Untersuchungen und viele ungeklärte Fragen zu digitalen Nachbarschaften und dem wechselseitigen Verhältnis zu analogen sozialen Netzwerken.

DIGITALISIERUNG UND LOKALE GEMEINSCHAFT

Die Frage nach der Bedeutung und Realisierung von nachbarschaftlichen Beziehungen kann folglich nicht losgelöst von der fortschreitenden Digitalisierung betrachtet werden. Zu den Auswirkungen moderner Kommunikationstechnologien auf lokale Vergemeinschaftungspraktiken, soziale Beziehungen sowie politische Debattenkultur gibt es im wissenschaftlichen Diskurs jedoch sehr unterschiedliche Einschätzungen: Bereits um die Jahrtausendwende prognostizierte eine Reihe von Arbeiten, dass die Verbreitung des Internets einen Rückgang lokaler sozialer Beziehungen und zivilgesellschaftlichen Engagements bewirken wird.⁹ Demgegenüber wird die These vertreten, dass digitale Medien aufgrund der besseren Kommunikationsmöglichkeiten soziales Kapital, insbesondere in

Form von losen Beziehungen, auch innerhalb von Quartieren erhöhen können.¹⁰ Die umfangreichen Arbeiten von Barry Wellman zeigen, dass das Internet weder das Ende von Gemeinschaft im Quartier bedeutet noch ein Wundermittel für ihre Wiederbelebung ist.¹¹ Vielmehr bestehen erweiterte Möglichkeiten der Gemeinschaftsbildung und um sich mit Gleichgesinnten für politische Anliegen und gemeinsame Interessen zu vernetzen.¹² Die veränderten Kommunikations- und Interaktionsprozesse wirken somit bis in den unmittelbaren Sozialraum hinein und können sich auf das Zusammenleben vor Ort auswirken.

Die digitalen Medien bieten erweiterte Möglichkeiten der GEMEINSCHAFTSBILDUNG.

DIGITALE MEDIEN UND LOKALE DEMOKRATIE

Während die Forschung und Praxis zum Verhältnis von sozialen Medien und politischer Partizipation bereits vorangeschritten ist, gibt es bislang nur wenige Untersuchungen, die explizit den Sozialraum in den Blick nehmen. Studien zur Erklärung von zivilgesellschaftlichen Engagement weisen häufig darauf hin, dass vor allem Personen mit einem größeren und diverseren sozialen Netzwerk Diskussionen über öffentliche Angelegenheiten führen und dadurch deren Verständnis für Probleme in der Gemeinschaft sowie die Bereitschaft für lokales Engagement erhöht wird.¹³ Da das soziale Netzwerk von Nutzern des Internets und sozialer Medien in der Regel größer ist und sich durch mehr schwache Beziehungen als offline-Netzwerke kennzeichnet,¹⁴ kann eine Verbindung zwischen den Potenzialen digitaler Medien und der Stärkung von politischer Beteiligung im Quartier vermutet werden. Die Zivilgesellschaft nutzt soziale Medien bereits, um Änderungen in ihrer Nachbarschaft zu bewirken bzw. zu verhindern oder alternative Ideen für die Quartiersentwicklung einzubringen.¹⁵ Auch soziale Bewegungen

greifen inzwischen auf digitale Netzwerke als Hauptmittel für politische Mobilisierung zurück, darunter auch Gruppen mit direktem Nachbarschaftsbezug. Hier deutet sich bereits das erweiterte Potenzial von Nachbarschaftsplattformen für die Mobilisierung und Aktivierung zivilgesellschaftlichen und politischen Engagements an. Die tatsächlichen sozialen Auswirkungen von digitalen Nachbarschaftsplattformen sind in Deutschland jedoch noch weitestgehend unerforscht und erfordern eine kritische Reflexion und weiterführende Untersuchung.

DIE VHW-EXPLORATIONSSTUDIE: WIE VERNETZEN SICH NACHBARSCHAFTEN IN DIGITALEN ZEITEN?

Mit der Explorationsstudie „Vernetzte Nachbarn“ (www.vernetzte-nachbarn.de) soll daher untersucht werden, wie sich webbasierte, sozialraumbezogene Netzwerke auf das Zusammenleben in Nachbarschaften auswirken und welche Potenziale durch digitale Medien für lokale Demokratie und Vergemeinschaftung bestehen.¹⁶ Das Projekt vertieft damit die Forschungsaktivität des vhw im Bereich „postmoderne Nachbarschaften“, indem es die gesellschaftlichen Veränderungen durch Digitalisierung in den Blick nimmt. In diesem Kontext soll die Studie einen weiteren Einblick geben, ob und auf welche Weise soziale Medien und Internetplattformen unterschiedliche Vorstellungen und gelebte Praktiken von Nachbarschaft produzieren.¹⁷

Begriffsklärung: Nachbarschaft und Nachbarschaftsplattformen

Ebenso wie der Begriff der Nachbarschaft sind auch Nachbarschaftsplattformen nicht eindeutig definiert und festgelegt. Nachbarschaften haben als Konzept sowohl eine soziale als auch eine räumliche Dimension (nämlich des „in der Nähe Wohnens“), deren Abgrenzungen primär auf individueller Wahrnehmung basieren. Dementsprechend überspannt ein Nachbarschaftsnetzwerk für manche die angrenzenden Häuser und deren Bewohner, für andere umfasst es den

Straßenzug, das gesamte Quartier oder sogar noch mehr. Während mit Nachbarschaft kleinräumig organisierte soziale Netzwerke von Nachbarn gemeint sind, umfasst das Quartier als übergeordnete Kategorie verschiedene Nachbarschaften sowie das gesamte (auch materiell zu verstehende) Wohnumfeld als „Ermöglichungsstruktur“. Auch bei Nachbarschaftsplattformen gibt es keine allgemeine Regel, auf welche räumliche Einheit sich diese beziehen. Interessanterweise führt gerade die lineare räumliche Abgrenzung von „Nachbarschaften“ durch Nachbarschaftsplattformen bisweilen zu Diskussionen, wer warum oder warum nicht „dazugehören“ soll. Für das Forschungsprojekt werden daher sowohl digitale Netzwerke betrachtet, in denen die Bewohner weniger Straßenzüge miteinander kommunizieren, als auch stadtteilweite Plattformen sowie Plattformen für Kleinstädte und ländliche Regionen.

Projektdesign

Um die Rolle und Wirkung digitaler Quartiersplattformen besser und differenzierter zu verstehen, wurde zu Beginn des Forschungsprojekts eine Literatur- und Medienanalyse durchgeführt. Im Anschluss wurde eine bundesweite Bestandsaufnahme der in Deutschland existierenden Angebote an digitalen Nachbarschaftsplattformen vorgenommen. Durch die Bestandsaufnahme sollte ein systematischer Überblick gewonnen werden, wie viele digitale Nachbarschaftsplattformen in Deutschland vorhanden sind und von wem diese mit welchem Zweck genutzt werden. Dafür wurde zuerst eine Internetrecherche zu Nachbarschaftsplattformen durchgeführt. Zur Vertiefung der gesammelten Informationen und um einen Einblick in die unterschiedlichen Aktivitäten digitaler Nachbarschaften zu gewinnen, wurde die Internetrecherche um eine standardisierte, zweimonatige online-Befragung unter den Betreibern und Nutzern der identifizierten Plattformen ergänzt. Da die Nutzer aus Datenschutzgründen in der Re-

gel nicht einfach kontaktiert werden können, wurden die Betreiber direkt angesprochen und gebeten, den Umfrageaufruf an zentrale Ansprechpersonen der einzelnen Nachbarschaften weiterzuleiten. Um die wesentlichen Ergebnisse der Befragung der interessierten Öffentlichkeit zeitnah zugänglich zu machen, wurden zentrale Informationen der erfassten Nachbarschaften sukzessive auf einer in die Projektwebseite eingebundenen Deutschlandkarte visualisiert (Abb. 1).

Die online-Befragung sollte zudem dabei helfen, Nachbarschaften zu identifizieren, die besonders für eine vertiefende Untersuchung im weiteren Forschungsverlauf geeignet sind. Dementsprechend wurden Indikatoren für die beiden Forschungsdimensionen Gemeinschaftsbildung und lokale Demokratie entwickelt und in den Fragebogen integriert. Auf diese Weise konnten die zugrundeliegenden theoretischen Konstrukte auf die Ebene der Empirie übersetzt werden.

Abbildung 1: Räumliche Verteilung der erfassten Nachbarschaftsplattformen



Quelle: eigene Darstellung

Tabelle 1: Lokale Demokratie und Gemeinschaftsbildung

Konstrukt	Operationalisierung	Indikatoren
Gemeinschaftsbildung	Lose Beziehungen (z. B. flüchtige Begegnungen und lose Kontakte)	<ul style="list-style-type: none"> • Kleinanzeigen: Kaufen und Verkaufen • Tauschen und Teilen • Vermittlung von Hilfsleistungen (z. B. Umzugshilfe, Babysitter usw.) • Um Rat fragen, Hinweise geben
	Enge Beziehungen (z. B. enge Bekanntschaften und Freunde, Personen mit gemeinsamen Interessen und Zielen)	<ul style="list-style-type: none"> • Veranstaltungen in der Nachbarschaft organisieren • Nachbarn kennenlernen und neue Freundschaften knüpfen
Lokale Demokratie	Politisches Interesse (passiv)	<ul style="list-style-type: none"> • Über lokale Themen und Neuigkeiten diskutieren
	Gesellschaftlich-politisches Engagement bzw. Handeln (aktiv)	<ul style="list-style-type: none"> • Ideen und Verbesserungsvorschläge für die Nachbarschaft einbringen • Organisation von zivilgesellschaftlichen Initiativen (z. B. Flüchtlingshilfe, Sportverein ...) • Unterstützung für eine gute Sache gewinnen bzw. gegen etwas protestieren

Quelle: eigene Darstellung

Für die Auswertung der online-Befragung und die Auswahl geeigneter Fallstudien wurde eine zweistufige Kriterienmatrix entwickelt, mithilfe derer die digitalen Nachbarschaften herausgefiltert werden konnten, die besonders lebendig und im Hinblick auf die Forschungsfrage aktiv sind.¹⁸ Im Anschluss erfolgten vertiefende Recherchen zur Bevölkerungs- und Sozialstruktur sowie zur politischen Orientierung in den jeweiligen Nachbarschaften. Zur Komplementierung der Bestandsaufnahme wurden im Anschluss telefonische Interviews mit mehreren Betreibern von Nachbarschaftsplattformen geführt. Sie dienten dazu, weitere Details zu erfragen und das Expertenwissen der Plattformbetreiber hinsichtlich besonders aktiver und dynamischer Nachbarschaften nutzbar zu machen (Tab. 1).

VERBREITUNG VON NACHBARSCHAFTS- PLATTFORMEN IN DEUTSCHLAND – ERSTE ERGEBNISSE

Im Rahmen der bundesweiten Bestandsaufnahme digitaler Nachbarschaftsplattformen mittels Desktop-Recherche und online-Befragung konnten erste wichtige Erkenntnisse über die Verbreitung und Anwendung von Nachbarschaftsplattformen gewonnen werden. Dabei traten auch verschiedene Herausforderungen auf, die mit dem explorativen Charakter der Untersuchung zusammenhängen. Beispielsweise ist der Begriff „digitale Nachbarschaftsplattform“ zur Beschreibung des relativ jungen Phänomens noch nicht eindeutig besetzt, was die Rekrutierung für die online-Befragung erschwerte.

Die Bestandsaufnahme zeigte, dass sich digitale Nachbarschaftsplattformen in Deutschland wachsender Beliebtheit erfreuen und sowohl bei Akteuren aus Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft auf großes Interesse treffen. Inzwischen nutzt eine beträchtliche Anzahl an Bürgern die bestehenden Angebote: Allein die Plattform *nebenan.de* hat bundesweit über 2.000 aktive Nachbarschaften mit jeweils mehr als 150 Nutzern und die Plattform *Nachbarschaft.net* verzeichnet über 200.000 angemeldete Nutzer. Hinzu kommt eine schwer zu beziffernde, wahrscheinlich beträchtliche Anzahl an Personen, die über Facebook, WhatsApp und andere Medien mit ihren Nachbarn kommunizieren. Im Rah-

men der Recherche wurden insgesamt acht überregionale und dreizehn lokale Nachbarschaftsplattformen identifiziert. Diese Zahlen verändern sich jedoch stetig, denn zwischen den Plattformen herrscht großer Konkurrenzdruck: Allein im ersten Halbjahr 2017 stellten mehrere Nachbarschaftsplattformen ihren Betrieb ein, weil sie sich nicht mehr finanzieren konnten. Aufgrund des Wettbewerbsdrucks und aus Datenschutzgründen gaben mehrere Betreiber von Plattformen keine genauen Mitgliederzahlen bekannt. Zudem tragen einige selbst organisierte, lokale Plattformen Eigennamen, die durch generische Recherchen nur schwer erfasst werden können. Die Anzahl an digitalen Plattformen und deren Nutzern lässt sich daher nicht genau bestimmen.

Eindeutig zeigte sich jedoch, dass die Vielfalt an digitalen Nachbarschaftsplattformen bereits groß ist und vom selbst organisierten Stadtteilforum bis zur professionellen, bundesweiten Smartphone-App reicht. Die meisten Plattformen verfolgen dabei das gemeinsame Anliegen, Menschen innerhalb einer Nachbarschaft besser miteinander zu vernetzen. Da die Nachbarschaft besonders für weniger mobile Gruppen einen wichtigen Bezugsrahmen darstellt,¹⁹ konzentrieren sich manche Angebote auf genau solche sozialen Gruppen, deren Teilhabe am gesellschaftlichen Leben erschwert ist, zum Beispiel Senioren (z. B. „Quartiersnetz“, „Unser Quartier“, „Tante Inge“) oder Geflüchtete (z. B. „Konfettiapp“). Indem sie Kontakte zu Nachbarn vermitteln, möchten sie die soziale Integration stärken.

**DIGITALE Nachbarschaftsplattformen werden
in Deutschland immer mehr genutzt.**

An der online-Befragung nahmen insgesamt 217 Vertreterinnen und Vertreter einzelner Nachbarschaften teil, darunter gehört die große Mehrheit der bundesweit größten Plattform *nebenan.de* an. Angesichts dieser Überrepräsentanz bilden die Ergebnisse vor allem die Nut-

zung dieses Anbieters ab. Die Aussagekraft der Bestandsaufnahme ist dadurch zwar begrenzt, nichtsdestotrotz konnten bereits wichtige Erkenntnisse gesammelt werden:

- Die Nutzung digitaler Nachbarschaftsplattformen ist bislang vorwiegend ein **großstädtisches Phänomen**. Die Mehrheit der Plattformen, wie z. B. „nebenan.de“, konzentriert sich auf die Bedürfnisse von Menschen in größeren Städten und beabsichtigt, der wachsenden Anonymität in urbanen Räumen entgegenzuwirken. Dies spiegelt sich auch in den Ergebnissen der online-Befragung wider: Fast alle Nachbarschaften befinden sich in Großstädten mit über 100.000 Einwohnern (z. B. Berlin, Hamburg, Erlangen, Köln, Mannheim). Nachbarschaften aus kleinen Städten (z. B. Marburg, Bräunlingen) nahmen an der Umfrage nur vereinzelt teil. Allerdings werden digitale Plattformen vermehrt auch in eher ländlich geprägten Regionen und Kleinstädten erprobt (z. B. „Unser Quartier“). Plattformen wie „Lokalportal“ versuchen mithilfe von bedarfsorientierter Informationsbündelung die Vernetzung zwischen zahlreichen lokalen Akteuren, darunter Nachbarn, Vereine, Vertreter aus Politik und Verwaltung sowie Lokalredaktionen gezielt zu stärken und somit die Lebensqualität in infrastrukturschwachen Regionen zu verbessern. Das Interesse an solchen Plattformen ist beträchtlich und deutet auf ein hohes Potenzial für die Erneuerung von Kommunikations-, Interaktions- und Beteiligungswegen in ländlich geprägten Regionen hin.
- Darüber hinaus zeigte die Analyse, dass digitale Nachbarschaftsplattformen in überaus vielfältigen Nachbarschaften Anwendung finden. Die untersuchten Nachbarschaften weisen hinsichtlich ihrer Bevölkerungs- und Sozialstruktur, Lage in der Stadt (innerstädtisch oder Stadtrandlage) und politischen Orientierungen eine große Bandbreite auf. Nach einer groben Klassifizierung konnten **vier Typen von Nachbarschaften** identifiziert werden: a) Nachbarschaft mit mittlerem sozioökonomischen Status, b) aufstrebende, junge Nachbarschaft geprägt durch innerstädtische Lage und Altbaubestand, c) etablierte Nachbarschaft mit überdurchschnittlichem sozioökonomischen Status und d) Nachbarschaft mit großen sozioökonomischen Herausforderungen. Diese vielfältige Nutzung ist insofern interessant, da es aktuellen Studien widerspricht, nach denen Milieus mit gehobener sozialer Lage, moderner Grundorientierung sowie jüngere Menschen unter 35 Jahren das Internet und soziale Medien deutlich häufiger nutzen.²⁰ Spezifischere Aussagen über die aktiven Nutzer sollen nun in den tiefergehenden Fallstudienuntersuchungen generiert werden.
- In Übereinstimmung mit den Zielen vieler Plattformen zeigen die Ergebnisse der Online-Umfrage, dass digitale Nachbarschaftsplattformen primär im Sinne der Sharing Economy sowie **für gemeinschaftliche Zwecke und gegenseitiges Kennenlernen** genutzt werden und weniger für politische Themen. Etwa 75 % der Umfrageteilnehmer verwenden die Plattformen beispielsweise für Kleinanzeigen sowie zum Tauschen und Teilen von Dingen. Fast genauso wichtig ist der Gemeinschaftsgedanke: Etwa 70 % der Teilnehmer nutzen die Plattformen für die Vermittlung von Hilfeleistungen, um Nachbarn kennenzulernen oder Veranstaltungen in der Nachbarschaft zu organisieren. Demgegenüber gaben nur 37,5 % der Teilnehmer an, die Plattformen auch für politische Diskussionen oder Aktivitäten, wie Proteste, zu nutzen. Es ist zu vermuten, dass hierbei auch andere Kommunikationskanäle eine wichtige Rolle spielen (z. B. Social Media, Messenger Dienste). Ob sich aus diesen Aktivitäten langfristige Beziehungen im analogen Raum ergeben und welche Qualität diese haben, wird ebenfalls im Rahmen der Fallstudienuntersuchung analysiert.

Nachbarschaftsplattformen werden vor allem für Tauschgeschäfte, gemeinschaftliche Zwecke und zum Kennenlernen GENUTZT.

AUSBLICK

Vier Fallstudien – vier Nachbarschaften mit ganz unterschiedlichem Charakter

Die Auswahl und Untersuchung der Fallstudien soll im weiteren Projektverlauf die diverse Nutzung digitaler Plattformen und sozialer Medien aufgreifen und die damit verbundene Vernetzung der Bewohner abbilden. Nur so kann ein differenziertes Bild über die Potenziale und Wirkung von digitalen Angeboten auf Gemeinschaftsbildung und lokale Demokratie in unterschiedlichen Kontexten generiert werden. Bisherige Studien, die die Auswirkungen digitaler Kommunikation auf urbane Quartiere untersuchen, konzentrieren sich oft auf eine homogene Bevölkerungsstruktur. Nachbarschaftsplattformen werden jedoch in Quartieren genutzt, die sowohl in sich als auch untereinander sehr vielfältig sind. Um dieser Diversität gerecht zu werden, sollen die Fallstudien unterschiedliche sozialräumliche Milieus abbilden und idealerweise durch eine gewisse Dynamik (z. B. Aufwertungs- und Abwertungsprozesse) gekennzeichnet sein. Gerade in diesen Quartieren kann untersucht werden, inwiefern digitale Plattformen bestimmte soziale und symbolische Grenzen zwischen den Milieus verfestigen oder auflockern.

Die Analyse zeigte, dass sich auch die Berichterstattung von Nachbarschaftsplattformen weitestgehend auf Großstädte fokussiert, obwohl diese auch im ländlichen Raum zunehmend erprobt werden. Zudem wurde die Wirkung von digitalen Medien auf das soziale Miteinander im ländlichen Raum bislang kaum erforscht. Dabei finden gerade in ländlich geprägten Regionen Deutschlands im Zuge des demographischen Wandels und dem Aufstreben rechtspopulistischer Parteien wichtige Entwicklungen statt. Die Untersuchung vom Einfluss digitaler Plattformen auf das Leben außerhalb von Großstädten verspricht daher politisch besonders relevante Erkenntnisse. Vor diesem Hintergrund und unter Rückgriff auf die Recherchen zu den soziodemographischen Charakteristika der Nachbarschaften wurden vier Fallstudien in jeweils zwei großstädtischen Quartieren und zwei kleineren Städten in eher peripheren Regionen ausgewählt:

Berlin-Wedding und **München-Neuperlach** dienen als Untersuchungsbeispiele für großstädtisch strukturierte Quartiere. Diese beiden migrantisch geprägten Quartiere mit großen sozioökonomischen Herausforderungen zeichnen sich durch einen hohen Grad an digitalen Aktivitäten aus, sind sehr dynamisch (z. B. im Hinblick auf Zu- und Wegzüge unterschiedlicher, z. B. auch „kreativer“ Milieus) und unterscheiden sich stark in ihrer Bebauungsstruktur und Lage (innerstädtischer Altbaumischbestand vs. Stadtrand-Großsiedlung).

Die BERICHTERSTATTUNG von Nachbarschaftsplattformen konzentriert sich hauptsächlich auf die Großstädte.

Für die Untersuchung in kleineren Städten in eher peripheren Regionen wurden **Meißen** und **Paderborn-Elsen** ausgewählt, die ebenfalls digital besonders aktiv sind: Elsen wächst dynamisch u. a. durch den Zuzug junger Familien und ist zugleich durch ein lebendiges, traditionsbewusstes Vereinsleben geprägt. Meißen dagegen ist kein Quartier im eigentlichen Sinne, aber eine recht typische ostdeutsche Kleinstadt (in der Einwohnerzahl vergleichbar mit einem Großstadtbezirk, demographisch gealtert, geringe Migrantenquote), in der Nachbarschaftsportale zunehmend ihre Wirkungen entfalten. In den letzten Jahren machte Meißen wiederholt Schlagzeilen wegen Demonstrationen aus dem rechten Spektrum, was sich auch mit Blick auf Nachbarschaftsplattformen für eine nähere Untersuchung anbietet.

Erste Eindrücke aus den Fallstudien

Aktuell werden in den vier Untersuchungsgebieten vertiefende qualitative Fallstudienuntersuchungen durchgeführt. Sie sollen Auskunft darüber geben, wie digitale Angebote das soziale Leben in Nachbarschaften verändern. In dem Rahmen werden Interviews mit Experten für

analoge und digitale Nachbarschaft sowie mit Nutzern von sozialen Medien und digitalen Nachbarschaftsplattformen geführt, die durch teilnehmende Beobachtungen ergänzt werden.

Bereits jetzt zeigt sich, dass die Kommunikation auf digitalen Nachbarschaftsplattformen größtenteils durch einen sehr wertschätzenden und respektvollen Umgang gekennzeichnet ist. Politische Diskussionen werden von den meisten Nutzern bewusst von diesen Plattformen ferngehalten und stattdessen mittels sozialer Netzwerke wie Facebook oder bei persönlichen Treffen geführt. Insbesondere für neu Zugezogene oder bisher weniger vernetzte Anwohner können diese Plattformen eine wertvolle Ressource sein, indem sie den Zugang zu Informationen über das lokale Leben erleichtern und die Hemmschwelle senken, mit Nachbarn in Kontakt zu treten.

Gerade für Bewohner, die NEU sind in der Nachbarschaft, geben die Plattformen wertvolle Informationen über das lokale Geschehen.

In Großstädten können digitale Plattformen Orientierung bieten und das Entstehen analoger Beziehungen unterstützen, beispielsweise indem sie Nachbarn mit den gleichen Interessen und Hobbys zusammenbringen. Die entstandenen Nachbarschaftsgruppen reichen von Personen, die gerne Brettspiele spielen und Mitstreiter suchen; Katzen- oder Hundeliebhaber, die gegenseitig auf ihre Haustiere aufpassen und Ratschläge suchen; bis hin zu Personen, die sich gerne über Nachhaltigkeitsthemen austauschen und gemeinsam mittels Foodsharing der Lebensmittelverschwendung entgegenwirken möchten. Viele Nachbarn empfinden es als Bereicherung, dass sie über diese Plattformen und analogen Veranstaltungen mit Menschen in Kontakt kommen, denen sie sonst vermutlich niemals begegnet wären. Insbesondere die nachbarschaftliche Hilfe, wie z. B. das Ausleihen

von Werkzeugen, Empfehlungen von Ärzten, Nachhilfe bei Computerproblemen, die über diese Plattformen wieder ins Leben gerufen wird, bewerten viele Nachbarn als eine sehr positive Entwicklung und gibt Einigen das Gefühl von Nähe und Wertschätzung.

Auch im ländlichen Raum gibt die digitale Vernetzung den Angeboten lokaler Akteure und den Bedürfnissen der Anwohner stärkere Sichtbarkeit. Nichtsdestotrotz sind sich die befragten Experten einig, dass die digitalen Medien nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen erreichen können, weshalb sie die bisherigen Formen der analogen Kommunikation und Nachbarschaftsarbeit nicht ersetzen, sondern vielmehr ergänzen. Außerdem zeigt sich, dass das Entstehen von bedeutungsvollem Austausch und sozialen Bindungen primär im analogen Raum geschieht, digitale Plattformen jedoch ein wichtiger Impulsgeber sein können. Zudem sind Diskussionen und die Organisation von Veranstaltungen auf digitalen Plattformen kein Selbstläufer, sondern bedürfen einer engagierten Moderation, besonders aktive Nachbarn sowie kontinuierliche Impulse, etwa durch redaktionelle Beiträge.

Und wie geht es weiter?

In den kommenden Monaten werden die Feldforschungen fortgeführt und die gesammelten Daten anschließend systematisch ausgewertet. Die Ergebnisse werden Anfang 2018 vorgestellt. Zudem werden auf der Projektwebseite www.vernetzte-nachbarn.de kontinuierlich alle Informationen rund um das Projekt veröffentlicht, aktuelle Eindrücke aus den laufenden Fallstudienuntersuchungen gezeigt, Meldungen und Termine zu den Themen „Nachbarschaften und Digitalisierung“ projektbegleitend dokumentiert und ein moderierter Online-Dialog durchgeführt.

Auch wenn die Ergebnisse des Projektes noch nicht abschließend vorliegen, lässt sich jetzt schon in Ansätzen erkennen, dass mit digitalen sozialen Medien und Nachbarschaftsplattformen der Aufbau von sozialem Kapital und Unterstützungsnetzwerken vor Ort befördert werden kann. Soziale Medien und Nachbarschaftsplattformen bieten ein bisher wenig beachtetes Potenzial für die Mobilisierung und Initiierung von zivilgesellschaftlichem und poli-

tischem Engagement auf lokaler Ebene. Das Projekt „Vernetzte Nachbarn“ wird erste Hinweise dafür geben können, wie dieses Potenzial auch von kommunalen Akteuren aus Politik und Verwaltung verwendet werden kann, um eine lebendige Zivilgesellschaft zu unterstützen und die Artikulationsmöglichkeiten der Bevölkerung vor Ort zu stärken.

ANNA BECKER

Wissenschaftliche Referentin,
vhw – Bundesverband für Wohnen und
Stadtentwicklung e.V., Berlin

HANNAH GÖPPERT

Projektmitarbeiterin im Bereich Urbane
Transformation, adelphi, Berlin

DR. OLAF SCHNUR

Wissenschaftlicher Leiter, vhw – Bundesverband
für Wohnen und Stadtentwicklung e.V., Berlin

FRANZISKA SCHREIBER

Projektmanagerin und Koordinatorin des Themen-
bereichs Urbane Transformation, adelphi, Berlin

ANMERKUNGEN

- ¹ Dieser Text ist eine leicht aktualisierte Fassung, die zuerst veröffentlicht wurde in: Schreiber, Franziska / Becker, Anna / Göppert, Hannah / Schnur, Olaf: Digital vernetzt und lokal verbunden?, in: Forum Wohnen und Stadtentwicklung, Zeitschrift des vhw – Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung e.V. Juli-September 2017, S. 211-215.
- ² Vgl. Beck, Ulrich: Risikogesellschaft, Frankfurt am Main 1986; Harvey, David: The Condition of Postmodernity: An Enquiry into the Origins of Cultural Change, Oxford 1989; Sassen, Saskia: Globalization and Its Discontent, New York 1998.
- ³ Vgl. Cresswell, Tim: On the move: mobility in the modern Western world. London, New York 2006; Holzer, Boris: Vom globalen Dorf zur kleinen Welt: Netzwerke und Konnektivität in der Weltgesellschaft, in: Zeitschrift für Soziologie 2005, Sonderheft Weltgesellschaft, S. 314-329.
- ⁴ Schnur, Olaf: Urbane Vielfalt und Kohäsion – zwischen Moderne und Postmoderne, in: vhw-Werk STADT 03/2016, S. 1-11.
- ⁵ Ebd., S. 5.

- ⁶ Schnur, Olaf / Henning, Günter: Collaborative Consumption und Quartiersentwicklung, in: Raumforschung und Raumordnung 5/2014, S. 401-413.
- ⁷ Vgl. Forum Seniorenarbeit (Hrsg.): Digitales Engagement: Für unser Quartier und unsere Nachbarschaft, in: Im Fokus – Seniorenarbeit in Bewegung 1/2016; Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Bürger vernetzen Nachbarschaften. Quartiersentwicklung nutzt digitalen Wandel. Projektbroschüre, Düsseldorf 2017; <https://e-government.hannover-stadt.de/lhhsimwebre.nsf/DS/2254-2016>, Stand: 27.1.2017; www.fh-dortmund.de/de/fb/8/forschung/quartiersnetz.php, Stand: 27.1.2017.
- ⁸ https://www.wege-in-die-zukunftsstadt.de/download_file/view/229/336, S.2, Stand: 18.9.2017.
- ⁹ Nie, Norman / Erbring, Lutz: Internet and society: A preliminary report, in: IT & Society 1/2002, S. 275-283.
- ¹⁰ Vgl. Erete, Sheena L.: Engaging Around Neighborhood Issues: How Online Communication Affects Offline Behavior, in: Proceedings of the 18th ACM Conference on Computer Supported Cooperative Work & Social Computing, New York 2015, S. 1590-1601; Kavanaugh, Andrea L. / Reese, Debbie. D. / Carroll, John M. / Rosson, Mary B.: Weak ties in networked communities, in: The Information Society 2/2005, S. 119-131.
- ¹¹ Vgl. Wellman, Barry / Quan-Haase, Anabel / Boase, Jeffrey / Chen, Wenhong / Hampton, Keith / Díaz, Isabel / Miyata, Kakuko: The Social Affordances of the Internet for Networked Individualism, in: Journal of Computer-Mediated Communication 3/2003; Rainie, Lee / Wellman, Barry: Networked: The New Social Operating System, Cambridge 2012.
- ¹² Wellman, Barry / Haase, Anabel / Witte, James / Hampton, Keith: Does the internet increase, decrease, or supplement social capital? Social Networks, Participation, and Community Commitment, in: American Behavioral Scientist 3/2001, S. 436-455.
- ¹³ Shah, Dhavan. V / Cho, Jaeho / Eveland, William P. / Kwak, Nojin: Information and expression in a digital age: Modeling Internet effects on civic participation, in: Communication Research 5/2005, S. 531-565; Rojas, Hernando / Shah, Dhavan V. / Cho, Jaeho / Shmierbach, Michael / Keum, Heejo / Gil de Zúñiga, Homero: Media dialogue: Perceiving and addressing community problems, in: Mass Communication & Society 2/2005, S. 93-110.
- ¹⁴ Gil de Zúñiga, Homero / Valenzuela, Sebastián: The mediating path to a stronger citizenship: Online and offline networks, weak ties and civic Engagement, in: Communication Research 3/2011, S. 397-421; Boulianne, Shelley: Social media use and par-

- icipation: A meta-analysis of current research, in: *Information, Communication & Society* 5/2015, S. 524-538.
- ¹⁵ Hampton, Keith N.: Grieving for a Lost Network: Collective Action in a Wired Suburb, in: *The Information Society* 5/2010, S. 417-428.
- ¹⁶ Im Herbst 2016 wurden die Büros adelphi und ZebraLog mit der Durchführung der Studie beauftragt.
- ¹⁷ Drilling, M. / Schnur, O. / Käser, N. / Oehler, P.: Postmoderne Nachbarschaften – ein stadtentwicklungspolitisches Handlungsfeld?, in: *Forum Wohnen und Stadtentwicklung* 6/2016, S. 317-321.
- ¹⁸ Selektionskriterien: mehr als 100 Nutzer, mehr als 10 Beiträge im Monat, mindestens fünf Veranstaltungen im Monat und mindestens acht für das Forschungsprojekt relevante Aktivitäten.
- ¹⁹ Siebel, Walter: Ist Nachbarschaft heute noch möglich?, in: *Nachbarschaft*, hrsg. von Daniel Arnold, München 2009, S. 7-13.
- ²⁰ Poushter, Jabob: Smartphone Ownership and Internet Usage Continues to Climb in Emerging Economies, hrsg. von PEW Research Center 2016; Engel, Bernhard / Mai, Lothar: Mediennutzung und Lebenswelten 2015. Ergebnisse der ARD/ZDF Langzeitstudie Massenkommunikation, in: *Media Perspektiven* 10/2015, S. 427-441.

KREATIVE SZENE UND DIGITALE PLATTFORMEN AUF DEM LAND

SABINE GOLLNER / MARTIN UCKLEY || Die „Künstlerkolonie Fichtelgebirge“ wurde bereits mehrfach für ihre Projekte auf Basis ihres innovativen und kreativen Netzwerkansatzes ausgezeichnet und wird als bisher bestes Beispiel für eine Bottom-up-Initiative in Bayern angeführt. In diesem Artikel wird die digitale Entwicklung dieses Zusammenschlusses von Kreativschaffenden näher beleuchtet und auch ein Einblick in die praktische Arbeit des Vereins gegeben, die auf der Grundlage der Digitalisierung realisiert wurde.



Abbildung 1: QR-Codes over Bad Berneck

Quelle: Dominic Day / QR-Tour, 2014

EINLEITUNG

Die Digitalisierung einzelner Aspekte unseres Lebens und die dadurch entstehende Verschmelzung verschiedener Lebensbereiche auf der digitalen Ebene ist ein Prozess, der zunehmend spürbar wird und dessen Einfluss längerfristig noch nicht abzusehen ist, da er mit enormer Geschwindigkeit und Chancenvielfalt voranschreitet. Neben der immer stärker werdenden Vernetzung von Einzelpersonen und der hohen Geschwindigkeit, mit der Daten ausgetauscht werden können, erschafft die Digitalisierung auch völlig neue Formen von Foren und Austauschmöglichkeiten für Menschen mit ähnlichen oder sich ergänzenden Interessen. Insbesondere auf dem Land schafft sie die Möglichkeit einer flexiblen und schnellen Zusammenarbeit, wie es sie noch nie zuvor gegeben hat.

Digitale Plattformen ermöglichen den Zusammenschluss KREATIVER auf dem Land.

Während es in den Städten schon immer Treffpunkte der kreativen Szene gegeben hat, an denen man sich austauschen und vernetzen konnte, war dies, allein schon aufgrund der großen räumlichen Distanz, auf dem Land eher selten der Fall. Auf dem Land ist die Dichte der Kreativschaffenden nicht mit der urbanen Dichte vergleichbar, daher ist eine gute digitale Vernetzung umso wichtiger, um die „kritische Masse“ zur Realisierung von Zusammenarbeit zu überschreiten.

Wie bereits in der AMZ-Ausgabe 96 ausführlich dargestellt,¹ umfasst beispielsweise das Einzugsgebiet der Künstlerkolonie Fichtelgebirge nicht nur das Fichtelgebirge und angrenzende Regionen, sondern die Mitglieder dieses Vereins sind sogar international miteinander verbunden. Ohne digitale Plattformen wäre diese Art und Weise der gemeinsamen Projektgestaltung nur schwer oder gar nicht möglich. Vor allem

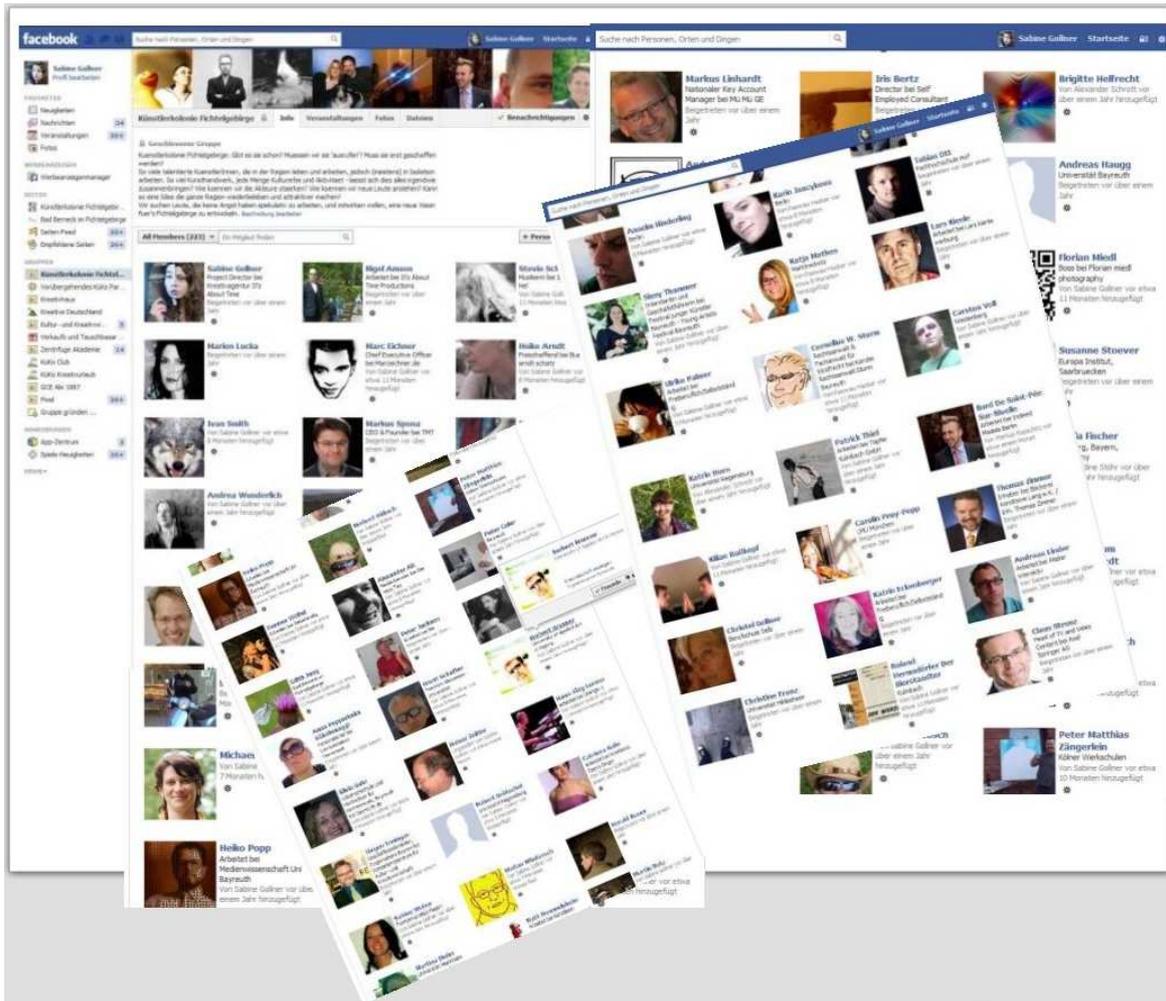
für die Klein- und Kleinstbetriebe der Kreativwirtschaft schafft die digitale Vernetzung eine Möglichkeit der Multidisziplinarität und Synergie, die völlig neue Optionen der Zusammenarbeit eröffnet. Die Entwicklung der KÜKO, die speziell die Interaktion und Verflechtung virtueller und ländlicher Räume auf verschiedenste Art und Weise zu nutzen gelernt hat, zeigt exemplarisch sehr deutlich, welche neuen Chancen digitale Plattformen der Kreativbranche eröffnen.

EIN DIGITALER START

Im November 2011 wurde das Kreativunternehmer-Netzwerk über Facebook gegründet.² Nach langer Zeit in Birmingham beschlossen Sabine Gollner und ihr Lebensgefährte Nigel Amson, sich im Fichtelgebirge niederzulassen. Sie waren eine gute und direkte Zusammenarbeit mit anderen Kreativschaffenden gewohnt und stellten fest, dass in ihrer neuen Wahlheimat keinerlei vernetzende Strukturen von Kreativschaffenden bestanden, wie sie sie aus England kannten. Bestens vertraut mit den Vorzügen und Chancen, die ein gut organisierter Zusammenschluss von Kreativschaffenden bedeutet, beschlossen sie kurzerhand die Gründung eines Kreativnetzwerkes und machten sich auf die Suche nach Mitstreitern. Ein kurzer Aufruf in dem bekannten sozialen Netzwerk legte den Grundstein für einen Verein, der mittlerweile an die 90 aktive Mitglieder, einen eigenen Förderverein und gute Kontakte zu über 500 verschiedensten Unternehmen hat³. Somit war die Künstlerkolonie (KÜKO) von Anfang an mit der Nutzung digitaler Plattformen verbunden. Durch die Zusammenarbeit mit Bayernkreativ,⁴ die sich auch vom Timing her sehr gut ergänzte, wurde der innovative Charakter und auch die Notwendigkeit der modernen Zusammenarbeit in der Kreativwirtschaft nochmals betont und verfestigt.

Diese Entstehung legt nahe, wie sehr die Digitalisierung mittlerweile dazu beiträgt, Menschen und Interessensgemeinschaften zu verbinden. Jedoch ist es an dieser Stelle auch wichtig zu betonen, dass eine digitale Plattform kein reales Treffen ersetzen kann. Die Lebendigkeit und Aktivität entwickelte die Netzwerkinitiati-

Abbildung 2: Künstlerkolonie Fichtelgebirge auf Facebook, 2012



Quelle: Collage: Sabine Gollner

ve dadurch, dass sich die vernetzten Menschen trafen und ihr kreatives Potenzial miteinander auch lebten. Der Gründungsaufwurf war aufgrund des Mediums erfolgreich, die Gründung selbst lief jedoch nur dadurch so gut, dass die verschiedensten Vertreter der Kreativbranche auch wirklich zusammenkamen, gemeinsam Projekte besprachen und umsetzten. Eine digitale Plattform ist somit zwar ein gutes Medium für den Austausch und die Präsentation von Ideen sowie für die Aufnahme und das Aufrechterhalten von Kontakten, kann und soll jedoch kein Ersatz für Veranstaltungen und Zusammenkünfte in der physischen Welt sein (Abb. 2).

KREATIVWIRTSCHAFT UND DIGITALE VERNETZUNG

Die Kreativwirtschaft setzt sich laut dem Leitfadens, den die Wirtschaftsministerkonferenz am 14./15. Dezember 2009 als Grundlage begrüßte,⁵ aus 12 Teilbereichen zusammen: Musikwirtschaft, Buchmarkt, Kunstmarkt, Filmwirtschaft, Rundfunkwirtschaft, Darstellende Künste, Architekturmarkt, Designwirtschaft, Pressemarkt, Werbemarkt, Software / Spiele-Industrie und Sonstige. Wie leicht ersichtlich ist, ist dieser Wirtschaftszweig durchaus sehr heterogen, bietet aber auch eine Vielzahl von Möglichkeiten der Interaktion. Gerade durch die Digitalisierung lassen sich die einzelnen Bran-

chen auch nicht mehr so leicht und eindeutig voneinander trennen, wie auch die Praxisbeispiele später deutlich belegen werden. Gemeinsam ist allen Kreativbranchen, dass ihrer Arbeit ein schöpferischer Akt zugrunde liegt. Der menschliche Faktor der kreativen Leistung ist also unabdingbar.

Ein großer Vorteil der Wahrnehmung der Kreativwirtschaft als Wirtschaftszweig liegt darin, dass mittlerweile das wirtschaftliche Potenzial kreativer Leistungen mehr und mehr erkannt und gewürdigt wird und somit auch die Förderung und Vernetzung kreativer Unternehmen als sinnvoll erachtet wird. Das gerne noch in den Köpfen vorhandene Bild des „Armen Poeten“ weicht langsam der Erkenntnis, dass Kreativschaffende als Kleinst- und Kleinunternehmer einen entscheidenden Wirtschaftsfaktor in diesem Land darstellen und mit ihren Leistungen schon lange eine tiefe Verflechtung mit anderen Wirtschaftszweigen eingegangen sind. Am deutlichsten wird diese Verknüpfung sicher in der Werbebranche, doch auch die anderen Kreativwirtschaftsbereiche sind sowohl Kunden als auch Dienstleister für verschiedenste Unternehmen. Die Kreativbranche bewegte sich 2014 bei der Bruttowertschöpfung mit 64 Milliarden Euro bundesweit in einem Größenbereich zwischen der Energiebranche und den Finanzdienstleistern.⁶ Ein Bewusstsein für diesen nicht unerheblichen Wirtschaftsfaktor entwickelt sich jedoch nur schleichend.

Digitale Plattformen sind ein Mittel zur KREATIVEN ARBEIT.

Während die Kreativwirtschaft insbesondere in den großen Städten schon lange über gut vernetzte Treffpunkte, Austauschmöglichkeiten und Interessensvertretungen verfügt, ist die Branche im ländlichen Bereich weitgehend auf sich selbst gestellt. Hier mangelt es teilweise noch sowohl am Selbstverständnis der Kreativen als Unternehmer als auch an Öffentlichkeitsarbeit und politischer Unterstützung. Diese

Situation hat ihre ganz eigenen Chancen und Herausforderungen:

Es fehlen sowohl fördernde Strukturen als auch ein Bewusstsein für die Chancen des Marktes. Wenn man sich beispielsweise bei der Agentur für Arbeit zu Berufsmöglichkeiten in der Kreativbranche beraten lassen möchte, muss man schon viel Glück haben, um an Mitarbeiter zu geraten, die einem wirklich weiterführende Informationen vermitteln. Glücklicherweise gibt es mittlerweile immer mehr Bestrebungen, diese Verhältnisse zu ändern. Nach wie vor ist jedoch von Kreativschaffenden viel Initiative und Durchhaltevermögen gefragt, um sich wirklich zu etablieren. Gerade auf dem Land ist es oft schwer, die entsprechende Orientierung zu finden, denn durch den großen Anteil an Kleinst- und Kleinbetrieben sind Branchenvertreter kaum sichtbar und bilden in den seltensten Fällen aus. Oft müssen sich auch künstlerische und innovative Ansätze gegen eine sehr tief verankerte Grundskepsis durchsetzen und brauchen einen langen Zeitraum für Akzeptanz und Inklusion in ländliche Gemeinschaften, während diese Etablierung im urbanen Raum oft wesentlich schneller vonstattengeht. Die einzelnen Kreativunternehmer wohnen teilweise weit voneinander entfernt und es gibt wenige Berührungspunkte zwischen Unternehmen und Kreativschaffenden im Alltag.

Gleichzeitig bietet der ländliche Raum eine Vielzahl von einzigartigen Möglichkeiten und Perspektiven, die sich gut und sinnvoll nutzen lassen. Das Fehlen von Strukturen ermöglicht es den Kreativschaffenden, ihre eigenen Strukturen aufzubauen und zu entwickeln. Dank der digitalen Medien kann man sich gut über bereits bestehende Strukturen und Netzwerkstrategien informieren und diese entsprechend der eigenen Bedürfnisse und Wünsche modifizieren. Leerstand und Landflucht sind Probleme, die auch der Fichtelgebirgsregion durchaus nicht fremd sind. Jedoch bieten genau diese Verhältnisse auch die Chance auf günstige Immobilienpreise für Neugründungen und für eine erhöhte Aufgeschlossenheit von Immobilienbesitzern gegenüber innovativen Raumnutzungskonzepten. Ein gutes Beispiel hierfür ist das kürzlich entstandene Projekt Coworking in der Schaltzentrale (Abb. 3).

Abbildung 3: Die Schaltzentrale



Quelle: Lena Wenz 2017

Ländliche Regionen bieten eine große Vielfalt an Naturerlebnissen und haben oft eine interessante und abwechslungsreiche Geschichte. Dies sind gute Voraussetzungen für moderne Konzepte im Tourismus. Gerade im Bereich Touristik ist eine enge und zielführende Zusammenarbeit mit der Kreativwirtschaft unabdingbar. Neben Landschaft und Regionalgeschichte sind Kreativ- und Kulturevents der größte Besuchermagnet. Abgesehen von einer guten Zusammenarbeit in Werbung und Marketing gibt es hier ein großes Potenzial für Kombinationsangebote und Synergieeffekte, gerade auch im Bereich Wellness- und Eventtourismus. Diese Bereiche kommen heutzutage nicht mehr ohne digitalisierte Anteile aus. Die neuen Medien sind Grundvoraussetzung für Plattformen, die eine gute Anbindung und Erreichbarkeit der Kunden gewährleisten und aus dem Geschäftsalltag nicht mehr wegzudenken sind. Gerade diese Technologiebereiche werden von Kreativschaffenden intensiv und innovativ genutzt und können die bereits bestehenden Strukturen stärken und wettbewerbsfähig machen. Ein auf diesem Gebiet richtungsweisendes Projekt ist die 2016 mit dem ADAC-Tourismuspreis ausgezeichnete QR-Tour (s. Abb. 1).

Digitale Plattformen sind sowohl ein Mittel zur kreativen Arbeit als auch das Ergebnis dieser Arbeit. Sie entstehen nicht aus sich selbst heraus, sondern sind Teil eines kreativen Schöpfungsaktes. Die Gestaltung ist interagierende

Kreativität. Neue Medien haben sich weiterentwickelt. Sie sind nicht mehr nur der Träger von Information, sondern durch ihre unbeschränkte Vielfalt an Möglichkeiten selbst zum Ausdruck von Kreativität geworden. Gerade Webdesign und Mediendesign sind boomende Geschäftszweige der Branche und auch die Werbung kommt nicht mehr ohne intensive Kenntnis der technischen Gegebenheiten aus. Plattformen sind nicht mehr nur einfache Mittel zum Zweck, sondern besitzen ihre ganz eigene Ästhetik, die, genau wie andere Formen des kreativen Ausdrucks, mit den Rezipienten kommuniziert. Sie sind nicht nur Ausdruck technischer Möglichkeiten und ein Mittel zur Kontaktaufnahme und für den Verkauf, sie sind gelebte und belebte digitale Kreativität.

Wie bereits erwähnt, entstand die Künstlerkolonie Fichtelgebirge über einen Aufruf auf der Social-Media-Plattform Facebook. Auch heute noch ist KÜKO dort aktiv und betreibt verschiedene Kanäle, um intern zu kommunizieren und um ein möglichst großes Umfeld anzusprechen.⁷ Es wird also einerseits eine geschlossene Gruppe genutzt, um schnell und flexibel untereinander vernetzt zu sein, andererseits wird der öffentliche Kanal als Sprachrohr verwendet, um eine möglichst breite Masse an interessierten Menschen zu erreichen, um Termine und Events anzukündigen oder auch um Mitglieder und deren Projekte einem breiteren Publikum vorzustellen. Facebooknutzung ist und bleibt ein wichtiges Mittel zur Kommunikation, allerdings wird es nicht ansatzweise den Bedürfnissen des Vereins und seiner Mitglieder gerecht. Daher wurde von Mitgliedern durch die aktuelle Webseite eine neue Plattform geschaffen, die die Kreativschaffenden miteinander vernetzt, sowohl die einzelnen Kreativen als auch deren Werdegang und Werke präsentiert, Interessierte über die Struktur und Veranstaltungen der Künstlerkolonie Fichtelgebirge informiert und als Anlaufstelle für Auftraggeber funktioniert.

Gerade diese Multifunktionalität ist für eine gute Plattform entscheidend. Sie muss möglichst viele Aspekte und Anforderungen erfüllen, dabei jedoch stets klar und übersichtlich bleiben. Sie ist keine Einbahnstraße, sondern erlaubt vielfältige Möglichkeiten der Interaktion und Information. Insbesondere im kreativen Bereich muss

sie Aufforderungscharakter besitzen. Besucher sollen sich informieren wollen, Dienstleister finden oder Lust bekommen, eine der vielen Veranstaltungen zu besuchen. Denn eine digitale Plattform ist eine Ergänzung, ein hilfreiches Werkzeug, aber eben nicht der Ersatz für erlebte Kunst und Kreativität. Auf welche Weise diese Vernetzung mit der physischen Welt interagiert, soll eine Beschreibung praktischer Anwendungen verdeutlichen.

QR-TOUR

Der Grundgedanke, der dem preisgekrönten digitalen Projekt QR-Tour Bad Berneck & Goldkronach⁸ zugrunde liegt, war folgender: Kinder aus der Stadt sollten Lust bekommen, die Region Fichtelgebirge zu erkunden. Über eine App für das Tablet sollte der Anreiz geschaffen werden, die Region und ihre vielfältigen Sehenswürdigkeiten zu erkunden. Entstanden ist eine Anwendung von neuer Technologie, die weit aus mehr kann als das, was sie ursprünglich wollte, in ihrer Bedienung jedoch kinderleicht geblieben ist. Denn die App bietet Anreize für die ganze Familie und eine umfangreiche Sammlung an interessanten und unterhaltsamen Geschichten. Sie ist sowohl eine digitale Schnitzeljagd, die zur Erkundung der Region einlädt, als auch ein interaktives Reisetagebuch, das man über die verschiedensten Medien ansehen kann. So lassen sich auch Regentage zur Erkundung der Region nutzen. Ein weiterer Vorteil der Tour ist die Tatsache, dass sich die einzelnen in Bad Berneck und Goldkronach verteilten Wegpunkte ohne Verbindung zum Netz nutzen lassen. Somit kann man sich völlig frei von Netzempfang und Gebühren auf Erkundungstour bege-

ben. Die Tour selbst eröffnet einen innovativen digitalen Zugang zu Gebäuden und Plätzen. So kann man beispielsweise über die App das Innenleben vieler Gebäude betrachten, die nicht direkt zu betreten sind. Die App fungiert als digitaler Reiseführer, der es den Besuchern ermöglicht, ihre ganz persönliche Tour zu gestalten und bietet dabei neue Einblicke, historischen Tiefgang und eine Vielfältigkeit, die anderweitig nicht erfahrbar wäre (Abb. 4).

Die QR-Tour war in vielerlei Hinsicht das Initiativprojekt für die KÜKO. Sie stellte das erste größere Werk dar, das durch die regionale Vernetzung der Kreativen entstand. Die QR-Tour zeigte am Endergebnis, wie fruchtbar und effektiv sich Synergieeffekte gemeinsam nutzen lassen. Wie diese Zusammenarbeit sowohl die einzelnen Kreativbereiche zusammenführen als auch einen Mehrwert für die Region und die regionale Entwicklung erschaffen kann. Durch die gemeinsame Arbeit an der QR-Tour und die Berufsfelder, die sich anschlossen, wirkte sie auf die Mitglieder und die Region stark verbindend und ist sicherlich die Initialzündung, die die Netzwerkinitiative zu einem stabilen Gefüge verschweißte. Im Endeffekt erfolgte eine Vernetzung, die weit über die erfolgreiche Arbeit der Kreativschaffenden hinausreichte. Sie führte eine Verknüpfung mit der Gastronomie und dem Handel herbei, zeigte einen innovativen Umgang mit bestehenden Leerständen, wirkte durch die Bürgerbeteiligung identitätsstiftend, stimuliert Tourismus und fördert die Regionalentwicklung. Die Effekte der digitalen Vernetzung von Kreativschaffenden auf dem Land sind also nicht nur für diese selbst förderlich und hilfreich, sondern schaffen Möglichkeiten und Unterstützung

Abbildung 4: Unterwegs mit der QR-Tour



Quelle: Dominic Day / Kreativagentur It's About Time 2017

für Projekte und Branchen, die weit über die reine Kreativität hinausreichen. Sie ist somit ein hervorragendes Beispiel für den belebenden Effekt, den eine starke und gut vernetzte Kreativwirtschaft auf dem Land bewirken kann.

NEUE WEBSEITE

Um das Kreativunternehmer-Netzwerk zeitgemäß und vielschichtig zu repräsentieren, wurde von mehreren Mitgliedern, insbesondere von Julian Lang und Lena Wenz, eine Webseite⁹ erstellt, die in Design und Funktion dem aktuellen Stand entspricht. Diese Plattform funktioniert vielschichtig und bietet sowohl den Mitgliedern des Vereins als auch Besuchern alle relevanten Möglichkeiten des Austauschs. Über die Webseite ist es den Mitgliedern der KÜKO möglich, sich mit einem eigenen Profil darzustellen.¹⁰ Zudem ist diese Übersicht der Mitglieder jederzeit nach Sparten zu ordnen. So finden Auftraggeber schnell und zielsicher die Kreativschaffenden, die für ihr Projekt relevant sind. Die Initiative auf der neuen Webseite führte auch dazu, dass relativ schnell ein Platz für das angestrebte Coworking gefunden wurde, zeigte also deutlich, wie sehr eine gute und attraktive Plattform auch bei der Suche nach Wirtschaftspartnern hilfreich sein kann. Die Seite liefert interessante Informationen über die Entstehung und Intention der Künstlerkolonie Fichtelgebirge und bietet auch über die Newsfunktion einen kontinuierlichen Einblick in aktuelle Projekte.

Mitglieder haben jederzeit die Möglichkeit, bevorstehende Veranstaltungen über den Veranstaltungskalender publik zu machen, interessierte Besucher und Kollegen können dadurch in Erfahrung bringen, wo sich der nächste Besuch lohnt.

In Planung befindet sich ein digitaler Marktplatz, um auch direkt über die Plattform Produkte der Kreativschaffenden zu erwerben. Nicht zuletzt bietet die neue Webseite auch die Möglichkeit, sich mit anderen Unternehmen und Auftragsgebern zu vernetzen. Neben den Kontaktformularen für die einzelnen Kreativen und den Verein ist hierfür noch eine Erweiterung des Angebotes unter dem Namen KÜKO Business geplant. Die Gestaltung der Seite wurde von Bayernkreativ mit unterstützt und wird aufgrund ihrer guten Bedienbarkeit und funktionellen Struktur als Maske für weitere ähnliche Projekte dienen.

DIGITALE SYNERGIE

Die Vernetzung durch die digitalen Plattformen hat bereits jetzt schon zu verschiedenen erfolgreichen Gemeinschaftsprojekten geführt. Hier haben sich Kreative aus diversen Sparten gefunden und gemeinsam erfolgreich zusammengearbeitet. Die erste Zusammenarbeit der „Kreativagentur It’s About Time“ und dem Medienunternehmen „Schrottfilm“ gewann beispielsweise gleich nach der Realisierung ihrer Arbeit zwei Wettbewerbe.¹¹

Abbildung 5: Gerammelte Werke: Texte Martin Uckley, Gestaltung & Illustration Lena Wenz, 2017



Mediendesignerin Lena Wenz, Webdesigner Julian Lang und der Autor und Poetry Slammer Maestro Confusione realisierten gemeinsam eine Autorenhomepage und ein Buch (Abb. 5), die sich in kongruentem und ansprechendem Design präsentieren.¹² Nur durch die koordinierte Zusammenarbeit über digitale Netzwerke konnte diese Arbeit so gut funktionieren. Ein großer Teil des Designs des Buches wurde beispielsweise auf La Gomera geschaffen, der stetige Austausch war jedoch dank der Vernetzung über die Plattformen kein Problem und das vielschichtige Werk war nur durch die gute und produktive Zusammenarbeit der Beteiligten möglich. Dies macht deutlich, dass man durch Synergie mehr erreichen kann als durch ein Soloprojekt. Mittlerweile gibt es unzählige weitere Beispiele für fruchtbare und eindrucksvolle Kooperationen der Netzwerkmitglieder.

Eine attraktive Plattform hilft bei der Suche nach WIRTSCHAFTSPARTNERN.

COWORKING

Mit der Schaltzentrale¹³ ging ein weiterer großer Wunsch des Kreativunternehmer-Netzwerkes in Erfüllung. Der Coworking Space ist eine Schnittstelle von realem und digitalem Raum. Es handelt sich um Arbeitsräume und Arbeitsplätze, die sich flexibel, kurzzeitig und projektbezogen buchen lassen. Dies bietet die Möglichkeit, jederzeit aus dem virtuellen Raum eine reale Plattform zu schaffen. Es entfallen lästige Fristen, Kautionen und Provisionen. Gerade durch das flexible und innovative Konzept der Raumgestaltung entspricht diese Form der Zusammenarbeit gut den Bedürfnissen der Kreativbranche. Mit ihrer zentralen Verkehrsanbindung und der vorhandenen Infrastruktur schafft die Schaltzentrale einen guten und zentralen Anlaufpunkt für Kreative in der Region. Sei es zum Erfahrungsaustausch, zur gemeinsamen Arbeit oder auch als Beratungsmöglichkeit. Aufgrund

der guten Zusammenarbeit und der gemeinsamen Initiative für das Projekt gibt es auch eine Kreativ-Etage, auf der Mikro-Unternehmer aus dem Kreativsektor sowie Existenzgründer Sonderkonditionen erhalten. Mit der Schaltzentrale hat die Netzwerkinitiative einen absolut neuen Schritt gewagt. Das urbane Konzept des Coworking Space entwickelte sich ursprünglich aus der fehlenden Förderung für Kleinunternehmer. Da es jedoch dem ländlichen Raum an einer vergleichbaren Dichte von Kreativunternehmern fehlt, musste das Konzept angepasst und weiterentwickelt werden. Gerade hier spielte die gute Vernetzung der Kreativunternehmer eine wichtige Rolle. Andererseits zeigte sich auch, wie hilfreich es ist, wenn die öffentliche Hand das Potenzial eines Kreativunternehmer-Netzwerkes erkennt und fördert. Der Auftrag und die Unterstützung des Amtes für Ländliche Entwicklung Oberfranken¹⁴ für die Initiierung eines Coworking Space führte innerhalb kurzer Zeit dazu, dass sich mit der Alfred Wedlich Spedition GmbH¹⁵ ein Partner aus der freien Wirtschaft fand, der die passenden Räumlichkeiten zur Verfügung stellte. Mittlerweile sind bereits die ersten Mieter in das Gebäude eingezogen, es gab bereits mehrere Events und Konferenzen und Teile des Gebäudes dienten auch schon als Kulisse für Musikvideoaufnahmen einer Band, die Teil der Netzwerkinitiative ist. Dieses Beispiel zeigt sehr deutlich, wie eine Zusammenarbeit zwischen Behörden, Kreativunternehmern und Wirtschaft weitreichende positive Effekte auf die Region haben kann.

WIE FÄLLT MAN NICHT DURCHS (DIGITALE) NETZ?

All diese Beispiele verdeutlichen, dass eine gute digitale Vernetzung und die Zusammenarbeit auf und mit digitalen Plattformen insbesondere für die Kreativszene auf dem Land eine essenzielle Bedeutung hat. Natürlich sind reale Treffen weiterhin unersetzbar, die digitale Welt ermöglicht aber einen schnellen und fruchtbaren Austausch und das Coworking schafft mit seiner flexiblen und kommunikativen Struktur die perfekte effektive Schnittstelle zwischen beiden Bereichen. Der positive Effekt einer florierenden Kreativwirtschaft für die ländliche Bevölkerung, andere Wirtschaftszweige, die

Kulturregion, den Tourismus und die gesamte Regionalentwicklung wurde ausführlich beleuchtet. Es sei auch nochmals daran erinnert, dass die Kreativbranche aufgrund ihrer Mikrostruktur zwar weniger sichtbar ist als Großunternehmen, jedoch ein enormes wertschöpfendes Potenzial besitzt, das als Wirtschaftsfaktor nicht zu vernachlässigen ist. Gerade diese Struktur der Kreativunternehmen beinhaltet auch ein großes Plus: Aufgrund ihrer Vielfältigkeit und der weitläufigen Präsenz hat sie das Potenzial zur Beständigkeit. Sie wird nicht obsolet oder unwirtschaftlich, wie es beispielsweise mit Produktionsstätten von Großunternehmen passieren kann. Kreativwirtschaft ist innovativ, flexibel und besitzt nicht zu vernachlässigende Trendsetterqualitäten. Genau dadurch kann sie mit einer großen Nachhaltigkeit arbeiten. Diese Nachhaltigkeit wird durch eine gute Vernetzung gefördert. Durch den stetigen Kontakt miteinander befruchten sich die Kreativschaffenden gegenseitig. Es eröffnen sich Möglichkeiten für neue Märkte und Aufträge sowie für flexible und zielgerichtete Zusammenarbeit, die genau aufgrund dieser Konstellationen stets einen zukunftsweisenden Charakter haben wird.

Um dieses wertvolle Potenzial zu nutzen und gerade auch dem Nachwuchs, Zuwanderern und Heimkehrern eine gute Chance auf Teilhabe an der regionalen Entwicklung zu bieten, um die Wettbewerbsfähigkeit und die Attraktivität für Erwerbstätige von ländlichen Regionen in Konkurrenz zu den Großstädten zu steigern, muss noch einiges getan werden. Sowohl das Bundesministerium für Wirtschaft als auch die Bayerische Regierung hat dieses Potenzial mittlerweile erkannt und insbesondere mit Bayernkreativ wurden erste wichtige Schritte initiiert. Auch die hervorragende Zusammenarbeit mit dem Amt für Ländliche Entwicklung in Oberfranken ist beispielhaft und hat der Kreativbranche einen guten Impuls gegeben. Doch die Unterstützung und Förderung für diesen wichtigen Arbeitsmarktsektor ließe sich noch weit aus verbessern. So wäre es sinnvoll, Vernetzung und Plattformen für Kreative zu unterstützen und bekannt zu machen. Die Netzwerkarbeit der KÜKO ist beispielsweise eine Form von Standortmarketing und Wirtschaftsförderung, die aus einer Bottom-up Initiative gewachsen ist.

Viele Ressourcen sind nötig, um diese Arbeit auf hohem professionellem Niveau digital zu begleiten. Hierfür erhält KÜKO aktuell noch keine öffentlichen Mittel. Dies schränkt ihre Umsetzungsarbeit und Reichweite stark ein. Gerade die digitale Vernetzung der Akteure im ländlichen Raum kann sich nicht auf rein ehrenamtliche Tätigkeiten beschränken. Die Förderung von erfolgreichen Modellen wie KÜKO ist ein essenzieller Baustein, um diesem Trend langfristigen Erfolg zu sichern und ihn wirklich im Rahmen der Regionalentwicklung fruchtbar zu machen.

Eine verbesserte Berufsberatung für KREATIVE wäre wünschenswert.

Es besteht zudem noch ein großes Potenzial in der Wahrnehmung der Kreativwirtschaft als Standortfaktor sowohl innerhalb der Bevölkerung als auch in der Politik. Eine Verbesserung des Beratungsangebotes für Kreativeinsteiger wie für bereits bestehende Kreativschaffende hinsichtlich ihres wirtschaftlichen Marktwertes wäre sicher zielführend. Dies sollte beispielsweise auf der Ebene der Berufsberatung Einzug finden. Mit Informationsangeboten, die am besten zusammen mit kreativschaffenden Unternehmen in Zusammenarbeit mit Politik und anderen Wirtschaftszweigen angegangen werden, wäre eine derartige Förderung am wirkungsvollsten umzusetzen. Denn welche Branche wüsste besser, wie man effektiv und unterhaltsam Menschen anspricht und auf interessante Art und Weise wichtige Botschaften vermittelt als die Kreativwirtschaft?

Modellprojekte der Verwaltung, die gemeinsam mit einem Kreativunternehmer-Netzwerk erarbeitet und umgesetzt werden und bei denen die Kreativschaffenden auch entsprechend ihrer Leistungen angemessen entlohnt werden, stimulieren die Ideenentwicklung durch die Unternehmen. Der Erfolg der Schaltzentrale ist hierbei ein hervorragendes Beispiel:

Wenn die öffentliche Hand als Impulsgeber fungiert, werden diese Impulse auch begeistert von privaten Unternehmen umgesetzt. Besser und direkter lässt sich kaum fördern.

|| **SABINE GOLLNER**

Gründerin und Vorsitzende der KÜKO, der Künstlerkolonie Fichtelgebirge e.V., freischaffend tätig als Impulsstrategin in Stadt- und Regionalentwicklung, Medienproduktion und Öffentlichkeitsarbeit, Bad Berneck

|| **MARTIN UCKLEY**

Germanist, Autor, Ge(werbe)Texter, Lektor und Mitglied der Netzwerkinitiative Künstlerkolonie Fichtelgebirge (KÜKO), Neudrossenfeld

¹² Näheres zur Entstehung des Werkes und den beteiligten Kreativschaffenden unter: <https://kueko-fichtelgebirge.de/synergie-in-aktion/>, Stand: 1.10.2017.

¹³ <https://schaltzentrale.bayern/>, Stand: 1.10.2017.

¹⁴ <http://www.landentwicklung.bayern.de/oberfranken/>, Stand: 1.10.2017.

¹⁵ <http://wedlich.com/>, Stand: 1.10.2017.

ANMERKUNGEN

¹ Gollner, Sabine: Künstlerkolonie Fichtelgebirge e.V., in: Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen 96/2014, S. 37-52.

² Ebd., S. 40-41. Hier wird die Gründung und Anfangsentwicklung des Vereins ausführlich beschrieben.

³ <https://kueko-fichtelgebirge.de/about/>, Stand: 1.10.2017.

⁴ <http://bayern-kreativ.de/>, Stand: 1.10.2017.

⁵ http://www.wirtschaftsministerkonferenz.de/WMK/DE/termine/Sitzungen/09-12-14-15-WMK/09-12-14-15-leitfaden-9.pdf?__blob=publicationFile&tv=1, Stand: 1.10.2017.

⁶ Monitoringbericht des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie 2016, https://www.bmwi.de/Redaktion/DE/Publikationen/Wirtschaft/kuk-monitoringbericht-2016-kurzfassung.pdf?__blob=publicationFile&tv=18, S. 6, Stand: 1.10.2017.

⁷ Interne Seite: <https://www.facebook.com/groups/222751294459603/>, Stand: 1.10.2017. Vereinsseite: <https://www.facebook.com/KuenstlerkolonieFichtelgebirge/>, Stand: 1.10.2017.

⁸ <http://www.qr-tour.de/>, Stand: 1.10.2017. Mehr über die Tour und ihre Entstehung findet sich auch in AMZ 96/2014, S. 49-50.

⁹ <https://kueko-fichtelgebirge.de/>, Stand: 1.10.2017.

¹⁰ <https://kueko-fichtelgebirge.de/kreative/>, Stand: 1.10.2017.

¹¹ Wirbel in Wirbenz 1 & 2, Bioenergieregion Bayreuth, <http://energy-in-art.de/satelliten/>, Stand: 1.10.2017.

DAS DIGITALE RATHAUS

Thesen

FRANZ DIRNBERGER || Die Digitalisierung verändert unser Lebensumfeld wie keine technologische Entwicklung zuvor und zwar schneller und alle Lebensbereiche umfassend. Natürlich hat es auch schon in der Vergangenheit Veränderungen aufgrund von technologischen Neuentwicklungen gegeben. Man denke nur an die Industrialisierung im 19. Jahrhundert oder die „Automobilisierung“ im 20. Jahrhundert. Keine dieser Veränderungen ist mit der Digitalisierung und dem digitalen Wandel vergleichbar. Die Kommunen müssen sich diesem Wandel stellen. Im Folgenden sollen einige, für die Gemeinden allerdings wesentliche Themenbereiche thesenhaft beleuchtet werden.

THEMENBEREICH „TEILHABE AM KOMMUNALEN LEBEN“

Mag sein, dass dieser Bereich nicht der erste ist, an den man als Laie denkt. Allerdings spielt die Teilnahme am kommunalen Leben in Zeiten der zunehmenden Politikverdrossenheit eine durchaus wesentliche Rolle. Viele Bürgermeister stellen fest, dass Gemeindepolitik von den betroffenen Bürgern allenfalls konsumiert und weniger mitgestaltet wird. Der Bürger versteht die Gemeinde nicht selten im besten Fall nur als Dienstleister und im schlechteren als Behörde, die Lasten und Unannehmlichkeiten beschließt und umsetzt. Bürgerversammlungen werden in vielen Gemeinden kaum noch besucht, die Teilnahme an Gemeinderatssitzungen ist überschaubar und beschränkt sich meist auf die jeweils betroffene Öffentlichkeit.

Hier bietet die Digitalisierung große Chancen, aber auch nicht unerhebliche Risiken. Zunächst ist klar, dass die Bürger über digitale Medien schnell, überall und jederzeit erreicht und einbezogen werden können. Jedermann hat zumindest die grundsätzliche Möglichkeit, alle Informationen, die digital vorhanden sind, wo und wann immer er oder sie will, abzurufen. Bürgerbeteiligung wird dadurch erheblich einfacher. Den Möglichkeiten sind dabei kaum Grenzen gesetzt. Bereits jetzt gibt es Städte und

Gemeinden, die beispielsweise ihre Sitzungen live im Internet streamen, und das – wie man hört – mit durchaus achtbaren Zugriffszahlen. Aber auch der Informationsfluss zur Gemeinde wird leichter; das könnte die Datengrundlagen für gemeindliche Entscheidungen und damit deren Qualität spürbar verbessern. Man denke nur an die Öffentlichkeitsbeteiligung bei der Bauleitplanung.

Dem steht jedoch auch eine Reihe von Problemen gegenüber. Zunächst zeigt die Erfahrung, dass Nutzer die weitgehende Anonymität von sozialen Netzwerken dazu missbrauchen, eben nicht etwa sachliche Diskussionen zu führen, sondern nicht selten unwahre, jedenfalls oft nicht nachvollziehbare Schmähkritik zu üben. Der Begriff „shit-storm“ hat sich mittlerweile in unseren Sprachgebrauch eingebürgert.

Im Netz sind im Übrigen alle Informationen gleich. Für die Bürger bedeutet dies, dass sie selber entscheiden müssen, welche Informationsquellen sie nutzen und ob sie einer solchen Quelle vertrauen können oder nicht. Angesichts der praktisch unbegrenzten Flut von Daten und Informationen muss der Betroffene selbst für eine gewisse Filterfunktion sorgen. Aber auch die Verwaltungen müssen natürlich umgekehrt mit den ihnen zufließenden Informationen umgehen und sie verarbeiten. Dabei ist bereits die

schiere Menge ein Problem für die Gemeinde. Und es ist nicht einfach, zwischen seriösen Anregungen und „Fake-news“ zu unterscheiden.

Die Digitalisierung ERLEICHTERT die Teilhabe am kommunalen Leben.

Ein Weiteres kommt hinzu: Je größer die Anzahl der Informationsquellen ist, desto knapper wird regelmäßig die Information selbst gefasst. Das beste Beispiel dazu ist der Nachrichtendienst Twitter, der selbst höchst komplexe Botschaften versucht, auf 140 Zeichen zu verkürzen. Welches Gefahrenpotenzial darin steckt, zeigt gerade der Staatschef einer Supermacht, der offensichtlich versucht, brisante internationale Konflikte über entsprechend verkürzte Politikdarstellungen zu lösen.

THEMENBEREICH „VERWALTUNG“

Selbstverständlich wird sich auch die Verwaltung durch die Digitalisierung grundlegend verändern. Nur wie? Im Grunde weiß darauf niemand eine umfassende Antwort zu geben. Klar ist aber, dass die Bürger eine entsprechende Entwicklung einfordern werden. Sie erleben in ihrem gesamten Lebensumfeld eine deutliche Vereinfachung und Beschleunigung von Prozessen und dies wird auch von den Verwaltungen, im Besonderen von den Gemeindeverwaltungen, erwartet. Jede Gemeinde muss sich daher umgehend auf den Weg machen und eine Strategie, ein Leitbild zur Digitalisierung entwickeln. Dass das nicht jede kleine Gemeinde für sich allein schaffen kann, weil ihr das geeignete Personal fehlt und die Infrastrukturen nicht vorhanden sind, liegt auf der Hand. Deshalb wird gerade auf diesem Feld die interkommunale Kooperation eine herausragende Rolle spielen müssen. Auch werden die Gemeinden prüfen müssen, inwieweit sie mit externen Partnern zusammenarbeiten und bestimmte Abläufe und Leistungen outsourcen können.

Besonders problematisch ist das Thema „Personal“. Ob die Gemeinden in ausreichender Zahl und Qualität Mitarbeiter gewinnen können, die auch in die Tarifstruktur des öffentlichen Dienstes eingepasst werden können, ist eine zumindest offene Frage. Und auch der Datenschutz wird in der digitalen Verwaltungswelt immer wichtiger werden, aber auch immer komplizierter zu handhaben sein.

THEMENBEREICH „MOBILITÄT“

Im Zusammenhang mit der Mobilität der Menschen wird die Digitalisierung in zweierlei Weise erhebliche Auswirkungen haben. Zum einen kann Digitalisierung körperliche Ortswechsel ersparen und zum anderen körperliche Ortswechsel auch erleichtern.

Der Berufsverkehr, das Pendeln von Wohnort zur Arbeitsstätte macht einen großen Teil der Verkehrsströme sowohl im Individualverkehr als auch im ÖPNV aus. Hier ermöglicht die Digitalisierung eine deutliche Reduzierung etwa dadurch, dass – und zwar natürlich auch für Mitarbeiter in den Gemeinden und Städten – Home-Office-Arbeitsplätze angeboten werden. Eine weitere Entwicklung in diesem Zusammenhang sind so genannte Coworking Spaces: Freiberufler, Kreative, kleinere Startups oder digitale Nomaden arbeiten dabei zugleich in meist größeren, offenen Räumen und können auf diese Weise voneinander profitieren. Sie können unabhängig voneinander agieren und in unterschiedlichen Firmen und Projekten aktiv sein oder auch gemeinsam Projekte verwirklichen und Hilfe sowie neue Mitstreiter finden. Coworking Spaces stellen Arbeitsplätze und Infrastruktur (Netzwerk, Drucker, Scanner, Fax, Telefon, Beamer, Besprechungsräume) zeitlich befristet zur Verfügung und ermöglichen die Bildung einer Gemeinschaft („Community“), welche mittels gemeinsamer Veranstaltungen, Workshops und weiterer Aktivitäten gestärkt werden kann. Dabei bleibt die Nutzung jedoch stets unverbindlich und zeitlich flexibel. Neben dem Community-Aspekt liegt ein weiteres Vorteil für die Nutzer in den geringeren Kosten, die weit unter den Fixkosten für einen Arbeitsplatz in einem gewöhnlichen Büro liegen.

Nicht nur im Arbeitsbereich, sondern auch bei den Dienstleistungen werden durch die

Digitalisierung körperliche Ortswechsel immer weniger notwendig werden. Viele nutzen wie selbstverständlich das Online Banking, führen also eine Vielzahl von Bankgeschäften am Computer von zu Hause oder vom Arbeitsplatz aus, wo früher eine Bankfiliale aufgesucht werden musste. Was für Geldgeschäfte gilt, kann auch auf viele andere Lebensbereiche übertragen werden, auch wenn sich manches noch recht visionär ausnimmt. Ein Beispiel ist hier das Online Medical Treatment, bei dem sich der Patient über sein Smartphone oder sein Tablet mit einem Arzt unterhält und ein entsprechender Informationsaustausch stattfindet. Und wer weiß? Möglicherweise spricht oder interagiert man in einigen Jahren gar nicht mehr mit einem menschlichen Arzt, sondern mit einem Bot, der über das gesamte diagnostische Wissen der Welt verfügt.

Durch die Einrichtung von Home-Office-Arbeitsplätzen oder Coworking Spaces lassen sich lange Wege VERMEIDEN.

Die Menschen haben allerdings auch ein natürliches Bedürfnis nach körperlicher Mobilität. Deshalb wird es selbstverständlich auch weiterhin Individual- und öffentlichen Verkehr geben. Allerdings wird auch hier die Digitalisierung in unterschiedlicher Weise Erleichterungen mit sich bringen. Wir stehen beispielsweise an der Schwelle zum autonomen Fahren. In wenigen Jahren wird es keine Sensation mehr sein, wenn Automobile ihrem Namen wirklich Ehre machen und sich von selbst bewegen, ohne dass ein Fahrer steuern oder sonst eingreifen muss. Sowohl die Fahrzeuge als auch die sonstige Infrastruktur stehen zur Verfügung. Auch wenn noch nicht alle technischen, rechtlichen und ethischen Probleme gelöst sind, wird in wenigen Jahren diese Technologie eingeführt sein. Im ÖPNV gibt es überdies bereits jetzt äußerst kreative digitale Werkzeuge, die sich in

der Zukunft weiterentwickeln und ausdifferenzieren werden. So können bereits jetzt über eine App Mobilitätsketten – im Übrigen auch unter Einbeziehung von Möglichkeiten des Individualverkehrs – gebildet werden, die dem Nutzer den optimalen Weg zeigen, möglichst rasch und mühelos von A nach B zu gelangen.

THEMENBEREICH „BILDUNG / SCHULE“

Schule und Bildung sind zentrale Bereiche im Umgang mit der Digitalisierung. Dabei reicht es unter keinen Umständen, wenn sich staatliche Bemühungen darauf beschränken würden, allen Schulen und Bildungseinrichtungen einen ausreichenden Breitbandanschluss zur Verfügung zu stellen. Vielmehr ist ein umfassendes inhaltliches Digitalisierungskonzept erforderlich, das Standards setzt und entsprechende Anforderungen landes-, wenn nicht bundesweit so weit wie möglich vereinheitlicht. Gegenwärtig drängt sich der Eindruck auf, dass es zwar Schulen gibt, die sich bereits auf den Weg gemacht haben, zu beobachten sind aber völlig unterschiedliche Handlungsansätze und Geschwindigkeiten.

Dabei wird nicht nur eine Herausforderung sein, die Kosten zu schultern, die eine hinreichende Hard- und Software-Ausstattung sicherstellt, sondern vielleicht noch wichtiger ist, die Lehrer auf diese Aufgabe vorzubereiten. Viele Pädagogen sind keine „Digital Natives“ und müssen deshalb intensiv geschult und fortgebildet werden.

Eine große Herausforderung wird es sein, die SCHULEN digital auszustatten und das Lehrpersonal entsprechend auszubilden.

Ein letzter Gedanke in diesem Zusammenhang: Schulen und Universitäten, Weiter- und Fortbildungseinrichtungen sind heute weitgehend darauf ausgerichtet, junge Menschen in ganz klar umrissenen Tätigkeitsfeldern auszubilden. Die Digitalisierung wird aber auch die

Berufswelt und die Berufsbilder von Grund auf verändern. Die besondere Problematik ist also, einen Weg zu finden, wie man auf Berufe vorbereiten kann, von denen wir noch gar nicht wissen, wie sie aussehen werden.

THEMENBEREICH „INNERÖRTLICHER EINZELHANDEL“

Der Internethandel steigt jährlich um 10 %. Wir können heutzutage praktisch jeden Artikel zu jeder Zeit an jedem Ort bestellen. Die Auslieferung erfolgt zeitnah, wenn auch noch nicht über eine Drohne. Ein großes Internethandels- haus arbeitet bereits an Konzepten, wie Bestellungen ausgeführt werden können, die von den Nutzern noch gar nicht aufgegeben worden sind. Gerade aus gemeindlicher Sicht birgt diese Entwicklung die Gefahr, dass dem innerstädtischen Einzelhandel, der die Einzelhandelsgroßprojekte auf der grünen Wiese überlebt hat, der endgültige Garaus gemacht werden könnte.

Der innerstädtische **EINZELHANDEL** wird unter dem Internethandel immer mehr leiden.

Doch die Digitalisierung bietet – gerade im ländlichen Raum – durchaus auch Chancen. Der Einzelhandel darf die Entwicklung allerdings nicht verschlafen, er muss auf die nur von ihm angebotene individuelle und kompetente Beratung setzen und eventuell selbst neben den analogen Formen des Handels auch digitale Zusatzangebote machen. Das kann von der WhatsApp-Nachricht an einen Stammkunden bis hin zum Augmented Reality Mirror reichen, der dem Kunden in der Zukunft im Spiegel zeigen wird, was zu dem gerade anprobierten Kleidungsstück passen könnte.

FAZIT

Die Digitalisierung unseres Lebens ist unaufhaltbar. Sie birgt – wie viele Entwicklungen – Chancen und Risiken. Städte und Gemeinden müssen sich darauf konzentrieren, die Vorteile zu erkennen und für sich zu nutzen.

|| **DR. FRANZ DIRNBERGER**

Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Gemeindetags, München

DIGITALES DORF STEINWALD-ALLIANZ

Chancen der Digitalisierung nutzen, Herausforderungen begegnen

BETTINA WILLIGER / ANNEMARIE WOJTECH || Die Digitalisierung birgt eine Reihe von Chancen, aber auch Herausforderungen für ländliche Räume. Im Modellprojekt „Digitales Dorf“ werden am Beispiel des „Mobilen Dorfladens“ in der Steinwald-Allianz die Potenziale der Digitalisierung für die Nahversorgung aufgezeigt und möglichst frühzeitig damit verbundenen technischen, wirtschaftlichen und sozialen Herausforderungen begegnet. Eine im Projekt ins Leben gerufene „Community“ dient dazu, die gewonnenen Erkenntnisse der Öffentlichkeit zugänglich zu machen und den Erfahrungsaustausch unter den bayerischen Gemeinden anzuregen.

Mit dem Breitbandausbau soll bis Ende 2018 möglichst allen bayerischen wie auch bundesdeutschen Haushalten Internet mit einer Bandbreite von mindestens 50 Mbit/s zugänglich gemacht werden. Gleichzeitig findet die Internetnutzung in allen Bevölkerungsgruppen wachsende Verbreitung: Im Jahr 2016 nutzten 58 Millionen und damit 79 % der Deutschen ab 14 Jahren das Internet. Es zeigen sich jedoch Unterschiede in der Internetnutzung in Abhängigkeit des Wohnorts: Während der Anteil der Onliner in Orten mit mehr als 500.000 Einwohnern bei 82 % liegt, sinkt dieser auf 77 % in Orten mit 5.000 bis 100.000 Einwohnern und auf 75 % in Orten mit weniger als 5.000 Einwohnern. Auch das Bundesland macht einen Unterschied: Bayern liegt mit einem Onliner-Anteil von 80 % im bundesdeutschen Mittel. Die Internetnutzung in den Stadtstaaten Bremen, Hamburg und Berlin liegt mit 83-86 % darüber, die ostdeutschen Bundesländer verzeichnen mit einem Onliner-Anteil von 70-75 % hingegen die geringsten Nutzungsraten.¹

Die Grundvoraussetzungen für die Digitalisierung des ländlichen Raums werden aktuell also geschaffen, aber welche Chancen ergeben sich daraus für ländlich geprägte Gemeinden?

Und welche Herausforderungen sind bei der Einführung und Nutzung digitaler Lösungen zu beachten?

Aktuelle Entwicklungen in ländlich geprägten Gemeinden, wie sinkende Einwohnerzahlen, steigendes Durchschnittsalter der Bevölkerung oder Fachkräftemangel, beeinträchtigen zumeist deren wirtschaftliche Situation, aber auch die kommunale Daseinsvorsorge im Hinblick auf Medizin, Pflege, Bildung und Mobilität. Die Digitalisierung kann an beiden Punkten ansetzen und einen Beitrag zur Aufrechterhaltung bzw. Verbesserung der wirtschaftlichen Situation wie auch der Daseinsvorsorge im ländlichen Raum leisten.

VERBESSERUNG DER WIRTSCHAFTLICHEN SITUATION

Die Ausstattung mit technischer Infrastruktur gilt neben der Nähe zum nächsten Oberzentrum als starker Einflussfaktor für die wirtschaftliche Situation des ländlichen Raums.² So können der Breitbandausbau und damit verbundene digitale Lösungen in mehrerer Hinsicht zur Verbesserung der wirtschaftlichen Situation ländlich geprägter Gemeinden beitragen.

Flexibilisierung von Tätigkeiten und Produkt- und Dienstleistungsangeboten

An erster Stelle führt die Digitalisierung zu einer Flexibilisierung von Tätigkeiten und Produkt- und Dienstleistungsangeboten, was am Beispiel von Telearbeit und eCommerce deutlich wird.

Mit dem digitalen Zugriff auf Daten und Informationen und der zunehmenden Verbreitung von mobilen Arbeitsmitteln (Laptop, Smartphone) wird es Erwerbstätigen leichter gemacht, räumlich unabhängig und damit auch von zuhause aus zu arbeiten. Dies kann den ländlichen Raum als Arbeits- und Wohnort wieder attraktiver machen.³ Im Jahr 2016 nutzten 24 % der Erwerbstätigen zumindest gelegentlich Telearbeit. Der Anteil könnte gerade in Berufsgruppen mit wenig abstimmungsintensiven Büroarbeitsplätzen steigen, wenn auch entsprechende Angebote auf Seiten der Unternehmen zunehmen.⁴ Bislang gibt es jedoch keine empirischen Befunde zur Entwicklung und zu den Auswirkungen der Telearbeit insbesondere in ländlichen Regionen.

Durch die Möglichkeit, online einzukaufen, gewinnt der ländliche Raum wieder an ATTRAKTIVITÄT.

Die Flexibilisierung von Produkt- und Dienstleistungsangeboten über eCommerce zeigt in zweierlei Hinsicht die Chancen der Digitalisierung für den ländlichen Raum auf. Einerseits kann eCommerce die Versorgungslage ländlicher Regionen über ein breiteres Sortimentsangebot verbessern. In einer empirischen Untersuchung konnte gezeigt werden, dass Dorfläden und Internetbestellung als Nahversorgungsmodelle für den ländlichen Raum präferiert werden, wobei der Dorfladen große Einschränkungen hinsichtlich seiner Wirtschaftlichkeit hat.⁵ Andererseits kann eCommerce die Reichweite von Anbietern aus dem ländlichen Raum steigern, da Produkte

und Dienstleistungen ortsunabhängig erworben werden können. Aktuell kaufen etwa 50 % der deutschen Bevölkerung Waren im Internet ein, bezogen auf die Onliner entspricht dies einem Anteil von 63 %.⁶

Standortunabhängigkeit von Unternehmen

Die Flexibilisierung von Tätigkeiten und Produkt- und Dienstleistungsangeboten erhöht an zweiter Stelle auch die Standortunabhängigkeit von Unternehmen. Die geringeren Boden- und Mietpreise bei gleichzeitiger Breitbandverfügbarkeit machen den ländlichen Raum damit möglicherweise attraktiver für die Ansiedelung neuer Unternehmen.⁷

Regionale Vernetzung von Unternehmen

Nicht zuletzt kann die Digitalisierung dazu beitragen, regionale Unternehmen untereinander zu vernetzen und verstärkt regionale Wertschöpfungsketten aufzubauen. Dies kann die Wertschöpfung vor Ort erhöhen, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen steigern und neue Arbeitsplätze schaffen.⁸

AUFRECHTERHALTUNG UND VERBESSERUNG DER KOMMUNALEN DASEINSVORSORGE

Die Daseinsvorsorge in den Bereichen Medizin, Pflege, Bildung und Mobilität ist zentral für die Lebensqualität und die Attraktivität des ländlichen Raums, deren Aufrechterhaltung stellt ländlich geprägte Gemeinden vor dem Hintergrund des demografischen Wandels jedoch häufig vor eine Reihe von Schwierigkeiten.

Digitale Angebote der Daseinsvorsorge

Die Digitalisierung bietet die Möglichkeit, Angebote der Daseinsvorsorge, die nicht mehr länger in der Region vorgehalten werden können, digital zu erbringen.⁹ Beispielsweise können telemedizinische und telepflegerische Angebote die medizinische und pflegerische Versorgung trotz Ärzte- und Pflegekräftemangel im ländlichen Raum aufrechterhalten. Bei der Telemedizin oder Telepflege werden medizinische Daten und Informationen in Form von Text, Ton oder Bild an den zuständigen Arzt oder die Pflegekraft übermittelt. Es gibt bereits zahlreiche Pilotprojekte und digitale Lösungen, die den Einsatz

von technischen Innovationen zur Diagnosestellung, Prävention, Rehabilitation und Pflege untersuchen und auch deren Aufnahme in den Leistungskatalog der gesetzlichen Krankenkassen wird diskutiert.

Telepflege und Telemedizin können schnelle und kostengünstige HILFE bieten.

So konnte im Hinblick auf die Telepflege in Finnland gezeigt werden, dass pflegende Angehörige die Unterstützung durch digitale Lösungen (Onlinesprechstunde, Forum zum Austausch mit pflegenden Angehörigen) als sehr nützlich empfinden und weniger Hilfe von einer ambulanten Pflegekraft benötigen.¹⁰ Mit dem Einsatz von Telemedizin und Telepflege sollen reguläre medizinische und pflegerische Leistungen auch in der Zukunft nicht vollständig ersetzt werden. Digital unterstützte Leistungen sind jedoch schneller und kostengünstiger zugänglich sowie unabhängig von der Mobilität des Patienten und des Fachpersonals.¹¹

Qualitative Verbesserung der Daseinsvorsorge

Dies macht bereits deutlich, dass die Digitalisierung auch dazu genutzt werden kann, bestehende Angebote der Daseinsvorsorge qualitativ zu verbessern oder zu ergänzen.¹² Beispielsweise ist der Unterhalt von Fach- und Hochschulen bislang den Oberzentren vorbehalten. Einzelne Fach- und Hochschulen bieten jedoch Ausbildungen auf der Grundlage von eLearning-Angeboten an, welche unabhängig vom Lernort und damit im ländlichen Raum absolviert werden können.¹³ Auch im Hinblick auf die Mobilität können digitale Lösungen zu einer stärkeren Vernetzung unterschiedlicher Verkehrsmittel, wie Privat-PKW, ÖPNV, Taxi und Fahrrad, beitragen und damit die häufig ausgedünnten Angebote des ÖPNV im ländlichen Raum ergänzen.

TECHNISCHE, WIRTSCHAFTLICHE UND SOZIALE HERAUSFORDERUNGEN

Neben den Chancen im Hinblick auf die wirtschaftliche Situation und die kommunale Daseinsvorsorge gibt es technische, wirtschaftliche und soziale Herausforderungen bei der Einführung und Nutzung digitaler Lösungen im Allgemeinen sowie im ländlichen Raum im Besonderen.

Technische Insellösungen

Insbesondere im Hinblick auf die kommunale Daseinsvorsorge besteht aktuell eine Reihe digitaler Insellösungen, die im Rahmen von Forschungs- und Pilotprojekten umgesetzt wurden. Das Angebot und die Nutzung digitaler Lösungen werden aber erst wirtschaftlich, wenn diese eine große Zielgruppe erreichen. Um den vergleichsweise kleinen Einwohnerzahlen ländlich geprägter Gemeinden zu begegnen, sollten digitale Lösungen möglichst gemeindeübergreifend konzipiert und eingesetzt werden.

Wirtschaftliche Tragfähigkeit der Lösungen

Der Breitbandausbau wird in Bayern mit bis zu 1,5 Milliarden Euro gefördert und auch auf bundesdeutscher Ebene stehen jährlich 4 Milliarden Euro an öffentlichen Mitteln zur Verfügung. Demgegenüber sollen digitale Lösungen wirtschaftlich tragfähig sein und die Kosten amortisieren. Dies betrifft direkte Kosteneinsparungen, beispielsweise bei der Erbringung telemedizinischer Leistungen oder digitaler Verwaltungsdienstleistungen, wie auch indirekte Kosteneinsparungen durch die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation ländlich geprägter Gemeinden.¹⁴

Mangelnde Digitalkompetenz der Bürger

Trotz zunehmender Verbreitung von Internet und Breitbandausbau sind 21 % der deutschen Bevölkerung nicht online. Die Ergebnisse des „(N)Onliner-Atlas 2016“ zeigen, dass es beispielsweise große Diskrepanzen in der Internetnutzung in Abhängigkeit des Alters und des Bildungsstands gibt. Während 96 % der Bürger mit Abitur online sind, nutzen lediglich 62 % der Bürger mit Hauptschulabschluss das Internet. Noch größer fällt die Spanne im Hinblick auf unterschiedliche Altersgruppen aus: Unter

den 14- bis 39-Jährigen sind nahezu alle Befragten online (97-99 %), dieser Anteil sinkt auf 69 % bei den 60- bis 69-Jährigen und auf 36 % bei den über 70-Jährigen.¹⁵ Gerade vor dem Hintergrund eines höheren Durchschnittsalters und eines geringeren mittleren Bildungsabschlusses in ländlichen Räumen besteht daher das Risiko, dass diese Gruppen durch die digitalisierten Angebote ausgegrenzt oder benachteiligt werden. Beispielsweise wird schon jetzt für den Kauf einer Bahnkarte am Schalter im Vergleich zum Automaten eine zusätzliche Servicegebühr berechnet und das Kinoprogramm ist vielerorts nur noch über das Internet einsehbar.

Mit der zunehmenden Digitalisierung steigen auch die Anforderungen an die Kompetenz der Nutzer. Nach einer Untersuchung der Initiative D21 liegen die Digitalkompetenzen (z. B. Internetrecherchen, Informationsaustausch, digitale Zusammenarbeit, IT-Sicherheit, Datenschutz) der deutschen Bevölkerung im unteren bis mittleren Bereich.¹⁶ Gerade bei der Nutzung digitaler Dienstleistungen ist ein verantwortungsvoller Umgang mit persönlichen Daten unerlässlich und erfordert eine Aufklärung und Schulung der Bevölkerung über alle Lebensphasen (Schule, Berufsleben, Rentenalter) hinweg.

Abbildung 1 fasst die genannten Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung im ländlichen Raum zusammen. Im Folgenden soll nun am Beispiel des Modellprojekts „Digitales Dorf“ erläutert werden, wie die Chancen

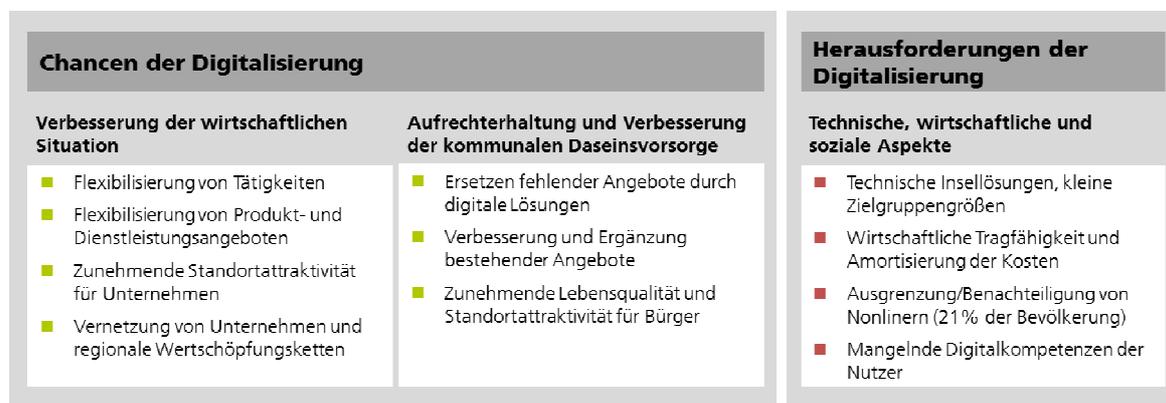
der Digitalisierung im ländlichen Raum genutzt und gleichzeitig den beschriebenen Herausforderungen begegnet werden kann.

MODELLPROJEKT „DIGITALES DORF“

Das Projekt „Digitales Dorf“ wird seit April 2016 im Rahmen der Zukunftsstrategie BAYERN DIGITAL durch die Bayerische Staatsregierung gefördert und durch das Bayerische Staatsministerium für Wirtschaft und Medien, Energie und Technologie koordiniert. Die wissenschaftliche Bearbeitung des Projekts erfolgt durch das Fraunhofer-Institut für Integrierte Schaltungen IIS, den Technologicampus Grafenau der Technischen Hochschule Deggendorf und das Fraunhofer-Institut für Experimentelles Software Engineering IESE.

Ziel des Projekts „Digitales Dorf“ ist es, die Chancen aufzugreifen, die sich durch die Digitalisierung im ländlichen Raum bieten. Dazu wurden in ganz Bayern Ideen entwickelt, die nun in zwei Modelldörfern umgesetzt werden. In Südbayern dienen die Gemeinden Spiegelau und Frauenau als Modelldörfer, in Nordbayern der Gemeindeverbund der Steinwald-Allianz. Im Rahmen des Projekts werden digitale Lösungen entwickelt, die die Attraktivität des ländlichen Lebensraums signifikant steigern und möglichst flächendeckend übertragbar sind. Die Erkenntnisse aus dem Projekt „Digitales Dorf“ sollen die Entwicklung weiterer Digitalisierungsansätze in Bayern und ganz Deutschland vorantreiben.

Abbildung 1: Chancen und Herausforderungen der Digitalisierung im ländlichen Raum



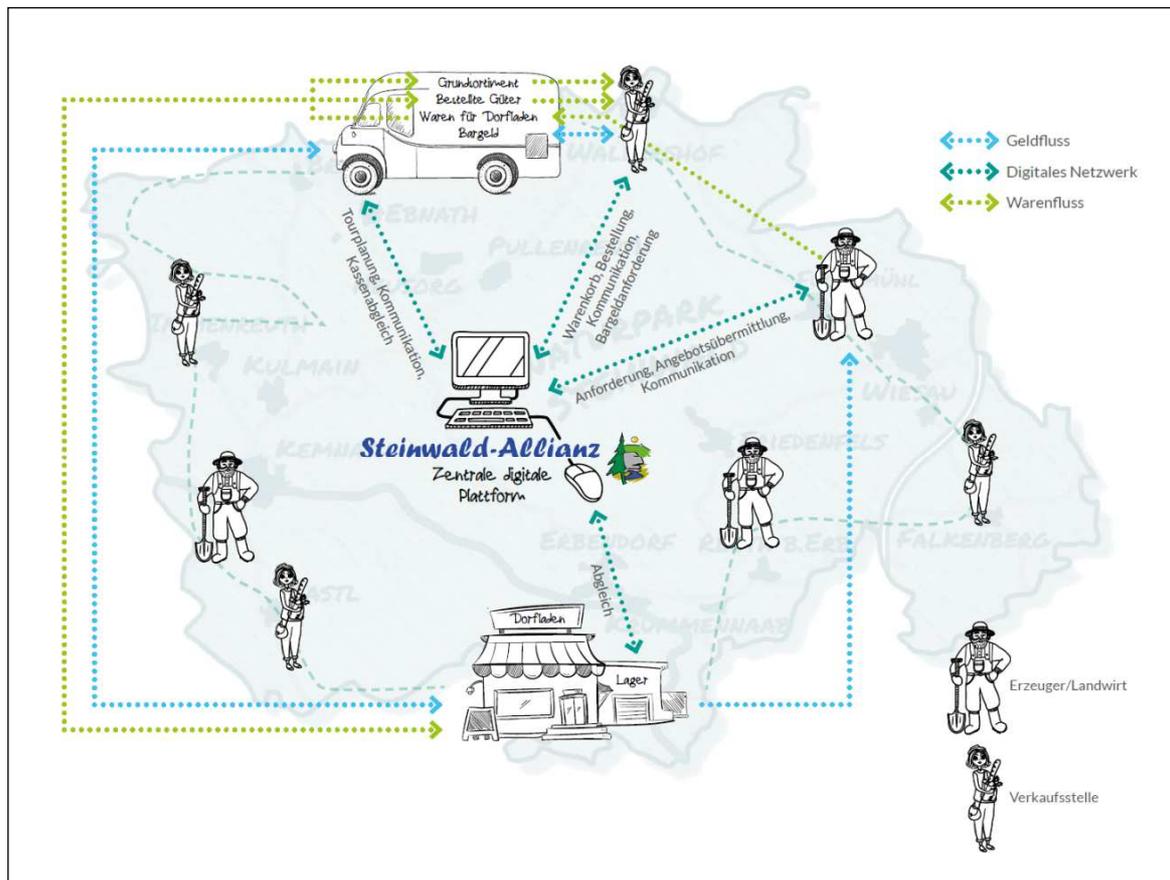
„Mobiler Dorfladen“ der Steinwald-Allianz

Bei der Steinwald-Allianz handelt es sich um einen Verbund aus 16 Gemeinden innerhalb des Landkreises Tirschenreuth in der Oberpfalz. Die Zusammengehörigkeit der Gemeinden definiert sich weniger an administrativen Grenzen, sondern vielmehr anhand der besonderen topographischen Gegebenheiten. Das 490 km² große Gebiet der Steinwald-Allianz umringt den Naturpark Steinwald, der an seinem höchsten Punkt 900 m hoch ist. Mit dem „Mobilen Dorfladen“ verfolgt die Steinwald-Allianz das primäre Ziel, die Nahversorgung mit Waren des täglichen Bedarfs in der Region aufrechtzuerhalten. Durch die Förderung einer Kreislaufwirtschaft mit regionalen Geld- und Warenflüssen sollen gleichzeitig die regionalen Erzeuger gestärkt und Arbeitsplätze und Umsatz gesteigert werden.

Dreh- und Angelpunkt des „Mobilen Dorfladens“ ist eine digitale Plattform, die Bürger, Dorfladen und Erzeuger miteinander vernetzt (siehe Abb. 2). Für die Plattform sind nach aktuellem Projektstand folgende Funktionen vorgesehen:

- Online-Bestellung und Online-Warenangebot von vorrangig regional erzeugten Waren für alle Bürger der Steinwald-Allianz,
- Anforderung von Waren bei den Erzeugern für Bürger und Dorfladen,
- Intelligente Tourenplanung für das Fahrzeug durch den Abgleich von Grundsortiment, bestellter Waren, benötigter Waren von den Erzeugern und Warenbestand im Dorfladen,
- Kommunikationsmittel für alle Akteure.

Abbildung 2: Projektvorhaben „Mobiler Dorfladen“ der Steinwald-Allianz



Quelle: Steinwald-Allianz

Daneben soll ein Verkaufsfahrzeug eingesetzt werden, das Gemeindeteile ohne Nahversorgungseinrichtungen in einem zunächst regelmäßigen Turnus anfährt. Im Fahrzeug befinden sich ein auf die Bürger der Steinwald-Allianz zugeschnittenes Grundsortiment an Waren des täglichen Bedarfs, aber auch Waren, die von den Bürgern vorab bestellt wurden. Auf dem Weg zu den Verkaufsstellen fährt das Fahrzeug die regionalen Erzeuger an, deren Waren entweder direkt in das Grundsortiment bzw. in das Online-Warenangebot überführt werden oder am Ende der Tour in den Warenbestand des Dorfladens übergehen. Daneben ist geplant, dass der „Mobile Dorfladen“ die Möglichkeit bietet, Bargeld zu beziehen. Zusätzlich zu ihrem Einkauf sollen sich die Bürger an den Verkaufsstellen über ein sog. Cash-Back System einen gewünschten Barbetrag auszahlen lassen können.

Der „Mobile Dorfladen“ VERNETZT Bürger, Erzeuger und Dorfläden.

Die primäre Zielgruppe des Vorhabens sind die regionalen Erzeuger und Händler (z. B. Dorfläden, Bauernhöfe) sowie alle Bürger der Steinwald-Allianz, die täglich mit den Herausforderungen der Nahversorgung im ländlichen Raum konfrontiert sind. Dazu zählen wenig mobile Bürger in größerer Distanz zu den vorhandenen Einkaufsmöglichkeiten und gleichermaßen Verbraucher, die beispielsweise Möglichkeiten für Weg- und Zeitersparnisse suchen oder Wert auf regionale Produkte legen.

Welche Chancen ergeben sich durch den „Mobilen Dorfladen“?

Mit dem „Mobilen Dorfladen“ soll eine digital unterstützte Lösung entwickelt und erprobt werden, die die Nahversorgung in der Steinwald-Allianz verbessert bzw. aufrechter-

hält. Mit Hilfe der digitalen Plattform können Bedarfe gebündelt und die Nahversorgung flexibilisiert werden: Die Plattform vernetzt alle relevanten Akteure, verwaltet Bestellungen und Bestände und plant die Touren des Verkaufsfahrzeugs. Im Gegensatz zum Tante-Emma- oder Dorfladen muss der „Mobile Dorfladen“ kein breites Sortiment vorhalten, welches unter Umständen nicht vor Ablauf des Mindesthaltbarkeitsdatums abverkauft werden kann. Die Bedarfe der Bürger können zumindest zum Teil vorab abgefragt werden, was mit einer besseren Planbarkeit und Wirtschaftlichkeit verbunden ist. Zudem kann die Route des Verkaufsfahrzeugs nachfragegerecht geplant werden, so dass Standzeiten in Gemeindeteilen ohne Nachfrage und unnötige Wege vermieden werden können.

Die Bürger der Steinwald-Allianz profitieren von einer Verkürzung der Wege zu Waren des täglichen Bedarfs und einer besseren Versorgung mit regionalen Waren. Durch die Anbindung an die digitale Plattform ergeben sich auch Vorteile für die Erzeuger und Dorfläden der Region. Erzeuger können ihre Waren über die Plattform vertreiben und die damit verbundenen Logistiklösungen (Fahrzeug, Lager) nutzen. Die Dorfläden nehmen eine Schlüsselrolle im Gesamtkonstrukt des „Mobilen Dorfladens“ ein: Die Waren werden dort entsprechend der Bestellungen kommissioniert, zudem können die Dorfläden ihre Waren über die Plattform vertreiben. Letztendlich wird so die regionale Kreislaufwirtschaft gestärkt und Arbeitsplätze für ein neues regionales Nahversorgungskonzept geschaffen.

Wie adressiert der „Mobile Dorfladen“ die Herausforderungen der Digitalisierung?

Im ersten Teil des Artikels wurden eine Reihe technischer, wirtschaftlicher und sozialer Herausforderungen der Digitalisierung im ländlichen Raum beschrieben, die auch im Projekt „Digitales Dorf“ adressiert und systematisch behandelt werden.

Um den technischen Herausforderungen zu begegnen, wird im Projekt eine digitale Plattform mit offenen Schnittstellen umgesetzt, d. h. weitere Anwendungen und Dienstleistungen können in die Plattform integriert werden.

Damit wird eine Basis geschaffen, welche perspektivisch verschiedenste Dienstleistungen im ländlichen Raum bündeln kann und damit eine hohe Flexibilität aufweist. Zudem wird die Plattform so konzipiert, dass sie auf weitere Gemeinden in Bayern und ganz Deutschland übertragen werden kann, um Insellösungen vorzubeugen.

Eine weitere Herausforderung ist die wirtschaftliche Tragfähigkeit des „Mobilen Dorfladens“. Im Projekt werden daher unterschiedliche Geschäftsmodelle und Szenarien analysiert und erprobt mit dem Ziel, eine nachhaltige und tragfähige Lösung zu schaffen. Mit dem „Mobilen Dorfladen“ wird eine sehr breite, gemeindeübergreifende Zielgruppe angesprochen und damit ein größtmöglicher Kundenkreis (insgesamt zählt der Gemeindeverbund der Steinwald-Allianz knapp 40.000 Einwohner). Durch den „Mobilen Dorfladen“ können an verschiedensten Stellen Effizienzsteigerungen ermöglicht werden, sei es die Reduktion der PKW-Fahrten in der Bevölkerung, eine bessere Planbarkeit der Nachfrage oder die Steigerung der Absatzmenge für die regionalen Erzeuger. Nicht zuletzt werden die regionalen Erzeuger auf dem Weg zu einer digitalen und regionalen Strategie unterstützt.

Mit SCHULUNGEN sollen die älteren Bürger gezielt an die Digitalisierung herangeführt werden.

Eine große soziale Herausforderung liegt darin, dass digitale Lösungen wie der „Mobile Dorfladen“ nicht alle Bevölkerungsgruppen gleichermaßen erreichen. Gerade die über 70-Jährigen verfügen zumeist nicht über einen Internetanschluss oder die Kompetenz in der Nutzung digitaler Endgeräte. Dieser Herausforderung wird einerseits dadurch begegnet, dass das Verkaufsfahrzeug ein Grundsortiment vorhält, welches ohne Vorbestellung erworben

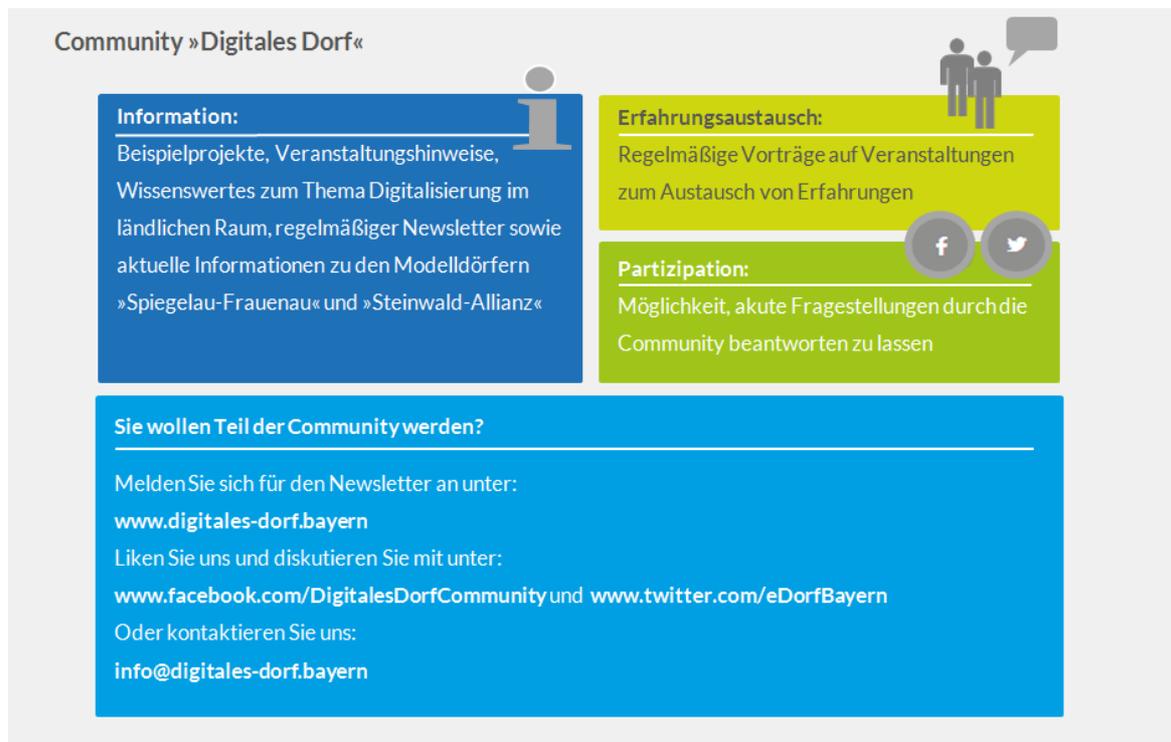
werden kann, um den Zugang zur Nahversorgung sicherstellen zu können. Andererseits sollen die Bürger parallel zur Einführung des „Mobilen Dorfladens“ gezielt an die Digitalisierung herangeführt werden. Dazu werden gemeinsam mit Multiplikatoren in der Region (z. B. Wohnberater, Behindertenbeauftragte, Seniorenbeauftragte) Schulungsangebote entwickelt, welche Digitalkompetenzen zielgruppengerecht vermitteln sollen.

FAZIT

Der Breitbandausbau und die damit einhergehende Digitalisierung sind wichtige Standortfaktoren für die Attraktivität ländlich geprägter Gemeinden – für Unternehmen wie auch Bürger. Die angeführten Referenzen und insbesondere das Modellprojekt „Digitales Dorf“ machen deutlich, dass digitale Lösungen die Daseinsvorsorge im ländlichen Raum verbessern sowie die generelle Erreichbarkeit durch die digitale Überbrückung räumlicher Distanzen steigern können. Um die Chancen der Digitalisierung besser nutzen zu können, gilt es jedoch möglichst gemeindeübergreifende und finanziell tragfähige digitale Lösungen umzusetzen und parallel dazu die Digitalkompetenzen der Bevölkerung zu schulen.

Insbesondere zur Förderung des gemeindeübergreifenden Austauschs wurde im Rahmen des Modellprojekts „Digitales Dorf“ eine Community ins Leben gerufen, in welcher Best Practices, Lessons learned, Handlungsempfehlungen und Ideen rund um die Digitalisierung im ländlichen Raum ausgetauscht werden können. Die Community kann einerseits als Informationskanal genutzt werden, denn sie bietet neben aktuellen Informationen zu den Modellprojekten und Veranstaltungen auch einen Überblick über Best Practices sowie Wissenswertes zum Thema Digitalisierung im ländlichen Raum. Andererseits dient sie dem aktiven Austausch von Erfahrungen, sei es über einen digitalen Austausch in Form eines regelmäßigen Newsletters und die Social Media-Kanäle als auch im Rahmen von Veranstaltungen. Eine Teilnahme an der Community steht allen interessierten Gemeinden offen. Wie man Teil der Community wird, ist Abbildung 3 zu entnehmen.

Abbildung 3: Bestandteile der Community „Digitales Dorf“



DR. BETTINA WILLIGER

Leitende Wissenschaftlerin, Fraunhofer-Arbeitsgruppe für Supply Chain Services SCS, Nürnberg

ANNEMARIE WOJTECH

Leiterin Gruppe Market Intelligence, Fraunhofer-Arbeitsgruppe für Supply Chain Services SCS, Nürnberg

ANMERKUNGEN

- ¹ Initiative D2: D21 Digital Index 2016. Jährliches Lagebild zur Digitalen Gesellschaft, 2016, <http://initiated21.de/app/uploads/2017/01/studie-d21-digital-index-2016.pdf>, Stand: 18.4.2017.
- ² Spellerberg, Annette: Ländliche Räume in der hoch technisierten Dienstleistungsgesellschaft: mittendrin oder außen vor? in: Peripherisierung – eine neue Form sozialer Ungleichheit?, hrsg. von Eva Barlösius und Claudia Neu, Berlin-Brandenburgische Akademie der Wissenschaften, Berlin 2008.
- ³ Ortwein, Steffen: Breitband als Element zukunftsfähiger ländlicher Versorgungsstrukturen, in: Daseinsvorsorge in ländlichen Räumen unter Druck, hrsg. von BLE, Berlin 2013, S. 25-29.
- ⁴ Initiative D21: D21 Digital Index 2016. Jährliches Lagebild zur Digitalen Gesellschaft.
- ⁵ Meixner, Oliver / Pöchtrager, Siegfried / Haas, Rainer / Koppelstätter, Maria: Nahversorgung im ländlichen Raum – Eine entscheidungsorientierte Analyse mittels des Analytischen Hierarchieprozesses, in: Die Bodenkultur 58/2007, S. 25-38.
- ⁶ Initiative D21: D21 Digital Index 2016. Jährliches Lagebild zur Digitalen Gesellschaft.
- ⁷ BMVi: Regionale Daseinsvorsorge in Europa – Beispiele aus ländlichen Regionen, Berlin 2013.
- ⁸ Troeger-Weiß, Gabi / Anslinger, Julia: Neue Voraussetzungen für den ländlichen Raum: Demografischer Wandel und Digitalisierung, in: Starke Wirtschaft – Starke Regionen. Gute Aussichten für das Land, hrsg. von Heike Arend und Gabi Troeger-Weiß, Mainz 2015, S. 20-22.
- ⁹ Ebd.
- ¹⁰ Blusi, Madeleine / Asplund, Kenneth / Jong, Mats: Older family carers in rural areas: experiences from using caregiver support services based on Information and Communication Technology (ICT), in: European Journal of Ageing 10/2013, S. 191-199.
- ¹¹ Ortwein: Breitband als Element zukunftsfähiger ländlicher Versorgungsstrukturen.
- ¹² BMVi: Regionale Daseinsvorsorge in Europa – Beispiele aus ländlichen Regionen.
- ¹³ BLE: Nutzungschancen des Breitbandinternets für ländliche Räume. Innovative Anwendungen, neue Ideen, gute Beispiele, Bonn 2013.
- ¹⁴ BMVi: Regionale Daseinsvorsorge in Europa – Beispiele aus ländlichen Regionen.
- ¹⁵ Initiative D21: D21 Digital Index 2016. Jährliches Lagebild zur Digitalen Gesellschaft.
- ¹⁶ Ebd.

DIGITALISIERUNG – FÖRDERUNG ODER GEFÄHRDUNG UNSERER DEMOKRATIE?

Wir müssen sorgsam sein

HOLGER MAGEL || Alle Welt spricht von Digitalisierung, vor allem die Politik, Wirtschaft und die Bankenwelt. Industrie 4.0 z. B. ist ohne Digitalisierung nicht vorstellbar. Den schier grenzenlosen Verheißungen steht aber immer mehr auch eine Position gegenüber, die vor den Gefahren unbedachter, verantwortungsloser oder gar missbräuchlicher Anwendung der Digitalisierung und der Big Data warnt. Die Charta der Digitalen Grundrechte der EU ist ein ernstzunehmendes Zeichen wachsender Besorgnis in der Gesellschaft. Der „Gläserne Mensch“ ist längst keine Utopie mehr, sondern wird zunehmend zum Objekt der Begierde vieler.

BISHER ZU EINSEITIGE BETRACHTUNG DER DIGITALISIERUNG

Es gibt nun politische Diskussionen, die Digitalisierung nicht mehr allein dem Freien Markt und der Macht Einzelner zu überlassen, sondern bewusst zu gestalten. Hierbei fällt das Stichwort „Den Staat neu denken“. Darin enthalten kann oder besser darin sollte die zunehmende Aktivierung der Bürgergesellschaft als unverzichtbarer Akteur sein. Diese muss sich aber ihrerseits digitale Kompetenz und Fähigkeiten zulegen, denn Angela Merkel hatte Recht: Digitalisierung ist für viele noch Neuland. Deshalb gilt: Wir alle müssen lernen und uns digital befähigen.

In der Ausschreibung der Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung vom 2. Juni 2017 zum XIX. Friedwart-Bruckhaus-Förderpreis 2017/2018 für junge Wissenschaftler und Journalisten¹ heißt es: „Die Digitalisierung durchdringt zunehmend alle Lebensbereiche; sie verändert grundlegend und nachhaltig unsere Arbeitswelt und unseren Alltag wie auch unsere Auffassung von Kommunikation, Freiheit und Selbstbestimmtheit. Die sog. ‚Digitale Revolution‘ fordert dabei auch bewährte Institutionen und Werte in Politik, Wirtschaft, Recht und Gesell-

schaft heraus, die die Grundlagen unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und sozialen Marktwirtschaft bilden. Zugleich ist sie Motor für bahnbrechende technische wirtschaftliche Entwicklungen und Fortschritt.“

DIGITALISIERUNGSKOMPETENZ muss gelernt werden.

Die Betonung liegt also zunächst auf freiheitlich-demokratischer Grundordnung und auf Werten. Wir spüren hier eine andere Rangordnung. Von Seiten der Wirtschaft, aber auch der Politik- und Bankenwelt hört man dagegen zuallererst nur von dynamischen und digitalen Märkten, von digitalen Disruptionen, denen keine Branche entgehen könne,² liest man vom digitalen Schwung für Wachstum, Innovationen und Beschäftigung in Stadt und Land und so fort. Auch der Zukunftsrat der Bayerischen

Wirtschaft bläst ins gleiche monotone Horn: Es geht – so TUM-Präsident Wolfgang Herrmann – um Teilhabe der Menschen an der neuen Wertschöpfung, es geht laut Alfred Gaffal, Präsident der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft (vbw), um Wachstum bei Mitarbeitern und Umsatz. Datenschutz und IT-Sicherheit werden zwar auch angemahnt – aber wohl eher zum Schutz der Unternehmen und nur wenig explizit oder gar nicht zum Schutz der Demokratie, unserer demokratischen Grundordnung und Werte oder gar unserer individuellen Persönlichkeitsrechte.³

Auch Ministerpräsident Horst Seehofer hat in seiner Regierungserklärung „Bayern digital“⁴ am 6. Juli 2017 unter dem Kapitel „Digitaler Aufbruch als Schlüssel zur Zukunft“ das Münchner Ifo-Institut und nicht weiter genannte Experten zitiert, denen zufolge die Digitalisierung „mehr Beschäftigung, mehr Chancen und mehr Lebensqualität“ verheiße. Dasselbe hätte das Ifo-Institut allerdings auch für China verheißen können, das – so mein frischer Eindruck von den Straßen und aus Konferenz- und Hörsälen Chinas – diesbezüglich wohl bereits viel weiter ist als Deutschland.

Aber ist das wirklich alles? Geht es nicht um mehr, geht es denn neben Wachstum und Lebensqualität, also neben mehr Wohlstand nicht auch um Freiheit, um Wahrung der Persönlichkeitsrechte, um Selbstbestimmtheit und Mündigkeit? Davon kann in China z. B. keine Rede sein.

Die Digitalisierung betrifft und erfordert MÜNDIGE Bürger.

Aber auch in Deutschland und in Bayern sollten diesbezügliche Risiken und Gefährdungen offener und bewusster diskutiert werden. Aber genau dazu kommen Nachdenkliches und Kritisches viel zu selten daher.

RISIKEN der Digitalisierung müssen offen und bewusst diskutiert werden.

In der parlamentarischen Aussprache zur Regierungserklärung kam das allein von der bayerischen Opposition. Der seltsame Ausdruck von Grünenfraktionschefin Katharina Schulze über „digitale Flachwurzler“ meinte – nach eigener Rücksprache bei Frau Schulze – letztlich dasselbe wie die Ausführungen von SPD-Chefin Natascha Kohnen. Sie wies deutlich darauf hin, dass die Digitalisierung nicht nur die Wirtschaft angehe, sondern vor allem auch mündige Bürger betreffe und erfordere.⁵ Welche unschönen, ja hässlichen Seiten das Internet in all seinen Formen inzwischen zeitigt und zeigt, gerade auch bzgl. Wahrung der persönlichen Würde oder politischen Fairness, weiß jeder. Markus Blume⁶ postuliert bei einem Zweiergespräch in der Katholischen Akademie mit dem Soziologen Prof. Armin Nassehi, man müsse durch „digitale Aufklärung“ viele Menschen aus ihren Meinungshöhlen herausholen.

Es wäre sehr intensiv zu diskutieren, wie das eigentlich gehen soll. Gesetzt den Fall, es gelänge: Wäre das dann schon der oder ein positiver Beitrag zur Wiederherstellung einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung und Gesellschaft, von der die drei Idealen „Freiheit, Demokratie und soziale Marktwirtschaft“ verpflichtete Schleyer-Stiftung träumt? Oder müsste man nicht noch viel mehr tun, wie z. B. der schreibmächtige Soziologe Harald Welzer von der „Stiftung für zukunftsfähiges Leben und Wirtschaften Futur 2“ in seinem aufrüttelnden Aufsatz in der ZEIT „Schluss mit der Euphorie!“⁷ meint? Nämlich dem digitalen Heilsversprechen der Wirtschaft und ihrer wissenschaftlichen Think Tanks und Institute gegenüber skeptisch zu bleiben und viel mehr nüchternen Sachverstand an den Tag zu legen und das Für und Wider ohne blinden Fleck im Auge abzuwägen. Welzers Befunde über den

schleichenden Verlust von Demokratie im Rahmen des gesamten Internet- und Digitalisierungshypes machen viele Menschen nachdenklich. Man hört davon sonst nichts. Ist Welzer nur ein Spinner und Außenseiter, gar ein Apokalyptiker, oder sieht er einfach mehr als die anderen? Der gläserne Mensch scheint längst Realität, und wir haben das offensichtlich mehr oder weniger akzeptiert bzw. hinzunehmen. Tägliche Postsendungen von Firmen, die Kenntnis über höchst private körperliche Befunde oder gar seelische Befindlichkeiten verraten, deuten in diese Richtung. Entsprechend konstatiert der preisgekrönte ZEIT-Journalist Adrian Lobe, dass die Digitalisierung die Grenzen selbst zu dem bisher letzten Bollwerk, nämlich zu den Gedanken, porös mache: „Gedankenprozesse sind nur noch Rohdaten ... Die Gesellschaft wird zur smarten Fabrik, in der es darum geht, Daten zu produzieren und die Performance von Menschen in Scores zu messen“.⁸

Politik muss sich intensiver mit den DEMOKRATIE-ASPEKTEN der Digitalisierung beschäftigen.

Wir sind also längst durchleuchtet, und die Politik, so Welzers Vorwurf, kümmert sich nicht darum. Aber was ist, wenn nun auch noch die demokratische politische Willensbildung gefährdet bzw. bewusst beeinflusst und gesteuert wird? Da kommen sehr aktuelle Gedanken über den amerikanischen Wahlkampf hoch. Da hört hierzulande der Spaß auf. Wenn Welzers These zutrifft, dass – wie er scharf und präzise diagnostiziert – unspektakulär „die Auflösung der Demokratie im Rahmen der Demokratie geschieht“ und die Grenzen zwischen Privatheit und Öffentlichkeit immer mehr niedergerissen werden, müssten alle Alarmglocken schrillen. Es muss dringend noch viel mehr und zwar offen, kritisch und konstruktiv darüber geredet werden.

DIE DIGITALISIERUNG GESTALTEN

Markus Blume⁹ räumt entsprechend ein, dass die Politik sich noch viel intensiver mit dem Demokratieaspekt der Digitalisierung beschäftigen müsse. Aus seiner Sicht gilt es hierbei, unter dem Generalanspruch „Die Digitalisierung gestalten“ folgende Trias zu beherzigen:

- **Digitale Aufklärung**, die auch und vor allem den Aspekt der Ethik (Was darf man, was darf oder was macht man nicht etc.) und nicht nur den der Medieninfrastruktur und Medienkompetenz beinhalten müsse.
- **Digitale Befähigung**, weil Digitalisierung – wie Angela Merkel einst zwar viel belächelt, aber gleichwohl richtig sagte – für den Großteil der Bevölkerung und Beschäftigten tatsächlich Neuland und eine Black Box ist. Es geht ja nicht nur darum, das Smartphone richtig zu bedienen, sondern um das Wissen, was sich dahinter und drinnen verbirgt.
- **Digitale Ordnung**, die es nach Blume durchaus erfordere, „den Staat neu zu denken“. Es werden eine spannende Frage und ein aufregender Prozess sein, diesen Staat zusammen mit allen Bürgern und nicht nur mit den Wirtschafts- und sonstigen Eliten neu zu denken.

Staatssekretär Franz Josef Pschierer¹⁰ möchte da nicht zurückstehen. Auch er konzediert eine bisherige Überbetonung der ökonomischen Aspekte und fordert dazu auf, das Thema Digitalisierung „vom rein wirtschaftlichen Denken und Reden wegzubringen und breiter, d. h. gesamtgesellschaftlicher zu betrachten“ – was immer man sich darunter vorstellen mag. Vielleicht in Richtung „den Staat neu denken“? Man könnte hier sehr gut Anleihen beim bereits vorliegenden Konzept von Alois Glück zur „Aktiven Bürgergesellschaft“ und einer „Neuen Verantwortungsgemeinschaft von Staat, Wirtschaft und Bürgern“¹¹ nehmen und dieses mit dem Aspekt Digitalisierung integrieren sowie zukunftsfähig und gesellschaftsadäquat aktualisieren.

Vor diesem Hintergrund ist die Einrichtung eines neuen Referats „Digitalisierung und Politik“ bei der Hanns-Seidel-Stiftung nur zu begrüßen. Es sollte sich angesichts des klassischen Demo-

kratieranliegens der Stiftung intensiv mit den gesellschaftspolitischen und demokratierelevanten Aspekten der Digitalisierung beschäftigen. Gerade auch die „Europäische Charta der Digitalen Grundrechte der Europäischen Union“ vieler besorgter und prominenter Bürger (darunter auch BR-Intendant Ulrich Wilhelm und SZ-Leitartikler Heribert Prantl) ist ein klares Zeichen wachsender Besorgnis in der Zivilgesellschaft. Die Charta spricht gar von einer Gefährdung der Menschenwürde.¹² Es geht um Fragen wie z. B.: Wie lassen sich die Souveränität und Freiheit des Einzelnen in der digitalen Welt schützen – gegen die totale Überwachung durch den Staat, aber ebenso auch gegen die Zugriffe mächtiger Konzerne?

Harald Lesch¹³ kann diesbezüglich nur wenig beruhigen. Sein Befund: Die (bisherige) analoge Welt ist stabiler, begreifbarer und menschengerechter als die digitalisierte – und zwar in vielfältiger Hinsicht. Allerorten versuchen wir uns nun z. B. zu wappnen gegen die Gefahren von einseitiger Information, Fake News, Bots etc., die allerdings – so Christian Nuernbergk¹⁴ von der Münchner LMU – in Deutschland noch nicht so groß sind wie beispielsweise in den USA oder in Spanien. Lesch nennt aber noch ein anderes Problem der Digitalisierung: Wir verlieren immer mehr die echte, d. h. die direkte zwischenmenschliche Kommunikation und ein nicht von hohem Tempo bestimmtes Austauschen von Meinungen, die analog a priori gegeben sind.

Digitalisierung muss GESAMTGESELLSCHAFTLICH betrachtet werden.

Dies und die möglichen Missbräuche (Pschierer:¹⁵ früher galt „one opinion – one vote“. Jetzt ist „one opinion – xxx votes“ möglich) müssen nun gerade auch beim Thema Partizipation und beim populären Aufruf zur „digitalen Teilhabe“ beachtet werden.

Durch Digitalisierung geht die ZWISCHENMENSCHLICHE KOMMUNIKATION verloren.

KANN DIGITALISIERUNG ZUR HERSTELLUNG RÄUMLICHER GERECHTIGKEIT BEITRAGEN?

Es ist eine überaus reizvolle und spannende Frage, zu untersuchen, wie sich eine Partizipation und Smart Governance fördernde Digitalisierung auf die Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen in ganz Bayern, also auf die Herstellung räumlicher Gerechtigkeit¹⁶ insbesondere im ländlichen Raum auswirkt. Hier kommt neben der Chancen-, Verteilungs- und der Generationengerechtigkeit vor allem die vierte Dimension der räumlichen Gerechtigkeit, nämlich die Verfahrensgerechtigkeit ins Spiel. Bei ihr geht es um Governanceaspekte, d. h. vor allem um aktive Partizipation und um Fairness in Informations-, Planungs-, Verwaltungs- und Gerichtsverfahren. Also sehr stark um demokratischere Beteiligungs- und Entscheidungsprozesse. Ob die Digitalisierung und die sog. Data Governance im Sinne von Paryczek damit gleich zu höherer Lebensqualität beiträgt, wie das laut Seehofer das Ifo-Institut verheißt, oder gar zu gleichwertigen Lebensbedingungen, bleibt abzuwarten. Es wäre schon sehr viel gewonnen, wenn die vorerwähnte, alle digitalen Möglichkeiten verantwortungsvoll nutzende Aktive Bürgergesellschaft künftig noch selbstbestimmter, demokratischer und wertebewusster ihre Lebensräume entwickeln kann.

HOHE ERWARTUNGEN AN DEN ERFOLG DER DIGITALEN DÖRFER

Es ist zu hoffen, dass nun auch die bayerische Initiative der „Digitalen Dörfer“ diese hohen Erwartungen bestätigen wird. Gerade dieses Beispiel zeigt, dass man große Hoffnungen auf den Effekt der Digitalisierung im und auf den ländlichen Raum setzt und zwar nicht nur allein hinsichtlich ökonomischer Aspekte, so unbestritten wichtig diese natürlich sind und bleiben. Die thematisch breit aufgestellten, teil-

weise sehr weit über das Thema Wirtschaft und Arbeitsplätze hinausreichenden Pilotdörfer zeigen, dass es um mehr geht und gehen muss, nämlich um das gesamte Lebensspektrum im ländlichen Raum. Da stehen Themen wie Mobilität, medizinische Versorgung, Pflege, Schul-situation, Betreuung der Kleinkinder, Nahver-sorgung, Neue Wohnformen, Maßnahmen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie mit an vorderster Stelle.

Gerade diese ganzheitliche Ausrichtung muss der Schlüssel und die weitere Direktive sein für alle Digitalisierungs- und sonstigen strukturellen Förderinitiativen und -program-me der Bayerischen Staatsregierung, damit der ländliche Raum im Sinne der gebotenen Balance das notwendige Gegengewicht zu den boomen-den Ballungsräumen bleibt bzw. wieder wird. Markus Blume¹⁷ hat aber auf politische Sorgen und Diskussionen hingewiesen, dass die Digi-talisierung offensichtlich bisher eher den Städ-ten genutzt und den Urbanisierungstrend noch verstärkt statt abgebremst habe.

Es werden große Hoffnungen in das Projekt DIGITALE DÖRFER gesetzt.

Daraus folgt, dass man noch genauer analy-sieren muss, welche besonderen attraktiven Ak-zente und Angebote im Sinne eines verbesserten „digitalen Lebensstandards“ inkl. digitaler Teilhabe für die im ländlichen Raum lebende Jugend und Familien gesetzt werden müssen. Nur für Wirtschaft und Verwaltung bessere digitale Angebote zu schaffen, erscheint da zu wenig.

WIR MÜSSEN GEMEINSAM LERNEN

Es ist zu wünschen, dass diese Angebote letztlich gemeinsam entwickelt werden, damit sie erfolgreich und angenommen werden. So sind ja auch die Pilotprojekte der Digitalen Dörfer zu verstehen, deren Betreuung sich er-

freulicherweise mehrere Ministerien zusammen mit den Gemeinden, Bürgern und vielen ehren-amtlichen NGOs teilen.

Gemeinsam müssen und werden nun alle Beteiligten das Neuland Digitalisierung in all seinen vielschichtigen Facetten lernen und durchdringen (müssen). Je mehr alle Akteure Digitalisierung lernen sowie transparent, gefah-ren- und verantwortungsbewusst praktizieren, desto eher sind Selbstbestimmtheit, befruchten-de Kommunikation und demokratische Ent-scheidungsprozesse zum Wohle unserer freien Gesellschaft möglich.

|| UNIV.-PROF. EoE DR.-ING. HOLGER MAGEL

Präsident der Bayerischen Akademie
Ländlicher Raum, München

ANMERKUNGEN

- ¹ Hanns-Martin-Schleyer-Stiftung: Ausschreibung zum XIX. Friedwart-Bruckhaus-Förderpreis 2017/2018 für junge Wissenschaftler und Journalisten: Die Gestaltung der digitalen Revolution – Veränderungen in Wirtschaft, Staat und Gesellschaft, www.schleyer-stiftung.de/preise/friedwart-bruckhaus-foerderpreis/ausschreibung/
- ² Keese, Christoph: Digitale Disruption: Warum jede Branche von der Digitalisierung erfasst wird. Key-note bei der 15. Unternehmerkonferenz 2017 des Sparkassenverbandes Bayern; www.unternehmerkonferenz.de
- ³ Hettler, Friedrich H.: „Der Schlüssel zum Erfolg“. Bayerische Staatszeitung, 30.6.2017.
- ⁴ Seehofer, Horst: Regierungserklärung „Bayern Digital II“ vom 6.7.2017; www.bayern.de
- ⁵ Kohnen, Natascha / Schulze, Katharina zitiert in: Jürgen Umlauf: Regierungsfraktion und Opposition debattieren über Digitalisierung in Bayern; www.bayern.landtag.de/aktuelles/sitzungen/aus-dem-plenum/csu-und-opposition-debattieren-ueber-digitalisierung-in-bayern/
- ⁶ Blume, Markus: Reagieren auf politischen Populismus. Ein Gespräch mit Armin Nassehi und Markus Blume, Zur Debatte 3/2017, S. 1-6.
- ⁷ Welzer, Harald: Schluss mit der Euphorie!, Die Zeit, 27.4.2017, S. 6.
- ⁸ Lobe, Adrian: Die Gesellschaft wird zum Computer, Die Zeit, 20.7.2017, S. 40.

- ⁹ Blume, Markus: Impulsbeitrag zum Sommerkolloquium der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum und der Hanns-Seidel-Stiftung am 25.7.2017; www.hss.de/news/detail/digitalisierung-neue-plattformen-fuer-beteiligung-und-demokratie-news972/
- ¹⁰ Pschierer, Franz Josef: Digitale Demokratie – Fluch oder Segen?, Beitrag in diesem Heft, S. 31 ff.
- ¹¹ Siehe z. B. konkret in: Glück, Alois / Magel, Holger (Hrsg.): Neue Wege in der Kommunalpolitik – Durch eine neue Bürger- und Sozialkultur zur Aktiven Bürgergesellschaft, München 2000.
- ¹² Eine Gruppe von Bürgerinnen und Bürgern 2017: Charta der Digitalen Grundrechte der Europäischen Union, www.digitalcharta.eu
- ¹³ Lesch, Harald: Digitalisierung – endlich machen wir uns selbst überflüssig, Beitrag in diesem Heft, S. 17 ff.
- ¹⁴ Nuernbergk, Christian: Digitale Öffentlichkeit: Interaktion zwischen Bürgern, Journalisten und Politikern, siehe Beitrag in diesem Heft, S. 37 ff.
- ¹⁵ Pschierer: Digitale Demokratie.
- ¹⁶ Magel, Holger: Räumliche Gerechtigkeit – ein Thema für Landentwickler und sonstige Geodäten, ZfV 6/2016, S 377-383.
- ¹⁷ Blume: Impulsbeitrag Sommerkolloquium 2017.

VERANTWORTLICH

Prof. Dr. Reinhard Meier-Walser

Leiter der Akademie für Politik und Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München;
er lehrt Internationale Politik an der Universität Regensburg.

HERAUSGEBER

Silke Franke, Dipl.-Geogr.

Leiterin des Referats „Umwelt und Energie, Städte, Ländlicher Raum“ in der Akademie für Politik und
Zeitgeschehen, Hanns-Seidel-Stiftung, München

Univ.-Prof. Emeritus of Excellence Dr.-Ing. Holger Magel

Präsident der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum, München

Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen

Die „Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen“ werden ab Nr. 14 parallel zur Druckfassung auch als PDF-Datei auf der Homepage der Hanns-Seidel-Stiftung angeboten: www.hss.de/mediathek/publikationen.html. Ausgaben, die noch nicht vergriffen sind, können dort kostenfrei bestellt werden.

- Nr. 01 Berufsvorbereitende Programme für Studierende an deutschen Universitäten
- Nr. 02 Zukunft sichern: Teilhabegesellschaft durch Vermögensbildung
- Nr. 03 Start in die Zukunft – Das Future-Board
- Nr. 04 Die Bundeswehr – Grundlagen, Rollen, Aufgaben
- Nr. 05 „Stille Allianz“? Die deutsch-britischen Beziehungen im neuen Europa
- Nr. 06 Neue Herausforderungen für die Sicherheit Europas
- Nr. 07 Aspekte der Erweiterung und Vertiefung der Europäischen Union
- Nr. 08 Möglichkeiten und Wege der Zusammenarbeit der Museen in Mittel- und Osteuropa
- Nr. 09 Sicherheit in Zentral- und Südasiens – Determinanten eines Krisenherdes
- Nr. 10 Die gestaltende Rolle der Frau im 21. Jahrhundert
- Nr. 11 Griechenland: Politik und Perspektiven
- Nr. 12 Russland und der Westen
- Nr. 13 Die neue Familie: Familienleitbilder – Familienrealitäten
- Nr. 14 Kommunistische und postkommunistische Parteien in Osteuropa – Ausgewählte Fallstudien
- Nr. 15 Doppelqualifikation: Berufsausbildung und Studienberechtigung – Leistungsfähige in der beruflichen Erstausbildung
- Nr. 16 Qualitätssteigerung im Bildungswesen: Innere Schulreform – Auftrag für Schulleitungen und Kollegien
- Nr. 17 Die Beziehungen der Volksrepublik China zu Westeuropa – Bilanz und Ausblick am Beginn des 21. Jahrhunderts
- Nr. 18 Auf der ewigen Suche nach dem Frieden – Neue und alte Bedingungen für die Friedenssicherung
- Nr. 19 Die islamischen Staaten und ihr Verhältnis zur westlichen Welt – Ausgewählte Aspekte
- Nr. 20 Die PDS: Zustand und Entwicklungsperspektiven
- Nr. 21 Deutschland und Frankreich: Gemeinsame Zukunftsfragen
- Nr. 22 Bessere Justiz durch dreigliedrigen Justizaufbau?
- Nr. 23 Konservative Parteien in der Opposition – Ausgewählte Fallbeispiele
- Nr. 24 Gesellschaftliche Herausforderungen aus westlicher und östlicher Perspektive – Ein deutsch-koreanischer Dialog
- Nr. 25 Chinas Rolle in der Weltpolitik
- Nr. 26 Lernmodelle der Zukunft am Beispiel der Medizin
- Nr. 27 Grundrechte – Grundpflichten: eine untrennbare Verbindung

- Nr. 28 Gegen Völkermord und Vertreibung – Die Überwindung des zwanzigsten Jahrhunderts
- Nr. 29 Spanien und Europa
- Nr. 30 Elternverantwortung und Generationenethik in einer freiheitlichen Gesellschaft
- Nr. 31 Die Clinton-Präsidentschaft – ein Rückblick
- Nr. 32 Alte und neue Deutsche? Staatsangehörigkeits- und Integrationspolitik auf dem Prüfstand
- Nr. 33 Perspektiven zur Regelung des Internetversandhandels von Arzneimitteln
- Nr. 34 Die Zukunft der NATO
- Nr. 35 Frankophonie – nationale und internationale Dimensionen
- Nr. 36 Neue Wege in der Prävention
- Nr. 37 Italien im Aufbruch – eine Zwischenbilanz
- Nr. 38 Qualifizierung und Beschäftigung
- Nr. 39 Moral im Kontext unternehmerischen Denkens und Handelns
- Nr. 40 Terrorismus und Recht – Der wehrhafte Rechtsstaat
- Nr. 41 Indien heute – Brennpunkte seiner Innenpolitik
- Nr. 42 Deutschland und seine Partner im Osten – Gemeinsame Kulturarbeit im erweiterten Europa
- Nr. 43 Herausforderung Europa – Die Christen im Spannungsfeld von nationaler Identität, demokratischer Gesellschaft und politischer Kultur
- Nr. 44 Die Universalität der Menschenrechte
- Nr. 45 Reformfähigkeit und Reformstau – ein europäischer Vergleich
- Nr. 46 Aktive Bürgergesellschaft durch bundesweite Volksentscheide? Direkte Demokratie in der Diskussion
- Nr. 47 Die Zukunft der Demokratie – Politische Herausforderungen zu Beginn des 21. Jahrhunderts
- Nr. 48 Nachhaltige Zukunftsstrategien für Bayern – Zum Stellenwert von Ökonomie, Ethik und Bürgerengagement
- Nr. 49 Globalisierung und demografischer Wandel – Fakten und Konsequenzen zweier Megatrends
- Nr. 50 Islamistischer Terrorismus und Massenvernichtungsmittel
- Nr. 51 Rumänien und Bulgarien vor den Toren der EU
- Nr. 52 Bürgerschaftliches Engagement im Sozialstaat
- Nr. 53 Kinder philosophieren
- Nr. 54 Perspektiven für die Agrarwirtschaft im Alpenraum
- Nr. 55 Brasilien – Großmacht in Lateinamerika
- Nr. 56 Rauschgift, Organisierte Kriminalität und Terrorismus
- Nr. 57 Fröhlicher Patriotismus? Eine WM-Nachlese
- Nr. 58 Bildung in Bestform – Welche Schule braucht Bayern?
- Nr. 59 „Sie werden Euch hassen ...“ – Christenverfolgung weltweit
- Nr. 60 Vergangenheitsbewältigung im Osten – Russland, Polen, Rumänien

- Nr. 61 Die Ukraine – Partner der EU
- Nr. 62 Der Weg Pakistans – Rückblick und Ausblick
- Nr. 63 Von den Ideen zum Erfolg: Bildung im Wandel
- Nr. 64 Religionsunterricht in offener Gesellschaft
- Nr. 65 Vom christlichen Abendland zum christlichen Europa –
Perspektiven eines religiös geprägten Europabegriffs für das 21. Jahrhundert
- Nr. 66 Frankreichs Außenpolitik
- Nr. 67 Zum Schillerjahr 2009 – Schillers politische Dimension
- Nr. 68 Ist jede Beratung eine gute Beratung? Qualität der staatlichen Schulberatung in Bayern
- Nr. 69 Von Nizza nach Lissabon – neuer Aufschwung für die EU
- Nr. 70 Frauen in der Politik
- Nr. 71 Berufsgruppen in der beruflichen Erstausbildung
- Nr. 72 Zukunftsfähig bleiben! Welche Werte sind hierfür unverzichtbar?
- Nr. 73 Nationales Gedächtnis in Deutschland und Polen
- Nr. 74 Die Dynamik der europäischen Institutionen
- Nr. 75 Nationale Demokratie in der Ukraine
- Nr. 76 Die Wirtschaftsschule von morgen
- Nr. 77 Ist der Kommunismus wieder hoffähig?
Anmerkungen zur Diskussion um Sozialismus und Kommunismus in Deutschland
- Nr. 78 Gerechtigkeit für alle Regionen in Bayern –
Nachdenkliches zur gleichwertigen Entwicklung von Stadt und Land
- Nr. 79 Begegnen, Verstehen, Zukunft sichern –
Beiträge der Schule zu einem gelungenen kulturellen Miteinander
- Nr. 80 Türkische Außenpolitik
- Nr. 81 Die Wirtschaftsschule neu gedacht – Neukonzeption einer traditionsreichen Schulart
- Nr. 82 Homo oecologicus – Menschenbilder im 21. Jahrhundert
- Nr. 83 Bildung braucht Bindung
- Nr. 84 Hochschulpolitik: Deutschland und Großbritannien im Vergleich
- Nr. 85 Energie aus Biomasse – Ethik und Praxis
- Nr. 86 Türkische Innenpolitik – Abschied vom Kemalismus?
- Nr. 87 Homo neurobiologicus – Ist der Mensch nur sein Gehirn?
- Nr. 88 Frauen im ländlichen Raum
- Nr. 89 Kirche im ländlichen Raum – Resignation oder Aufbruch?
- Nr. 90 Ohne Frauen ist kein Staat zu machen – Gleichstellung als Motor für nachhaltige Entwicklung
- Nr. 91 Der Erste Weltkrieg – „In Europa gehen die Lichter aus!“
- Nr. 92 Deutsch als Identitätssprache der deutschen Minderheiten
- Nr. 93 Frankreichs Grandeur – Einst und Jetzt

- Nr. 94 Alphabetisierung – eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe
- Nr. 95 Linksextremismus in Deutschland – Bestandsaufnahme und Perspektiven
- Nr. 96 Ländliche Kultur – unterschätzt!
- Nr. 97 Armut im ländlichen Raum? Analysen und Initiativen zu einem Tabu-Thema
- Nr. 98 Gegen das große Unbehagen –
Strategien für mehr Datensicherheit in Deutschland und der Europäischen Union
- Nr. 99 Wem gehört das Sterben? Sterbehilfe und assistierter Suizid
- Nr. 100 Frankreich im Umbruch – Innerer Reformdruck und außenpolitische Herausforderungen
- Nr. 101 Fachkräftesicherung im ländlichen Raum
- Nr. 102 Brexit und Grexit – Voraussetzungen eines Austritts
- Nr. 103 Energie- und Klimapolitik – Die Rolle der Kohle und der Energiemärkte
- Nr. 104 Wandel und Kontinuität – Was bleibt von der DDR und vom Kalten Krieg?
- Nr. 105 Heimat zwischen Tradition und Fortschritt
- Nr. 106 Flüchtlinge aufs Land?
- Nr. 107 Klima- und umweltbedingte Migration – Weltweit eine zunehmende Herausforderung
- Nr. 108 Digitalisierung – Neue Plattformen für Beteiligung und Demokratie auf dem Land?

